

Thomas Gerlach

Denkgifte

Psychologischer Gehalt neoliberaler
Wirtschaftstheorie und
gesellschaftspolitischer Diskurse

Anschrift des Verfassers:

Dipl.-Psych. Thomas Gerlach, Alexander-Behm-Str. 2, 28357 Bremen, Tel. 0421/2760393, E-Mail:
tgerlach@uni-bremen.de

Inhalt

Einleitung 3

I. Kritische Psychologie 9

1. Menschliche Subjektivität als Aspekt des materiellen Lebenszusammenhangs 9
Entstehungsgeschichte 9 - Psychologiekritik 10 - Historische Rekonstruktion der Genese des Psychischen 11 - Gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit individueller Existenz 12
2. Formationsspezifische Subjektivität im Kapitalismus 15
Objektive Lebensbedingungen: Antagonismus und Warenproduktion 16 - Gesellschaftliche Bedeutungen: Fremdbestimmtheit als 'ewiges Naturverhältnis' 18 - Ideologischer Gehalt gesellschaftlicher Bedeutungen und Denkformen 20 - Restriktive Handlungsfähigkeit 22 - Funktionsaspekte: Deutendes Denken, verinnerlichte Emotionalität, innerer Zwang 24
3. Methodische Konsequenzen 26
4. Entfremdungstheoretische Implikationen I: Entfremdung als reale Macht 28

II. Denkgifte - Psychologischer Gehalt neoliberaler Wirtschaftstheorie und gesellschafts-politischer Diskurse 30

1. Kapitalismus gegen Kapitalismus 30
Sozialstaatlicher Reformkapitalismus 30 - Neoliberale Restauration 34
2. Neoliberalismus als politisches Projekt 36
Das Legitimationsproblem: Bewusstseins- statt Besitzstandsbiologie 41
3. Entfremdungstheoretische Implikationen II: Die herrschenden Gedanken als Gedanken der Herrschenden 43
4. Neoliberale Theorie 44
Marktreigion statt politischer Handlungsfähigkeit oder: Sklaverei ist Freiheit 45 - Aufklärung als 'Missbrauch der Vernunft' oder: Unwissenheit ist Stärke 48 - Armut als 'zivilisatorische Errungenschaft' oder: Mitgefühl ist 'Tribalismus' 50 - Verdrängungswettbewerb als Leitmotiv oder: Asozialität ist Ethik 52 Militärische Gewalt als Mittel der Politik oder: Krieg ist Frieden 53
5. Der neoliberale Diskurs 54
Legale Schutzgelderpressung: Standort gegen Standort 55 - Die semantische Enteignung: Denkverwirrung durch organisierte Sprachverwirrung 60 - Die Spardebatte: Schlankwerden und Fitmachen 63 - Die Sozialmissbrauchsdebatte: Die Armen als Schuldige am Elend der Reichen 72 - Die 'TINA'-Strategie: Denkverbote gegen 'Egalisierungsspleens' 81 - Der allseits verfügbare Mensch als normatives Ideal 88 - Die Form-Inhalts-Transformation: Mystifizierte Denkformen als massenpsychologische Parolen 93
5. Entfremdungstheoretische Implikationen III: Die fremde Macht als Welt- und Selbstbezug 96

III. Aktualempirie 99

Die Untersuchung 100 - Interviewtranskripte: Imke (Studentin) 102- Paul (Landwirt) 110 - Jörg (Angestellter im Gesundheitswesen) 125 - Silvia (arbeitslose Musikpädagogin) 133 - Interviewauswertung: Imke 143- Paul 151 - Jörg 160 - Silvia 165

IV. Formierte Subjektivität im neoliberalen Kapitalismus 168

Entfremdete Handlungsfähigkeit 168 - Neoliberales Einheitsdenken 170 - Emotionale Vergleichültigung und Resignation 172 - Ausgrenzung als Normalität 174 - Angstkonservatismus 176

Literaturverzeichnis 179

Einleitung

"Die Schwachen müssen sich verändern oder sterben", forderte der Daimler-Chrysler-Vorsitzende Robert J. Eaton im Juli 1999 bei einem Kolloquium der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft mit dem Motto "Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert". Nach dem "Ende der Geschichte" schafft sich freies Unternehmertum eine Welt nach seinem Bilde, in der es "den Schwachen", das bedeutet allen Menschen, die keine Geld- oder Produktivvermögen besitzen, und allen Völkern, die sich dem internationalen Kapital noch nicht "geöffnet" haben, nur die Unterwerfung unter sein Diktat oder den Tod durch Hunger oder Krieg zugestehen will.

Für die noch Lebenden hält die kapitalistische Realität indessen Befindlichkeiten bereit, die auch im engeren Sinne von psychologischem Interesse sind: Zunehmende Sinn- und Perspektivlosigkeit, Existenz- und Zukunftsängste, Vereinsamung und Verzweiflung. Den Hintergrund bildet nichts weniger als die globale Krise: In vielen in Unterentwicklung gehaltenen Ländern der südlichen Hemisphäre herrscht weiterhin entsetzliches Elend und auch in westliche Metropolen und vormals sozialistische Länder sind *Armut und Massenarbeitslosigkeit* zurückgekehrt. Bereits jetzt *verheerende Umweltschäden* werden nicht beseitigt, sondern vergrößert, die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen ernsthaft gefährdet. Soziale und demokratische Rechte, einst von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen erkämpft, werden im Zuge weltweiter "Deregulierung" außer Kraft gesetzt. Mit der Wiederkehr nationalistischer, teils gar neofaschistischer Bewegungen und dem Aufstieg unverfasster, keiner demokratischen Kontrolle unterliegender Mächte (wie der europäischen Zentralbank) wächst die Gefahr einer *autoritären Formierung* von Staat und Gesellschaft und vor dem Hintergrund einer heraufziehenden Weltwirtschaftskrise werden *militärische Konflikte* wieder zum Mittel der Wahl politischer Akteure, die den ökonomischen Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb zur globalen Maxime erhoben haben.

Auf der Ebene der *politisch-ökonomischen Bedingungen* ist die Situation vom Umbruch des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Nachkriegszeit zu einem neoliberalen Modell bestimmt. Dessen programmatischen Kern bildet die Behauptung herrschender Eliten, die wirtschaftliche Lage sei nur durch weltweiten Freihandel, Privatisierung allen öffentlichen Eigentums, Abschaffung von Schutzbestimmungen und Entfesselung einer rücksichtslosen Konkurrenz in allen Lebensbereichen zu bessern. "Der Markt wird es richten", lautet die Parole, die sich freilich an einer Realität blamiert, in der die vorgebliche Lösung die Ausgangsprobleme in potenziert Form reproduziert. Dabei scheint die in jüngerer Zeit in fast allen europäischen Ländern erfolgte Abwahl konservativer Regierungen als Protagonisten dieses Projekts wenig zu ändern. Die als "neue Mitte" auftretenden sozialdemokratischen Nachfolger setzen - ihre Lieblingsvokabel "Kontinuität" lässt es ahnen - die neoliberale Politik bruchlos fort.

Ins Uferlose wuchernde Gewinne von Banken und Konzernen bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit lassen die These "mehr Beschäftigung durch höhere Profitanreize" als bloße Propaganda einer Politik erkennbar werden, die allein über mehr Luxuskonsum und höhere, mit aggressiven Außenhandelsstrategien erzielte Exportgewinne zu gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten gelangen will. Die offene Sozialstaats-, Gewerkschafts- und Demokratiefeindlichkeit und eine zynische Gleichgültigkeit gegenüber allen, die im glorifizierten "Wettbewerb" nicht mithalten können, lassen überdies keinen Zweifel am asozialen Charakter neoliberaler Vorhaben: "Heute befindet sich der Kapitalismus (...) zum ersten Mal in einem Zustand, in dem die Kapitallogik genauso rein und unverfälscht funktioniert, wie Marx das im Kapital beschrieben hat. Zum ersten Mal ist die *Kapitallogik von allen Beißhemmungen befreit*, die ihr lange von innen und außen auferlegt waren. *In der ganzen bisherigen Geschichte des Kapitalismus ging es doch im Grunde darum, ihm solche Beißhemmungen aufzuzwingen*" (Negt, 1997, S. 38, Hervorhebung T.G.).

Auch ein solchermaßen enthemmter Kapitalismus, der sich "aller historischer Kostüme entkleidet" hat (Scherer, 1996, S. 53), tritt in spezifischen Formen auf: Als "*Kasinokapitalismus*" mit verselbständigten, den Niedergang der Realökonomie betreibenden Finanzmärkten, als "*Shareholder-Value-Kapitalismus*", dessen einzige Maxime die Aktionärsrendite ist, als *neoliberaler Kapitalismus* eben, befreit von den "Beißhemmungen" demokratischer und sozialer Ansätze.

Auf der Seite der *gesellschaftlichen Subjekte* steht dem eine verunsicherte, aber passive Öffentlichkeit gegenüber. Trotz Krise und Perspektivlosigkeit regt sich kaum Widerstand gegen die Brutalität zeitgenössischer Politikprojekte. Deren Durchsetzung ging ein schleichender, wenngleich keineswegs zufälliger Bewusstseinswandel voraus, ein "die Gesellschaft durchziehender Resignationsprozess (...). Es

mutet schon gespenstisch an, wie es der radikale Neoliberalismus fertigbringt, seine Prinzipien in den Seelen zu verankern, so dass viele seiner Opfer selbst dann noch für ein Wirtschaftswachstum mitfiebern, wenn dessen Gewinne zu ihren Lasten nur einer Wohlstandsschicht zufließen. (...) Die Benachteiligten fühlen sich mitverantwortlich, das von oben bewirkte Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verschleiern, indem sie die steigenden Unternehmensgewinne und die explodierenden Dividenden, von denen für sie nichts abfällt, in einer selbstentfremdenden Identifizierung mit den Mächtigen hinnehmen" (N.N., 1998).

Damit sind die *psychologischen Aspekte* einer resignativen Haltung gegenüber schlechten Lebensverhältnissen angesprochen, die selten Gegenstand einschlägiger Forschung sind. Sofern die traditionelle Psychologie der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit nicht gänzlich sprachlos gegenübersteht, ist ihr diese nicht Problem, sondern Faktizität. Anpassung gilt ihr als "erwachsen", Kritik als "infantil". Statt die Vermitteltheit individueller Lebensschwierigkeiten aufzuklären, betreibt sie die Psychologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung sind ihr keine nach Abhilfe verlangenden Skandale, sondern fraglose Gegebenheiten, die von den Betroffenen "bewältigt" werden müssen, freilich ohne, dass diese über die ihrer Situation zugrundeliegenden Bedingungen verfügen könnten, was eine tatsächliche Bewältigung zur notwendigen Voraussetzung hätte. Statt dessen werden die realen Widersprüche in Probleme defizitärer Individuen umgedeutet, denen die Fähigkeit zur "Selbstbehauptung" fehlt und die man ihnen in "Trainingskursen" vermitteln will. Dabei kommt den Experten des individualbiographischen Röhrenblicks kaum zu Bewusstsein, dass ihr gesellschaftspolitischer Fatalismus Teil eigener Prozesse der Vermeidung von Konflikten mit herrschenden Instanzen, Parteilichkeit und eingreifendem Denken sein könnte, womit wesentliche Aspekte der psychologischen Aufgabe des Erkennens verborgener Ursachen menschlichen Leidens unerledigt bleiben und diese schlimmstenfalls noch befestigt werden.

Als Alternative zum psychologischen Hauptstrom versteht sich seit dem Ende der sechziger Jahre die *Kritische Psychologie*, die menschliche Subjektivität als Aspekt des materiellen Lebenszusammenhangs konzeptualisiert. Das Sich-Einrichten in schlechten Bedingungen wird mit dem Begriff der *restriktiven Handlungsfähigkeit* gefasst, wonach den Menschen ein widersprüchliches, letztlich selbstschädigendes Arrangement mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen als einzig mögliche Art der Lebensführung erscheint. Die Handlungsalternative des politischen Zusammenschlusses zur Gewinnung gemeinsamer Verfügung über die Lebensbedingungen bleibt weitgehend ungenutzt, das Wissen um die eigene Beteiligung an der Aufrechterhaltung der allgemeinen, damit auch der eigenen Unterdrückung und der Unterdrückung anderer wird verdrängt.

In der 'Grundlegung der Psychologie' (1983) analysiert Klaus Holzkamp formationspezifische Erscheinungsformen des Psychischen in der bürgerlichen Gesellschaft. Diese befand sich zum damaligen Zeitpunkt allerdings noch in einem sozialstaatlich reformierten Zustand, worin unter dem Druck von Arbeiterbewegung und Gewerkschaften und der politischen Konkurrenz der sozialistischen Länder Verbesserungen der Lebensverhältnisse erreicht werden konnten, die Funktionsprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise als einem Ausbeutungs-, Herrschafts- und Gewaltverhältnis jedoch keineswegs außer Kraft gesetzt waren. Demgegenüber ist heute nach den Veränderungen objektiver und subjektiver Faktoren innerhalb neuer Bedingungen zu fragen, deren Gesamtheit im Folgenden als *neoliberaler Kapitalismus* bezeichnet wird. In der einschlägigen Literatur wird neben dem "Neoliberalismus" mitunter auch der "Neokonservatismus" verhandelt. Ich erachte eine Unterscheidung zwischen beiden Begriffen innerhalb der vorliegenden Themenstellung als entbehrlich. Befand sich der klassische Konservatismus in Gegnerschaft zum Liberalismus, tritt der heutige Neokonservatismus mit neoliberalen Ökonomiekonzepten auf. Beide Begriffe gelten daher als synonym.

Neoliberalismus kann als *politisches Projekt kapitalistischer Eliten* verstanden werden, mit dem die *unbeschränkte Autonomie der Besitzer von Geld- und Produktivvermögen* gegen die Lebensinteressen der Bevölkerung durchgesetzt werden soll. Eine Koalition aus transnationalen Konzernen, Finanzkapital und oberer Mittelschicht hat mit regierungsamtlicher Hilfe den sozialstaatlichen Klassenkompromiss aufgekündigt und betreibt mit Lohnsenkungen, dem Abbau von Sozialleistungen und Steuergeschenken für Konzerne und Vermögende eine großangelegte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

Mit dieser Absage an einen bescheidenen Massenwohlstand wird zugleich ein wesentliches Instrument zur Herstellung politischer Loyalität aufgegeben. Im sozialstaatlichen Kapitalismus schien die Unterstelltheit

der Menschen unter die Verwertungsinteressen des Kapitals auch ihre eigenen Lebensansprüche zu gewährleisten. Lohnerhöhungen und Sozialleistungen sicherten die Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit ab. Den "kleinen Leuten" sei es "noch nie so gut wie heute gegangen", wurde Kapitalismuskritikern entgegengehalten, verbunden mit der Forderung, sich mit dem Erreichten doch zufrieden zu geben. Angesichts zunehmend schlechter Lebenschancen werden derart optimistische Sichtweisen seltener, womit aus herrschender Sicht der Einsatz außerwirtschaftlicher Faktoren erforderlich erscheint, um einer potentiellen Legitimationskrise entgegenzuwirken: "Der Neoliberalismus (ist) darauf angewiesen, die Treue zu seiner Politik und zum System durch sogenannte Sinnstiftung, Betonung von Identität und Identifizierung, also durch *nachdrückliche Bewusstseinsbildung* zu gewährleisten" (Schui, 1997, S. 31, Hervorhebung T.G.).

Solche Bestrebungen und ihre psychologierelevanten Ergebnisse sind das Thema dieser Arbeit, wobei davon ausgegangen wird, dass die ideologische Bearbeitung der Menschen nicht allein auf kognitive Prozesse abzielt (wie der Ausdruck 'Bewusstseinsbildung' suggeriert), sondern dass vielmehr alle psychischen Funktionen Gegenstand interessengeleiteter Beeinflussungsversuche sind. Im Zuge der Etablierung neoliberaler Verhältnisse kommt es zu typischen Veränderungen von Denkweisen, Befindlichkeiten und Beziehungsformen: "Es ist ein System, das die Menschen zur Einsamkeit, zur Angst, zur Hoffnungslosigkeit und zu Beklemmungen verurteilt. Es zerstört die solidarischen Beziehungen zwischen den Menschen. Es zwingt uns, die anderen als Feinde zu betrachten. Es überzeugt uns, dass das Leben eine Rennbahn ist, auf der es wenige Gewinner und viele Verlierer gibt. Es ist ein System, das die Seele vergiftet" (Galeano, 1997).

Die Vorstellung einer systematisch vergifteten Psyche erscheint angesichts verheerender Gegenwarterscheinungen treffend: In den reichsten Ländern der Welt werden Millionen Menschen in eine unwürdige Armutsexistenz gedrängt und kein Sturm der Entrüstung erhebt sich. Nur wenige Jahrzehnte nach der Niederwerfung des Faschismus breitet sich rechte Gewalt gegen Minderheiten aus und die Mehrheit schweigt. Das Land, das innerhalb eines Jahrhunderts die Katastrophen gleich zweier Weltkriege herbeigeführt hat, überfällt schon wieder andere Völker, ohne im Inneren auf wirksame Gegenwehr zu stoßen. "Es ist, als würde sich ein Gift in alle Schichten der Gesellschaft fressen, nur wenige erweisen sich als resistent" (Brombacher, 1998, S. 68).

Während der Arbeit an diesem Text erschien das Buch 'Gefährliche Erbschaften' von Margret und Siegfried Jäger, worin die Sprachkritik Klemperers auf die heutige Rechtsentwicklung angewandt wird. Auch Klemperer benutzte eine Giftmetaphorik zur Beschreibung psychischer Prozesse, die mit der spezifischen Sprache des Faschismus in Verbindung standen: "Gift, das du unbewusst eintrinkst und das seine Wirkung tut", "Das Gift ist überall, im Trinkwasser der Lingua Tertii Imperii wird es verschleppt, niemand bleibt davon verschont" (Jäger & Jäger, 1999, S. 14).

Den Denkgiften der neoliberalen Ideologie ist die Funktion zugeordnet, menschliche Solidarität profitträchtig in Servilität nach oben und Rücksichtslosigkeit nach unten zu verwandeln. Das Denkgift der *Schutzgelderpressung mit Standortparolen* treibt ganze Belegschaften, ja ganze Volkswirtschaften in ökonomische Unterbietungswettläufe, das Denkgift der *"Spardebatten"* wird zur Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme zur Anwendung gebracht und die perfide Rede vom *"Sozialmissbrauch"* verweist auf die angeblich wahren Schuldigen der Krise: Nicht steuerhinterziehende Millionäre und Börsenspekulanten ruinieren das Gemeinwesen, nein, die Opfer selbst sind es, die Arbeitslosen, die Kranken, die Sozialhilfeempfänger, die als "Sozialschmarotzer", "Bodensatz" und "Wohlstandsmüll" Deutschlands Untergang heraufbeschwören. Ihnen und allen anderen soll im neoliberalen Diskurs klargemacht werden, dass der "Standort Deutschland" nur mit "tiefen Einschnitten" und einem "Mentalitätswandel" zu retten ist:

"Wenn der Staat nicht mehr sein Füllhorn über die Menschen ausgießen darf, muss man sie an ihre 'Eigenverantwortung' erinnern. Dies ist freilich nicht so zu verstehen, dass die Menschen ihre Lebensverhältnisse eigenständig in die Hand nehmen und in freiwilliger Assoziation mit ihren Mitmenschen (...) etwas für sich, die Gesellschaft und ihre Nachkommen Nützliches unternehmen, dabei auch noch schonend mit ihrer Umwelt umgehen, und auch ihre zwischenmenschlichen Beziehungen zufriedenstellend gestalten. Nein, die Ideologen des Neokonservatismus interpretieren die 'Kultur der Selbständigkeit' etwas anders: Männer und Frauen sollen (...) 'schlanker' und 'fitter' werden, d.h. mehr leisten in mehr Arbeitszeit (...); dafür sich mit weniger Geld und Ansprüchen begnügen, sich den Bedingungen des Arbeitsmarktes

flexibel anpassen, sich eventuell (vor allem Frauen) mit ehrenamtlichen Tätigkeiten anfreunden und als Dienstpersonal bei 'Besserverdienenden' unterkommen, mehrere 'Berufe' zur gleichen Zeit bzw. während ihres Arbeitslebens ausüben und überhaupt das Leben als eine nützliche Angelegenheit für das Kapital betrachten, damit dieses Kapital große Dinge auf der Welt unternehmen kann. Da diese Unterstellung der Subjekte aber nicht als solche ausgedrückt werden kann, übersetzt der Neokonservatismus das Ganze in Ansprüche der Nation an den Einzelnen, damit seine Unterstellung und das Erbringen von Opfern einen höheren Sinn erhält. Die Gemeinschaft der Staatsbürger wird dann in 'guter' deutscher Tradition völkisch unterlegt, die es erlaubt, den Status des Deutschseins mit allerlei Vorteilen zu verbinden, die man dann ausgewählten Menschen gnadenlos vorenthalten kann" (Kellersohn, 1998, S. 8 f.).

So sollen die Menschen nach dem Willen herrschender Eliten sein: "Schlank", "fit" und devot. Einschlägige Untersuchungen zu diesem Thema analysieren Politikerreden, Parteiprogramme, Medienberichte, politisches Material. Dabei wird die objektive Seite stark betont und die subjektive auch oft *mitbehandelt*, aber kaum *systematisch* dargestellt. Die Indoktrinierung der Menschen mit neoliberaler Ideologie wird zwar beschrieben als "symbolische Einprägung (...), die Journalisten und einfache Bürger wiederholen lässt, was von bestimmten Intellektuellen ganz gezielt in Umlauf gebracht" und es wird gefragt "wie diese Weltsicht erzeugt, verbreitet und eingetrichtert wird" (Bourdieu, 1998a, S. 39), die zugehörigen psychologischen Prozesse werden jedoch eher selten analysiert.

Hier werden in einer theoretischen Studie die veränderten Lebensbedingungen dargestellt und dann in einer psychologischen Bedeutungsanalyse Theorie und Diskurs des neoliberalen Kapitalismus untersucht. Mit Bezug auf das Konzept der Kritischen Psychologie werden veränderte Erscheinungsformen des Subjektiven unter Einbeziehung qualitativer Interviews skizziert, in denen versucht wurde, mit Personen in verschiedenen Lebenslagen über ihre Sicht des neoliberalen Kapitalismus ins Gespräch zu kommen. Dabei geht es auch darum, einen Beitrag zu einer *subjektwissenschaftlichen* Aktualempirie zu leisten, die *Aussagen für Menschen* erarbeitet gegenüber einer *kontrollwissenschaftlichen* Forschungspraxis, die *Aussagen über Menschen* formuliert. Zu diesem Zweck wurde den befragten Personen im Zuge eines kommunikativen Auswertungsverfahrens der von ihnen produzierte Text vorgelegt und eine vorläufige Interpretation diskutiert, die bestätigt oder verworfen werden konnte.

Auf grundsätzlicher Ebene ist mir daran gelegen, eine *theoretische und aktualempirische Analyse gegenwärtiger Denkformen und Befindlichkeiten mit dem Instrumentarium der Kritischen Psychologie* durchzuführen, die ich für einen wichtigen und sinnvollen psychologischen Ansatz halte, dessen Erkenntnispotential infolge ihrer Geringschätzung und Ausgrenzung durch die etablierte Psychologie zum allgemeinen Nachteil unausgeschöpft bleibt. Oppositionelle Diskurse in der Psychologie sind weder Selbstzweck noch intellektueller Kleinkrieg um akademische "Wahrheiten", sondern verkörpern die Forderung, am Anspruch menschlicher Emanzipation auch in widrigen Zeiten festzuhalten. So ist auch die Kritik am psychologischen Hauptstrom keine scholastische, sondern denkender Widerstand gegen die Monopolisierung psychologischer Erkenntnisfähigkeit durch rein affirmative und herrschaftssichernde Theorie- und Praxisformen.

Mit der *Entfremdungsforschung* bemüht sich eine weitere Arbeitsrichtung um die Aufklärung psychischer Prozesse in ihrer Bezogenheit auf kapitalismusspezifische Lebensverhältnisse. Zurek plädiert angesichts der "deutschen Betonburg, wo soziale Bewegung nur geheuchelt und durch Kapital- und Geldbewegung ersetzt wird" für eine Aktualisierung des Versuchs, "die vielfältigen Phänomene der gesellschaftlichen Starre, Pseudopolitik und Fixierung auf den Ist-Zustand mit der Entfremdungstheorie zu konfrontieren und in der konkreten Entfremdungsanalyse (...) wieder freizubekommen" (1998, S. 6) und wirft nachfolgend die Frage auf, ob "eine auf den Stand gebrachte Entfremdungstheorie eine Antwort auf die tiefe gesellschaftliche und psychosoziale Krise (geben kann)" (ebd.).

Der Begriff der Entfremdung thematisiert die Zerreißung des Mensch-Welt-Zusammenhangs als Folge von Herrschaftsausübung, sowie die Verkehrung menschlicher Produkte in verselbständigte Mächte, die ihren Produzenten feindlich gegenüber treten und sie beherrschen. Theoretisch befindet sich der Entfremdungsbegriff auf der Ebene der Vermittlung von Subjekt und Welt, ist streng genommen ein gesellschaftstheoretischer Begriff, der jedoch eine Vielzahl psychologisch relevanter Aspekte aufweist.

Im Kapitalismus verdichten sich einzelne Entfremdungsprozesse zu einem Zustand allgemeiner Entfremdung, der alle Lebensbereiche erfasst und den Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen

entgegentritt, sodass sie ihre individuelle Existenz nur innerhalb entfremdeter Formen reproduzieren können und diese damit aufrechterhalten. Allerdings ist ihre Unterstellung nicht ausweglos, denn sie sind prinzipiell in der Lage, ein Bewusstsein der eigenen Entfremdung und Möglichkeiten ihrer Überwindung zu entwickeln.

Von Bedeutung sind hier die Umstände, die den Unterschied zwischen Entfremdung und *unmittelbarer* Herrschaftsausübung konstituieren. Der Entfremdungsprozess besteht aus zwei Teilen: Dem Vorgang der Zerreißung, Verkehrung oder Verdinglichung von Lebenszusammenhängen und dessen gleichzeitiger *Selbstverschleierung*. Entfremdung tarnt sich mit dem Schein von Normalität und wird dadurch unkenntlich. Nur indem sie sich als etwas anderes präsentieren als sie sind, können Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse dauerhaft betrieben werden, ohne Widerstand hervorzurufen.

Was Kagarlitzky zu osteuropäischen Realitäten feststellt, ist unschwer zu verallgemeinern: "Eine Gesellschaft, die in der Katastrophe lebt, (kann) deren Dimension kaum erkennen. Nehmen wir den Sowjetmenschen von vor zehn Jahren und zeigen wir ihm das Bild der heutigen Gesellschaft: Die zerfallene Sowjetunion, Gewalt, Korruption, soziale Ungerechtigkeit und so weiter. Er würde sich an den Kopf fassen (...) und sagen: Das ist eine Katastrophe, das ist ja furchtbar. Nur, wäre seinerzeit eine solche Prognose vorgelegt worden, hätte sie keiner glauben wollen. (...) Jetzt leben dieselben Menschen in eben dieser Realität, sie haben sich angepasst und merken gar nicht mehr wie katastrophal es ist" (Kagarlitzki, 1997, S. 14).

Zu dieser prozesshaften Seite der Entfremdungsverflechtung gehört noch ihr interessengeleiteter Ursprung, wie er gerade in der herrschaftsideologischen Strategie "Bewusstseins- statt Besitzstandsbiologie" zum Ausdruck kommt, die versucht, die Menschen den neoliberal veränderten Bedingungen anzupassen, ohne dass sie sich dessen bewusst werden.

Für die von Zurek vorgeschlagene Anwendung einer aktualisierten Entfremdungstheorie zur Aufklärung gegenwärtiger Krisenphänomene halte ich folgende Prinzipien für wichtig: Es kommt zunächst darauf an, den *ökonomischen Kern* der Entfremdung in seiner zeithistorischen Ausprägung bloßzulegen und darin die *fremde Macht als reale Macht* zu erkennen, deren Wirken von erheblichem Einfluss auf Denkformen und Befindlichkeiten ist. Dann sind die *ideologischen Formen* zu untersuchen, die dieses Wirken noch verstärken, es aber zugleich verschleiern und seine Herkunft unkenntlich machen oder es zwar einräumen, aber zugleich legitimieren, als "alternativlos" mystifizieren usw. Schließlich gilt es, die *Erscheinungsformen entfremdeter Subjektivität in ihrer Bezogenheit auf die entfremdeten Verhältnisse* zu analysieren. "Die Mystifikation der eigenen Existenzbedingungen ist der exemplarische Ausdruck einer fremdbestimmten Lebensgestaltung und eines bedrückenden Ohnmachtsgefühls. Ohnmacht und Mystifikation sind die beiden Seiten (...) des Systems der sozialen Entfremdung" (Seppmann, 1995, S. 133).

Die damit erhobenen Forderungen an eine psychologische Entfremdungstheorie entsprechen nun weitgehend der Vorgehensweise der Kritischen Psychologie, womit sich die Frage nach dem Verhältnis beider Ansätze stellt. Da der Entfremdungsbegriff in kritisch-psychologischen Arbeiten bislang kaum verwendet wurde, die derzeitigen gesellschaftlichen Veränderungen aber auch eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes nahelegen, soll untersucht werden, ob der Begriff der Entfremdung hier eine geeignete Ergänzung darstellen könnte.

Schließlich ist als wesentliche Motivationsgrundlage der Arbeit die Absicht zu nennen, *Selbstverständigung* über gesellschaftliche und psychologische Realitäten zu erlangen, die an allen Ecken und Enden nach radikalem Erkenntnisstreben verlangen, gerade weil die Macht des Faktischen den Blick auf Ungeheuerlichkeiten und Ungeheuer beharrlich trübt. Wenn die derzeitigen Kräfteverhältnisse schon nicht ausreichen, diese zu vertreiben, will ich wenigstens etwas Licht in ihr finsternes Treiben bringen und einige der täglich verbreiteten Lügen aufdecken, die so selten in Zweifel gezogen werden, wiewohl man ahnt, dass nichts als das Recht des Stärkeren und die Macht der Reichen und Superreichen dahintersteht, von "Experten" als "Sachzwang" mystifiziert und mit all dem Verleugneten und Verdrängten als Kehrseite: Dem Elend in der südlichen Hemisphäre, der millionenfachen Perspektivlosigkeit hierzulande und am Ende deren "Globalisierung" als Entzivilisierung und Krieg. "Der Versuch, die Macht des 'falschen Bewusstseins' zu brechen ist auch eine Frage des Mutes: Für den, der Herrschaft ausübt, ist Opposition das, was ihn zur Lüge provoziert; wenn aber die Wahrheit fällt, stürzt sie auf den Schwächeren" (Brückner, 1968, S. 170).

In diesem Sinne sehe ich es als wichtige Aufgabe, Einzelheiten zu Tage zu fördern über den Zynismus herrschender Eliten, die Willfährigkeit der Intellektuellen, die Lähmung und Ratlosigkeit derer, die derzeit -

wenngleich weit entfernt von der "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" - noch allemal mehr zu verlieren haben als ihre Ketten.

I. Kritische Psychologie

1. Menschliche Subjektivität als Aspekt des materiellen Lebenszusammenhangs

Entstehungsgeschichte

Im Zuge der westdeutschen Studentenbewegung am Ende der sechziger Jahre gerieten mit den versteinerten Verhältnissen der Adenauerrepublik, die ihre faschistische Vergangenheit ebenso zu tabuisieren suchte wie ihre neuerlichen Verstrickungen in internationale Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, auch Inhalt und Funktion von Wissenschaft in die Kritik. Der Blick auf die akademische Dienstbarkeit gegenüber Industrie und Militär sah das Urteil bestätigt, das Horkheimer und Adorno ein Vierteljahrhundert zuvor gefällt hatten: "Das Wissen, das Macht ist, kennt keine Schranken, weder in der Versklavung der Kreatur noch in der Willfährigkeit gegen die Herren der Welt. Wie allen Zwecken der bürgerlichen Wirtschaft in der Fabrik und auf dem Schlachtfeld, so steht es den Unternehmenden ohne Ansehen der Herkunft zu Gebot (...) Es zielt (...) nicht auf das Glück der Einsicht, sondern auf Methode, Ausnutzung der Arbeit anderer, Kapital" (Horkheimer/Adorno, 1944/1993, S. 10).

Auch die etablierte Psychologie sah sich massiven Vorwürfen ausgesetzt. Politisierte Studenten besetzten beim "Tübinger Kongress" der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (1968) das Podium, beschuldigten die Wissenschaft der Kumpanei mit der für den Vietnamkrieg produzierenden Rüstungsindustrie, verorteten ihre Vertreter im "Corpus derer, die über die schlechten Verhältnisse rasonieren, sie nicht abschaffen" und resümierten: "Psychologie entwickelt sich zum Machtinstrument über Hilflose und Kinder" (Thesen zur Psychologie, 1970, S. 132). Gefordert wurde die Abkehr von derartiger Herrschaftswissenschaft und die Entwicklung einer emanzipatorischen Psychologie an ihrer Stelle. Die Kritisierten freilich waren an solcherlei Bestrebungen gänzlich uninteressiert, schmetterten die Forderung nach einer Politisierung der Psychologie mit Hinweisen auf "Wertfreiheit" und "Neutralität" der Wissenschaft ab und konnten den universitären Normalbetrieb nach dem frühzeitigen Ende der studentischen Revolte auch bald wieder fortsetzen.

Anders entwickelte sich die Situation am Psychologischen Institut der FU Berlin (PI), wo Mitarbeiter und Assistenten die Aktionen der oppositionellen Studentenschaft zwecks Institutionalisierung kritischer Positionen unterstützten. Auch der spätere Begründer der Kritischen Psychologie Klaus Holzkamp, damals noch unpolitischer Professor am PI, und mit Arbeiten über Wahrnehmungs- und Experimentalpsychologie mehr oder weniger bekannt geworden, sah sich in Kontroversen mit kritischen Studentinnen und Studenten verwickelt, deren Wirkung er später so beschrieb: "Ich argumentierte zunächst aus der Position der vermeintlichen Überlegenheit des positivistischen Wissenschaftsbegriffs heraus, bis ich allmählich merkte, dass es da einiges für mich zu verstehen gab, das mir bisher unzugänglich gewesen war - wenn ich auch noch nicht genau wusste, was" (Holzkamp, 1972, S. 224). Zur Erkundung dieses unbekanntem Bereichs begab sich der gestandene Wissenschaftler als Zuhörer in studentische Arbeitsgruppen, Marx-Lesekreise und in einen Prozess persönlicher Veränderung: "Ich befand mich dabei ausschließlich in der Position des Lernenden. Allmählich sah ich immer deutlicher, zu welcher Verdummung die ausdrücklich oder implizit antikommunistische Erziehung in Schule und Universität, verbunden mit den atmosphärischen Einflüssen der 'Frontstadt' Berlin, bei mir geführt hatte, wobei ich die Möglichkeit eines neuen Gesellschafts- und Wissenschaftsverständnisses vorerst nur in seinen Umrissen erahnen konnte" (ebd. S. 225).

Die Ausgestaltung dieser Umrisse zu einer grundlegend neu gefassten psychologischen Wissenschaft wurde für Holzkamp und eine Gruppe von Mitarbeitern zu einem ambitionierten Forschungsvorhaben mit weitreichenden Folgen: Notwendige Veränderungen der Wissenschaftspraxis führten zu teils erheblichen Konflikten mit etablierten Fachvertretern des PI, die schließlich dort auszogen und vom Berliner Senat ein eigenes Institut erhielten. Den am PI verbliebenen Kräften gelang es in den folgenden Jahrzehnten, ihre damaligen Ansätze einer kritisch-emanzipatorischen Psychologie zum heute vorliegenden, mehr oder weniger geschlossenen Theoriegebäude einer marxistischen Subjektwissenschaft auszuarbeiten. Ihr Anspruch ging dahin, eine psychologische Theorie samt zugehöriger Grundbegrifflichkeit zu entwickeln, die eine unreduzierte Konzeptualisierung menschlicher Subjektivität ermöglicht, was nicht nur den Versuch darstellt, den vielen psychologischen Schulen und Arbeitsrichtungen eine weitere hinzuzufügen, sondern "die

gesamte Psychologie durch Kritik und Revision ihrer Grundbegriffe und darin eingeschlossenen methodischen Vorstellungen auf eine neue Basis zu stellen" (Holzkamp, 1983, S. 19). Im Verlauf dieses Vorhabens wurde auch sein Ausgangspunkt, die Kritik der etablierten Psychologie in mehreren Schritten zur "Erkenntniskritik als Einheit von Kritik und Weiterentwicklung" vorangetrieben (Holzkamp, 1992, S. 62). Sie richtet sich in der Hauptsache gegen die Beliebigkeit traditionell-psychologischer Begriffsbildung und deren weitgehender Verfehlung ihres Gegenstandes.

Psychologiekritik

Die *Gegenstandsverfehlung* der traditionellen Psychologie resultiert in erster Linie aus ihrer konzeptionellen Verkürzung der menschlichen Existenz auf eine als "privat" und in einer naturhaften Umwelt stattfindend gedachten, unter Ausblendung konkreter gesellschaftlich-historischer Lebenszusammenhänge. Die Menschen werden so dargestellt, als lebten sie vereinzelt und in direkter Auseinandersetzung mit ihrer Umgebung, die gesellschaftliche Produziertheit menschlicher Lebenshaltung wird samt ihrer historischen Gewordenheit ignoriert oder als "Nebensache" behandelt. Im damit gezeichneten Menschenbild bleibt ungeklärt, warum und auf welche Weise die Menschen im Laufe ihrer Entwicklungsgeschichte überhaupt mit der *Herstellung ihrer Lebensmittel* begonnen und sich aus dem Tierreich und der ausschließlichen Nutzung vorfindlicher Bedingungen herausentwickelt haben. Es kann festgestellt werden, "dass die Produktion und Reproduktion des Lebens durch solche 'Menschen' weder inauguriert noch erhalten werden könnten, so dass unsere gesellschaftliche Existenz, obwohl sie doch real ist, zugleich als unmöglich erscheint. Da die menschlich-gesellschaftliche Lebensgewinnungsform hier auf die vormenschlich-organismische Weisen der Lebenserhaltung unter 'natürlichen' Bedingungen heruntergebracht ist, ist der 'homo psychologicus' tatsächlich ein auf gesellschaftlichem Niveau lebensunfähiger Homunculus, und die Erkenntnismöglichkeiten, Fähigkeiten, Bedürfnisse, die ihm von der traditionellen Psychologie zugestanden werden, sind tatsächlich quasi 'Letalfaktoren'" (Holzkamp, 1983, S. 195).

Mit der theoretischen Verkürzung der menschlichen Existenz um ihre produktive Seite reduziert die traditionelle Psychologie den Mensch-Welt-Zusammenhang auf ein *Bedingtheitsverhältnis*, worin die psychische Lebenstätigkeit der Menschen als von den Umweltgegebenheiten oder „inneren“ Faktoren determiniert erscheint, ihre Möglichkeiten zur Schaffung und Veränderung der Gegebenheiten jedoch unberücksichtigt bleiben. Menschen werden zu Objekten äußerer Einflüsse, ihre Subjekthaftigkeit bleibt ausgeblendet.

Ihren *theoretischen* Niederschlag findet diese Reduktion in für den psychologischen Mainstream zentralen Begriffen des "Verhaltens" und des "Reiz-Reaktions-Zusammenhangs", ihren *methodischen* in der vorherrschenden Ausrichtung der Forschung auf experimentell-statistische Verfahren. Diese nehmen ihren Ausgang in der Formulierung von Hypothesen als Wenn-Dann-Aussagen, d.h. als Aussagen über vermutete Zusammenhänge zwischen Bedingungen und Ereignissen oder - in einschlägiger Formulierung - zwischen "unabhängigen" und "abhängigen Variablen", die anschließend einer empirischen, bevorzugt experimentellen Überprüfung unterzogen werden. Wegen ihrer Fixierung auf dieses Forschungsmodell kennzeichnet die Kritische Psychologie solche Arbeitsrichtungen als *Variablenpsychologie*. Das dabei im Mittelpunkt stehende bedingungsanalytische Variablenschema soll menschliches Verhalten vorhersagbar und kontrollierbar machen. Es liefert Aussagen der Form: "Unter den und den Bedingungen verhalten sich Menschen so und so", womit bereits die Methodik etablierter Psychologie auf ihre Funktion als Hilfswissenschaft zur Sicherstellung ökonomischer Verwertung und politischer Kontrolle der Menschen verweist. Die hier erfolgenden Verkehrungen objektiver Mängel in subjektive Defizite und gesellschaftlicher Antagonismen in naturhafte Konflikte finden ihre praktische Anwendung in vielfältigen Formen psychologisch gestützter Sozialtechnologie, die von jeher darauf abzielen "Arbeiter arbeitswilliger, Soldaten kampfbereiter, Käufer kauflustiger, Neurotiker anpassungsfreudiger und Kinder gefügiger zu machen" (Fachverbandstagung Psychologie, 1968, S. 126), all jenen Formen intellektueller Dienstbarkeit also, die Basaglia & Basaglia-Ongaro (1980) als "Befriedungsverbrechen" kennzeichnen.

Die zweite theoretische Schwäche vorfindlicher psychologischer Konzepte liegt in der *Beliebigkeit ihrer Begriffsbildung*. Es existieren lediglich Methoden zur Überprüfung empirischer Zusammenhangsannahmen, nicht aber über solche zur Bestimmung wissenschaftlicher Kategorien als den typischen Grundbegriffen

einer Wissenschaft, aus denen zum einen hervorgeht, worum es sich bei ihrem Gegenstand handelt und die zum anderen methodische Vorstellungen enthalten, mit denen dieser erforscht werden kann: "Wenn jemand die Raumtemperatur messen will, so ist zu erwarten, dass er zu diesem Zweck kein Lineal benutzt; ebenso wird sich kaum jemand ein Thermometer ins Auto hängen, in der Hoffnung, daran die Fahrtgeschwindigkeit ablesen zu können" (Markard, 1987, S. 37). Die in der Psychologie auf "kategorialer Ebene" verwendeten Begriffe wie "Erleben", "Verhalten", "Reiz" usw. klären weder Gegenstand noch Methode. Sie entstammen der anschaulichen Erscheinungsoberfläche des Alltagslebens und gelangen, da ihre (Un)angemessenheit mit den gängigen Methoden nicht reflektiert werden kann, auf dem Weg einfacher Setzung in die psychologische Forschungspraxis. Es handelt sich nicht um gegenstandsaufschließende Grundbegriffe sondern lediglich um Vorbegriffe. Die eigentliche Errungenschaft kritisch-psychologischer Theoriebildung besteht demgegenüber in der Schaffung eines begrifflichen Instrumentariums psychologischer Kategorien zur Konzeptualisierung menschlicher Subjektivität, einschließlich ihrer "im Gegenwärtigen liegenden Historizität" (Holzkamp, 1983, S. 51).

Leitgedanke dieser Konzeption ist die Überzeugung von der Notwendigkeit, psychische Prozesse als Aspekt des materiellen Lebenszusammenhangs zu erfassen, der sich in seiner menschlichen Spezifik vor allem durch die Hergestelltheit der Lebensbedingungen auszeichnet. Psychologie, deren Aufgabe gemeinhin darin gesehen wird, menschliche Lebensproblematiken in ihren Ursachen zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, muss - sofern sie gegenstandsadäquat sein will - dem Umstand Rechnung tragen, dass Menschen einen Großteil der Bedingungen erschaffen, unter denen sie dann leben müssen. Hieraus ergibt sich die Grundfragestellung der Kritischen Psychologie: "Der Mensch ist nicht nur auf gesamtgesellschaftlicher, sondern auch auf individueller bzw. subjektiver Ebene in seiner Doppelbeziehung als Produzent der gesellschaftlichen Bedingungen, durch welche er bestimmt ist, zu erforschen" (Holzkamp, 1992, S. 65).

Historische Rekonstruktion der Genese des Psychischen

Ausgehend von der Vorüberlegung, dass jede Ontogenese bereits Resultat vorgängiger phylogenetischer und gesellschaftlich-historischer Entwicklungen ist und die Betrachtung individueller Biographien ohne Berücksichtigung dieser Vorgeschichte notwendig ein verkürztes Bild ergibt (eben jenes, welches die Variablenpsychologie für die ganze Wahrheit hält), versucht die kritisch-psychologische Forschung auf dem Wege der historischen Rekonstruktion zu angemessenen psychologischen Grundbegriffen zu gelangen. Sie entwickelt dazu unter Rückgriff auf die Ergebnisse anderer Einzelwissenschaften wie Anthropologie, Biologie, Geschichte usw. und *deren empirischen Gehalt nutzend*, das *logisch-historische Verfahren*, bestehend aus mehreren Einzelmethoden zum Nachvollzug der verschiedenen Entwicklungsetappen des Psychischen. Dieser liefert eine umfangreiche *Ursprungs- und Differenzierungsanalyse*, die klären soll, wie sich "im Prozess der phylogenetischen Anpassung der Organismen an die natürliche Umwelt schrittweise aus einfachen Grundformen immer differenziertere Formen des Lebens herausbildeten" (Wetzel, 1984, S. 377).

Die Psychophylogenese vollzieht sich zunächst auf der Grundlage der Evolutionsgesetze mit den Hauptmechanismen Mutation und Selektion als allgemeinen Entwicklungsprinzipien in Form qualitativer Sprünge, vorangetrieben von immer neu sich bildenden Entwicklungswidersprüchen zwischen Organismen und Umwelt. Sie verläuft, ausgehend von der *Grundform des Psychischen, der signalvermittelten Orientierung* primitiver Organismen, über die *Herausbildung tierischer Sozialverbände* sowie die Entstehung *individueller Lernfähigkeit* zur beginnenden *Anthropogenese im Tier-Mensch-Übergangsfeld*. Darin vollzieht sich die eigentliche Menschwerdung in zwei Schritten. Zuerst tritt in einem Prozess der Zweck-Mittel-Verkehrung an die Stelle des gelegentlichen Gebrauchs vorgefundener Hilfsmittel die *zielgerichtete Herstellung von Werkzeugen*. Auf dieser Grundlage entwickelt und differenziert sich dann ein gesellschaftliches System der Arbeitsteilung, welches eine *verallgemeinerte, existenzsichernde Vorsorge* ermöglicht (Landwirtschaft, Viehzucht, Vorratshaltung) und die ihrerseits die materielle Basis der von hier aus fortschreitenden Zivilisationsentwicklung bildet. Diese beruht damit vor allem auf der menschlichen Fähigkeit zu *kooperativem Handeln*, wohingegen sie im Falle eines Zutreffens diverser "Konkurrenztheorien" in dieser Form überhaupt nicht hätte stattfinden können. Vielmehr tritt an dieser Stelle der menschlichen

Gattungsgeschichte ein neues evolutionäres Prinzip in Kraft: *Mit dem Heraustreten des Menschen aus dem Tierreich löst der gesellschaftlich-historische Prozess den phylogenetischen als dominanten Entwicklungsrahmen ab* und das Psychische erhält in zunehmendem Maß den Charakter des Mittelbaren, auf menschengemachte Verhältnisse Bezogenen.

Gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit individueller Existenz

Die kritisch-psychologische Rekonstruktion der historischen Entwicklung des Psychischen zur Bestimmung wissenschaftlich reflektierter Kategorien setzt an den Vorbegriffen der traditionellen Psychologie an, deren Erkenntnisgehalt in den Grundbegriffen aufgehoben und erweitert werden soll. Hervorzuheben sind zunächst die *gesellschaftlichen Bedeutungen*, die an die Stelle des "Reiz"-Begriffs der Variablenpsychologie treten, und denen im Verhältnis zwischen äußeren Bedingungen und Handlungen/Befindlichkeiten der Menschen die Funktion der Vermittlung zufällt: "Die menschliche Wahrnehmung ist gegenständlich und sinnerfüllt. Sie lässt sich nicht auf eine nur reizmäßige Grundlage reduzieren. Wir nehmen nicht Empfindungsbündel und nicht 'Strukturen' wahr, sondern Gegenstände, die eine bestimmte Bedeutung haben. Praktisch ist für uns die Bedeutung des Gegenstandes wesentlich, weil sie seine Verwendbarkeit kennzeichnet" (Rubinstein, 1968, zit. n. Holzkamp, 1973, S. 25). Damit ist das Bedingtheitsmodell der Variablenpsychologie suspendiert: Die äußeren Bedingungen determinieren menschliches Handeln nicht, sondern enthalten konkrete Bedeutungen, die im Zuge individueller Lebenstätigkeit erkannt und in Handlung umgesetzt werden müssen. Im Verlauf der historischen Entwicklung treten immer mehr gesellschaftlich-institutionelle Bedeutungsstrukturen an die Stelle natürlicher Gegebenheiten und werden zunehmend zum Bezugspunkt individueller Handlungsmöglichkeiten bis es schließlich unmöglich wird, "die Lebensbedingungen anders als in der Qualität von gesellschaftlichen Bedeutungsstrukturen (zu) erfassen, da sie Menschen grundsätzlich nur so gegeben sind" (Holzkamp, 1983, S. 348, Hervorhebungen entfernt).

Im Zuge des Dominanzwechsels von der phylogenetischen zur gesellschaftlich-historischen Entwicklung des Psychischen, damit der *Herausbildung der gesellschaftlichen Natur des Menschen* wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem je individuellen Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion und dem eigenen Überleben von der *gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz* abgelöst. Mit diesem Ausdruck ist ein zentrales Theorem der Kritischen Psychologie bezeichnet, worauf alle weitere Begrifflichkeit aufbaut. Mit der Absicherung der Existenz des Einzelnen im System verallgemeinerter Vorsorge nimmt das Mensch-Welt-Verhältnis die Form einer *Möglichkeitenbeziehung* an. Die Erhaltung der individuellen Existenz kann jetzt prinzipiell auch ohne eigene Beiträge zur materiellen Reproduktion erfolgen. Die in den Umweltgegebenheiten liegenden Gegenstandsbedeutungen erhalten die Funktion von *Handlungsmöglichkeiten*, zu denen immer auch Alternativen bestehen und worin unsere Fähigkeit wurzelt, uns bewusst zur Welt und zu uns selbst zu verhalten. Nach dem Dominanzwechsel zur gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz ist das Mensch-Welt-Verhältnis immer als eine *doppelte Möglichkeit* zu charakterisieren, mit den Alternativen der *bloßen Nutzung* bereits bestehender Handlungsmöglichkeiten unter Beibehaltung darin liegender Unzulänglichkeiten oder dem Versuch ihrer *Erweiterung* und Überwindung der Einschränkungen. Die Kategorie der doppelten Möglichkeit bildet die theoretische Basis der späteren kritisch-psychologischen Zentralkategorie restriktive vs. verallgemeinerte Handlungsmöglichkeit und stellt als Heuristik die Voraussetzung zur Analyse der psychologischen Aspekte von Macht- und Herrschaftsverhältnissen dar.

Mit der Veränderung des Mensch-Welt-Zusammenhangs vom Bedingtheitsverhältnis zur Möglichkeitenbeziehung werden für das Individuum Entscheidungen zwischen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten erforderlich. Diese erfolgen auf der Basis subjektiver Handlungsgründe, wobei die in den Lebensbedingungen liegenden Bedeutungen je nach ihrer subjektiven Funktionalität als Prämissen in die jeweiligen Begründungszusammenhänge eingehen. Infolge der gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz kommt es zur Herausbildung einer neuen Bedürfnisstruktur: Das Ziel menschlichen Handelns ist nicht mehr die bloß *unmittelbare Befriedigung jeweils aktueller Bedürfnisse*, sondern in wachsendem Ausmaß, die *Verfügung über die Befriedigungsmöglichkeiten*. Die subjektive Notwendigkeit der Bedingungsverfügung verlangt von den Individuen die Teilnahme am Produktions- und Reproduktionsprozess auf dem jeweiligen historischen Niveau, einschließlich der individuellen Aneignung

dazu erforderlicher Fähigkeiten (ab einem gewissen Entwicklungsstand "Berufe") und bildet so die Grundlage der zentralen psychologischen Kategorie der *Handlungsfähigkeit*, die fassbar machen soll, in welchem Ausmaß und mit welchen Einschränkungen die Individuen mittelbar über ihre Lebensbedingungen verfügen können. Psychologische Einzelfunktionen sind Funktionsaspekte der Handlungsfähigkeit. Emotionale Prozesse z.B. stellen die subjektive Bewertung der je erreichten Handlungsfähigkeit dar und bilden als individuelle Befindlichkeit deren phänomenale Seite. Im Ergebnis wird mit der Herausbildung der gesellschaftlichen Natur des Menschen die Entfaltung von Subjektivität als Gewinnung von Lebensqualität auf dem Weg der Verfügungserweiterung zur eigentlich menschlichen Lebensthematik.

Ein theoretischer Ansatz, der sich als generelle Alternative zur traditionellen Psychologie versteht, muss neben Vorstellungen zur phylogenetischen Entwicklung des Psychischen auch solche zur ontogenetischen entwickeln. Gemäß ihrer theoretischen Prämissen als einer dialektischen Wissenschaft konzipiert die Kritische Psychologie die menschliche Individualgeschichte als Resultat von Entwicklungswidersprüchen, bei denen es für das Individuum darum geht, in Auseinandersetzung mit seiner sachlichen und personalen Umwelt aus einem anfänglichen Zustand der Hilflosigkeit und Ausgeliefertheit heraus zunehmend die Fähigkeit zum selbstständigen Handeln zu entwickeln. Diesbezügliche Forschungsergebnisse der Kritischen Psychologie können hier nicht referiert werden. Eine Darstellung der kritisch-psychologischen Entwicklungstheorie findet sich in Holzkamp, 1983, S. 417 - 508.

Für die psychologische Forschung resultiert aus der gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz mit ihren Konsequenzen der Möglichkeitsbeziehung zur Welt und der subjektiven Begründetheit des Handelns die Notwendigkeit, den (verallgemeinerten) Standpunkt des Subjekts einzunehmen, um von dort aus das jeweilige Verhältnis von Möglichkeiten und Behinderungen subjektiver Bedingungsverfügung aufzuklären. Dies ist von einem distanziierten Drittstandpunkt aus (welcher der Variablenpsychologie als besonders "wissenschaftlich" gilt), nicht möglich, da es sich bei Handlungsbegründungen immer um Gründe "erster Person", um "je meine Gründe" handelt, die vom Standpunkt außerhalb nicht zugänglich sind. Rückblickend werden hier einmal mehr Gegenstandsverfehlung und Herrschaftsfunktion der Variablenpsychologie deutlich, deren Bedingtheitsdiskurs die wesentlichen Züge der spezifisch menschlichen Existenz ausklammert und im Ergebnis Aussagen *über* Menschen liefert, die ihre ökonomische Verwertbarkeit und politische Kontrolle sichern helfen, anstatt im wissenschaftlichen Begründungsdiskurs Aussagen *für* Menschen zu formulieren, die ihre Emanzipation ermöglichen: "Die Unfähigkeit der Variablenpsychologie als Hauptstrom der Psychologie, die subjekthaft-aktive Zentralbestimmung des Handelns begrifflich und methodisch zu erfassen, ist ein Aspekt ihrer Funktionalität für die Reproduktion bürgerlicher Klassenverhältnisse, da das methodologisch begründete Bedingtheitsmodell mit dem 'kontrollwissenschaftlichen' Standpunkt des Fremdsetzens von Bedingungen die strukturelle Fremdbestimmtheit der Individuen durch die Unterworfenheit unter das kapitalistische Verwertungsinteresse als 'naturhaft' und unveränderlich hypostasiert" (Holzkamp, 1986, S. 384).

Der hier angesprochene Klassenbegriff zählt als wissenschaftliches Instrument zur Analyse gesellschaftlicher Antagonismen zu den derzeit am stärksten tabuisierten Termini und ist weitgehend aus dem Sprachgebrauch verdrängt worden. Demgegenüber betonen neue Untersuchungen aus verschiedenen Bereichen seine Bedeutung. So stellt Koch (1994) seiner Sozialstrukturanalyse der heutigen BRD die berechnete Frage voran, wie unter Verzicht auf den Klassenbegriff die zweifellos fortbestehende Tatsache sozialer Ungleichheit überhaupt theoretisch konzeptualisiert werden könnte. Die Tabuisierung des Begriffs hat eher herrschaftsideologische, denn sachliche Gründe, die gern konstatierte "Krise der Arbeiterklasse" ist v.a. eine Krise des Bewusstseins: "Die Arbeiterbewegung (...) leidet heute verwirrt und ohne klare Zukunftsorientierung unter Auflösungstendenzen. Bereits die Bezeichnung "Arbeiterbewegung" klingt obsolet, weil sich nur noch eine Minderheit (...) als "Arbeiter" begreift. Es fehlt eben die notwendige Begriffsarbeit, um allen, die die gemeinsame Lage teilen, von der ökonomischen Machtelite abhängig zu sein, diese der eigenen Kontrolle entzogene Existenzbedingung bewusst zu machen, sozusagen die faktische Klassenlage auch denken und fühlen zu können" (Zinn, 1998, S. 24 f., vgl. auch Hobsbawm, 1995, S. 384 - 390). Trotz dieser Begriffs- und Bewusstseinskrise hatte die Grundklassenlinie, die antagonistische Spaltung der Gesellschaft in Produktionsmittelbesitzer und Nichtbesitzer, objektiv noch nie eine so große Bedeutung wie heute: "Es mag zwar sein, dass es mit der Arbeiterklasse und ihrem 'Klassenbewusstsein' nicht mehr weit her ist. Um so realer ist allerdings die Existenz einer herrschenden kapitalistischen Klasse,

die ihrerseits über ein sehr ausgeprägtes Klassenbewusstsein verfügt" (Kremer, 1996, S. 63). Der Verzicht auf analytisch scharfe Begriffe wie den der Klasse ist angesichts voranschreitender Polarisierung, Kapitalkonzentration usw. von der Sache her nicht nachvollziehbar. Er ist als wissenschaftlicher Begriff zur Kennzeichnung der objektiven Seite der Ungleichheit von Lebenschancen und Verfügungsmöglichkeiten unverzichtbar, wenngleich für die politische Praxis derzeit kaum zu gebrauchen.

Hinsichtlich der "klassentheoretischen" Bezüge der Kritischen Psychologie ist festzustellen, dass mit der Einführung von Grundbegriffen wie der subjektiven Handlungsgründe und der Lebenslage und Position jeglicher "Klassendeterminismus" überwunden wurde. Die soziale Herkunft einer Person legt ihre Subjektivität nicht fest, sie ist jedoch auch nicht bedeutungslos, wie modische "Individualisierungstheorien" glauben machen wollen. Der Blick auf heutige Verhältnisse gibt keinen Anlass zur Ausrufung einer sorgenfreien "Postmoderne", wie teilweise sogar von Adepten der Kritischen Psychologie betrieben. So glaubt Baller festzustellen, dass in der 'Grundlegung' "die materielle Ausbeutung zurecht in den Hintergrund (tritt)" und ein "aufgrund von privaten und sozialstaatlichen Sicherungsmechanismen prinzipiell existentiell entlastetes (...) Individuum" in den Mittelpunkt des sozialen Geschehens tritt (1995, S. 33). Sollte dies jemals der Fall gewesen sein, sind diese Zeiten leider schon wieder vorbei.

Für die weitere Entwicklung des Psychischen ist es von großer Bedeutung, dass sich mit der Herausbildung eines arbeitsteiligen Systems vorsorgender Existenzsicherung auch der Gesellschafts-Pol des Mensch-Welt-Zusammenhangs entscheidend verändert. Es entstehen verselbständigte und die Lebensperspektive des Einzelnen überdauernde Systeme sozialer Organisiertheit, die nunmehr anstelle der natürlichen Umwelt die für das individuelle Handeln relevanten Bedeutungsstrukturen verkörpern. Die ökonomischen Strukturen stellen keine Determinanten des Psychischen und erst recht keine psychischen Tatbestände als solche dar, sondern haben "als von Menschen geschaffene Lebenswelt der Individuen lediglich einen psychischen Aspekt" (Holzkamp, 1983, S. 191), wobei die gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Folge hat, dass den Individuen die gesellschaftlichen Bedeutungen nicht in ihrer Gesamtheit, sondern nur als Bedeutungsaspekte zugänglich sind, wie sie von ihrer jeweiligen Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozess erfasst werden. Die Kritische Psychologie entwickelt hier die Grundbegriffe der *Position* und *Lebenslage*, womit gewissermaßen die Schnittstellen zwischen Subjekt und Gesellschaft bezeichnet sind, die alle Handlungsmöglichkeiten beinhalten. Position bezieht sich auf Möglichkeiten der Teilhabe an der gesellschaftlichen Arbeit, Lebenslage auf individuelle Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten im Reproduktionsbereich: Konsum, Wohnverhältnisse, Verkehrsformen usw. Als psychisch relevante Infrastrukturen der gesellschaftlichen Verhältnisse sind Lebenslagen und Positionen Resultate historischer Entwicklung und unterliegen entsprechenden Veränderungen. *Der historische Prozess ist keineswegs eine geradlinige Fortentwicklung kollektiver Verfügungsmöglichkeiten über die natürlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, mit allen Gesellschaftsmitgliedern in gleichem Umfang zugute kommenden Ergebnissen, sondern vollzieht sich bislang als geschichtliche Abfolge verschiedener Gesellschaftsformationen, deren innere Ausgestaltung die Form von Gewalt-, Herrschafts-, und Ausbeutungsverhältnissen annimmt.* Aus der jeweiligen gesellschaftlichen Stellung des Individuums resultieren höchst unterschiedliche Lebenslagen und Positionen mit entsprechend verschiedenen Handlungs- und Verfügungsmöglichkeiten. Menschliche Subjektivität liegt immer in formationsspezifischer Ausprägung vor.

2. Formationsspezifische Subjektivität im Kapitalismus

Eine materialistische Psychologie kann die Erscheinungsformen menschlicher Subjektivität nicht losgelöst von den Bedingungen, unter denen Menschen leben und den darin liegenden Bedeutungen und Denkformen untersuchen. Wird dies dennoch praktiziert, resultieren daraus Gegenstandsverfehlung, Beliebigkeit der Begriffsbildung usw. Die Kritische Psychologie dagegen "arbeitet die Verwobenheit menschlichen Denkens und Handelns (...) mit gesellschaftlichen Denk- und Handlungsformen heraus und will damit den Zusammenhang zwischen dem Handeln der Menschen und den jeweiligen Bedingungen des Handelns erfassbar machen. Aus ihrer Perspektive ist deshalb der Gegenstand der Forschung nicht das einzelne Individuum, sondern die Welt, wie sie der Mensch erfährt" (Fried, 1998, S. 43f.).

Kritische Psychologie hat als marxistische Subjektwissenschaft mindestens drei Bezüge zur Marx'schen

Theorie: "1. die Spezifizierung und Anwendung des logisch historischen *Verfahrens* zur Fundierung psychologischer Grundbegriffe, also 'Kategorien', 2. der Bezug auf die *Resultate* Marx'scher und marxistischer gesellschaftstheoretischer Analysen als Voraussetzung für psychologische Bedeutungsanalysen und 3. die Nutzung und Konkretisierung der v.a. in der Warenanalyse enthaltenen *psychologischen* Bedeutungsmomente wie 'objektive Gedankenformen'" (Markard, 1998, S. 33, Hervorhebung im Original).

Objektive Lebensbedingungen und gesellschaftliche Bedeutungen und Denkformen bilden in ihren psychologisch relevanten Aspekten den Ausgangspunkt jeder subjektwissenschaftlichen Analyse. Eine aktualempirische Untersuchung, die nach Veränderungen gegenüber den für frühere Etappen der kapitalistischen Entwicklung geltend gemachten Forschungsergebnissen der Kritischen Psychologie fragt, hat die Betrachtung der *historischen Veränderung von Bedingungen und Bedeutungen* zur notwendigen Voraussetzung. Es folgt daher deren Abriss als Ausgangsbasis einer Untersuchung heutiger, "neoliberaler" Verhältnisse.

Objektive Lebensbedingungen: Antagonismus und Warenproduktion

Um zu einer angemessenen begrifflich-theoretischen Fassung subjektiver Handlungsfähigkeit/ Befindlichkeit unter den spezifischen Lebensbedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu gelangen, müssen die allgemeinen Vermittlungskategorien zur Bestimmung der psychischen Aspekte des Mensch-Welt-Zusammenhangs bei gesamtgesellschaftlicher Vermitteltheit individueller Existenz auf die Formationsspezifika dieser Lebensbedingungen hin konkretisiert werden: "Eine adäquate (...) Analyse subjektiven Handelns in seiner gesamtgesellschaftlichen Vermittlung erfordert zunächst eine angemessene wissenschaftliche Konzeptualisierung der objektiven, klassenbestimmten Lebenslage/Position der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft" (Holzkamp, 1986, S. 398). Auch müssen die Bedingungen als Träger von Bedeutungsstrukturen und damit als Basis verallgemeinerter Handlungsmöglichkeiten konzeptualisierbar sein, um als objektive Prämissen subjektiver Handlungsbegründungen analysiert werden zu können. Auf der gesellschaftstheoretischen Ebene greift die Kritische Psychologie hierzu auf die Ergebnisse der Marx'schen Kapitalismusanalyse zurück.

Den Gesamtrahmen der Problematik bilden Gesellschaften mit einer marktwirtschaftlichen Ökonomie, mit *privatem Eigentum an Produktionsmitteln*, der *Verrichtung von Arbeit als Lohnarbeit*, der *Verwertung von Kapital*, sowie der *Konkurrenz* von Unternehmen auf Absatz- und der von Arbeitskräften auf Arbeitsmärkten. Kapitalistische Gesellschaften sind *warenproduzierende* und *antagonistische Gesellschaften*, gespalten in Mitglieder, die sich in den Besitz gesellschaftlicher Produktionsmittel gebracht haben und solche, die keine derartigen Mittel besitzen und die - dem Wesen nach - ihre individuelle Existenz nur erhalten können, indem sie ihre Arbeitskraft an die *Produktionsmittelbesitzer* verkaufen und *unter deren Kommando* ihren jeweiligen Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion leisten. Über Art und Umfang der Produktion entscheiden jene allein und ohne Beteiligung der tatsächlichen Produzenten. Arbeit, obwohl ursprünglich als produktives Bedürfnis Teil des Lebens, wird auf diese Weise zur fremdbestimmten Pflicht, die Menschen gehören während ihrer Ausübung nicht sich selbst.

Aus dem gesellschaftlichen Antagonismus resultieren weitreichende Folgen für alle Lebensbereiche: Die Abhängigkeit vom Lohnerwerb bei gleichzeitiger Knapphaltung der Arbeitsmöglichkeiten und Erzeugung einer "relativen Überbevölkerung" zwingt jeden Einzelnen in die objektive *Konkurrenz* gegen andere, worin die Mehrleistung des einen immer die Minderleistung des anderen und damit dessen tendenzielle Ausgrenzung aus dem existentiell notwendigen Arbeitsverhältnis bedeutet.

Zweck der Arbeit (soweit Aspekt des Verwertungszusammenhangs) ist nicht die Herstellung nützlicher Produkte, sondern lediglich - *aus der Arbeiterperspektive* - *der Erhalt von Lohn* und - *aus der Kapitalperspektive* - *die möglichst effiziente Ausnutzung der abstrakten, wertschaffenden Potenz menschlicher Arbeit und die profitable Veräußerung ihres Produkts*, der Ware, die ihrem Verkäufer nur als Träger ihres Tauschwertes von Bedeutung ist, nicht aber als Gegenstand konkreter Nützlichkeit für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse: "Er will nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert" (MEW 23, S. 201). *Mehrwert* meint nicht einen allgemeinen Produktionsüberschuss, den jede Gesellschaft unabhängig

von Fragen seiner Verteilung als Voraussetzung für Arbeitsteilung und Entwicklung realisieren muss, sondern eine *spezifische Form des Mehrprodukts im Kapitalismus*. Mehrwert entsteht durch über die zur einfachen Reproduktion notwendige Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit, wobei jedoch den Produzenten nur ein Teil des von ihnen produzierten Wertes als Lohn bezahlt und der Rest von den Besitzern der Produktionsmitteln privat und unentgeltlich angeeignet wird, was ihnen die Erhaltung ihrer individuellen Existenz ermöglicht, ohne eigenständige Beiträge zur gesellschaftlichen Arbeit zu leisten. Das kapitalistische Produktionsverhältnis ist somit ein *Ausbeutungsverhältnis*, das den *allgemeinen Widerspruch dieser Gesellschaftsformation zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung begründet*. Im Ergebnis bewirkt der Verwertungsprozess die *fortwährende und maßlose Akkumulation von Kapital*, dessen Besitzer (als Klasse) aufgrund ihrer ökonomischen Potenz auch zur *politisch und ideologisch herrschenden Macht* werden, die sich durch immer weitergehende Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse noch potenziert.

Mit dem Kapitalverhältnis konstituiert sich ein *globaler Interessengegensatz* zwischen Kapital und Arbeit. Die Kapitalseite ist als herrschende Macht bestrebt, die bestehenden Verhältnisse unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und ihre Partialinteressen auf Kosten aller übrigen Gesellschaftsmitglieder durchzusetzen. Entweder wird versucht, den Mehrwert mittels Arbeitszeitverlängerung, Kinderarbeit u.ä. zu steigern, was im frühen Industriekapitalismus das Mittel der Wahl darstellte oder, wie heute üblich, die Produktivität mittels Rationalisierung und Arbeitsintensivierung zu erhöhen - mit dem Resultat riesiger Gewinne auf der einen und Massenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Im Ergebnis erfolgt bei schrankenlosem Verwertungsprozeß die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung, wie an zahlreichen historischen, im internationalen Zusammenhang auch an aktuellen Beispielen zu erkennen ist. Um solches *innerhalb der Systemgrenzen* zu verhindern, müssen dem Kapital *Schutzbestimmungen mittels politischer Willensbildung und entsprechender Gesetzgebung aufgeherrschert werden*, was im sozialstaatlichen Reformmodell zwischenzeitlich in gewissem Umfang gelungen war. Die Erfahrungen des letzten Vierteljahrhunderts zeigen allerdings, dass *die Kapitalseite jedes Zurückweichen von Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Gesetzgebung nutzt, um tendenziell alle Errungenschaften wieder zu beseitigen*. Weiterhin verdeutlicht sich an der globalen Krisenverschärfung, dass die Mehrheit der Beherrschten im Bestreben der Durchsetzung ihrer gegen die *Partialinteressen* des Kapitals gerichteten Lebensansprüche zugleich den Versuch unternehmen müssen, den *allgemeinen Menschheitsinteressen* (soziale Sicherheit, Frieden, Erhalt der Umwelt usw.) Geltung zu verschaffen.

Die Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse erfolgt nicht allein durch Machtausübung der Herrschenden, sondern vor allem durch sozio-ökonomische Regulationsprozesse auf der Grundlage der *Warenform*, einer gesellschaftlichen Eigenschaft von Dingen, die unabhängig voneinander "privat" produziert werden (wie im Kapitalismus gang und gäbe). Jede Ware verkörpert die *widersprüchliche Einheit* ihrer konkreten Nützlichkeit, ihres *Gebrauchswerts* einerseits und der Vergegenständlichung der zu ihrer Herstellung nötigen Arbeit, ihres *Wertes* andererseits. Dieser Doppelcharakter der Ware entspringt dem *Doppelcharakter der Arbeit als einerseits konkret nützlicher und andererseits abstrakt-menschlicher Arbeit* sowie dem *Doppelcharakter der Produktion als Arbeitsprozess und Verwertungsprozess*.

In der Distributionssphäre werden die Waren nicht direkt, sondern vermittelt über *Geld* getauscht, einer besonderen Ware, die selbst ohne Gebrauchswert ist, aber gegen alle anderen Waren getauscht werden kann. Es handelt es sich jedoch keineswegs um ein bloßes "Medium". Geld konstituiert ein soziales Verhältnis und stellt dessen verdinglichte Form dar: Der Verpflichtung der Schuldner stehen immer die Forderungen der Gläubiger gegenüber, geldgestiftete Beziehungen sind Herrschaftsverhältnisse. Sie "erzwingen erwerbswirtschaftliches Verhalten und (...) die enorme kapitalistische Dynamik, die außerhalb der Geldlogik keine anderen Handlungsmaximen anerkennt" (Alt Vater/Mahnkopf, 1997, S. 152). Geld existiert damit auch als objektive Gedankenform mit einer großen Zahl psychologischer Bedeutungsmomente.

Die historischen Veränderungen der Lebensbedingungen innerhalb des Kapitalismus lassen sich global als Ausdehnung des Warencharakters auf tendenziell alle Lebensbereiche fassen. Dies betrifft nicht nur alle Arbeitsprodukte, auch die Arbeit selbst wird zur Ware und die Menschen sind gezwungen, sich wie Waren zu verkaufen, was in Begriffen wie "Arbeitsmarkt" auch zum Ausdruck kommt, während der damit bezeichnete Sachverhalt des Menschenhandels freilich meist verleugnet wird.

Untersucht man die objektiven Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation auf ihre

psychisch relevanten Aspekte hin, so stellt sich heraus, dass die spezifisch menschliche Form gesellschaftlicher Lebensgewinnung hier nur in eingeschränkter Form möglich ist. Diese war bestimmt worden als Fähigkeit zur kooperativen Herstellung der Lebensverhältnisse und ihrer Weiterentwicklung. Menschliche Lebensqualität kann nicht erreicht werden durch die Aneinanderreihung einzelner Vorgänge je aktueller Bedürfnisbefriedigung, sondern hat die Verfügung über deren Ermöglichungsbedingungen zum Inhalt, was innerhalb kapitalistischer Verhältnisse nicht der Fall sein kann. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln und ihre immer weitergehende Konzentration in der Hand weniger, der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, die Metamorphose des Kapitals zur politisch herrschenden Macht usw. haben zur Folge, dass eine Minderheit über die Mittel zur Gestaltung des gesellschaftlichen Prozesses verfügt, während die Mehrheit der Menschen nicht daran beteiligt ist. Die resultierenden psychologischen Konsequenzen sind keineswegs nebensächlich. Es geht nicht um psychischen Luxus (wie "Selbstverwirklichung" o.ä.), auf den zur Not auch verzichtet werden kann, sondern um *realen Einfluss auf Herstellung und Veränderung der eigenen Lebensbedingungen als unverzichtbarem Kriterium spezifisch menschlicher Daseinsqualität*. Die Konkretisierung der psychisch relevanten Aspekte des Mensch-Welt-Zusammenhangs auf die Lebensbedingungen in der kapitalistischen Gesellschaft ergibt den *Ausschluss der Masse der Menschen von der Verfügung über den gesellschaftlichen Prozess und damit über ihre eigenen Lebensbedingungen* als zentralen psychologisch bedeutsamen Wesenszug dieser Gesellschaftsformation.

Gesellschaftliche Bedeutungen: Fremdbestimmtheit als "ewiges Naturverhältnis"

Aus der Ausschließung von der Bedingungsverfügung resultiert *"die objektive Mystifikation des Zusammenhangs zwischen Reproduktions- und Produktionsbereich* und die darin liegende *Mystifikation der Produziertheit menschlicher Lebensbedingungen durch die unmittelbaren Produzenten"* (Holzkamp, 1983, S. 361, Hervorhebung im Original). Von Planungs- und Entscheidungsprozessen weitgehend ferngehalten, erscheint den Individuen die gesellschaftliche Lebenswelt, obwohl weitgehend Produkt menschlicher Tätigkeit, als quasi-naturgegebene Umwelt, worin sie eine vermeintlich private Existenz als vereinzelt Einzelne führen. Die Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung der Verhältnisse scheinen auf den Reproduktionsbereich beschränkt, die produktive Seite der menschlichen Existenz tritt gegenüber der konsumtiven in den Hintergrund, die Macht der Faktizität gewinnt gegenüber der Potentialität die Oberhand.

Bei der weiteren Durchdringung gesellschaftlicher Denkformen und ihrer Mystifizierung kommt dem Marx'schen Konzept der *Fetischisierung von Waren, Geld und Kapital* große Bedeutung zu. In der warenproduzierenden Gesellschaft erfolgen weder Produktion noch Distribution nach rationalen Kriterien, sondern unabhängig vom Willen der Beteiligten nach den "Gesetzen des Marktes". Sie besteht folglich nicht aus Menschen, die miteinander leben wollen und deshalb ihre Angelegenheiten auf der Grundlage gemeinsamer Interessen regeln, sondern aus Einzelwesen, die erst miteinander in Kontakt treten, um ihre unabhängig voneinander produzierten Waren zu tauschen. Der Zusammenhang der arbeitsteiligen Produktion des "verallgemeinerten Produzenten" für den "verallgemeinerten Nutzer" stellt sich erst nachträglich und vom Tausch gestiftet her: "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, dass sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaft dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen" (MEW 23, S. 86).

In der ökonomischen Sphäre verkehrt sich das Subjekt-Objekt-Verhältnis: Die Waren sind zwar von Menschen hergestellte, leblose Dinge, aber ihre Funktion als gesellschaftliches Regulativ verleiht ihnen Macht über ihre Schöpfer (daher der Begriff "Fetisch"). Die Menschen geben ihre Gesellschaftlichkeit an ihre Produkte ab und finden sie erst nachträglich als deren Austausch wieder verwirklicht. Damit aber werden die Waren zum bestimmenden Moment im gesellschaftlichen Prozess: "Ihre eigene gesellschaftliche Bewegung (die der Menschen, T.G.) besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren" (ebd., S. 89). Unter der Herrschaft der Warenwelt als fremder Macht, erfolgen die gedankliche Verdoppelung und Mystifizierung dieser Verkehrung. Die Warenform verdeckt den gesellschaftlichen Charakter der Produktion und lässt sie als private Angelegenheit erscheinen, was zwar

der derzeit vorherrschenden Eigentumsform, nicht aber ihrem Wesensgehalt nach zutrifft: Den Menschen "erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen" (ebd., S. 87).

Der Fetischcharakter der Ware begünstigt die Entstehung eines "notwendig verkehrten Bewusstseins", worin die verkehrten gesellschaftlichen Verhältnisse richtig, d.h. als verkehrte Verhältnisse wahrgenommen und gedacht werden, also um das richtige Bewusstsein einer verkehrten Sache. Weiterhin verschwindet in der Warenform die Gleichheit der menschlichen Arbeiten als abstrakte Arbeit. Es wird unkenntlich, dass "in der Form der Warenwerte alle Arbeiten als gleiche menschliche Arbeit und daher als gleichgeltend ausgedrückt sind" (ebd., S. 74). Wiederum bestimmt der Warentausch die Bewegung der Subjekte und sein gesellschaftlicher Charakter stellt sich erst nachträglich als in der Warenäquivalenz verkörperter Gleichheit der unterschiedlichen Arbeiten (als abstrakter Arbeit) und unbewusstes Element der Tauschbeziehung her: "Die Menschen beziehen also ihre Arbeitsprodukte nicht aufeinander als Werte, weil diese Sachen ihnen als bloß sachliche Hüllen gleichartig menschlicher Arbeit gelten. Umgekehrt. Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es" (ebd., S. 88).

Entsprechend seiner Bedeutung als "höchstem Gut" wird mit der Fetischisierung des Geldes der Warenfetisch auf die Spitze getrieben: "Was (...) das Geld kaufen kann, das bin ich, der Besitzer des Geldes selbst. So groß die Kraft des Geldes, so groß ist meine Kraft. Die Eigenschaften des Geldes sind meine - seine Besitzers Eigenschaften und Wesenskräfte. Das, was ich bin und vermag, ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich bin hässlich, aber ich kann mir die schönste Frau kaufen. Also bin ich nicht hässlich, denn die Wirkung der Hässlichkeit, ihre abschreckende Kraft ist durch das Geld vernichtet. Ich - meiner Individualität nach - bin lahm, aber das Geld verschafft mir 24 Füße; ich bin ein schlechter, (...) Mensch, aber das Geld ist geehrt, also auch sein Besitzer. Das Geld ist das höchste Gut, also ist sein Besitzer gut, das Geld überhebt mich überdem der Mühe, unehrlich zu sein; ich werde als ehrlich präsumiert; ich bin geistlos, aber das Geld ist der wirkliche Geist aller Dinge, wie sollte sein Besitzer geistlos sein?" (Marx, 1844/1968, S. 564, Hervorhebungen entfernt).

Von weitreichender Bedeutung für das Entstehen typischer Denkformen ist ferner, dass *Arbeit* wie eine Ware gehandelt und dabei selbst *zur Ware wird*. Die Entstehung des Kapitalismus hat die Existenz "doppelt freier Lohnarbeiter" zur Voraussetzung, die frei von Leibeigenschaft, aber auch vom Besitz an Produktionsmitteln sind und damit existentiell abhängig vom Verkauf ihrer Arbeitskraft auf dem "Markt", wo Vertragsverhältnisse eingegangen werden, die den Anschein erwecken, es handele es sich beim Verkauf der Arbeitskraft um einen Warentausch zwischen gleichberechtigten Partnern, während das Zwangsmoment der Abhängigkeit gedanklich eliminiert ist. Dies verallgemeinernd entsteht ein *Schein von Freiheit und Gleichheit*, worin Macht- und Herrschaftsmomente verschwinden. Das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit wird zum scheinbaren Rechtsverhältnis, worin ausgeblendet wird, dass den Arbeitenden lediglich ein Teil des von ihnen geschaffenen Wertes als Lohn bezahlt wird. Infolge der Vertragsförmigkeit erscheint der Lohn als tatsächliche Leistung der Kapitaleseite, die dafür eine Gegenleistung beanspruchen kann. Weiterhin blendet die Rede von der "Freiheit" den Umstand aus, dass das Kapitalverhältnis Menschen mit höchst unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen zur Grundlage hat und sorgt dafür, dass aus den gesellschaftlichen Denkformen die Konflikthaftigkeit der kapitalistischen Realität verschwindet.

Aufgrund seiner Potenzen als nicht nur ökonomisch sondern auch politisch herrschender Macht versteht es das Kapital, seine Partialinteressen als allgemeine Interessen darzustellen, woran sich der Zusammenhang von mystifizierenden Denkformen und dem Ausschluss der Menschen von der Bedingungsverfügung verdeutlicht: Die Produziertheit der Lebensbedingungen und das Wesen allen Reichtums als aufgehäufter Arbeit verschwindet hinter der Erfahrung eigener Subalternität, die den tatsächlichen Produzenten unter kapitalistischen Bedingungen ständig zuteil wird. Am Ende steht die Mystifizierung der gesamten Produktion, alle Produktivkraft erscheint als die Produktivkraft des Kapitals, wie bereits oft anhand konkreter Denkweisen dargestellt ("*Krupp* baut ein neues Werk" o.ä.). Schließlich werden die Fremdbestimmtheit der eigenen Situation und die Konkurrenzhaftigkeit der Arbeitsbeziehungen als ewiges und unhintergebares Naturverhältnis mystifiziert, was Auswirkungen auf alle psychologischen Funktionen hat. Es sei hier auf die emotionalen Folgen der Abhängigkeit vom Lohnerwerb hingewiesen, auf

den ständigen Zwang zur Unterwürfigkeit und auf die vielfache Erfahrung der Demütigung und Korrumpierung im Zusammenhang mit Situationen, in denen es um den Verkauf der eigenen Arbeitskraft geht.

Ideologischer Gehalt gesellschaftlicher Bedeutungen und Denkformen

Die Analysen in Holzkamps 'Grundlegung der Psychologie' beziehen sich weitestgehend auf die *kategoriale Ebene* psychologischer Theoriebildung. Es geht um die Bestimmung von Grundbegriffen, deren aktualempirische Konkretisierung an zukünftige Arbeiten delegiert wird. Ideologische Denkformen werden auf der Analyseebene der gesellschaftlichen Bedeutungen verortet, auf die sich subjektive Handlungsbegründungen und psychische Einzelercheinungen beziehen. In der vorliegenden Arbeit geht es darum, diese kategorialen Bestimmungen der subjektiven Funktionalität ideologischer Denkformen auf die Verhältnisse des neoliberalen Kapitalismus hin zu konkretisieren. Ausgehend vom Widerspruch "zwischen ökonomischer Krise und hegemonialer Stabilität bürgerlicher Gesellschaften" (Projekt Ideologie-Theorie, 1979, zit. n. Leiprecht, 1991, S. 52) ist zu fragen, warum den Menschen verordnete Denkformen für ihre Belange funktional erscheinen, obwohl deren materielle Basis immer geringer wird und sich die gesellschaftlichen Widersprüche vergrößern: "Wie kommt es dazu, dass die Individuen einerseits durch 'ideologische Instanzen von oben' zur Ordnung gerufen werden können und andererseits diese Ordnung relativ selbsttätig 'von unten' mittragen und reproduzieren?" (ebd., S. 51 f.).

"Ideologie" meint ein System gesellschaftlicher, interessengeleiteter Anschauungen mit handlungsleitendem, normativem Charakter. Hat die ideologische Bearbeitung der Menschen Erfolg, können ihre Resultate als "ideelle Vergesellschaftung von oben" (ebd., S. 52) bezeichnet werden. Die Menschen vergesellschaften sich nach fremden Vorstellungen, nach Vorstellungen der Herrschenden. Historisch entspringt Ideologie aus der Trennung und Verselbständigung der geistigen gegenüber der körperlichen Arbeit. Mit der geistigen Arbeit wird das "offizielle" Denken von herrschenden Minderheiten monopolisiert und erscheint als das Primäre und Maßgebliche. Dass sie selbst mit ihrer Arbeit die Basis der Gesellschaft reproduzieren schwindet den Menschen aus dem Bewusstsein. Generell geht es bei der Ideologieproduktion um die *Organisierung von Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen*. Kritisch-psychologischen Einsichten folgend, können ideologische Gehalte gesellschaftlicher Bedeutungen als interessengeleitete Denkangebote verstanden werden, die den Menschen von herrschender Seite nahegelegt werden und denen sie gemäß der 'doppelten Möglichkeit' menschlichen Handelns nachkommen können, aber nicht müssen.

Ideologie muss bestimmte Regeln beachten. Das Denkangebot darf nicht weltfremd wirken, sondern muss den "Anschein einer realitätstüchtigen Weltdeutung erwecken" (Zinn, 1997, S. 26). Es muss sich auf Alltagserfahrungen der Menschen beziehen und in diesem Vorstellungsrahmen plausibel erscheinen. Ideologie bedeutet Einseitigkeit, aber keine reine Falschinformation. Ein völliges Verleugnen realer Missstände oder die ausschließliche Verbreitung von Phantasieberichten würden eher Zweifel und Misstrauen als Zustimmung hervorrufen. Vollkommene Problemlösung deckt sich nicht mit der Alltagserfahrung. Die Kunst der Ideologieproduktion besteht darin, einen Teil der Wahrheit für die ganze auszugeben und auf diese Weise den Anschein von Ausgewogenheit zu erwecken. Die Menge macht das Denkgift. Armut wird nicht tabuisiert, aber die eingeräumte Winzigkeit des - meist noch als "selbstverschuldet" dargestellten - Elends verschwindet in einem scheinbaren Meer des Glanzes.

Ideologisch verzerrte Realitätsdarstellungen erzeugen mit ihren Halbwahrheiten gedankliche Leerstellen, die mit Plausibilitäten oder interessengeleiteten Deutungen gefüllt werden. Durch die ständige Berieselung der Menschen mit derartigen "Informationen" unter Verwendung immergleicher Schlagworte und Redewendungen soll erreicht werden, dass sich bestimmte Assoziationen, Gedankenverbindungen und Schlussfolgerungen quasi "von selbst" herstellen. Ähnlich fungiert die Präsentation einer fragmentierten, chaotischen Welt, die scheinbar aus zusammenhanglosen Einzelergebnissen besteht, welche v.a. keinerlei Verbindung zu herrschenden Interessen aufweisen. Bei all dem besitzt Ideologie auch für ihre Produzenten und Übermittler eine subjektive Funktionalität. Zwar geht es um die Verbreitung herrschender Gedanken und Interessen, doch diese werden nicht oder nicht ausschließlich wider besseres Wissen verkündet. Der ideologische Charakter ihres Denkens ist den Trägern der Ideologie ganz oder teilweise unbewusst.

Von ihrer inneren Struktur und ihrer Wirkungsweise her lassen sich vier ideologische Haupttypen unterscheiden: *Rechtfertigungsideologien* versuchen die Zustimmung der Menschen zu den herrschenden Verhältnissen herzustellen, indem sie diese zur "besten aller Welten" erklären. *Komplementär-ideologien* räumen Mängel im Bestehenden ein, erklären diese aber zum "unabwendbaren Schicksal" und versprechen großartige Verbesserungen für die Zukunft, vorausgesetzt, dass sich die Adressaten in der Gegenwart mit dem "Unabwendbaren" abfinden. *Verschleierungsideologien* lenken von Ursachen und Verursachern, von Krisen und Missständen ab und bieten Feindbilder als Projektionsfiguren an. *Ausdrucks-ideologien* setzen dieses Prinzip in zugespitzter Form fort, indem sie weniger rational argumentieren und statt dessen auf eine emotionale Mobilisierung der Massen abzielen. Meist wird ein falsches "Wir" (z.B. in Form der "Nation") noch mythisch überhöht und gegen äußere (ideologisch erniedrigte) "Feinde" gesetzt. Kriegspropaganda, die von zu bejubelnden "Helden" hier und auszumerzenden "Bestien" dort kündigt, ist wohl das anschaulichste Beispiel (Vgl. ebd., S. 170 - 175).

Schließlich besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen Herrschaftsausübung, Ideologie und gesellschaftlichen Sprachformen. Derzeit gilt der Ideologiebegriff als diskreditiert. Seit dem Beginn der siebziger Jahre erfolgte eine ausgedehnte Kampagne der "Entideologisierung", die darauf abzielte, kritische, zur Analyse der kapitalistischen Realität geeignete Begriffe als "ideologisch" zu diffamieren und anschließend aus dem Sprachgebrauch zu verdrängen. W.F. Haug verwies bereits damals auf den Zusammenhang zwischen sprachlicher Euphemisierung und dem Prinzip des Ausschlusses der Menschen von der Bedingungsverfügung: "Die Verkleisterung des Bewusstseins über die soziale Wirklichkeit mittels einer Tarnsprache (...) ist notwendig, solange in Staat und Gesellschaft der Form nach die Mehrheit, dem Inhalt nach aber eine kleine Minderheit herrscht" (Haug, 1971, S. 443).

Restriktive Handlungsfähigkeit

Nach der Darstellung gesellschaftlicher Bedeutungen und Denkformen ist nun das kritisch-psychologische Zentralkonzept der Handlungsfähigkeit auf seine formationsspezifische Ausprägung unter kapitalistischen Bedingungen hin zu konkretisieren. Auf "allgemein-menschlichem Niveau" entsteht Handlungsfähigkeit als Ergebnis der in der gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz angelegten Möglichkeitsbeziehung zur Welt. Die daraus hervorgehende doppelte Möglichkeit des Handelns (als Handeln innerhalb vorfindlicher Bedingungen oder im Versuch, diese zu erweitern), stellt eine formationsunspecifische, allgemein-menschliche Qualität dar. Ihre Konkretisierung auf die Herrschaftsstrukturen und Machtmechanismen des Kapitalismus ergibt, dass Versuche der "unteren" Klassen, ihre Verfügungsmöglichkeiten zu erweitern, sich gegen die Interessen der herrschenden Klasse richten, die je nach historischer Situation mit Bestechung, geringfügigen Zugeständnissen, ideologischer Manipulation oder offener Gewalt bestrebt ist, derartige Versuche, die immer ihre eigenen Partialinteressen infrage stellen, zurückzudrängen. Für die Beherrschten ergibt sich die widersprüchliche Situation, sich einerseits in einschränkenden Lebensbedingungen zu befinden, sich aber beim Versuch, diese zu verbessern, dem Risiko der Repression und der noch weitergehenden Einschränkung auszusetzen.

Aus diesem Widerspruch resultiert ein Konflikt zwischen zwei prinzipiellen Handlungsmöglichkeiten: Dem im Streben nach Verbesserung der eigenen Lage begründeten Versuch, auf dem Wege des Zusammenschlusses mit sich in gleicher Lage befindlichen Menschen und der Zurückdrängung der *Partialinteressen* der Herrschenden den *allgemeinen Interessen* Geltung zu verschaffen, dabei aber das Risiko der Sanktionierung einzugehen oder sich, um dieses Risiko zu vermeiden, mit den bestehenden, schlechten Lebensverhältnissen zu arrangieren und sich darin einzurichten. Im letztgenannten Fall ist die Aufrechterhaltung der eigenen Handlungsfähigkeit nur als Teilhabe an der Macht der Herrschenden möglich und schließt die aktive Unterdrückung anderer, die Weitergabe des "von oben" erlittenen Drucks sowie die eigene Unterdrückung ein. Kritische Psychologie fasst die auf diese Weise formationsspezifisch konkretisierte Vermittlungskategorie der doppelten Möglichkeit im Begriffspaar der *verallgemeinerten vs. restriktiven Handlungsfähigkeit*. Restriktive Handlungsfähigkeit erhält ihre Funktionalität im Kontext subjektiver Handlungsgründe aus dem Umstand, dass Versuche der Verfügungserweiterung immer mit der Gefahr von Repression und noch stärkerer Einschränkung verbunden sind.

Die Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit lässt sich nur mittels massiver *Realitätsabwehr*

aufrechterhalten, mit der alle Bedeutungsverweisungen verdrängt werden, die auf die Existenz bestehender Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, die eigene Beteiligung an deren Aufrechterhaltung, die Mitverantwortung für die Einengung der eigenen Lebensmöglichkeiten samt daraus hervorgehender Selbstschädigung und auf die "zweite Möglichkeit" der kooperativen Verfügungserweiterung als Handlungsalternative hindeuten. Letzteres beinhaltet die Mystifizierung bestehender Verhältnisse zur unabänderlichen Faktizität und die Diffamierung aller, die für ihre Verbesserung im Zuge der Ausweitung verallgemeinerter Bedingungsverfügung eintreten: "Somit muss auch die Tatsache, dass andere in den unterschiedlichsten Weisen informeller und formeller Zusammenschlüsse für die Durchsetzung allgemeiner Interessen an der Erweiterung von Handlungs- und Lebensmöglichkeiten kämpfen, also diesen aus restriktiver Handlungsfähigkeit erwachsenen Minderungen nicht unterliegen, *verleugnet, verdächtigt, weggedeutet* werden. Es *kann* und *darf*, wenn das Streben nach restriktiver Handlungsfähigkeit als subjektiv funktional begründbar sein soll, *keine Allgemeininteressen* und *intersubjektiven Beziehungen*, sondern nur *konkurrierende Partialinteressen* und *instrumentelle Beziehungen* geben" (Holzkamp, 1983, S. 380, Hervorhebung im Original).

Konsequenzen für die Verkehrsformen sind hier bereits genannt: Weil die Möglichkeit der kooperativen Verfügungserweiterung im Streben nach restriktiver Handlungsfähigkeit suspendiert ist, entstehen charakteristische *Instrumentalbeziehungen*, die auf die Gewinnung von Kontrolle über andere und deren Instrumentalisierung für die eigenen Interessen abzielen. Da man auf diese Weise den Verfügungsraum des anderen verkleinert, anstatt die gemeinsamen Möglichkeiten zu erweitern, schwächt man im Endeffekt auch die eigene Position und bleibt in Konkurrenz- und Abhängigkeitsverhältnissen gefangen.

Hinsichtlich der kritisch-psychologischen Zentralkategorie der *restriktiven Handlungsfähigkeit* ist es erforderlich, noch einmal auf das *Ideologieproblem* zurückzukommen. Im Zuge der ideologischen Bearbeitung der Menschen wird versucht, die restriktive Variante, des Sich-Einrichtens in schlechten Verhältnissen, als "alternativlos" und "einzig vernünftig" darzustellen und gleichzeitig das dahinterstehende Herrschaftsinteresse zu verschleiern. Die Kategorie der subjektiven Handlungsgründe schließt es aus, "ideologische Bearbeitung" als simple "Manipulation der Masse" o.ä. zu verstehen. Dies käme einem Rückfall in den Bedingtheitsdiskurs der Variablenpsychologie gleich, der aber im kritisch-psychologischen Begründungsdiskurs gerade überwunden werden soll. Versuche politischer Massenbeeinflussung sind daher als interessengeleitete Nahelegung herrschender Denkformen zu verstehen, die den Menschen für die Bewältigung alltäglicher Lebensaufgaben geeignet erscheinen sollen: "Diese 'doppelte Funktionalität' ist ein Wesensmerkmal der bürgerlich-ideologischen Formen und Mächte: Nur dadurch, dass die für die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse 'funktionalen' ideologischen Aspekte im Rahmen 'restriktiver Handlungsfähigkeit' real auch für die Individuen 'funktional' sind, ihnen also bei unbefragter Übernahme tatsächlich (wenn auch widersprüchlich, lediglich kurzfristig etc.) eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen (...) erbringen, werden sie von den Individuen akzeptiert und können so u.U. massenwirksam werden" (Holzkamp, 1983, S. 376).

Ideologische Denkangebote suggerieren Auswege aus problematischen oder bedrohlichen Situationen. Ihre Übernahme sichert die Handlungsfähigkeit der Betroffenen kurzfristig ab, schränkt sie aber langfristig ein und lässt dabei gerade die Verhältnisse unangetastet, welche die Problematik hervorbringen. Bei aller Betonung der subjektiven Aspekte ideologischer Prozesse darf aber nicht vergessen werden, dass diese durchaus objektiven Umständen entspringen: Dem herrschenden Interesse an Kapitalverwertung und antagonistischen Verhältnissen, dem Warencharakter aller Produkte und dem Verschwinden des gesellschaftlichen Konflikts in der objektiven Mystifikation der Verhältnisse als "Freiheit und Gleichheit". Das ideologisch verkehrte Bewusstsein ist Resultat der Verkehrung gesellschaftlicher Verhältnisse.

Im Ergebnis lassen sich herrschaftsideologische Prozesse als sozio-psychologische Konflikte begreifen, innerhalb derer den Menschen soziale Kompetenzen entzogen werden. Die subjektive Funktionalität ideologischer Formierungsprozesse befindet sich damit auch innerhalb einer Kompetenz-Inkompetenz-Dimension. Ideologische Denkangebote zielen zwar auf restriktive Handlungsformen und damit auf langfristige Selbsteinschränkung, bewirken aber zugleich eine neue, wie auch immer beschränkte Kompetenz innerhalb dieser Restriktivität ("man kommt zurecht") und ist somit alltagspraktisch funktional.

Die Kritische Psychologie sieht in der Widersprüchlichkeit restriktiver Handlungsfähigkeit, resultierend aus dem Arrangement mit gerade den Verhältnissen, unter denen man leidet, auch einen Entstehungsgrund

psychischer "Störungen" und allgemeiner Lebensschwierigkeiten: Indem man versucht, seine Angst vor Ausgeliefertheit und Hilflosigkeit durch die Teilhabe an der Macht der Herrschenden zu überwinden, unter aktiver Beteiligung an der Unterdrückung anderer und seiner eigenen, entsteht ein Zustand der *Selbstfeindschaft*. Man wird sich selbst zum Feind, indem man gerade die Kräfte stärkt, von denen die Einschränkung eigener Lebensmöglichkeiten ausgeht. Untergründige Angst wird zur chronischen Bedrohtheitsfixierung. Die Tatsache, dass man sich korrumpiert, sich aus Angst bestechen lässt und zum Komplizen seiner Unterdrücker wird, bedeutet einen peinlichen und unerträglichen Zustand, der aus dem Bewusstsein eliminiert werden muss. Allerdings kann die aus dem Arrangement mit herrschenden Instanzen entstehende Selbstfeindschaft ihren Trägern schon deshalb nicht bewusst sein, da sich nach Ansicht der Kritischen Psychologie niemand *bewusst schaden* kann. In jedem Fall ist das Mitwirken an der eigenen Unterdrückung kein akzeptabler Bewusstseinsinhalt und muss verdrängt werden. Das auf diese Weise entstehende Unbewusste ist weder eine Letztheit, noch ist es irrational, sondern konstituiert sich aus den Widerständen und Brüchen vernünftiger Lebensführung, als Resultat der Versuche, ein begründetes Interesse trotz bestehender Widersprüche zu realisieren. Zur neueren kritisch-psychologischen Auseinandersetzung mit dem Unbewussten vgl. Holzkamp 1993, S. 27 f.), Holzkamp (1995a) und (1995b).

Zur Vermeidung von Missverständnissen ist darauf hinzuweisen, dass der Begriff der restriktiven Handlungsfähigkeit nicht zur psychologischen Vereignenschaftung von Individuen, Zuschreibung von "Persönlichkeitsmerkmalen" oder gar zur "Diagnose" individueller Fähigkeiten oder "Defizite" vorgesehen ist, sondern sich vielmehr auf die in jeder Entscheidungssituation eines doppelten Möglichkeitsraumes gegebenen Handlungsmöglichkeiten bezieht.

Funktionsaspekte: Deutendes Denken, verinnerlichte Emotionalität, innerer Zwang

Der letzte Schritt der kritisch-psychologischen Kategorialanalyse gilt der funktionsanalytischen Aufklärung subjektiver Handlungsfähigkeit unter den Lebensbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft auf kognitiver, emotionaler und motivationaler Ebene mit dem Ziel der Aufschlüsselung der psychologischen Konsequenzen des Sich-Einrichtens in der Widersprüchlichkeit der Lebensverhältnisse.

Die kapitalismusspezifische Form kognitiver Wirklichkeitsverarbeitung kennzeichnet Holzkamp als *deutendes Denken*. Darin erscheint die Sicherung der eigenen Existenz nur als Unterordnung unter die bestehenden Verhältnisse möglich und es werden selektiv nur solche Denkmöglichkeiten angeeignet, die mit dem Erhalt dieser Verhältnisse, die eigene Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten versprechen. Deutendes Denken ist Faktizitätsdenken. Gesellschaftliche Denkformen und ihre individuelle Reproduktion ergänzen sich zur doppelten Funktionalität: Objektiv im Sinne herrschender Interessen, subjektiv im Sinne restriktiver Handlungsfähigkeit: "Deuten bezieht sich zwar auf die in den kapitalistischen Verhältnissen 'vergegenständlichten' kognitiven Strukturen, die je nach subjektiver Funktionalität angeeignet werden, es stellt aber auch deren psychisch-prozessuale Dynamisierung im subjektiven Begründungszusammenhang dar und repräsentiert bereits dessen funktionale Erscheinungsform. Es ist also eine auf objektive Gedankenformen zurückgehende subjektive Denkfigur" (Baller, 1995, S.60)

Deutendes Denken erkennt sich selbst nicht als gesellschaftliche Denkform obwohl es auf ideologische Angebote rekurriert, mit denen die Verlaufsbahnen typischer Abwehrformen vorgezeichnet werden: "Es wäre (...) zu fragen, wie eine globale 'Denkweise' beschaffen sein kann, in welcher die 'zweite Möglichkeit' der Teilhabe an gesellschaftlicher Bedingungsverfügung schon durch die Struktur des Denkens selbst unerkennbar ist, mithin eine Denkweise, die die Bewusstlosigkeit über die mit dem Verzicht auf kollektive Verfügungserweiterung verbundene Selbstfeindschaft bereits durch ihre 'formalen' Charakteristika reproduziert, also (...) individuellen Abwehrprozessen vorgeordnet ist und für diese die *allgemeine kognitive Struktur* darstellt" (Holzkamp, 1983, S. 386, Hervorhebungen z.T. entfernt).

Im Deuten erscheint die *Unmittelbarkeit der eigenen Lebenslage als ganze Wirklichkeit* und das gesellschaftliche Ganze wird nach dem Muster der unmittelbaren Lebensrealität gedacht. Die Erscheinungsformen der Wirklichkeit werden mit ihrem Wesen, die herrschenden Interessen mit Allgemeininteressen, und die kapitalismusspezifischen Lebensverhältnissen mit allgemein-menschlichen gleichgesetzt. Dabei scheint die Normativität der Lebenswelt aus sich selbst hervorzugehen. Deuten ist *statisches Denken*, in welchem es keine Entwicklung, sondern nur die Wiederholung des Immergleichen in neuen Varianten gibt. Die gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit individueller (damit auch der eigenen)

Existenz wird gedanklich eliminiert, Widersprüche, Unterdrückungsverhältnisse, Lebensschwierigkeiten scheinen immer privater Natur zu sein, auch dann, wenn sie dem politischen oder wirtschaftlichen Bereich entstammen und nur dort überwunden werden können. Deuten wird zum *anschaulichen Denken*, das immer wieder auf sinnliche Evidenzen hereinfällt. Die *Unmittelbarkeitsverhaftetheit* wird durch die Nichtevidenz der Widersprüche unterstützt. Die Rede von Realwidersprüchen gilt als sinnlos, ihre Existenz und prinzipielle Lösbarkeit werden negiert, Widersprüche werden *psychologisiert* und *personalisiert*. Problematisch sind nur die Individuen und nur sie müssen sich ändern, die Verhältnisse dagegen sind unhintergebar. Aufgrund der gedanklichen Ausklammerung der "gemeinsamen Sache" erscheinen die Menschen nur direkt aufeinander bezogen und die Beziehungen können nur als Instrumentalbeziehungen gedacht werden.

Dem deutenden Denken stellt die Kritische Psychologie *das Begreifen* gegenüber, das über das Deuten hinausgeht, indem es die unmittelbar vorfindlichen Faktizitäten nicht für die ganze Wahrheit hält, und diese auf dahinter verborgene Strukturzusammenhänge hin durchdringen kann. In Form des Begreifens kann sich das Denken von den Verkürzungen der Personalisierung, Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, Unmittelbarkeitsfixierung usw., wie sie für deutendes Denken typisch sind, befreien. Es ist noch einmal zu betonen, dass es hier nicht um eine wertende Messung im Sinne von Denkleistung oder Intelligenz oder um die Bestimmung von "Niveaus" oder "Stufen", sondern um das Ergreifen von Denkmöglichkeiten geht, denen Alternativen gegenüberstehen. Es kommt nicht darauf an, die Menschen hinsichtlich ihrer kognitiven Fähigkeiten zu klassifizieren, sondern vom Standpunkt des Subjekts aus zu ergründen, wie sich die jeweilige Perspektive zu einer begreifenden Weltsicht hin öffnen ließe. Auch handelt es sich beim Begreifen nicht um eine Erkenntnisfähigkeit, die - einmal erreicht - nicht mehr verloren werden kann, sondern vielmehr um eine Denkleistung, die in jeder Situation neu erbracht werden muss und dabei immer von der Gefahr der Regression bedroht ist. Das Begreifen steht nicht verbindungslos "über" dem Deuten, sondern schließt dieses in sich ein, auch wenn es in wesentlichen Momenten darüber hinausgeht. Ohne die Fähigkeit zum deutendem Denken wäre eine Lebensführung innerhalb von Verhältnissen, die von dieser Denkform dominiert werden, schwer möglich. Gerade in Bedrohlichkeitssituationen erscheint der Rückgriff auf das Deuten immer naheliegend und ist faktisch auch immer die ideologisch nahegelegte Möglichkeit.

Während die Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit durch deutendes Denken abgesichert wird, ist sie zugleich durch *emotionale Funktionsaspekte* bedroht: Gefühle erfassen als subjektive Wertung der individuellen Gesamtsituation auch das Unbehagen, das aus dem Sich-Einrichten in schlechten Verhältnissen resultiert, sowie die kognitiv verleugnete Selbstfeindschaft und widersprechen damit den Ergebnissen des Deutens. Aufgrund ihrer Funktion als psychischem Bindeglied zwischen Kognition und Handlung fordern sie zur Veränderung der negativ bewerteten Situation auf und lassen die deutende Abschottung gegen widerständige Impulse brüchig werden. Wer sich von Gefühlen leiten lässt, sich gegen Einengung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen, provoziert damit u.U. gerade solche Umweltreaktionen, die mittels restriktiver Handlungsfähigkeit umgangen werden sollten. Um deren Funktionalität dennoch aufrecht zu erhalten, müssen die Emotionen von den realen Lebensumständen, deren subjektive Bewertung sie sind, abgespalten werden. Gefühle werden zu bloß innerlichen Vorgängen, losgelöst von ihren Bezügen zur Wirklichkeit. Deren leidensverursachende Aspekte können dann wieder, von negativ-emotionalen Wertungen befreit, als "notwendiges Übel" o.ä. aus dem Kontext subjektiver Handlungsbezüge eliminiert werden.

Als Folge verinnerlichter Emotionalität entsteht ein zurückgenommenes, unengagiertes Handeln weil die Gefühle nicht als Handlungsbereitschaft verstanden werden können. Die chronische Bedrohlichkeitsfixierung spitzt sich infolge der Abtrennung der Emotionen von der Realität zur allgegenwärtigen Existenzangst zu: "Solche Angst hat, da im Rahmen der beschränkten Funktionalität/Begründetheit restriktiver Handlungsfähigkeit die in ihr gewertete reale Bedrohung durch die Herrschenden deutend eliminiert ist, für das Individuum eigentlich keinen Grund. Sie ist mithin, weil ihre realen Bedingungen, da nicht erkannt, auch nicht geändert werden können, als solche unfassbar und unüberwindbar" (Holzkamp, 1983, S. 406, Hervorhebung entfernt). Sie manifestiert sich "als quasi 'unbewusste' Angst, die (...) als permanente emotionale Infragestellung der subjektiven Funktionalität der restriktiven Handlungsfähigkeit, der gemäß es einem ja eigentlich 'gut' gehen müsste, selbst wieder verdrängt und unbewusst gehalten werden muss" (ebd., Hervorhebung entfernt).

Wie beim kognitiven Gegensatzpaar Deuten vs. Begreifen ergibt sich als Gegenpol zur verinnerlichten

Gefühlswelt der emotionale Funktionsaspekt verallgemeinerter Handlungsfähigkeit. Wer hinter dem oberflächlichen Schein von "Freiheit und Gleichheit" die tatsächlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse erkennen kann und sich für deren Zurückdrängung bzw. Überwindung einsetzt, kann nicht gleichzeitig deren Negativität verleugnen und hat damit keinen Grund, seine negativen Gefühle von der sie verursachenden Realität zu trennen und sie zur sachentbundenen Innerlichkeit zu machen. Im günstigen Fall wird auf diesem Weg aus der Zurückgenommenheit verinnerlichter Gefühle *emotionales Engagement*.

Zur Analyse des *motivationalen Aspekts* restriktiver Handlungsfähigkeit gilt es zunächst festzuhalten, dass tatsächlich motiviertes Handeln nur unter der Zielsetzung der Verfügungserweiterung möglich ist. Handeln, das nicht auf eine solche Erweiterung abzielt, ist nur als innerer Zwang möglich: "Die Verinnerlichung des äußeren Zwangs ist eine restriktive Reaktion auf die kapitalistische Klassenrealität, in der die Menschen (...) gezwungen sind, sich gegen ihre eigenen Interessen zu verhalten, sich dem Willen derer, von denen sie abhängig sind, zu unterwerfen und damit durch die eigene Tat die Bedingungen ihrer Abhängigkeit zu festigen. 'Motivation' als verinnerlichter Zwang bedeutet, dass ich, um den sozialen Ausschluss/Abstieg und die damit verbundene - ökonomische und psychische - Verunsicherung nicht zu riskieren, mich selbst diszipliniere, d.h. alle anstößigen/kritischen Regungen unterdrücke, und versuche, mich in einer für die herrschenden Interessen nützlichen Weise zu entwickeln" (Osterkamp, 1986, S. 377).

0Weil nach nun bekanntem Prinzip, die Beteiligung an der eigenen Unterdrückung und die daraus resultierende Selbstfeindschaft keine akzeptablen Bewusstseinsinhalte darstellen, konstituiert die Motivationslage des inneren Zwangs die Fiktion einer "freiwilligen Unterwerfung" sowie spezielle Denkverbote, unter deren Eindruck alle Erkenntnisse, welche die "Freiwilligkeit" der eigenen Subalternität in Frage stellen, aus dem Bewusstsein eliminiert werden: "Ein Fisch im Glas, der durch einen eingebauten Mechanismus nur Schwimmbewegungen macht, durch welche er nicht an die Wände seines Gefängnisses stößt, kann sich innerhalb des Glases in der grenzenlosen Freiheit des Ozeans wähen" (Holzkamp, 1983, S. 413).

3. Methodische Konsequenzen

Die Kritik der etablierten Psychologie schließt die ihrer Methodik ein und verlangt nach einer alternativen Wissenschaftspraxis. Traditionelle Forschungsverfahren reproduzieren die Gegenstandsverfehlungen zugehöriger Theorien. Orientiert am *Bedingtheitsdiskurs* der Variablenpsychologie sehen sie menschliches "Verhalten" als von inneren oder äußeren Bedingungen determiniert, die Forschungsergebnisse sollen Bedingungs-Ereignis-Relationen liefern, die "das Verhalten" der Menschen "vorhersagbar" machen. Forscherinnen und Forscher nehmen einen *Standpunkt außerhalb* ein und glauben sich selbst gerade dann besonders "wissenschaftlich", wenn sie den "zu Erforschenden" möglichst distanziert gegenüberstehen. Mittel der Wahl sind Experiment und Statistik, um möglichst unter "Laborbedingungen" und unter Ausschaltung von "Störvariablen" zu forschen und die Ergebnisse quantifizierend verallgemeinern zu können. Es gilt, die erfassten Lebensäußerungen auf "zentrale Tendenzen" hin zu untersuchen, die dann unter Hinzuziehung von "Gütekriterien" auf ihre Allgemeingültigkeit geprüft werden. Aufgrund dieser Vorgehensweise vom Drittstandpunkt aus, der den "zu Erforschenden" Objektstatus zuweist, kennzeichnet die Kritische Psychologie solche Verfahren als *kontrollwissenschaftlich*. Ihre Gegenstandsverfehlung resultiert auch aus dem traditionell-psychologischen Primat der Methode vor dem Gegenstand, wonach von vornherein nur solche Gegebenheiten erfasst werden, die innerhalb des variablenpsychologischen Ansatzes als "abhängige Variable", als "bedingtes Verhalten" konzeptualisiert werden können.

Demgegenüber arbeitet die Kritische Psychologie an der Entwicklung *subjektwissenschaftlicher* Forschungsverfahren, die das Individuum und seine Handlungsbegründungen ins Zentrum ihrer Bemühungen stellen. Es sollen nicht Bedingtheiten vom Standpunkt außerhalb, sondern Begründungszusammenhänge vom Standpunkt des Subjekts aus analysiert werden. Ergebnis sollen nicht Aussagen *über* Menschen sein, die helfen, ihr "Verhalten" vorhersagbar, kontrollierbar und beherrschbar zu machen, sondern Aussagen *für* Menschen, die den Betroffenen helfen sollen, ihre Handlungsmöglichkeiten innerhalb der je vorliegenden Problematik zu erweitern und Einschränkungen ihrer Lebensmöglichkeiten zu

überwinden.

Zu den Forschungszielen gehört im jeweiligen Einzelfall auch die Herausbildung einer *Entwicklungsfigur*. Im Zuge eines kooperativen Verfahrens mit den Betroffenen als Mitforschern wird die je subjektive Problematik reflektiert. Erster Schritt ist die Formulierung des Problems durch die Betroffenen, die zwar ihrerseits an einer Veränderung interessiert, innerhalb ihrer gegenwärtig zugänglichen Möglichkeiten aber nicht dazu in der Lage sind. Danach folgt die Aufschlüsselung des Problems in einem kommunikativen Prozess. Der Forscher macht den Betroffenen/Befragten Vorschläge für die Interpretation ihrer Schwierigkeiten und versucht dabei, typische Abwehrfiguren, selbstschädigende Elemente usw. zu thematisieren. Gehen die Betroffenen auf die Deutung ein, eröffnen sich Lösungsvorschläge oder Möglichkeiten für alternative Handlungs- und Denkweisen, die im günstigen Fall als Entwicklungsfigur in ihrer Lebenspraxis realisiert werden können. Schließlich kann nach einiger Zeit eine gemeinsame Retrospektive erfolgen, um herauszufinden, ob die vorgenommenen Änderungen tatsächlich zur Verbesserung der Ausgangssituation geführt haben. Ist dies nicht der Fall, muss das Vorhaben vorläufig als gescheitert gelten und vom Vorliegen einer *Stagnationsfigur* ausgegangen werden.

In Hinblick auf die Art der wissenschaftlichen Verallgemeinerbarkeit der in solchen Verfahren gewonnenen Aussagen stellt Markard zusammenfassend fest: "Aussagen über Prämissen-Gründe-Zusammenhänge enthalten weder Feststellungen zu Häufigkeit bzw. Verbreitung der in ihnen behandelten Phänomene, noch sind sie durch beliebig viele Fälle zu beweisen oder zu widerlegen. Subjekte existieren im Plural aber nicht Durchschnitt. Einzelfälle können zueinander ins Verhältnis gesetzt, aber nicht 'verrechnet' werden. Es sind die individuellen Spezifikationen, die interessieren. Die einzelnen Fälle sind keine Abweichungen, sondern der Gedanke der Abweichung weicht selber ab vom Gedanken der Subjektivität. Die Möglichkeit zur Verallgemeinerung liegt nicht in der Ermittlung zentraler Tendenzen, sondern in der Möglichkeit der (ggf. spezifizierenden) Selbstsubsumption unter eine erfahrene Realisierung verallgemeinerter Bedeutungen, also Handlungsmöglichkeiten" (Markard, 1996).

4. Entfremdungstheoretische Implikationen I: Entfremdung als reale Macht

Aus dem kritisch-psychologischen Selbstverständnis als marxistischer Subjektwissenschaft geht ihr Bezug auf die Marx'sche Analyse der bürgerlichen Gesellschaft selbstredend hervor. Ein Vergleich der Terminologien zeigt, dass der *Entfremdungsbegriff* bei Marx breiten Raum einnimmt, in den Schriften der Kritischen Psychologie jedoch kaum vorkommt. Zurek interpretiert dies als "Anlehnung (bzw. Auslieferung) an die östliche (Leontjew) wie westliche (Sève) Orthodoxie", in deren Folge die Kritische Psychologie "deren Ignoranz und Geringschätzung der Entfremdungstheorie übernommen" hätte (1990, S. 44). Dem ist m.E. entgegenzuhalten, dass sich die Kritische Psychologie gegenüber den Schriften Sèves, dem der Entfremdungsbegriff in der Tat wenig gilt, nicht "ausgeliefert", sondern dezidiert kritisch abgesetzt hat (Osterkamp, 1976, S. 150 - 183), während im Hauptwerk des sowjetischen Psychologen Leontjew, auf den sich die Kritische Psychologie positiv bezieht, das entfremdete Bewusstsein eine zentrale Stellung einnimmt (1977, S. 241 - 248). Dennoch ist Zureks Feststellung des Fehlens entfremdungstheoretischer Analysen in kritisch-psychologischen Arbeiten zutreffend.

Die Ursachen dürften darin liegen, dass sich die Kritische Psychologie vor allem auf die *Resultate* der Marx'schen 'Kritik der politischen Ökonomie' bezieht, wie sie im ersten Band des 'Kapital' dargelegt sind, aber kaum auf die "Frühschriften", in denen viel von Entfremdung die Rede ist. Im späteren Werk tritt die Verwendung des *Begriffs*, aber nicht die Analyse der damit bezeichneten *Tatbestände* in den Hintergrund. Vielmehr nimmt Marx im Zuge seiner detaillierter werdenden Analyse auch eine Differenzierung seiner Begrifflichkeit, einschließlich des für sich genommen relativ allgemeinen Begriffs der Entfremdung vor. So treten z.B. an die Stelle der "*entfremdeten Arbeit*" der 'Ökonomisch-philosophischen Manuskripte' "*abstrakte und konkrete Arbeit*" im 'Kapital'. Der entfremdungstheoretische Hintergrund der neuen Begrifflichkeit zur Darstellung der ökonomischen *Basis* des Kapitalismus als Warengesellschaft mit einem *Überbau* aus fetischisierten Bewusstseinsformen ist in den 'Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie' zu erkennen. Deren Grundprinzip entfremdungstheoretischer Aussagen liegt in der Betonung der fremden als einer *realen Macht*, die in den Lebensäußerungen der Menschen reproduziert wird, welche dadurch ihrerseits zu

feindlichen Mächten werden: "Alle Momente, die dem lebendigen Arbeitsvermögen als fremde, äußerliche und es unter gewissen, von ihm selbst unabhängigen Bedingungen konsumierende, verwendende Mächte gegenübertraten sind jetzt gesetzt als sein eigenes Produkt und Resultat" (Marx 1858/1974, S. 355, Hervorhebung entfernt.) Die "freie Konkurrenz" der Einzelkapitale erzwingt "die völlige Unterjochung der Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen, die die Form von sachlichen Mächten, ja von übermächtigen Sachen - von den sich beziehenden Individuen unabhängigen Sachen - annehmen" (ebd. S. 545).

Entfremdung wird nicht ignoriert, sondern präzisiert. Es ergibt sich sogar ein Zuwachs an Entfremdung als Bewegung Entfremdung - Mehrwert - Entfremdung'. Marx analysiert wie aus der entfremdeten Arbeit über die Zwischenstufen der Surplusarbeit und des Surplusprodukts mehr fremde Macht und mehr Zwang entsteht: "Es zeigt sich hier, wie progressiv die objektive Welt des Reichtums durch die Arbeit selbst als ihr fremde Macht sich ihr gegenüber ausweitet und ihr gegenüber immer breitere und vollere Existenz gewinnt, so dass, relativ, im Verhältnis zu den geschaffnen Werten oder den realen Bedingungen der Wertschöpfung die bedürftige Subjektivität des lebendigen Arbeitsvermögens einen immer grelleren Kontrast bildet. Je mehr sie sich - die Arbeit sich - objektiviert, desto größer wird die objektive Welt der Werte, die ihr als fremde - als fremdes Eigentum - gegenübersteht. Durch die Schöpfung des Surpluskapitals nötigt sich die Arbeit selbst den Zwang der Schöpfung abermals neuen Surpluskapitals auf etc. etc." (ebd. 359).

Der objektive Prozess wird begleitet von Fetischisierungen, in denen die fremde Macht der die gesellschaftliche Bewegung steuernden Warenproduktion unkenntlich geworden ist: "Die Assoziation der Arbeiter (...) erscheinen wie alle Produktivkräfte der Arbeit (...) als Produktivkraft des Kapitals" (ebd. S. 479). Die reale fremde Macht wird im fetischisierten Bewusstsein verdoppelt und verfestigt. Im Ergebnis ergänzen sich objektive und subjektive Bedingungen zu Verhältnissen, in denen die Menschen nicht mehr über ihre eigenen Angelegenheiten verfügen können. Gerade dieser Umstand gilt der Kritischen Psychologie - wie dargelegt - als wesentliches psychologisch relevantes Moment der kapitalistischen Formation und hier liegt auch die *Schnittstelle zwischen Kritischer Psychologie und einer Psychologie der Entfremdung*: Wenn nicht wir selbst über unsere Lebensbedingungen verfügen, muss die Verfügungsgewalt bei einer anderen, einer "fremde Macht" liegen, in deren Gestalt uns unsere eigene Gesellschaftlichkeit und subjektiv unser eigenes Handeln als fremd und feindlich gegenübertritt. So gesehen könnten zentrale Begriffe der Kritischen Psychologie wie "restriktive Handlungsfähigkeit" oder "Selbstfeindschaft" durchaus als Differenzierungsbegriffe einer psychologischen Entfremdungstheorie verstanden werden. Dennoch kommt die Kritische Psychologie bislang ohne den Entfremdungsbegriff aus. Ihr Modell der Vermitteltheit von Bedingungen/Bedeutungen auf der einen und Subjektivität auf der anderen Seite nimmt in der allgemeinen Dialektik von Sein und Bewusstsein (MEW 13, S. 8 f.) ihren Ausgangspunkt, einem Wechselverhältnis mit Dominanz der objektiven Seite. Aus den objektiven Bedingungen gehen die gesellschaftlichen Bedeutungen, insbesondere ihre fetischisierten und mystifizierten Formen auf quasi-naturwüchsige Weise hervor und werden nach subjektiver Funktionalität angeeignet. Insofern konnte die Diktion des "späten Marx", wie sie sich im 'Kapital' findet, übernommen werden, die Entfremdungsprozesse analysiert, obwohl sie kaum von Entfremdung spricht.

Der vorliegende Ansatz behauptet eine aktualempirische Veränderung: Mit dem Übergang vom sozialstaatlichen zum neoliberalen Kapitalismus erhalten die gesellschaftlichen Bedeutungen und Denkformen, gerade in ihren ideologischen Momenten, ein größeres Gewicht. Die fremde Macht dringt als herrschaftsideologischer Diskurs in Bewusstsein und Befindlichkeiten und versucht, sie nach ihrer Interessenlage zu verändern. So gesehen ließe sich auch fragen, inwieweit umgekehrt der Entfremdungsbegriff eine sinnvolle Differenzierung kritisch-psychologischer Theorie und Instrument zur Aufklärung heutiger Erscheinungsformen menschlicher Subjektivität sein könnte. Um dem nachzugehen, sind nun die derzeitigen Veränderungen in den Lebensverhältnissen zu analysieren, die im Zuge der neoliberalen Restauration auftreten.

II. Denkgifte - Psychologischer Gehalt neoliberaler Wirtschaftstheorie und gesellschaftspolitischer Diskurse

1. Kapitalismus gegen Kapitalismus

Wer vom Grundtheorem einer formationsspezifischen Subjektivität ausgeht, muss sich mit der historischen Entwicklung herrschender Verhältnisse auseinandersetzen und sowohl objektive Lebensbedingungen wie gesellschaftliche Bedeutungen und Denkformen als psychologierelevante Strukturen in ihrer geschichtlichen Veränderung untersuchen. Kapitalismus ist ein Produkt gesellschaftlicher Konflikte innerhalb der vorhergehenden Gesellschaftsformation des Feudalismus und eine vorübergehende Lösung des dort nicht mehr aufzuhebenden Widerspruchs zwischen entwickelten Produktivkräften und überkommenen Produktionsverhältnissen. Das Subjekt des historischen Umbruchs, das revolutionäre Bürgertum, "vergisst" jedoch bald seine Losung "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" und wird als neue herrschende Klasse zum Träger partikularer Interessen und zum Ausbeuter und Unterdrücker der nun entstehenden Arbeiterklasse und anderer subalternen Bevölkerungsgruppen. Wie selbst von der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht geleugnet werden kann, kommt es zu ökonomischen, sozialen und psychischen Verelendungsprozessen ungeheuren Ausmaßes, Entwurzelung ganzer Bevölkerungsgruppen, absoluter Verarmung, unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit usw. Die kapitalistischen Verhältnisse werden infolge dieser Zuspitzung des unter neuen Vorzeichen weitergeführten Konflikts ihrerseits zum Ziel revolutionärer Angriffe und damit in ihrem Fortbestand gefährdet. Auch prinzipiellen Befürwortern dieser Gesellschaftsordnung erscheint ein Minimum an Reformen, die wenigstens das krasseste Elend beseitigen sollen, dringend geboten und zwar umso mehr, als der Anspruch einer sozialistischen Alternative mit der Oktoberrevolution und der Gründung der Sowjetunion als reale Macht in die Geschichte eintritt, die kapitalistische Wirtschaft selbst von schweren Krisen erschüttert wird, die ihren Höhepunkt in der Weltwirtschaftskrise von 1929 und einem weiteren Anwachsen der Arbeiterbewegung finden, und diese Krisenhaftigkeit nicht nur progressive Opposition, sondern auch Faschismus und Krieg hervorbringt.

Sozialstaatlicher Reformkapitalismus

Aufgrund ständiger Krisen und unter dem Druck von Arbeiterbewegung und Gewerkschaften wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den kapitalistischen Hauptländern ein gesellschaftliches Kompromissmodell etabliert, das den unteren Schichten unter prinzipieller Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise eine größere Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglichte und dessen Kernpunkte die Einführung von Sozialfonds zur Abschwächung individueller Notlagen, aktive staatliche Wirtschaftspolitik und keynesianischer Reformismus waren.

Die keynesianische Wirtschaftstheorie kritisiert die Defizite des Kapitalismus als Unfähigkeit des Marktes, ein effizientes Produktions- und Distributionssystem herzustellen, das Arbeit und Auskommen für alle Gesellschaftsmitglieder gewährleistet. Keynes' Forderung lautet: Was der Markt nicht vermag, soll durch ergänzende Politik bewerkstelligt werden. Die Vermeidung sozialer Notlagen, Armut und Arbeitslosigkeit wird erklärtes Ziel sozialstaatlicher Bestrebungen. Damit ist die Gegenposition zu (neo)liberalen Konzepten begründet, die der Kapitalseite zu höheren Gewinnen verhelfen wollen, welche sich später angeblich in Investitionen und mehr "Beschäftigung" verwandelten. Keynes will dagegen Nachfrageschwächen infolge mangelnder Kaufkraft und ein daraus resultierendes Absinken der Produktion vermeiden. Durch staatliche Verteilungspolitik soll mehr Nachfrage und damit zusätzliche Produktion entstehen, die andernfalls unterbliebe. Die hieraus erwachsenden Gewinne sollen als Investitionen zurückfließen und "Vollbeschäftigung" herbeiführen bzw. aufrechterhalten, zugleich aber durch Besteuerung begrenzt werden, um die dabei erzielten Einnahmen zur Mitfinanzierung sozialstaatlicher Leistungen heranzuziehen. Nach keynesianischer Lesart fallen zusätzliche Steuern zwar nur auf solche Gewinne an, die ohne nachfrageorientierte Regulierung gar nicht entstünden, die betriebswirtschaftliche Einzelperspektive sieht darin freilich dennoch Kosten und entgangenen Gewinn, was wesentlich zu ihrem Widerstand gegen sozialstaatliche Politik beiträgt. Dies umso mehr, als diese sich gezwungen sieht, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen durch eine Finanzpolitik niedriger Zinsen abzusichern, womit arbeitsfreie Einkommen aus

großen Geldvermögen reduziert und das Industrie- gegenüber dem Finanzkapital begünstigt wird. Keynes sprach in diesem Zusammenhang vom "sanften Tod des Rentiers" (Schui, 1997b, S. 40). Weiterhin sollen dem auf der Kapitalseite überaus geschätzten Freihandel mit Außenzöllen u.ä. Grenzen gesetzt werden, um die Abwanderung des Kapitals in solche Weltgegenden zu verhindern, in denen Hungerlöhne gezahlt werden, Gewerkschaften, Schutzbestimmungen und Besteuerung hingegen fehlen. Schließlich, falls diese Maßnahmen nicht ausreichen sollten, um die Privatwirtschaft zur Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen zu bewegen, ist die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien vorgesehen. Insgesamt schränkt eine konsequente Anwendung dieses Modells den "freien Wettbewerb", sowie die private Bereicherung und Autonomie der Kapitalbesitzer mehr oder weniger ein. Die Beseitigung dieser Schranken ist das Hauptanliegen der neoliberalen Gegenoffensive.

Betrachtet man die *Ergebnisse* des sozialstaatlichen Versuchs der Zügelung kapitalistischer Verhältnisse, so lässt sich auf der Ebene der *objektiven Bedingungen* feststellen, dass die Lebensverhältnisse zumindest in den Metropolen deutlich verbessert werden konnten, was als Fortschritt gegenüber den frühkapitalistischen Exzessen zu würdigen ist. Die Angemessenheit mittlerweile gängiger Bezeichnungen dieser Etappe als "goldenem Zeitalter" muss allerdings bezweifelt werden, waren doch die prinzipiellen Systemmechanismen zu keinem Zeitpunkt außer Kraft gesetzt. Der Sozialstaat bricht nicht mit dem Kapitalismus als Herrschaftssystem, es existieren weiterhin Lohnarbeit, Ausbeutung, entfremdete Arbeit, Privatbesitz an Produktionsmitteln, der Ausschluss der Menschen von der Verfügung über den gesellschaftlichen Prozess, Unterdrückung von Minderheiten, Imperialismus nach außen usw. Der zuletzt genannte Umstand hatte zur Folge, dass die krassesten Auswüchse zwar in den Metropolen beseitigt wurden, in der Peripherie aber umso schlimmer wucherten, bzw. mittels aggressiver Außenhandelspolitik und zielstrebig herbeigeführter Verschuldung der "Entwicklungsländer" dorthin exportiert wurden. Auch konnte auf keynesianischem Weg die neoliberale Restauration eines ungezügelt Kapitalismus nicht verhindert werden. Anhänger der keynesianischen Wirtschaftstheorie deuten diesen Verlauf dahingehend, dass bei konsequenter Anwendung ihrer Konzepte eine Überwindung des Kapitalismus zwar möglich sei, frühere sozialdemokratische Regierungen bei diesem Versuch aber "eingeknickt" seien. Da es bislang an erfolgreichen Beispielen fehlt, kann die Stichhaltigkeit dieser These nicht endgültig beurteilt werden. Es steht zu befürchten, dass eine bloße Einschränkung der Kapitalherrschaft ihre anschließende Wiederherstellung herausfordert und ermöglicht, wie im tatsächlich eingetretenen Fall der Etablierung eines neoliberalen Modells. Im Ergebnis wäre dann bestenfalls ein Oszillieren zwischen einem offen brutalen und einem sozialdemokratisch verbrämten Ausbeutungsregime zu erwarten, wobei die über die Parteienkonkurrenz sich durchsetzende Sogwirkung hin zur kapitalfreundlichen Politik die "Reformer" in jeder Runde auf eine neue Revisionsstufe zwingt, bis auch die kleinste systemoppositionelle Ambition verschwunden ist. Der Blick auf die gegenwärtige Politik von Sozialdemokratie und Gewerkschaften drängt den Verdacht auf, dass dieser Zustand bereits erreicht ist.

Wie stark sich oppositionelles Denken derzeit in der Defensive befindet, zeigt sich in der Debatte um eine "Zivilisierung des Kapitalismus", die dem neoliberalen Programm die Forderung nach einer keynesianischen Renaissance gegenüberstellt, u.a. an der fraglosen Verwendung des Ausdrucks "*Vollbeschäftigung*". Dieser scheint mitunter fast zur Heilsbotschaft zu werden, in der die Verhältnisse der 60er Jahre einen verklärten Glanz bekommen: "Vollbeschäftigung" als Utopie des Regulationsoptimismus. Vergessen die Kritik an Fließband und entfremdeter Arbeit, vergessen die Forderung nach umfassender Humanisierung der Lebensverhältnisse. Auch wenn Arbeitslosigkeit zu den drängendsten Problemen zählt und ihr Abbau Voraussetzung für weitere Fortschritte ist, muss hinterfragt werden, was es mit einer Vorstellung von gesellschaftlicher Emanzipation auf sich hat, in der die Menschen nicht gleichberechtigt ihre Angelegenheiten regeln, sondern abhängig und fremdbestimmt "beschäftigt" sind. Am Ende schlägt doch wieder der Umstand durch, dass keynesianischer Reformismus eben auch ein Instrument zur Rettung des Kapitalismus war.

Zusammenfassend muss aus heutiger Sicht festgestellt werden, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen durch die Etablierung eines "Gegenprinzips innerhalb des Systems" offenbar nur in der historischen Sondersituation der Nachkriegszeit möglich war, als höhere Masseneinkommen die Kapitalseite nur unwesentlich belasteten und "die rasch ansteigende Produktivität stetige und spürbare Lohnerhöhungen erlaubte, ohne die Profitrate merklich zu beeinträchtigen, weil jede Lohnerhöhung via Nachholbedarf der

Massenkaufkraft sich direkt in überproportional wachsende Profite der expandierenden Gebrauchsgüterindustrie zurückverwandeln ließ. In dem Augenblick, in dem dieser Expansionsprozess nur noch um den Preis sinkender Profitraten hätte fortgeführt werden können - am Beginn der siebziger Jahre - geriet das Modell in seine erste schwere Krise" (Wagenknecht, 1998, S. 159). Diese äußerte sich in stark anwachsender Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlusten, Produktionsrückgang und progressiver Staatsverschuldung. Gewinne flossen immer weniger als Investitionen in die Realökonomie und begannen als reines Finanzkapital ihre Vagabondage über die Geldmärkte. Der Grundwiderspruch des sozialstaatlichen Versuchs, die zerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus ohne Außerkraftsetzung seiner Prinzipien bändigen zu wollen, findet seine Zuspitzung in der Stärkung gerade der Kräfte, die mit halbherzigem Reformismus "sozialverträglich" gemacht werden sollten.

Nicht minder widersprüchlich sind die Charakteristika dieser Etappe auf der Ebene der *gesellschaftlichen Bedeutungen und Denkformen*. Da die Verbesserung der Lebensverhältnisse nicht nur "von oben" gewährt, sondern mittels Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht, Arbeitskämpfen usw. gegen die Interessen der Kapitaleseite erstritten wurden, ist das Erreichte einerseits Resultat einer *positiven Konflikterfahrung*, die der Mystifizierung des Kapitalismus zum ewigen Naturverhältnis entgegenwirkt und zeigt, dass man sich mit bestehenden Systemmängeln nicht tatenlos abfinden muss, sondern durch organisiertes Handeln Fortschritte erreichen kann, die aber immer nur im Konflikt zu haben sind. Diese Sichtweise wird von Vertretern regulationsoptimistischer Positionen immer wieder hervorgehoben. So sieht Schui (1997b) in dieser Konfliktbereitschaft den Anschluss an die emanzipatorische Seite bürgerlicher Traditionen, an die europäische Aufklärung und an das "Glücksversprechen der Moderne", das auf dem Wege der Erhöhung gesellschaftlicher Produktivität "das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl" als Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Reichtum in Aussicht stellte.

Die heutige Situation drängt allerdings die Vermutung auf, dass die sozialstaatliche Konfliktfähigkeit eine zahme und begrenzte war. Wie sonst wäre es erklärlich, dass die neoliberale Diskreditierung dieses Versuchs in kurzer Zeit so große Wirkung erzielen konnte? Der Umstand, dass sozialdemokratische Regierungen und Gewerkschaftsführungen noch jedem politischen Konflikt die Spitze abbrechen und auf "sozialen Frieden" orientierten, lässt die "Konfliktbereitschaft" des Regulationsoptimismus eher als theoretische Größe erscheinen. *Konfliktverleugnung und -vermeidung* machen doch gerade das Wesen des Reformismus aus, die Rede von der "Sozialpartnerschaft" treibt den Schein von Freiheit und Gleichheit auf die Spitze. Die Kapitalautonomie wird zugunsten einer etwas besseren Verteilungsgerechtigkeit geringfügig eingeschränkt, über damit ebenfalls bewirkte Integrationseffekte aber zugleich befestigt. Letztlich geht es darum, die "soziale Frage zu entschärfen", die Loyalität der Menschen zum System sicherzustellen, sie aber weiterhin von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Produkt und an politischen Entscheidungen auszuschließen. Dennoch wurde mit der vorübergehenden Regulierung der Kapitalverwertung bewiesen, dass *Veränderungen* infolge einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse *prinzipiell möglich* sind und nicht an "anthropologischen Konstanten", einer "rückwärtsgewandten menschlichen Natur" o.ä. scheitern, wie gerade psychologische Theorien mitunter behaupten.

Im vorliegenden Argumentationszusammenhang können sozialstaatliche Bedeutungsstrukturen als eine Zwischenstufe in die historische Entwicklung gesellschaftlicher Denkformen eingeordnet werden: Während sich im Frühkapitalismus mystifizierte Denkweisen auf quasi-naturwüchsige Weise etablieren, werden diese im sozialstaatlichen Kapitalismus noch ideologisch überhöht und mittels materieller Verbesserungen abgesichert. Später wird diskutiert, wie solche Denkfiguren im neoliberalen Diskurs aufgegriffen und in Inhalte politischer Propaganda verwandelt werden. Die in der sozialstaatlichen Etappe verfestigte restriktive Handlungsfähigkeit behält so auch dann ihre Funktionalität, nachdem ihre materielle Absicherung im Zuge der neoliberalen Zerschlagung sozialstaatlicher Ansätze beseitigt wurde.

Die *psychologischen Aspekte* des sozialstaatlichen Zwischenstadiums lassen sich als Widerspruchsdimensionen im Durchgang durch die einzelnen psychischen Funktionen herausarbeiten. Für den Bereich des Bewusstseins wurde bereits auf die kontrastierenden Denkformen Opposition vs. Opportunismus hingewiesen. Für die *emotionale* Ebene ergibt sich der Widerspruch zwischen zeitweiliger Verringerung existentieller Angst bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer strukturellen Ermöglichungsgründe: Wie begrenzt die sozialen Sicherungssysteme auch immer waren und wieviele

Menschen außerhalb der Metropolen auch davon ausgeschlossen blieben, für diejenigen, die daran teilhatten, wurde die generelle Unabgesichertheit und Ausgeliefertheit an die Verhältnisse reduziert. Der Topos, "den kleinen Leuten" sei es "noch nie so gut wie heute gegangen", besaß einen wahren Kern der zeitweise verringerten Existenzangst. Auf der anderen Seite begünstigte der bescheidene Wohlstand *im Zusammenwirken* mit fortbestehender Konkurrenzhaftigkeit des sozialen Geschehens und dem ebenso fortbestehenden Ausschluss der Menschen von der Bedingungsverfügung den Rückzug in Privatismus und Konsumismus und das Sich-Einrichten im Erreichten, gepaart mit Misstrauen und Gleichgültigkeit gegenüber denen, die von den Segnungen sozialstaatlicher Errungenschaften ausgeschlossen blieben: Den "Randgruppen" im Inneren und den in Abhängigkeit und Unterentwicklung gehaltenen Völkern im Äußeren. Wem es etwas besser ging, wollte sogleich das Elend der anderen nicht mehr sehen, nicht zuletzt aus der berechtigten Angst heraus, der endlich erlangte Anteil am Wohlstand könne ihm wieder genommen werden.

Veränderte *Motivationslagen* zeigten sich vorübergehend in Absetzbewegungen gegenüber autoritären Orientierungen hin zu mehr Selbstbestimmung. Instrumentelle Lebensbezüge waren zeitweise im Rückzug, hedonistische, experimentelle Tendenzen auf dem Vormarsch. Nicht umsonst sahen die Vorkämpfer der Kapitalfraktion durch die Kritik der Studentenbewegung an Leistungswahn und Kadavergehorsam, den Forderungen nach freieren, gleichberechtigten Beziehungsformen und der Absage an Nationalismus und Militarismus *ihr* Abendland gefährdet und bliesen zu seiner Rettung mittels "geistig-moralischer Wende". Der restriktive Widerspruchspol zeigte sich darin, dass die gesellschaftliche Fixierung auf systemimmanente Reformen alle Experimente sofort zum Stehen brachte, sobald materielle Ressourcen nicht mehr zur Verfügung standen. Beispielhaft ist das Scheitern der "Alternativbewegung" der 80er Jahre: Der unter Verzicht auf gesamtgesellschaftliche Alternativen ersatzweise unternommene Rückzug in die Reservate einer selbstbestimmten aber ineffektiven Subsistenzwirtschaft endete nach einer kurzen Phase idealistisch-experimenteller Euphorie mit der schmerzhaften Erkenntnis, sich auf einen aussichtslosen Kampf mit einem übermächtigen Gegner eingelassen zu haben (den etablierten Kräften der kapitalistischen Ökonomie) und dem nachfolgenden Ruin oder dem Überleben durch Anpassung unter Preisgabe aller Ideale.

Nicht minder brisant für den Fortbestand herrschender Unterdrückungsverhältnisse waren indessen Veränderungen der *Beziehungsformen*, die als Resultat sozialstaatlicher Ansätze auftraten. Kaum war der Verdrängungswettbewerb aller gegen alle geringfügig entschärft, nahmen Forderungen nach einer Umorientierung auf solidarische Lebensweisen zu. Den Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" wurde Beachtung und Unterstützung durch größere Bevölkerungsteile der kapitalistischen Länder entgegengebracht und Aggressionskriege wie der der USA in Vietnam stießen auf weltweiten Widerstand. Die Hüter des "freien Marktes" wussten, dass praktische Solidarität die Infragestellung ihrer Herrschaft bedeutete. Sie setzten alles daran, diesem "Unwesen" ein schnelles Ende zu bereiten. Tatsächlich hatte der bloße Wunsch nach Überwindung konkurrenzförmig entfremdeter Beziehungsstrukturen keine Chance innerhalb eines reformistischen Ansatzes, der darauf verzichtete, der Humanisierung gesellschaftlicher Umgangsweisen die notwendige politisch-ökonomische Basis zu verschaffen. Die bloß idealistische Hoffnung auf "Love & Peace" verschwand im Zuge ihrer profitablen Verwertung durch die Unterhaltungsindustrie, die sie dabei auch noch in ein wirksames Integrationsinstrument verkehrte.

Mit der Durchsetzung neoliberaler Verhältnisse wird der gesellschaftliche Konflikt enorm verschärft, ist aber kaum als solcher im Bewusstsein repräsentiert. Man wünscht, mit "Konsens" die soziale Katastrophe zu verhindern und schafft so deren Voraussetzung: Mit einer konfliktunfähigen Bevölkerung braucht das Kapital nicht zu verhandeln - es vollstreckt. Bevor nun die objektiven Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus thematisiert werden, gilt es noch einen kurzen Blick auf den Weg zu werfen, der dorthin führte, auf die Diskreditierung des Sozialstaats und seine Zerstörung.

Neoliberale Restauration

In heutigen Diskussionen über die neoliberalen Verwüstungen fällt oft eine völlige Unkenntnis von Beginn und Ursachen dieses Zustands auf. Die naheliegende Frage, wann und wieso es zur Abkehr von Sozialstaat und bescheidenem Massenwohlstand kam, wird kaum gestellt. Geht man ihr nach, findet man typische Merkmale der sozialstaatlichen Etappe, die selbst auf die Entstehungsbedingungen der neoliberalen Gegenoffensive verweisen: Die Stärkung von Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, staatliche Verteilungs-

und Investitionspolitik, Begrenzung des Freihandels und der Gewinne hatten die Einschränkung der Verfügungsmöglichkeiten des Kapitals über gesellschaftliche Ressourcen zur Folge und riefen die Marktradikalen auf den Plan. Solange er steigende Profite nicht tangierte, wurde der sozialstaatliche Kompromiss zähneknirschend hingenommen, als Reaktion auf sinkende Profitraten aber sofort aufgekündigt. Zwar gab es auch früher schon Angriffe auf aktive Wirtschaftspolitik und sozialstaatliche Institutionen, doch schien die Restauration eines ungezügelter Laissez-faire-Kapitalismus wenig attraktiv solange der weltwirtschaftliche Zusammenbruch von 1929 und das Massenelend der 30er Jahre noch gut erinnerlich waren. Um solches künftig zu verhindern, war ja gerade mit keynesianischem Reformismus begonnen worden und neoliberale Ideen konnten lange Zeit kaum darauf hoffen, ernstgenommen zu werden: "Den Neoliberalen war stets bewusst, dass sich ein solches Programm - das dem New Deal oder der Idee des Sozialstaats diametral entgegengesetzt ist - nur umsetzen lässt, wenn zuvor ein anderes geistiges Klima erzeugt wird. Ideen müssen verbreitet werden, bevor sie Folgen für das Leben der Bürger und der Gemeinschaft haben. Sie müssen unter den bestmöglichen Bedingungen produziert, (...) gelehrt und an die Öffentlichkeit gebracht werden" (George, 1996, S. 10). Zu diesem Zweck wurden seit den 40er Jahren unaufhörlich Gelder bei der Industrie gesammelt für die Errichtung von Denkfabriken, Publikationsorganen und anderen Institutionen zur Beeinflussung des öffentlichen Bewusstseins, wobei sich insbesondere Friedrich August Hayek, ein exilierter österreichischer Nationalökonom hervortat.

Zu den bekannteren Denkfabriken gehören die von Hayek selbst gegründete Mont-Pélerin-Gesellschaft, in Deutschland der Kronberger Kreis und verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute, wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Die Geschichte dieser Denkfabriken und ihrer Aktivitäten kann hier nicht dargestellt werden. Detaillierte Informationen finden sich bei Halimi (1995), George (1996) und Kotzur (1997).

Neoliberale Vorstellungen konnten nur hegemoniale Bedeutung erlangen, indem sie zuerst das Denken bestimmter gesellschaftlicher Gruppen erreichten und veränderten. Der Prozess erfolgte als zweistufiges Verfahren. Mit den theoretischen Schriften Hayeks u.a. sowie den Aktivitäten der "Think-Tanks" wurden zunächst die Experten und Ökonomen in Universitäten, Instituten, Betrieben und staatlichen Stellen eingenommen und die Wirtschaftswissenschaft gewissermaßen okkupiert. Nachdem man sich dort die interne Definitionsmacht gesichert hatte, wurde "Neoliberalismus" als Leitwissenschaft in alle anderen Lebensbereiche exportiert, insbesondere auf das Feld der praktischen Politik und der medialen Massenbeeinflussung. Dort wird die neoliberale Theorie in propagandistisch handhabbare Diskurse übersetzt, mit denen die Veränderung von Bewusstseinslagen und Befindlichkeiten erfolgen soll.

Die schwere Krise von 1973, die das endgültige Auslaufen der Nachkriegskonjunktur markierte, erleichterte den Abbruch des Sozialstaats erheblich, konnte man jetzt die staatliche Wirtschaftspolitik für die Krise verantwortlich machen und behaupten, mit "weniger Staat" und einem "freien Spiel der Kräfte" ginge es wieder "aufwärts". Als in den darauffolgenden 25 Jahren der "Aufschwung" ausblieb, die Arbeitslosenzahlen wuchsen, die Reichen immer reicher und die Armen ärmer wurden, erfand man die Dauerparole, die "Reformen" müssten erst "greifen". Die Diskreditierung des (sozialen) Staates folgte zwei Grundmustern: Entweder wurde er als "Machtmoloch" dargestellt, als Instrument, dessen sich die "Faulen" und "Unfähigen" bemächtigen, um die "Tüchtigen" um ihren verdienten "Lohn" zu bringen, oder man denunzierte den Staat als unfähig, ökonomische Probleme zu lösen, als Störenfried in der sonst heilen Marktwelt. Besonders hinterhältig taktierte eine falsche Bürokratiekritik, die vorgab, die "Bevormundung der Menschen durch einen bürokratischen Versorgungsstaat" beseitigen zu wollen. Solcher "Kritik" ging es allein um die Beseitigung sozialer Schutzrechte, die - von der Kehrseite her - immer die praktische Einforderung der Sozialpflicht des Eigentums sind. Daran *praktisch* erinnert zu werden, war das, was seine Nutznießer so hassten, als Einschränkung ihrer über allem stehenden "Freiheit", sich an der Arbeit anderer grenzenlos zu bereichern. Um die Beseitigung tatsächlicher Repression ging es dagegen keineswegs, wie mittlerweile überdeutlich zu sehen an den ins Uferlose gewucherten Apparaten der "inneren Sicherheit" samt Lauschangriff, fortwährendem Abbau von immer mehr Grundrechten und dem Heraufziehen eines neuen Autoritarismus im Dienst ungezügelter Kapitalverwertung. Außerdem lieferten die Sozialstaatskritiker den Widerspruch zu ihrem "anti-bürokratischen Freiheitskampf" gleich selbst mit dem Anprangern "exzessiver Demokratisierungs- und Partizipationsansprüche", wodurch sie die bestehende Ordnung - ihre Ordnung - nicht zu Unrecht gefährdet sahen.

Ebenso fadenscheinig war stets die neoliberale "Kritik" an der "Herrschaft der Funktionäre", die sich allein

auf gewerkschaftliche Strukturen bezog, während der Filz aus Finanzoligarchien, Parteiapparaten, Ministerialbürokratie und Massenmedien - man denke an bayerische Verhältnisse - nie zur Sprache kam, kein Wunder, diesen Milieus entstammten ja gerade die "Kritiker", denen es entgegen aller Beteuerungen nicht um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ging, sondern darum, auch kleinste Ansätze zur Beteiligung der Bevölkerung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ersticken und die Menschen von jeglicher Mitverfügung auszuschließen.

Allein, die falsche Bürokratiekritik der Rechten kam an, weil infolge der Krise und der dadurch sich häufenden sozialen Notlagen, insbesondere zunehmender Arbeitslosigkeit, die bürokratische Seite der sozialen Sicherungssysteme auch in ihren negativen Aspekten sichtbar wurde, während man zuvor eher selten damit konfrontiert war. Erst wenn man z.B. als Arbeitsloser die Dienste des Arbeitsamtes in Anspruch nehmen musste, konnten einem dort tätige Bürokraten auch tatsächlich schikanieren.

Schließlich konnte die wachsende Unzufriedenheit infolge steigender Arbeitslosigkeit erfolgreich instrumentalisiert werden. Am Ende der siebziger Jahre kam es zum Stimmungsumschwung in den Metropolen. Neoliberal-konservative Parteien übernahmen in Großbritannien (1979), den USA (1980) und der BRD (1982) die Regierung und begannen umgehend mit der Beseitigung sozialstaatlicher Ansätze und zugleich mit der systematischen Diffamierung der Krisenopfer. Ausgangspunkt war das Beklagen einer vorgeblichen "Anspruchsinflation", gefolgt von der massenmedialen Verleumdung der Arbeitslosen als "Drückeberger" u.ä. Die Kampagne bildete das Vorspiel zur heutigen "Sozialmissbrauchsdebatte", worauf bereits hier einmal hingewiesen sei, weil gerade darin ein Grundzug der *Psychologie neoliberaler Kriegsführung gegen alles Solidarische und Soziale* aufscheint: Nachdem die Menschen - je nach ihrer Brauchbarkeit für den Verwertungsprozess - in Helfer der Eliten, Helfershelfer, Subalterne und Unbrauchbare sortiert sind, wird ihnen gemäß ihrer Brauchbarkeit die Teilhabe an materiellem Reichtum und Entscheidungsbefugnissen zugeteilt oder vorenthalten. Da die davon Ausgeschlossenen die Mehrheit stellen und bei fortgesetzter Krise weiter zunehmen, benötigt man Projektionsfiguren, worauf diejenigen, denen Ausschluss oder Arbeitslosigkeit droht, ihre Angst übertragen, und in denen sie ihre vermeintlichen Feinde ausmachen können. Von Krisenursachen und Krisengewinnlern wird damit zugleich wirksam abgelenkt. Im nun folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse des neoliberalen Zerstörungswerks, die heute als gesellschaftliche Realität besichtigt werden können, in ihren Grundzügen dargestellt.

2. Neoliberalismus als politisches Projekt

Der neoliberale Angriff auf sozialstaatliche Strukturen ist Teil eines politischen Projekts kapitalistischer Eliten, das die *Restauration der unbeschränkten Autonomie der Besitzer von Geld- und Produktivvermögen* zum Ziel hat. Es verbindet ökonomische Modernisierung mit neokonservativer Politik und bekämpft alle Alternativen einschließlich sozialstaatlicher Kompromisse. Die Wesenszüge der kapitalistischen Gesellschaftsformation als einer antagonistischen Gesellschaft werden dabei in radikalierter Form und im globalen Maßstab reproduziert.

Die neoliberale Grundthese lautet: "Der Markt ist gut und staatliche Wirtschaftspolitik ist schlecht". Es wird behauptet, die Krise sei nur mittels *Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs, Privatisierung allen öffentlichen Eigentums und "Deregulierung" der Arbeits- und Sozialgesetze* zu überwinden. Institutionen, die demokratische Kontrolle und organisierte Interessensvertretung ausüben, wie Parlamente und Gewerkschaften sind Hindernisse auf diesem Weg. "Die Devise heißt, den Kapitalismus von den Fesseln der Demokratie zu befreien" (Schui, 1996, S. 103). Ziel ist die *Unterordnung der Politik* unter die von privaten Interessen bestimmte Ökonomie, ist die unumschränkte Herrschaft von Banken und Konzernen.

Die Bestrebungen der Kapitaleseite nach grenzenloser Autonomie manifestieren sich zuvorderst in Form riesiger *Konzentrationsprozesse*: Zusammenschlüsse von Industrie-, Finanz- und Versicherungskonzernen, feindliche Übernahmen und eine Flut von Insolvenzen kleiner Betriebe, die im Verdrängungswettbewerb nicht mehr mithalten können. Zusätzlich zu diesem Machtzuwachs der Kapitaleseite insgesamt *verselbständigt sich das Finanzkapital gegenüber der Realökonomie*. Zur Kapitalkonzentration kommt die *Verflechtung*: Großbanken z.B. sind keine unabhängigen Geldverleiher, sondern "nebenbei" Großaktionäre multinationaler Konzerne und bestimmen deren Unternehmenspolitik maßgeblich mit. Wirtschaftspolitische

Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Größenordnung werden so von einer kleinen Personengruppe getroffen, während der ohnehin nur minimale Einfluss der Bevölkerung auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen immer geringer wird. Eine Handvoll Banker und Industrieller verfügt über nahezu alle gesellschaftlichen Ressourcen und schafft sich eine Welt nach ihrer Interessenlage. Die *Renditeerwartung* der "Shareholder" wird zum alleinigen Kriterium wirtschaftlicher Entscheidungen, Produktivitätssteigerungen werden fast ausschließlich in Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung umgesetzt. Die Produktivität wächst, immer weniger Menschen produzieren immer mehr, doch ist von Arbeitszeitverkürzung als einer sinnvollen Reaktion auf diese Entwicklung keine Rede mehr. Die eingesparten Lohnkosten fließen in die Börsenspekulation, daher der dortige Jubel bei der Ankündigung von Massenentlassungen. Im Gegensatz zu regierungsoffiziellen Zweckklügen wie "Halbierung der Arbeitslosigkeit bis dann und dann" zielt das Bestreben "wirtschaftsfreundlicher Politik" nicht auf die Schaffung, sondern auf die Abschaffung von Arbeitsplätzen: "Das Geld der großen Finanzwelt befindet sich im Widerspruch zur Arbeit. Jedesmal, wenn positive Beschäftigungszahlen publik werden, sacken die Kurse ab. Denn wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden, steigt die Nachfrage, werden höhere Inflationsraten befürchtet, auf die die Notenbank mit steigenden Zinsen reagiert. Und hohe Zinsen sind Gift für die Börsenkurse. Je mehr Arbeitslosigkeit, desto besser für die Börse, lautet der perverse Umkehrschluss" (Altwater, 1997).

Diesem "Kasinokapitalismus" arbeitet eine *monetaristische Finanzpolitik* zu, deren vorrangiges Kriterium die "Geldwertstabilität" ist, mit der Destabilisierung der Lebensverhältnisse als Kehrseite, die nicht allein aus der Arbeitslosigkeit besteht. Auch die unaufhörlich beschworene Preisstabilität ist widersprüchlich: Zwar bewegen sich die *Warenpreise* nahe der Stagnation und lassen eher deflationäre Tendenzen befürchten, die Preise für Mieten, Energie, medizinische Dienstleistungen und Medikamente, für Rundfunk- und Fernsehgebühren steigen dagegen beständig an.

Zugleich nähert sich die *Massenarbeitslosigkeit* "Weimarer Verhältnissen": 18 Millionen Europäer, zu denen nach Prognosen von Weltbank und OECD in den nächsten Jahren noch 15 Millionen hinzukommen sollen, sind derzeit von jeder Erwerbsarbeit ausgeschlossen, in Deutschland allein vier Millionen - offiziell. Arbeitslosigkeit ist nicht nur gewollt, weil sie Dividenden und Profite in die Höhe treibt, sondern auch, weil sich die Menschen damit disziplinieren lassen, oder besser: Sich im Gerangel um Arbeit gegenseitig in Schach halten, gefügig machen und bereit sind, immer schlechtere Arbeitsbedingungen zu immer schlechterer Bezahlung hinzunehmen. Sie ist gewollt, weil der massenhafte Ausschluss der Menschen von Berufstätigkeit und Einkommen den Luxus einer Clique Superreicher auch für die Zukunft sicherstellen soll. Kaum irgendwo wird der Zynismus herrschender Eliten deutlicher als in der "Vision" des einstigen US-Präsidentenberaters Brzezinski von der zukünftigen "20:80 Gesellschaft", vorgetragen 1995 bei einem Milliardärstreffen in San Francisco: 20 Prozent mehr oder weniger gut Verdienende, die ausreichen, um Produktion und Absatz zu gewährleisten und 80 Prozent Arbeitslose, die mit "tittytainment" bei Laune gehalten werden sollen, einer Mischung aus Almosen und primitiver Massenunterhaltung. Selbst vergleichsweise weniger dramatische Prognosen erfüllen alle Kriterien eines Alptraums: "30 Prozent der Bürger sind an den Rand gedrängt, davon etwa 10 Prozent dauerhaft und überleben nur mit knapper werdender Sozialhilfe. 30 Prozent haben schlecht bezahlte oder gefährdete Stellen. Gerade noch vier von zehn Menschen leben in gesicherten Verhältnissen" (Schneider, 1997, S. 1). Und solche Entwicklungen sind keine Naturkatastrophen sondern durchaus erwünscht: "In den Industrieländern (werden) schon bald wieder Menschen fast zum Nulltarif die Straßen sauberhalten oder als Haushaltshilfen kärglichen Unterschlupf finden, erwarten die Konzernlenker" (Martin/Schumann, 1997, S. 13).

Massenarbeitslosigkeit bedeutet Druck auf soziale Errungenschaften, auf Löhne, Arbeitsschutzgesetze, Mitbestimmungsrechte. Ziel ist die dauerhafte Etablierung von Billiglohn-Sektoren. Die wachsende Zahl sog. "working-poor", arbeitender Armer lässt auf den "Erfolg" des Unternehmens schließen: Menschen, die auch mit einer oder mehrerer "Beschäftigungen" nicht genügend Geld zum Überleben verdienen. Insgesamt gelten 50 von 370 Millionen Europäern als arm, darunter sieben Millionen Deutsche. Und dabei soll es nicht bleiben: Von Kapitalvertretern wird unverblümt die Pauperisierung breiter Schichten *gefordert*: "Einfache Arbeit (kann) in Deutschland nicht höher entlohnt werden als in Tschechien, auf Dauer auch nicht höher als auf dem indischen Subkontinent" (Giersch, 1994, zit. n. Altwater/Mahnkopf, 1997, S. 344). Zur Begründung derart asozialer Forderungen dienen "Sach- und Sparzwänge", denen angeblich nur mit immer weiterem Herunterdrücken von Löhnen und Gehältern begegnet werden kann, während Gewinne und Renditen

sakrosankt sind. Arbeit soll "billig wie Dreck" werden und dabei Reichtümer produzieren, die eine kleine Elite für sich zu monopolisieren beansprucht.

Neben der Arbeitslosigkeit finden sich immer mehr Menschen in *prekärisierten Lebenslagen* wieder, in ungesicherten, oft befristeten Arbeitsverhältnissen ohne tarifliche Regelung, ohne Sozialleistungen, ohne Perspektive. Neoliberaler Kapitalismus bedeutet die Zerstörung sozialer und demokratischer Rechte: In früheren Arbeitskämpfen errungene Lohnzusatzleistungen und Arbeitsschutzgesetze werden reihenweise abgeschafft, ob Kündigungs- oder Qualifikationsschutz, ob Urlaubs- oder Krankengeld: Alles steht nach dem Willen der Wirtschaftsverbände "zur Disposition". Den Zynismus der gängigen Praxis zeigen die "Reformen" im Gesundheitswesen, die darauf hinauslaufen, medizinische Versorgung zum Luxusgut für "Besserverdienende" zu machen, was die traurige wie skandalöse Wahrheit, dass wer arm ist, früher sterben muss, noch verschärft wird.

Äußerst besorgniserregend ist weiterhin der fortwährende Abbau demokratischer Grundrechte bis hin zur Abschaffung der Asylrechts, der Unverletzbarkeit der Wohnung, dem Brief- und Fernmeldegeheimnis (Bank- und Steuergeheimnis sind freilich tabu, "Investoren" könnten verschreckt werden, würden ihre Möglichkeiten der Steuerhinterziehung eingeschränkt).

Bei aller Kritik an Arbeitslosigkeit, Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in prekäre Billiglohnstellen usw. darf nicht vergessen werden, dass an den verbliebenen "normalen" Arbeitsplätzen tiefgreifende Veränderungen stattfinden, die den Ermöglichungsgrund der enormen Steigerung der Produktivität bilden. Für weniger Geld muss dort auch noch mehr, länger und schneller gearbeitet werden, nachts, am Wochenende und auf Abruf. Nicht zuletzt mit arbeitspsychologischer Unterstützung erfolgt eine extreme *Intensivierung der Arbeit*.

Während Millionen Menschen von Erwerb und Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion ausgeschlossen werden, bleiben riesige Potentiale gesellschaftlich sinnvoller Arbeit unausgeschöpft weil sie - privatwirtschaftlich betrieben - nicht profitabel sind und weil dem Staat, der solche Arbeiten organisieren könnte, die dazu erforderlichen Mittel zielstrebig entzogen werden: Ausreichende Pflege alter, kranker und behinderter Menschen, Beseitigung von Umweltschäden oder die Entwicklung ökologisch vernünftiger Technologien bleiben ganz oder teilweise unerledigt.

Obwohl immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit sichern können, wird diese weiterhin als Bedingung für die individuelle Existenzberechtigung aufrechterhalten. Der Bezug noch existierender Lohnersatzleistungen wird mit erpresserischen Schikanen, teils mit Zwangsarbeit verknüpft, Qualifikationsschutzbestimmungen sind abgeschafft, um noch mehr Druck auf die Betroffenen auszuüben, auch schlechteste Arbeitsverhältnisse und Löhne zu "akzeptieren". Die französische Autorin Viviane Forrester hat in ihrem Essay "Der Terror der Ökonomie" über die Erniedrigung der Arbeitslosen geschrieben, die gezwungen sind, um Arbeit zu jedem Preis zu betteln. Sie fragt, wie ein autoritäres Regime mit Millionen Menschen verfahren könnte, die für den Profit überflüssig geworden sind: "Und wenn wir eines Tages nicht mehr in einer Demokratie lebten? (...) Von der Ausnutzung zum Ausgrenzen, vom Ausgrenzen zum Eliminieren oder zu einer noch nie dagewesenen tödlichen Ausnutzung - ist ein solches Szenario undenkbar?" (Forrester, 1997, S. 22). Von der Bedingungsseite her erscheint ein Rückfall in die Barbarei alles andere als unmöglich.

Die Behauptung, Massenarbeitslosigkeit im neoliberalen Kapitalismus sei Teil der *Umverteilung* gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, die die Reichen noch reicher und die Armen ärmer machen soll, klingt vielleicht zunächst "trivial", weil man "das alles schon kennt" und "schon tausendmal gehört hat". Denkgifte wirken schleichend, unter anderem durch Gewöhnung. Aber die Skandale der Massenarbeitslosigkeit, der Obdachlosigkeit, der Kinder- und Altersarmut verschwinden nicht dadurch, dass alle, denen es etwas besser geht, sogleich nicht mehr daran denken wollen. An dieser Stelle, mit dem Blick auf die zielstrebig herbeigeführte Verarmung großer Bevölkerungsteile zugunsten des Reichtums einer Minderheit sollte deutlich werden, dass psychische Wahrheit aufs Engste verknüpft ist mit den materiellen Lebensverhältnissen: "Wir müssten uns begreiflich machen, dass diese millionenfachen Skandale jeweils einzeln erlebt werden, *dass sie jedes mal ein ganzes individuelles Dasein aufzehren*" (ebd., S. 113, Hervorhebung. T.G.). Psychologie, wie ich sie verstehe, kann den materiellen Kern psychischer Verelendung nicht einfach an Volkswirte oder Soziologen delegieren, um sich selbst den "eigentlichen psychologischen Fragen" zuzuwenden. Es *ist* eine originär psychologische Frage, ob sich "Besserverdienende" lebenslang

abgesichert wissen, oder ob die Angst vor dem nächsten Tag ständiger Lebensbegleiter ist. Es *ist* eine originär psychologische Frage, ob einem die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, an Gebrauchsgütern, an Bildung und medizinischen Dienstleistungen offen steht, oder ob man nach jahrelanger Verarmung viele Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten überhaupt nicht mehr als solche in Betracht zieht, weil sie längst als ohnehin unerreichbar aus dem Bewusstsein gestrichen wurden. So gesehen macht ein Blick auf einschlägiges Zahlenmaterial zum Thema der neoliberalen Umverteilung durchaus auch unter psychologischen Aspekten Sinn, um sich hier, auf der Analyseebene der objektiven Lebensbedingungen die Basis zu vergegenwärtigen, auf der die später darzustellenden Prozesse psychologischer Formierung stattfinden. Dies umso mehr, als sich an dieser Bilanz eine Propaganda blamiert, die pausenlos verkündet, Arbeitsplätze könnten nur bei sinkenden Realeinkommen und permanentem Sozialabbau entstehen, weil die wirtschaftliche Lage "schlecht" sei.

Tatsächlich ist die BRD eines der reichsten Länder der Welt, in dem sich die privaten Geldvermögen auf annähernd zehn Billionen Mark belaufen oder, anders ausgedrückt, auf zehntausend Milliarden oder zehn Millionen Millionen. Dieser unvorstellbare Reichtum ist allerdings höchst ungleich verteilt: Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen das halbe Land und 0,6 Prozent verfügen über ein Viertel davon. Am anderen Ende befinden sich über 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger und 2,8 Millionen "verdeckte Arme". Dies ist zugleich die Bilanz der "Ära Kohl". Sozialabbau, Subventions- und Steuerpolitik waren die Hebel, mit denen Jahr für Jahr Milliarden in die Taschen der "besseren Gesellschaft" umgeschichtet wurden. Am Ende dieser 16 Jahre waren die Unternehmergewinne doppelt so hoch wie 1980 (und zwar nach Steuern), aber auch die Reallöhne waren gestiegen: Um 0,9 Prozent nämlich. Die Nettoeinnahmen der Kapitaleseite wuchsen von 42 Prozent der Nettolöhne im Jahre 1980 über 57 Prozent 1991 und 71 Prozent 1997 auf 83 Prozent der gesamten Nettolöhne im letzten Jahr (Welzk, 1998, S. 18). Zugleich sank der Anteil der Wirtschaft am Steueraufkommen um 50 Prozent, während Lohn- und Verbrauchssteuern rapide anstiegen. Noch frappierender als die atemberaubenden Steuergeschenke, die Banken und Konzerne fortwährend erhalten, ist die Arroganz, mit der sich diese aus der Verantwortung für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben stehlen: "Mit entwaffnender Offenheit wurde für den Daimler-Benz-Konzern erklärt, in diesem Jahrtausend werde man in Deutschland keine einzige Mark an Ertragssteuern mehr zahlen. Dabei hatte der Konzern 1997 3,4 Milliarden Mark an Überschuss erzielt" (ebd. S. 19). Bleibt als Nachtrag die Meldung vom Mai 1999, wonach Daimler-Chrysler für 1998 einen Betriebsgewinn von 17 Milliarden erwartet - in der BRD steuerfrei (junge Welt, 18.5.1999, S. 5). Auch die Deutsche Bank freut sich über die Verdreifachung ihres Gewinns innerhalb eines Jahres von 1,019 auf 3,376 Milliarden Mark. Und bei alledem handelt es sich um politisch gewollte Entwicklungen. Von Regierungsseite wurde alles getan, um durch Öffnung von immer mehr Steuerfluchtburgen und Senkung der Spitzensteuersätze den "Besserverdienenden" das Leben noch angenehmer zu gestalten. Arbeitsplatzvernichtung wird auch noch subventioniert, wenn ausgeschüttete Gewinne niedriger besteuert werden als investierte Gewinne und Börsengewinne überhaupt nicht. Unglaubliche Steuerprivilegien runden das Bild ab, wie die als Betriebsausgaben deklarierten Luxuskarossen (geschätzter Ausfall acht Milliarden) oder das feudale Relikt der öffentlichen Subventionierung häuslicher Fürsorge als "Dienstmädchenprivileg", freilich wiederum nur für "Besserverdienende". Ein ausgezehrter Staat kommt endlich kaum darum herum, sich zu verschulden, mittlerweile bis auf zwei Billionen Mark. Dafür werden jährlich 150 Milliarden Mark an Zinsen bezahlt, 150 Milliarden, die an allen Ecken und Enden fehlen, 150 Milliarden, die zu steuerfreien Gewinnen werden, 150 Milliarden, die die Macht der Erpresser noch vergrößern. Im globalen Maßstab schlägt sich die zunehmende gesellschaftliche *Polarisierung* darin nieder, dass nach einem UNO-Bericht "der gesamte Reichtum der 358 'globalen Milliardäre' dem Gesamteinkommen der 2,3 Milliarden ärmsten Menschen entspricht (45 Prozent der Weltbevölkerung)" (Bauman 1996, S. 659).

Zum Wesenskern der gegenwärtigen Situation zählt weiterhin die zunehmende *Internationalisierung der Produktion*. Billige Transporte und allgemeine Computerisierung ermöglichen die weltweite "Vernetzung" von Planung, Warenproduktion, Absatz und Buchhaltung und damit die gemeinhin als "Globalisierung" verniedlichte Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse bis in den letzten Winkel der Erde. Im Zuge weltweiten "outsourcings" beginnt die Suche der Konzerne nach billigsten Arbeitskräften und niedrigsten Steuern, politisch noch vorangetrieben durch das Niederreißen aller Handelsschranken und die "Deregulierung" aller Schutzbestimmungen. Dabei sind im vielgepriesenen "Wettbewerb" die Chancen

keineswegs gleich, die kapitalistischen Hauptländer setzen vielmehr alles daran, "ihren" Konzernen die weltweit besten Verwertungsbedingungen zu schaffen, was eine einseitige Orientierung auf den Export (und das Verkümmern der Binnenökonomie) ebenso einschließt, wie den Aufbau weltweit einsetzbarer Armeen, zu deren Aufgaben explizit die "Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen" zählt ("verteidigungspolitische Richtlinien" der Bundeswehr). "Globalisierung" ist letztlich ein "falscher Internationalismus als Maske eines veritablen Imperialismus" (Bourdieu, 1996, S. 2). Als dessen Resultat kommt es zu einer beispiellosen Vereinheitlichung der sozialen Welt. Überall dieselben Fabriken, dieselben Produkte und dieselben Denkangebote, mit denen sich die Menschen konfrontiert sehen. Kulturelle Differenzen werden eingeebnet, die Logik des Geldes unterwirft alle Lebensbereiche dem Rationalitätskalkül und zwingt ihnen das Kosten-Nutzen-Prinzip auf. Zugleich aber beginnt sich bereits hier die neoliberale Begrifflichkeit zu blamieren. Hinter der Freiheitsrhetorik verbirgt sich ordinäre Machtpolitik. Chomsky diskutiert die "Freihandelspolitik" der USA an Beispielen, wie der Blockade Kubas, an der teilzunehmen auch Länder gezwungen werden, die sich von Kuba nicht "bedroht" fühlen oder direkten Exportverboten, die mexikanischen Produzenten aufgezwungen werden, sobald sie gegenüber US-amerikanischen tatsächlich konkurrenzfähig werden und kommt zu dem Ergebnis, "dass niemand dieser Leute an den Freihandel glaubt (...). Wenn der Freihandel mit unerwünschtem Ergebnis funktioniert, schaffst du ihn ab" (1997, S. 8). Die "Staatskritik" des Neoliberalismus: Als "totalitär" gilt lediglich *Prozesspolitik*, die in die Verfügungsmöglichkeiten des Kapitals eingreift, *Ordnungspolitik* zu seinen Gunsten ist dagegen ausdrücklich und im Widerspruch zur eigenen Ideologie erwünscht, zur Sicherstellung privaten Eigentums, Einschränkung von Arbeiterrechten, Abwälzung von Kosten auf die Öffentlichkeit und zur Repression gegen Gewerkschaften und oppositionelle Bewegungen.

Die *ökonomische Polarisierung* der Gesellschaft zieht die *soziologische Spaltung* nach sich. In neoliberal fortgeschrittenen Ländern wie Brasilien entsteht bereits *soziale Apartheid*. Während sich die Eliten und ihre Helfer in ummauerten Villenghettos mit bewaffneten Wächtern einrichten, ist das Leben der ständig wachsenden Elendsbevölkerung von Armut, Obdachlosigkeit und Gewalt bestimmt: "Fast täglich (werden) Bettler und Obdachlose Opfer von Brandattacken meist durch junge Mittel- und Oberschichtler. Schlafende Verelendete liegen häufig aufgereiht unter Hochstraßen, auf Bürgersteigen. Besserbetuchte feuern in angeheiterter Stimmung nach dem Nachtclubbesuch gleich vom Wagen aus auf sie" (ND, 15.12.1997, S. 8). Den strukturellen Hintergrund solcher Exzesse liefert das neoliberale Credo, wonach die Daseinsberechtigung der Menschen von ihrer ökonomischen Verwertbarkeit abhängt. Aufgrund der bereits gängigen Einteilung der Menschen in "edle und niedere Humanressourcen" befürchten einige Autoren die Ausdehnung brasilianischer Verhältnisse zu einem "weltweiten gesellschaftlichen Apartheitsystem" (Altvater/Mahnkopf, 1997, S. 325 f.). Die neoliberale Ökonomie wird mit der Entfesselung einer allgegenwärtigen *Konkurrenz* aller gegen alle als permanenter Wirtschaftskrieg organisiert: "Jeder Arbeitnehmer gegen jeden Arbeitnehmer, jeder Betriebsteil gegen den anderen, jede Stadt gegen andere Städte, jedes Land gegen andere Länder, jede Universität gegen jede Universität" (Altvater/Mahnkopf, 1996, S. 19). Die lange befürchtete Möglichkeit, dieser Wirtschaftskrieg könnte erneut in einen militärischen münden, ist mit dem Nato-Überfall auf Jugoslawien bittere Realität geworden und es ist keineswegs auszuschließen, dass diese als "humanitäre Maßnahme" getarnte Aggression nur das Manöver für weitere Vorhaben dieser Art war.

Aus der damit abgeschlossenen Darstellung der Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus lässt sich als *Fazit* zunächst feststellen, dass dessen *propagierte* Ziele (mit hohen Profitanreizen mehr Wachstum und "Beschäftigung" erzeugen) als gescheitert gelten müssen. Erstens entsteht kein Wachstum, zweitens werden Unternehmensgewinne nicht beschäftigungswirksam, sondern arbeitsplatzvernichtend "investiert" und drittens fehlen als Folge Kaufkraft und Nachfrage. Statt dessen ereignet sich eine bereits in den 40er Jahren von Polanyi vorhergesagte "Entbettung" menschlicher Lebensverhältnisse: Die Ökonomie verselbständigt sich gegenüber der Gesellschaft und zwingt dieser ihre Normen auf. Politische Willensbildung wird zunehmend außer Kraft gesetzt. Die Durchsetzung uneingeschränkter Kapitalautonomie läuft auf eine Art Bank- und Industriefeudalismus und auf die Refeudalisierung der Lebensverhältnisse hinaus.

Bereits auf der Bedingungebene kann damit eine ungeheure Einschränkung menschlicher Lebensmöglichkeiten konstatiert werden. Typisch für die Verhältnisse des neoliberalen Kapitalismus sind keineswegs bloß ungerecht verteilte Konsummöglichkeiten. Typisch ist die systematische Verhinderung einer grundlegenden Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse. Dabei existieren längst "die

Voraussetzungen, um Ausbeutung und Armut historisch zu überwinden. Heute ist diese Jahrtausende alte Utopie technisch-wirtschaftlich möglich geworden. Von ihrer Realisierung trennen uns keine naturbedingten Knappheiten oder gar naturgesetzlichen Zwänge, sondern die Rückständigkeit der sozialökonomischen Organisation" (Zinn, 1998, S. 25 f.). Statt die riesigen Potentiale der mittlerweile erreichten Produktivität für gesellschaftlich sinnvolle Zwecke einzusetzen, wird sie in Massenarbeitslosigkeit und Destruktivität verkehrt. Zinns Diagnose ist zutreffend, sie bedarf aber noch der Ergänzung. Die "Rückständigkeit der sozialökonomischen Organisation" ist politisch gewollt und soll mittels herrschaftspsychologischer Formierung der Subjekte abgesichert werden.

Das Legitimationsproblem: Subjektformierung statt Besitzstandsbildung

Wenn sozialstaatlicher Reformismus oben als Projekt zur Rettung des Kapitalismus durch Zugeständnisse an Einkommen und sozialer Sicherheit bezeichnet wurde, so ist damit nicht nur auf einen politischen Sachverhalt, sondern auch auf eine Verbindung von Ökonomie und Ideengeschichte verwiesen. Die Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise erfolgte nicht im Selbstlauf, sondern war auf die Zustimmung großer Bevölkerungsgruppen angewiesen, denen sie dazu für ihre Interessen funktional erscheinen musste. Im Unterschied zum historisch vorgängigen Herrschaftssystem des Feudalismus, dessen Repräsentanten sich als eine von überweltlichen Instanzen eingesetzte Institution, als "von Gottes Gnaden" legitimierten, musste der Kapitalismus konkrete Vorteile, die Verwirklichung von Wohlstand und Bürgerrechten in Aussicht stellen, um zur herrschenden Produktionsweise zu werden. *Kapitalismus muss rationalistisch sein* oder zumindest den Anschein von Rationalität auf massenwirksame Weise glaubhaft machen. Als sich herausstellte, dass dieses Glücksversprechen nur für eine Minderheit gelten sollte, verlor die bürgerliche Ordnung schnell ihre Legitimation und sah sich wiederholt Versuchen ihrer revolutionären Überwindung ausgesetzt.

Das sozialstaatliche Projekt zur Abwehr solcher Ambitionen zielte mit seiner Devise "Massenloyalität durch Massenwohlstand" erneut auf Rationalität: Lohnzugeständnisse sollten signalisieren, dass die bestehenden Verhältnisse "vernünftig" und "im eigenen Interesse" sind, die Beseitigung der "Auswüchse" von Armut und Ausbeutung sollte Akzeptanz für ihr "normales" Ausmaß hervorrufen, soziale Minimalabsicherung die Illusion einer solidarischen Gesellschaft erzeugen und formale Demokratie den Verzicht auf eine reale befördern. "Kapitalismus ist gut für euch", lautete die Botschaft und eine Zeitlang ging die Rechnung auf: "Der Kapitalismus war bislang erfolgreich gewesen, weil er nicht ausschließlich kapitalistisch war" (Hobsbawm, 1995, S. 430).

Der neoliberale Kapitalismus verzichtet auf derartige Kostümierungen. Mit seinem Programm der Massenarbeitslosigkeit, der sozialen Polarisierung, der fortwährenden Steuergeschenke für die Superreichen usw. wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, die bei weiterem Voranschreiten eine Legitimationskrise erwarten lässt. Um diese zu vermeiden und die Menschen trotz ständiger Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bei der Stange zu halten, werden, da Besitzstandsbildung als Integrationsinstrument ja suspendiert ist, andere Strategien des politischen Managements erforderlich. An die Stelle materieller Zugeständnisse tritt die zunehmende ideologische Bearbeitung der Menschen, mit der die sozialen Verheerungen akzeptierbar gemacht werden sollen.

Massenarbeitslosigkeit, Armut, soziale Polarisierung und Spaltung sollen nicht verleugnet, sondern legitimiert, als unveränderlich und "alternativlos" dargestellt werden. Da die Beteiligung der Massen am gesellschaftlichen Produkt so gering wie möglich ausfallen soll, müssen in zunehmendem Maß außerwirtschaftliche Faktoren als loyalitätsstiftende Momente eingesetzt werden, um die Herstellung systemkonformer Subjektivität zu gewährleisten. Grundsätzlich ist ideologische Herrschaftssicherung natürlich nicht neu. Bürgerliche Propaganda hetzte schon immer gegen alle emanzipatorischen Ansätze von der Arbeiter- über die Studenten- bis zur Frauenbewegung. Bei der These *Subjektformierung statt Besitzstandsbildung* geht es darum, dass herrschende Instanzen im Zuge der Abschaffung materieller "Integrationshilfen" sozialstaatlicher Prägung nach umfassenderen ideologischen Zugriffen auf die Subjekte streben und dass der Massenbeeinflussung ihrerseits in höherem Maße *die Funktion* der Systemlegitimierung zukommt. Dabei erfolgt die Formierung der Subjekte nicht allein zwecks vorausseilender Konformitätssicherung. Schon der "Normalbetrieb" des neoliberalen Kapitalismus benötigt Menschen mit

bestimmten psychischen Eigenschaften gemäß den sich ständig verändernden Verwertungsbedingungen.

Eine Zusammenfassung der historischen Genese der herrschaftspsychologischen Problemstellung des neoliberalen Kapitalismus ergibt folgendes Bild: Der Frühkapitalismus sichert sich die Macht mit ökonomischer und direkter Gewalt, mit dem *stummen Zwang der Verhältnisse* und quasi-naturwüchsigen Mystifizierungen. Das sozialstaatliche Rettungsprogramm fügt dem einen *begrenzten Massenwohlstand* als Loyalitätssicherung hinzu, den die neoliberale Restauration durch zunehmende *massenpsychologische Formierung* der Subjekte ersetzt, wobei die rationalistischen Grundlagen der bürgerlichen Ordnung mit über Bord geworfen werden. Auch in diesem Sinne beinhaltet Neoliberalismus die Tendenz zur Refeudalisierung der Verhältnisse als Rückkehr zu einer Art Gottesgnadentum - diesmal zu einem der Banken und Konzerne.

Im vorliegenden Argumentationszusammenhang gilt es nun, die psychologischen Gehalte der Denkangebote, mit denen die Systemloyalität der Menschen trotz katastrophaler Perspektiven gesichert werden soll, auf der Ebene der gesellschaftlichen Bedeutungen und Denkformen genauer zu untersuchen. Zu diesem Zweck wird zunächst die Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie des Neoliberalismus - soweit erforderlich - dargestellt und anschließend ihre Übersetzung in massenwirksame Diskurse analysiert. Zuvor jedoch gilt es, noch einem entfremdungstheoretischen Blick auf das bislang Dargestellte zu werfen.

3. Entfremdungstheoretische Implikationen II: Die herrschenden Gedanken als Gedanken der Herrschenden

Für die Analyseebene der *objektiven Bedingungen* war die Kennzeichnung von *Entfremdung als realer Macht* hervorgehoben und hinsichtlich gegenwärtiger Verhältnisse ihre Zunahme festgestellt worden. Unter der Parole allgemeiner Freiheit, die jedoch lediglich ihre Freiheit meint, gewinnt die Kapitalseite an Autonomie zurück, was sie den Menschen an Mitverfügung, an bescheidenem Massenwohlstand, an Ansätzen sozialer Sicherheit entreißt. Konzentrations- und Polarisierungsprozesse führen zu einer ungeheuren Machtfülle auf Seiten der Konzerne und Finanzoligarchien, die staatliche Souveränität und politische Willensbildung außer Kraft setzen. Den materiellen Kern der Entfremdung konstituieren *riesige private Geldvermögen*, die nicht einfach "individuellen Reichtum" o.ä. verkörpern, sondern den Menschen als *konkrete Forderung* gegenüberreten, z.B. nach horrenden Zinszahlungen der infolge von Arbeitslosigkeit, Steuerkriminalität und Privatisierung öffentlichen Eigentums ausgezehrten und verschuldeten Staatshaushalte. Zwecks deren Bedienung werden Bildungs-, Gesundheits- und Sozialfonds und damit die Lebensmöglichkeiten der Menschen radikal eingeschränkt. Die zunehmende Internationalisierung der Produktion bewirkt eine immer anonymere ("fremdere") Machtausübung: Eine Konzernzentrale an irgendeinem Ort der Welt verfügt mit ihren betriebswirtschaftlichen Entscheidungen zugleich über existentielle Lebensfragen der Bevölkerung entferntester Regionen. Die Konsequenzen solcher Entscheidungen sind keine Ereignisse, die die Menschen wollen, sondern die ihnen widerfahren.

Angesichts derartiger Realitäten wurde als wesentliche Schnittstelle von Kritischer Psychologie und Entfremdungstheorie der *Ausschluss der Menschen von der Verfügung über ihre eigenen Lebensbedingungen* ausgemacht. Gerade dieser Umstand wird von den Protagonisten des neoliberalen Kapitalismus vorangetrieben und verfestigt. Im Ergebnis treten den Menschen ihre eigenen Lebensbedingungen bereits in ganz unmittelbarer Form als fremde und feindliche Mächte entgegen. Verkürzt ließen sich die neoliberale Kernforderung und ihre Folgen auf die Formel "autonomes Kapital - entfremdete Menschen" bringen.

Gleichwohl müssen die Individuen im Zusammenhang von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion die fremden Mächte stärken, um ihr eigenes Leben zu erhalten. Psychologisch aufzuklären ist in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit im Zuge individueller Handlungsfähigkeit die Fremdbestimmtheit der eigenen Situation als "unabänderlich" verewigt, oder ob zugleich auch Gegenkräfte entwickelt werden können, die in Richtung auf die Erweiterung allgemeiner Verfügungsmöglichkeiten wirken.

Auf der Ebene der *gesellschaftlichen Bedeutungen und Denkformen* wird mit der Strategie "Subjektformierung statt Besitzstandsbiologie" versucht, das herrschaftssichernde Grundprinzip interessengeleiteter Massenbeeinflussung im großen Maßstab zu organisieren: "Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse,

die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft" (Marx/Engels, 1845/1958, S. 46, Hervorhebung im Original).

Der Entfremdungsprozess findet damit auch als ideologische Veranstaltung statt, in deren Verlauf den Menschen ein entfremdetes, von den herrschenden Interessen bestimmtes Denken verordnet wird, die freilich als allgemeine Interessen deklariert werden: "Jede Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h. ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen" (ebd., S. 47).

Die Darstellung herrschender Interessen als "allgemein gültige" erfolgt als "Kompromiss", "Sachzwang" o.ä., womit den Menschen suggeriert ist, die fremden Interessen seien auch die ihren, während damit in Wahrheit die Enteignung ihrer Handlungsfähigkeit organisiert wird. Für die heutige Situation ließe sich, wie z.B. von Viviane Forrester vorgeschlagen, der ideologische Entfremdungsprozess als Denkfalle konzipieren: "Sind wir nicht auch Opfer eines Schocks, stecken wir nicht auch mitten in einer vertrauten Welt, die in die Gewalt einer fremden Macht geraten ist, in der Falle? In einer Welt, die in die globalisierte Gewalt des *'Einheitsdenkens'* geraten ist, in einer Welt, die nicht mehr nach der gleichen Uhr läuft wie unsere, die nicht mehr unserem Rhythmus entspricht, die aber selbst den Takt angibt. Eine Welt, aus der es keine Fluchtmöglichkeiten gibt, da sie vollständig von diesem Denken durchdrungen ist (Forrester, 1997, S. 200, Hervorhebung T.G.). Diese Falle des neoliberalen Einheitsdenkens soll im Folgenden näher untersucht werden.

4. Neoliberale Theorie

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war die Bilanzierung der gegenwärtigen Zivilisationskrise, verbunden mit der Feststellung, dass neoliberale Konzepte die Probleme nicht lösen, sondern auf erweiterter Stufenleiter reproduzieren. Während diese Zeilen geschrieben werden, im Frühjahr 1999, erfährt dieser Umstand mit einem Angriffskrieg mehrerer Nato-Länder gegen Jugoslawien seine Dramatisierung. Auch deutsche Flugzeuge werfen wieder Bomben auf Belgrad. Zugleich eskalieren weitere Krisenmomente, Massenarbeitslosigkeit und Armut verharren auf hohem Niveau, die Industrie erpresst sich immer weitere Steuergeschenke, notwendig zu Lasten öffentlicher Haushalte, worauf mit noch mehr "Sparpaketen" reagiert wird.

Opposition bleibt weiterhin marginal. Dabei ist es noch gar nicht lange her, dass Betriebsschließungen, Sozialkürzungen, Umwelterstörung und Raketenstationierung auf massiven Widerstand stießen, dass Konfliktbereitschaft und politisches Selbstbewusstsein in Teilen der Öffentlichkeit existierten. Grund genug zu fragen, warum sich Menschen scheinbar so leicht mit der derzeitigen Entwicklung abfinden. Welche Veränderungen gesellschaftlicher Bewusstseinslagen gingen der heutigen Resignation voraus, wie sind die psychologisch relevanten Aspekte gesellschaftlicher Denkformen samt ihrer ideologischen Implikationen beschaffen, die auf solche Veränderungen abzielen?

Neoliberale Ideologie greift kapitalismustypische Denkformen, wie sie oben beschrieben wurden auf und transformiert sie in propagandistische Inhalte zur Beeinflussung von Bewusstseinslagen und Befindlichkeiten. Damit sind weite Teile dieser Theorie selbst Mystifizierungsprodukte, die aus den dargestellten Prozessen der Fetischisierung hervorgehen. Die Menschen sollen ihr Weltbild, ihre Denkweisen, ihre ästhetischen Vorstellungen, ihre Gefühle und Beziehungsformen, aber auch ihre Lebens- und Konsumgewohnheiten den Maximen einer ungehinderten Kapitalverwertung unterordnen, ohne dass sie sich dessen bewusst werden und glauben, ihre Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen entstamme ihren eigenen Überzeugungen. Dieser Prozess verknüpft drei Ebenen: Die politisch-ökonomischen Verhältnisse, die als *"stummer Zwang"* auf die Menschen einwirken, die Gesamtheit der gesellschaftlichen

Anschauungen, die als *ideologische Formierung* instrumentalisiert werden und die *Subjekte selbst*, die innerhalb dieser so bestimmten Verhältnisse leben müssen. Ausschlaggebend für den "Erfolg" subjektformierender Prozesse ist ihr Zusammenwirken mit dem "stummen Zwang". Adressaten sind mehrheitlich keine unbefangenen Menschen, denen unverbindliche Vorschläge zur sinnvollen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen vorgelegt werden, die nach rein sachlichen Kriterien geprüft und diskutiert, akzeptiert oder verworfen werden könnten. Vielmehr werden *Menschen, die in existentieller Hinsicht unter Druck stehen* und die man mit dem Schüren von Ängsten *noch mehr unter Druck zu setzen versucht*, massiver massenmedialer Beeinflussung ausgesetzt. Ängste dieser Art reduzieren Reflexions- und Kritikfähigkeit und fördern den Wunsch nach einfachen Erklärungen für die bedrohliche Situation, in der man sich befindet, Erklärungen, die der neoliberale Diskurs dann selbst liefert. Vor allem aber richten sich die Denkangebote neoliberaler Ideologie an Menschen, die bezogen auf die "angebotene" Realität kein Vetorecht besitzen, was ein einigermaßen souveräner Umgang mit solchen "Angeboten" zur Voraussetzung hätte. Oppositionelles Denken ist zwar möglich, wird aber ebenfalls ideologisch bekämpft. Es geht allein um die Organisation von Zustimmung. Der stumme Zwang der Verhältnisse und seine psychischen Folgen der Existenz- und Zukunftsängste bilden die individuelle Grundlage, auf die sich ideologische Denkangebote beziehen und ist Voraussetzung dafür, dass die angebotenen "Lösungen" als subjektiv funktional erscheinen können. Neoliberale Ideologiebildung legt sich nicht auf eine bestimmte Strategie fest, sondern verwendet verschiedene, teils einander widersprechende Argumentationsweisen. Armut, Ausgrenzung und Krieg werden einerseits verleugnet und mystifiziert, zugleich aber *zynisch gerechtfertigt* - das eine als traditionell ideologisches Muster, das andere scheint die Strategie der Zukunft zu sein. Inhaltlich gesehen wurde uneingeschränkte Kapitalautonomie als Hauptziel neoliberaler Bestrebungen ausgemacht. Den Prozess der Kapitalverwertung aus den Fesseln der Demokratie befreien, heißt das Programm, dessen Durchsetzung passende Denkformen und Befindlichkeiten erfordert. Die katastrophalen Folgen auf der Ebene der objektiven Bedingungen wurden beschrieben, ebenso das daraus resultierende Risiko für den Fortbestand der Massenloyalität. Als nächstes können nun die Denkgifte, die zur Durchsetzung des einen wie zur Abwehr des anderen im Einsatz sind, besichtigt werden.

Marktreligion statt politischer Handlungsfähigkeit oder: Sklaverei ist Freiheit

Das zentrale Anliegen des neoliberalen Projekts, die Wiederherstellung uneingeschränkter Kapitalautonomie, wird theoretisch als Forderung nach einer *"zweckfreien Ökonomie"* formuliert. Einer Marktwirtschaft dürfe kein gesellschaftliches Ziel wie die Erhöhung des Sozialprodukts oder der Mittel zur allgemeinen Bedürfnisbefriedigung vorgegeben werden. Es wird "versucht davon zu überzeugen, dass allgemeine materielle Wohlfahrt unmittelbar gar nicht zu fordern ist, dass dies als externe Zielvorgabe für die Wirtschaftsentwicklung schädlich ist, dass wir unser Glück anderswo suchen sollten" (Blankenburg, 1997, S. 62). Das gesellschaftliche Bewusstsein soll so verändert werden, dass nicht mehr nach dem Zweck des Wirtschaftens und nach den Folgen und Nutzen für die Beteiligten gefragt wird, sondern nach vom Neoliberalismus präsentierten "anderen Werten", wozu vor allem eine unaufhörlich verkündete "Freiheit" zählt, die jedoch in einem sehr speziellen Sinn zu verstehen ist. Bedeutet Freiheit in einem weitgefassten Verständnis *Handlungsfreiheit* als Betätigungsmöglichkeit auf der Grundlage eigener Entscheidungen und im engeren, traditionell bürgerlichen Sinn immerhin noch *Konsumfreiheit*, so ist beidem ein *positives Freiheitsverständnis* zugrundegelegt - die *Freiheit zu* etwas. Und zwar zu etwas je Konkretem, beispielsweise zur Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktion an konkreten Arbeitsplätzen oder der Teilhabe am gesellschaftlichen Produkt in Form konkreter Ansprüche. In einem solchen Freiheitsverständnis ist die Abwesenheit gegenteiliger, einschränkender Momente notwendig enthalten, hier die Abwesenheit von Arbeitslosigkeit und Armut.

Die neoliberale "Freiheit" meint dagegen etwas anderes, nämlich die "Bedingung für die Eröffnung von Möglichkeiten, nicht jedoch die Sicherstellung bestimmter Zuwendungen" (Hayek, 1978, zit. n. Blankenburg, 1997, S. 73). Konkrete Handlungsmöglichkeiten, Ziele und Ansprüche wie beim positiven Freiheitsbegriff sind hier überhaupt nicht mitgedacht. Der Ruf der Neoliberalen nach "allgemeiner Freiheit" fordert lediglich Bedingungen, unter denen die Wahrnehmung abstrakter Möglichkeiten erfolgen kann, im Klartext: *Unbegrenzte Marktfreiheit*. Diese ist ausschließlich durch die Abwesenheit von Beschränkungen definiert, sie

ist *rein negative Freiheit*, die *Freiheit von* etwas. Das "Glücksversprechen der Moderne" soll damit nur noch der Form nach gelten, bestehende Möglichkeiten, die Teilhabe daran auch einzufordern, sollen beseitigt werden. Als Folgen unregulierter Marktbetätigung sind folglich nicht nur positive Ergebnisse zu erwarten, sondern ebenfalls Arbeitslosigkeit und Armut, eine große Zahl an Verlierern, die wenigen Gewinnern gegenübersteht. Neoliberale Freiheit beinhaltet ausdrücklich die Freiheit von Fürsorgepflichten gegenüber Schwächeren. Das Herbeiführen von Massenarbeitslosigkeit oder das Verhungernlassen von Menschen gilt keineswegs als unterlassene Hilfeleistung, sondern steht als Nebenwirkung der Inanspruchnahme von "Marktfreiheit" außerhalb der Kritik, die "Freiheit" zu verhungern wird sogar ausdrücklich begrüßt: "Ein demagogisches Hantieren mit dem Freiheitsbegriff durchzieht die gesamte Rhetorik der liberal-konservativen Sozialwissenschaft; da wird dann auch der Allerärmste zum Musterbeispiel des freien Menschen, mit der zweifach falschen Begründung, dass ihm niemand Vorschriften macht; und wer das Erschossenwerden dem Gehängtwerden vorzieht, von dem wird gesagt, dass er freiwillig in den Tod gegangen ist" (Zilian/Moser, 1989, S. 40).

Die Forderung nach uneingeschränkter Betätigungsmöglichkeit am Markt hat zur Folge, dass *Unternehmensmonopole als wenig störend erachtet* werden, *eine organisierte Interessenvertretung der Arbeitnehmer dagegen umso mehr*. Gewerkschaften werden als Verursacher von "Wettbewerbsbeschränkungen" ausgemacht, als Inhaber eines "Angebotsmonopols auf dem Arbeitsmarkt", welches "echte Vertragsfreiheit" verhindere. Man kann sich leicht denken, was "Vertragsfreiheit" bedeutet: Die Freiheit, Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können, in Arbeitsverhältnisse mit Billiglöhnen zu pressen.

Überhaupt haben die Neoliberalen *mit demokratischen Zielsetzungen nichts im Sinn*. Demokratie müsse Rücksicht auf "die Mehrheit der Schlechten" nehmen und sei daher immer "*totale Demokratie*". Die "Dummen und Faulen" würden sich des Staates und seiner Institutionen bemächtigen und mit ihren Partizipationsansprüchen die "Tüchtigen und Fähigen" bei ihrer Betätigung am Markt stören. Man fragt sich spontan, was das - im neoliberalen Verständnis notwendig positiv zu verstehende - Gegenteil der "totalen Demokratie" wäre - vielleicht "ein bisschen Diktatur". Führt man sich vor Augen, dass neben Sozialstaat und Gewerkschaften vor allem die Parlamente als zu beseitigendes Hindernis gelten, erscheint die Idee gar nicht so abwegig. An deren Stelle soll eine "Jury" oder Expertokratie eingesetzt werden, die alle gesellschaftlichen Fragen entscheidet, unter Beachtung der "Marktgesetze", versteht sich. Um deren weitere Gefährdung durch die "wandelbaren Leidenschaften der Massen" auszuschließen sollte nach Meinung Hayeks das aktive und passive Wahlrecht ausschließlich von Menschen über 45 Jahren ausgeübt, die "Experten" auf 15 Jahre gewählt und jährlich ein Fünftel von ihnen ersetzt werden. Man sieht: Die Menschen sollen von der Organisation öffentlicher Angelegenheiten völlig verdrängt und diese in den Händen einer elitären Clique von "Wirtschaftsweisen" monopolisiert werden. Auch auf der betrieblichen Ebene steht der Neoliberalismus allen Formen von Mitbestimmung äußerst feindlich gegenüber. Der Einzelbetrieb wird als Schicksalsgemeinschaft definiert, der sich auf dem Markt behaupten muss. Zu diesem Zweck darf es im Inneren keine Interessensgegensätze geben. Eben dies beinhaltet aber die Idee der Mitbestimmung, die zudem, und das ist in den Augen der Neoliberalen der eigentliche Skandal, die uneingeschränkte Verfügungsmacht der Kapitalbesitzer in Frage stellt.

Um zu einer gesellschaftlich hegemonialen Anschauung zu werden, darf sich der Neoliberalismus nicht bloß als Wirtschaftslehre präsentieren, sondern muss die Geltung seiner Prinzipien für alle Lebensbereiche beanspruchen, damit einen *allumfassenden Ökonomismus* etablieren, der *alle* Ereignisse nach den Mustern der Marktlogik deutet und sich der Gesellschaft als totaler Erklärungsanspruch der Ökonomie aufprägt. Altwater verweist auf den affirmativ verwendeten Begriff des "Imperialismus der Ökonomie", als einer Denk- und Handlungsweise, "die in jeder Hinsicht und allen Lebensäußerungen und Entscheidungssituationen ökonomischen Prinzipien folgt. In der politischen Sphäre wird nach den gleichen Prinzipien entschieden wie in der Ökonomie, im Denken von militärischer Strategie und Taktik erkennen wir das gleiche Muster wie in der Liebesbeziehung zwischen zwei Menschen" (1981, S. 15). Und es bleibt nicht bei der Theorie. In der Realität wird alles, vom Wohnungs- über das Bildungs- zum Gesundheitswesen, dem ökonomischen Kalkül und die Menschen gerade dort profitabler Verwertungslogik unterworfen, wo sich dies am verheerendsten auswirkt. Ökonomismus bedeutet die Subordination aller Lebensäußerungen unter das Prinzip des Tausches. Die Verwertbarkeit aller Dinge und Menschen wird zum alleinigen Maßstab. Dass Menschen zur

Ware werden und ihr Arbeitsvermögen als solche gehandelt wird, gehört zwar zu den Wesenszügen des Kapitalismus, hat er doch "kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'" (MEW 4, S. 464), mit der zeitweiligen Herauslösung einiger Lebensbereiche aus dem Verwertungszusammenhang war aber immerhin der Ansatz eines Zurückdrängens dieser inhumanen Praxisform geschaffen. Gerade solche Versuche zur Humanisierung der Lebensverhältnisse bekämpft der Neoliberalismus als "totalitären" Eingriff in die "zweckfreie Wirtschaft". Betrachtet man dagegen das Verhältnis zwischen geforderter "Zweckfreiheit" und praktiziertem Ökonomismus, ergibt sich eine ganz andere Schlussfolgerung. Zweckfrei soll die Wirtschaft nur "nach unten" sein für die von Besitz und Verfügungsmöglichkeiten Ausgeschlossenen, die ihrerseits als "Humankapital" von den Besitzern der gesellschaftlichen Produktionsmittel für ihre Zwecke der privaten Reichstumsvermehrung zu instrumentalisieren beansprucht werden. Die eigentliche Gefahr liegt in der Kehrseite solcher Nützlichkeitskonstrukte, in den dort notwendig wuchernden Schädlingstheorien, welche die Legitimation zur Ausgrenzung der "Unbrauchbaren" als "überflüssiges Menschenmaterial" legitimieren, womit es gerade die Freiheitsfassade des Neoliberalismus ist, hinter der ein technokratischer Totalitarismus heraufdämmt.

Vom Standpunkt einer historisch arbeitenden Psychologie, die gerade die Kooperationsfähigkeit als wesentliches Entwicklungsmoment der Menschheits- und Zivilisationsgeschichte begreift, ist hervorzuheben, dass eine Reduktion der Menschen auf ihre bloße Nützlichkeitsfunktion nicht nur im je konkreten Einzelfall entwürdigend und erniedrigend ist, sondern auch im historischen Sinn eine Regression von Teilen gesellschaftlicher Praxis auf ein vormenschliches Niveau bedeutet, worin die Individuen ihre kooperativen Fähigkeiten noch nicht zur Erweiterung gemeinsamer Verfügungsmöglichkeiten einzusetzen vermögen. Der Neoliberalismus liefert damit in Theorie und Praxis eine überaus deutliche Veranschaulichung der Marx'schen Kennzeichnung des Kapitalismus als einem "menschlichen Tierreich".

Der zentrale psychologisch relevante Aspekt der neoliberalen Theorie liegt in ihrem Versuch der ideologischen *Untergrabung politischer, sozialer und individueller Handlungsfähigkeit*. Mit Demokratie- und Gewerkschaftsfeindlichkeit soll nicht nur konkrete Interessenvertretung bekämpft werden, sondern auch die Erfahrung der Menschen, dass mit organisiertem Handeln etwas gegen Arbeitslosigkeit und Armut getan werden kann. Mit der Diffamierung wirtschaftlicher Regulierung als "totalitärem Beglückungsversuch" sollen gerade solche Handlungspotentiale herabgesetzt werden, welche auf die Verbesserung und Erweiterung allgemeiner Lebensmöglichkeiten abzielen. Gefordert werden statt dessen Menschen in mehrheitlich schlechten Verhältnissen, die sich mit ihrer Subalternität resigniert abfinden. Das "freie Individuum" des Neoliberalismus steht in Wahrheit für unmündige und abhängige Menschen, ideologischer Beeinflussung hörig, uneingeschränkt "freier" Kapitalverwertung nützlich. Die neoliberale Parole "Markt statt Politik" ist zugleich die Forderung nach einem allgemeinen *Fatalismus*, nach Menschen, die sich tatenlos in ein als vorbestimmt geglaubtes Marktschicksal fügen. Dies gilt freilich nicht für die Protagonisten selbst, die ihre Interessen mit allen Mitteln - und sei es mit Gewalt - durchzusetzen suchen. Als Kehrseite uneingeschränkter Kapitalautonomie verfestigt sich der Ausschluss der Menschen von der Verfügung über ihre Lebensbedingungen. Das über alles gehobene Recht auf grenzenlose private Bereicherung ist immer Ausschlussrecht, das andere von der Teilhabe an gesellschaftlichen Produkten und Entscheidungen fernhält.

Im Ergebnis ist das Zusammentreffen von "Freiheit und Sklaverei" in der neoliberalen Theorie ein doppeltes: Was die Kapitalseite als "allgemeine Freiheit" ausgibt, ist lediglich *ihre Freiheit*, die zugleich die Abhängigkeit der Mehrheit zementiert. Umgekehrt wird alles, was deren Emanzipation befördern könnte - die Freiheit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess oder die Freiheit einer realen Demokratie - als "Weg zur Knechtschaft" diffamiert.

Aufklärung als 'Missbrauch der Vernunft' oder: Unwissenheit ist Stärke

Eine Theorie, die die Lebensansprüche der Menschen mittels Verkündung einer "zweckfreien Wirtschaft" zurückdrängen will, kann sich ihrer Sache nicht sicher sein. Ihre subjektive Funktionalität für die Adressaten ist brüchig und immer durch die nie völlig zu beseitigende Erkenntnisfähigkeit der Menschen bedroht. Die Frage "wem nutzt es?" lässt sich nicht zum Schweigen bringen. Zur Absicherung ihrer Doktrinen unternehmen Hayek u.a. daher einen großangelegten Versuch der *Gegenaufklärung*, der den gesamten

Kapitalismus umdefiniert und zur "*Katalaxie*", zur "*großen*" oder "*spontanen Ordnung*" mystifiziert, deren Funktionsweisen die Menschen zwar nicht verstünden, der sie sich aber dennoch *bedingungslos unterwerfen* sollen: "Das System funktioniert unter der Bedingung, dass der einzelne bei seiner Teilnahme an sozialen Prozessen bereit und willig sein muss, sich Änderungen anzupassen und Konventionen zu unterwerfen, die nicht das Ergebnis vernünftigen Planens sind (...) und deren Ursachen vielleicht niemand versteht" (Hayek, 1948, zit. n. Schui, 1997a, S. 34).

Die Abkehr von vernünftigem Denken und Handeln wird gefordert, obwohl Hayek einräumt, "dass es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen" (Hayek, 1974, S. 254). Wie schon beim Postulat allgemeiner Freiheit versucht die neoliberale Theorie, die Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen und der Verteilung des Reichtums zu ersticken, indem sie Markt und Wettbewerb einen anderen Sinn unterstellt. Diese gelten ihr als "Entdeckungsverfahren", die eine spezifische Art des Lernens und der kulturellen Evolution ermöglichten und die allein das Überleben der Menschheit gewährleisteten. Alles Kollektive hassend, ist den Neoliberalen die Vorstellung gesellschaftlicher Wissensbestände unerträglich und so kann auch das Wissen nur als zersplittert und auf unendlich viele Köpfe verteilt gedacht werden. Der Wettbewerb fördere dieses fragmentierte und "in" den Individuen enthaltene Wissen sowie überlegene Techniken und Verhaltensweisen zutage und mache sie nutzbar. Als überlegen gelten solche Verhaltensweisen, die zur privaten Bereicherung führen. Diese üben auf andere Signalwirkung aus und regen zur Nachahmung an.

Für neoliberale Vorstellungen hat eine von Hayek selbst entwickelte "Lerntheorie" große Bedeutung, wonach die Menschen allein durch enttäuschte Erwartungen, Versuch und Irrtum, sowie durch allmähliche Dressur etwas lernen könnten. Von Natur und ohne Ausweg unmündig, sei die "freiwillige" Unterwerfung unter die "große Ordnung" ihre einzige Überlebenschance. Lehrmeister seien, wie könnte es anders sein, Markt und Wettbewerb. Um im Kampf aller gegen alle zu überleben, benötigten die Menschen Fähigkeiten zur Durchsetzung gegenüber Konkurrenten. Der einzige Weg, diese zu erwerben, sei das Kopieren der am Markt Erfolgreichen. Der Überlegene überlebe als der dem Markt am besten Angepasste und die Gesamtheit solcher Lernvorgänge bilde die Grundlage der "großen Ordnung". Lerninhalte könnten nur individueller Natur sein, denn beim "Lernen" würden Verhaltensweisen kopiert, die überlegen, d.h. individuell nützlich gewesen seien. Nebenbei wird noch einmal rückwirkend "belegt", dass eine Gesellschaft keine bewussten Ziele anstreben könne, sie "entdecke" schließlich nur individuelle Fähigkeiten im Verdrängungswettbewerb aller gegen alle.

Diesen Behauptungen stehen natürlich eine große Zahl historischer Fakten entgegen, wesentliche Entwicklungsschritte der Menschheit (Entwicklung von Landwirtschaft, Technik usw.) hätten ohne kollektives Lernen und Handeln nie erfolgen können. Es sind daher weitere Mystifikationen nötig. Im Zuge einer diffusen Vernunftkritik wird praktisches von gesellschaftlichem Handeln getrennt und das Drohgespenst des "Totalitarismus" aufgebaut. Vernünftiges Handeln sei lediglich zur Naturbeherrschung erlaubt, seine Anwendung auf gesellschaftliche Aufgaben stelle dagegen einen "Missbrauch der Vernunft" dar, der "zur Knechtschaft" und zur "Zerstörung der Kultur" führe. Das Ganze wird untermalt mit Attacken gegen die europäische Aufklärung, die ein "rationalistischer" und "konstruktivistischer" Plan zur Gestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage der Vernunft sei. Zweck der Kritik ist die Diskreditierung typischer Forderungen der Aufklärung nach Welterkenntnis, Emanzipation und Gesellschaftsgestaltung. Im heutigen Kapitalismus wäre deren Weiterführung gleichbedeutend mit einer radikalen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, würde gebildete, ihrer gemeinsamen Interessen bewusste aber auch konfliktfähige Menschen erfordern und wäre - sofern die Systemgrenzen bestehen blieben - mit erheblichen Einschränkungen der Kapitalautonomie verbunden, was deren Nutznießer unter allen Umständen zu verhindern suchen. Die reaktionäre Theorie des Neoliberalismus kann so gesehen auch als ideologischer Abwehrschlag des Kapitalismus gegen eine konsequente Fortsetzung der Aufklärung verstanden werden, was die Verlogenheit ihrer Freiheitsparolen besonders augenfällig macht: Weder gelten die ökonomistische Unterwerfung sämtlicher Lebensbereiche unter das Kalkül eines betriebswirtschaftlichen Rationalismus, noch die computerisierte Zentralsteuerung der Arbeitstätigkeit unzähliger Menschen bis in den Sekundentakt hinein als Missbrauch der Vernunft, noch haben die weltweite Gleichschaltung und Erniedrigung der Kultur durch Micky-Maus und McDonalds etwas mit Zerstörung zu tun. "Missbrauch" ist nur, was die Kapitalautonomie einschränkt, nicht aber die Verheerung, die sie allerorts anrichtet.

Hayeks "Evolutionstheorie" stellt die Menschheitsgeschichte als Prozess der Disziplinierung und Unterdrückung "kollektiver und tribalistischer Instinkte" zugunsten der Herausbildung von "Individualität" dar. Die frühzeitliche Urhorde gilt als "Face-to-face-Gesellschaft" mit instinkthaften Verhaltensregeln. Deren spontane Übertretung durch einzelne Gesellschaftsmitglieder hätte zur Entdeckung effektiverer Verfahren und deren Nachahmung zur Erhöhung der Überlebenswahrscheinlichkeit geführt und auf diese Weise sei Evolution entstanden. In deren Verlauf seien die Verhaltensregeln abstrakter geworden, um schließlich allein darauf abzielen, das Recht auf uneingeschränktes Privateigentum zu garantieren. Als Resultat sei Kapitalismus entstanden, der damit nicht als Ergebnis gesellschaftlicher Konflikte, sondern als Evolutionsprodukt gilt, das sich herausgebildet hat, weil die Menschen die abstrakten Modifikationen naturgegebener Verhaltensregeln befolgten. In biologistischer Verkürzung gilt private Bereicherung als "Erhöhung der Überlebenswahrscheinlichkeit" (was vielleicht auf kapitalistische, nicht aber auf allgemein menschliche Verhältnisse zutrifft). Kooperation wird dagegen als "primitiv" und nur früheren Epochen angemessen diffamiert, als "zivilisatorisch" gilt allein der individuelle Überlebenskampf nach den Regeln der "großen Ordnung".

Dieser Teil der neoliberalen Theorie versucht, die Unterminierung menschlicher Handlungsfähigkeit mit der anti-aufklärerischen Forderung nach zutiefst unwissenden Menschen fortzusetzen, die nicht einmal auf die Idee kommen sollen, Fähigkeiten zur sinnvollen Gesellschaftsgestaltung zu erwerben, die das wirtschaftliche "Geschehen" als schicksalhaft und unveränderlich betrachten und die geistig maximal in der Lage sein sollen, das ihnen von der Bewusstseinsindustrie als "vorbildlich" und "erfolgreich" Präsenzierte nachzuäffen. Die neoliberale Gegenauflklärung hat die ideologische Funktion, die Problemlösefähigkeit der Menschen herabzusetzen und soziale Inkompetenz zu erzeugen. Hayeks Theorie der "großen Ordnung" reproduziert Denkformen wie die Mystifizierung der kapitalistischen Verhältnisse zum "ewigen Naturverhältnis" und verschärft die Aporie *deutenden Denkens*: Um in der nur noch aus "Markt" bestehenden Gesellschaft zurechtzukommen, erscheint den Menschen der Verzicht auf alles nicht marktgängige Wissen funktional. Der vom "stummen Zwang der Verhältnisse" erzeugte Druck, das eigene Denken den Anforderungen des Marktes anzupassen, wird ideologisch überhöht und abgesichert.

Schließlich trägt die neoliberale Wirtschaftslehre pseudoreligiöse Züge: Markt und Wettbewerb werden als Heilsbringer gepriesen, als modernes Pendant zur klassisch-liberalen Vorstellung von der "invisible-hand", die angeblich dafür sorgt, dass für alle das Beste herauskommt, wenn die Einzelnen bloß ihren individuellen Vorteil suchen. Der Neoliberalismus ist bestrebt, klassische Rechtfertigungsideologien zu beerben, indem er seine interessengeleitete Theorie mit der Aura einer dem menschlichen Wesen angeblich entsprechenden "natürlichen" Ordnung überzieht. Dass dabei die Protagonisten ihren eigenen Parolen nicht glauben und ständig Staatseingriffe zu ihren Gunsten fordern, wurde bereits diskutiert. Emanzipatorische Bestrebungen nach gemeinsamer Verfügung der Menschen über ihre Lebensbedingungen sind aus dieser Sicht erstens falsch, weil sie nicht "zweckfrei" sind und zweitens sinnlos, weil die Menschen als dumm und unzulänglich gelten.

Armut als zivilisatorische Errungenschaft oder: Mitgefühl ist 'Tribalismus'

Forderungen nach *sozialer Gerechtigkeit* haben in der Vorstellungswelt der Neoliberalen keinen Platz. Sie verstoßen gegen die Prinzipien der "großen Ordnung" und verletzen die "abstrakten Regeln", indem sie das Recht auf unbegrenzten Privatbesitz einschränken und sind damit unvereinbar mit negativer Freiheit. Mehr noch: Versuche, sozial gerechte Verhältnisse herzustellen, führen angeblich direkt zum "Totalitarismus". Sie appellieren "an niedere kollektivistische Moral und tribalistische Instinkte (Altruismus, Solidarität). Ein solches Ideal ist Auflehnung gegen höhere individualistische und von der 'kulturellen Evolution' hervorgebrachte Moral, nämlich gegen das Privateigentum, die negative Freiheit und die Rechtsgleichheit. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist demnach ein historischer Rückschritt, ein Anachronismus, der zudem vom Standpunkt eines höheren Zivilisationsstandes amoralisch ist" (Blankenburg, 1997, S. 79).

Die Absage an jegliche Gerechtigkeit beinhaltet die Befürwortung auch krassester sozialer Ungleichheit, Armut und Verelendung: "Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig" (Hayek, 1981a). Der Hayek'schen Lerntheorie zufolge sind Mensch und Kultur nur mittels Nachahmung der "Erfolglichen" überlebensfähig, weshalb nicht nur "falsches" Verhalten bestraft und "richtiges" belohnt,

sondern "richtiges" Verhalten und die Personen, die es praktizieren, außerdem geehrt und geachtet werden müssten, damit ihr Vorbild die nötige Strahlkraft erhält. Die gesellschaftlichen Vorstellungen davon, was gut und richtig ist, müssten Reichtum und Überlegenheit zum zentralen Inhalt haben und vor allem von gegenteiligen Ideen frei sein. Daher gilt es als äußerst wünschenswert, dass die Reichen ihren Luxus so protzig wie möglich zur Schau stellen, das erhöhe seine "Signalwirkung". Soziale Sicherungssysteme beseitigten dagegen beides: Die Bestrafung von "Fehlverhalten" durch ökonomischen Ruin würde durch sozialstaatliche Leistungen verhindert, die "Schlechten" fühlten sich in ihrer Lotterhaftigkeit noch bestärkt und die Vorbildwirkung der "Erfolgreichen" würde durch steuer- oder wirtschaftspolitische Begrenzung ihres Reichtums und durch die allgemeine Diskreditierung von Reichtum als Ideal herabgesetzt.

Konsequenterweise wird *Sozialstaatlichkeit rigoros bekämpft*. Als institutionalisierte Form der sozialen Gerechtigkeit erfüllt sie alle Kriterien, um sich die Todfeindschaft der Hüter der "großen Ordnung" zuzuziehen. Zusätzlich zur Gefahr der Reichtumsbegrenzung bedrohe sie den Fortgang kultureller und zivilisatorischer Evolution, weil sie die erforderlichen Lernvorgänge verunmögliche. Soziale Sicherheit gilt demnach nicht als Errungenschaft, sondern als zu beseitigendes Übel. An die Stelle bestehender Sozialsysteme soll eine Minimalabsicherung für alte und kranke Menschen und allgemein für diejenigen treten, die am Markt nicht erfolgreich genug sind, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Dabei soll zunächst das Subsidiaritätsprinzip ausgeschöpft werden, wonach Fragen des Überlebens in der hochzivilisierten "großen Ordnung" als Privatangelegenheiten gelten, die allein oder in der zunehmend wieder beschworenen "Schicksalsgemeinschaft Familie" zu bewältigen sind. Wem es dann immer noch am Nötigsten fehlt, soll mit Almosen vor dem Verhungern gerettet werden. Allerdings dürfe auf eine derartige Unterstützung keinesfalls ein Rechtsanspruch bestehen. Dies hätte eine Beeinträchtigung der Marktergebnisse zur Folge, da solche Ansprüche aus Beiträgen der Marktteilnehmer abgegolten werden müssen. Die neoliberale "Absicherung" sozialer Notlagen soll ausschließlich in Form institutionalisierter Armenpflege erfolgen, was mit Sozialstaatlichkeit nichts mehr gemein hat.

Mit der Entstehung einer immer reicher werdenden Rentierselite und einer gut bezahlten oberen Mittelklasse (aus Managern, Juristen, Beratern usw.) verlässt ein an Geld und Einfluss gewichtiger Teil der Gesellschaft den Bereich allgemeinverbindlicher Grundprinzipien, insbesondere der obligatorischen Beteiligung an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und sozialer Sicherungssysteme. Solche Personengruppen haben an Sozialstaatlichkeit kein Interesse. Sie selbst sind aufgrund ihrer Vermögen von Sozialleistungen unabhängig, ihr Augenmerk gilt der Geldwertstabilität, die ihnen hohe Renditen sichert und die sie durch staatliche Sozialpolitik beeinträchtigt sehen, weswegen sie die Armen als "Last" betrachten, die ihnen aufgebürdet wird (nicht etwa umgekehrt).

Neoliberale Forderungen, die sich gegen soziale Gerechtigkeit und Sicherheit wenden, sprechen besonders die emotionale Funktionsebene des Psychischen an. Als kapitalismustypische Erscheinung wurde hier eine verinnerlichte Form der Emotionalität beschrieben. Gefühle werden auf bloße Innerlichkeit reduziert, weil sie bei Erfüllung ihrer eigentlichen Funktion als handlungsleitender Bewertung subjektiver Befindlichkeiten in Widerspruch zu den Resultaten deutenden Denkens gerieten und damit die subjektive Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit gefährdeten. Wenn dies schon für die entschärften Verhältnisse des sozialstaatlichen Kapitalismus galt, wieviel mehr dann erst für die brutalisierte Variante des Neoliberalismus, die die Menschen den "Marktgesetzen" unterwirft und riesige Unsicherheiten und Existenzängste erzeugt, deren Ursachen aber nicht in den "freien" Verhältnissen erkannt werden kann und - falls dies doch der Fall sein sollte - nicht zu handlungsleitenden Wertungen der jeweiligen Situation führen darf. Zum Neoliberalismus ein affirmatives Verhältnis aufrechtzuerhalten bedeutet, eine weitgehende *emotionale Gleichgültigkeit gegenüber der Not anderer* zu entwickeln, oder *tiefgreifende Resignation*. Die Vergleichgültigung der Menschen ist nicht Randerscheinung oder Epiphänomen. Der Neoliberalismus ist auf ihre massenhafte Verbreitung angewiesen, andernfalls stünden Theorie und Praxis in der Kritik: "Betrachten Sie nur einmal eine so luxuriöse (...) Stadt wie Paris, wo so viele Menschen, alte und neue Arme unter freiem Himmel schlafen, an Geist und Körper zerrüttet vom Mangel an Nahrung, Pflege, Wärme, Gesellschaft und Respekt. Fragen Sie einmal, in welchem Maß die Brutalität einer solchen Lebensweise die Lebensdauer verkürzt (...). Richten sie Ihr Augenmerk einmal auf die brutale Gleichgültigkeit ihrer Umgebung oder die Ablehnung der sie ausgesetzt sind. Und das ist nur ein Beispiel unter einer Vielzahl barbarischer Verirrungen, die uns geographisch ganz nahe sind, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft liegen, inmitten

unserer Gesellschaft entstanden sind. So etwas heißt dann 'soziale Verwerfungen'. Nicht soziale Ungerechtigkeit, auch nicht sozialer Skandal. Auch nicht soziale Hölle. Nein. Soziale Verwerfung - sozial, genau wie die gleichnamigen Pläne" (Forrester, 1997, S. 46f.).

Erinnert man sich an Hayeks "Lernvorgänge der großen Ordnung" und die "wünschenswerte Ungleichheit", wird deutlich, dass keine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen ist. Die neoliberale Wirtschaftsordnung braucht Obdachlose als "Lernsignal" und sie braucht Zustimmung, die nur mittels emotionaler Vergleichgültigung der Menschen gegenüber dem Elend und gegenüber ihren eigenen Zweifeln hergestellt werden kann. Zugleich liefern Gleichgültigkeit und ihre Extreme - Zynismus und Fatalismus - die emotionale Basis für ausgrenzende Denk- und Praxisformen, deren theoretische Hintergründe nun untersucht werden.

Verdrängungswettbewerb als Leitmotiv oder: Asozialität ist Ethik

Die Gesellschaftsfeindlichkeit des Neoliberalismus findet ihre Fortführung in Theoremen, die das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft explizit zum Inhalt haben: Der *Zweck des Wirtschaftens besteht allein in der Verfolgung individueller Ziele*. Wer die "abstrakten Regeln", also das Recht auf unbeschränkte private Bereicherung beachtet und auf demokratische Ansprüche und organisierte Interessenvertretung verzichtet, dem wird persönliche Selbstverwirklichung zugestanden. Dabei gilt das geforderte Organisationsverbot selbstverständlich nicht für Unternehmer, deren Wirtschaftsverbände ausdrücklich erlaubt sind. Die "spontane Ordnung" (im Klartext: der Markt) soll den einzelnen die Chance bieten, ihre Eigeninteressen zu verfolgen und verkörpert damit zugleich die neoliberale Vorstellung von "Gemeinwohl". In der Verherrlichung des Individualismus manifestiert sich auch die Abwehr gegen jede Form einer verbindlichen gesellschaftlichen Ethik. Diese soll, wie alles andere, nur als "Privatsache", z.B. als "Wirtschaftsethik" zulässig sein und damit heruntergebracht werden auf verkappte Formen vom "Marketing" oder "Unternehmenskultur". Die erwünschte Protzerei der Reichen mit ihrem Luxus als "Signal" macht deutlich, was allein als "neue Werte" gelten soll: Egoismus, Habgier und Rücksichtslosigkeit werden zu Tugenden.

Wie jede Gesellschaftstheorie, muss sich auch der Neoliberalismus mit der Frage auseinandersetzen, ob die Menschen das theoretisch Geforderte auch mitmachen oder wie sie dazu zu bringen sind. Gerade wer jede Gesellschaftlichkeit bekämpft und alles unternimmt, um den kapitalistischen Wolfsgesetzen freie Bahn zu verschaffen, wer das Zusammenleben allein durch die Gewährleistung privaten Eigentums organisieren will, steht vor dem Problem, die Beachtung seiner "abstrakten Regeln" durch die Individuen zu gewährleisten. Die theoretische Lösung heißt *Unterwerfung unter eine "entwickelte Moral"*, die angeblich im zivilisatorischen Disziplinierungsprozess als Umwandlung der "kollektiven und primitiven Instinkte" (wie Kooperation oder gegenseitige Hilfeleistung) in "individuelle Tugenden" (wie Gewinnstreben) entsteht. Wie immer ist der Markt der Ort des Geschehens, auch die "entwickelte Moral" wird hier gehandelt. Notleidenden das von ihnen Benötigte vorzuenthalten, um es anderswo profitabel zu verkaufen, gilt ausdrücklich als "moralisch" in diesem Sinn. Man kann es auch anders interpretieren: Unterwerfung unter die "entwickelte Moral" heißt bedingungslose Durchsetzung des *Rechts des Stärkeren* in allen Bereichen und die Erklärung des Verdrängungswettbewerbs zum allgemeinen Leitmotiv. Die "Ethik" genannte Verwilderung wurde auf mehrfache Weise vorbereitet. Mit Hayeks sozialdarwinistischer Interpretation der Zivilisationsgeschichte, mit dem "eigentlich guten Wettbewerb", der angeblich zur Beachtung von Gesetz, Konformität und Moral, nicht aber zu Kriminalität und Rücksichtslosigkeit führen soll und mit der alltäglichen Propagierung "guter Gewalt", die ein schizophreses Element ins gesellschaftliche Bewusstsein trägt und die Brutalisierung der Verkehrsformen fördert: Ausbeutung ist legitim, warum nicht auf dem Schulhof Schutzgeld erpressen? - Polizeigewalt ist normal, warum nicht selbst prügeln? - "Unser" Krieg ist "gerecht", warum auf Gewalt verzichten, wenn sie der Durchsetzung eigener Interessen dienlich erscheint? "Während Erfolg zur einzigen Messgröße avanciert und Rücksichtslosigkeit jeden moralischen Makel verliert, wird soziales Engagement für die Ärmsten und Schwächsten unmodern" (Näser, 1997, S. 1). Ein Fernsehabend genügt, um zu sehen, worauf die Menschen orientiert werden. Hundertfach flimmert die primitive Botschaft über die Mattscheiben: "Gewalt ist normal, mit Gewalt hat man Erfolg". Während das Recht des Stärkeren bis hin zur Kriegsverherrlichung propagiert wird, werden zugleich die "Entartungen der Ellenbogengesellschaft" beklagt. Der Zusammenhang von gesellschaftlichen Bedeutungen und individuellem Handeln bleibt völlig ausgeklammert. Nicht der offiziell gepredigte "Wettbewerb", die geradezu angebotene Konkurrenz ist das

Problem, sondern nur ihre "Auswüchse" und schon ist jede Realanalyse Makulatur, man kehrt zurück zum personalisierenden Denken und ermittelt einzelne "Schuldige".

Aus der Negation jeglicher Gesellschaftlichkeit, der Absage an kooperative Lebenshaltung, dem Rekurs auf sozialdarwinistische Ideologie und der Verherrlichung des "Wettbewerbs" ergibt sich notwendig der positive Bezug auf konkurrenzbestimmte Beziehungsformen. Der Kampf ums Überleben gilt als Heldentum, die Instrumentalisierung anderer für die eigenen Interessen als normal und die gewaltsame Durchsetzung des Stärkeren als vorbildhaft.

Militärische Gewalt als Mittel der Politik oder: Krieg ist Frieden

Die neoliberale Verherrlichung von Konkurrenzkampf und Überlegenheit setzt sich auf der Ebene internationaler Beziehungen als offener *Ethnozentrismus* fort: "Für die Wissenschaft der Anthropologie mögen alle Kulturen oder Moralauffassungen gleich gut sein, aber zur Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung müssen wir die anderen als weniger gut ansehen" (Hayek, 1981b, zit. n. Schui 1996, S. 121). "Wir" sind "gut", weil wir "im Recht" sind und wir sind "im Recht", weil wir "unsere" Gesellschaftsordnung aufrechterhalten, die Ordnung des privaten Profits, die bei Hayek "Zivilisation" heißt. "Die anderen" werden bestenfalls unter dem Gesichtspunkt ihrer Assimilierbarkeit betrachtet, sie haben sich anzupassen oder zu verschwinden. Die neoliberale Theorie materialisiert sich als "nationaler Wettbewerbsstaat" (Hirsch, 1995), der "seinen" Konzernen mit aggressiver Außenpolitik günstige Verwertungsbedingungen auf dem Weltmarkt schafft und innenpolitisch jede Opposition erstickt. "Anti-etatistisch" gebärden sich die Neoliberalen nur, soweit es um die Beseitigung von Staatsteilen geht, die im Dienste der Allgemeinheit stehen, der Staat als Repressionsapparat wird dagegen nicht ab-, sondern aufgerüstet und wird "zum Erfüllungsgehilfen privatwirtschaftlicher Interessen (...). Sie wollen den Staat als imperialistischen Büttel nach außen und Ordnungshüter nach innen" (Holz, 1997, S. 94 f.).

Hierbei geht es keineswegs um theoretische Fragen. Der großen Lehre von Freiheit und entwickelter Moralität ist es um praktische Weltveränderung getan: "Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können" (Hayek 1981a). Dass die im Elend lebenden Völker sich meist deshalb nicht ausreichend ernähren können, weil ihnen die dazu erforderlichen Mittel im Zuge kolonialer und neokolonialer Ausplünderungsprozesse genommen wurden, erwähnt Hayek ebenso wenig wie die horrenden Zinszahlungen an das Finanzkapital der Metropolen, die in nicht unerheblichem Ausmaß zum Reichtum hiesiger Eliten beitragen. Viel wichtiger ist ihm die Feststellung, dass "wir", die neoliberalen Wirtschaftsweisen, Herren über Leben und Tod sind. "Wir" gewähren oder versagen Völkern Existenz- und Selbstbestimmungsrecht nach Lage "unserer" Interessen. Wer "uns" im Weg steht, stirbt durch Hunger (wegen der "Überbevölkerung") oder durch Bomben (wegen der "Menschenrechte"). Den vorläufigen Gipfel derartiger Machtperversion markiert die in der Einleitung zitierte Rede des Daimler-Chrysler-Vorsitzenden Eaton ("die Schwachen müssen sterben"). Der Anspruch absoluter Macht nach außen ist zugleich Drohung nach innen: Nur wer sich als in "unserem" Sinne brauchbar und loyal erweist, kann auf Arbeit und Einkommen hoffen. Alle anderen werden ausgegrenzt und die neoliberale Ideologie liefert die Rechtfertigung: Ob die gepriesene "Vertragsfreiheit" nun ökonomisch erpresst oder herbeigebombt wird, sie ist immer Ausdruck "entwickelter Moral". Am Ende wird aus Frieden Krieg und aus Krieg wird Frieden. Für Bundeskanzler Schröder war das in seiner Ansprache vom 24. März 1999 ganz einfach: "Wir führen keinen Krieg".

Für die gesellschaftstheoretische Ebene muss einstweilen die eingangs vertretene These, der Neoliberalismus sei zur Lösung der gegenwärtigen Zivilisationskrise ungeeignet, aufgrund seiner ideologischen Implikationen als belegt gelten. Mehr noch: Es wurde deutlich, dass neoliberale Politik *Massenarbeitslosigkeit nicht abbauen will* (das wäre eine Verletzung der "Zweckfreiheit"), dass sie *Armut nicht beseitigen will* (das würde den "Signalapparat der großen Ordnung" zerstören) und dass sie *Krieg als legitimes Mittel* des von ihr verhimmelten "Wettbewerbs" betrachtet. Die geforderte Unterwerfung unter die zur mystischen Instanz der "Katalaxie" verkörperten "Marktgesetze" und die Reduktion menschlicher Handlungsmöglichkeiten auf die Nachahmung am Markt erfolgreicher Individuen impliziert notwendig die

sklavische Hinnahme aller dabei erzielten Resultate. Wie hoch die Arbeitslosigkeit, wie krass die Armut auch immer sein mögen, das Marktergebnis ist sakrosankt, auch wenn es für noch so viele den Ruin bedeutet.

5. Der neoliberale Diskurs

Neoliberalismus ist eine ausgesprochen esoterische Angelegenheit, deren theoretischer Hintergrund in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Regierungsoffizielle Verlautbarungen rufen nie die "zweckfreie Wirtschaft" aus oder erklären Armut zur wünschenswerten Dressur der "Schlechten" durch eine "spontane Ordnung". Dennoch avancierten neoliberale Thesen zur hegemonialen Denkweise. Zu ihrer Verbreitung erfolgt die Übersetzung der Theorie in psychologisch wirksame Diskurse, die - massenmedial verbreitet - ins gesellschaftliche Bewusstsein sickern.

Diskurse werden seit geraumer Zeit wissenschaftlich reflektiert. Allgemein versteht man darunter "institutionalisierte, geregelte Redeweisen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und Machtwirkungen ausüben" (Link, 1986, zit. n. Jäger, 1994, S. 26). Dabei stehen dem Alltags- oder Interdiskurs interessengeleitete Spezialdiskurse gegenüber. Es kann festgestellt werden, dass "der neokonservative Spezialdiskurs, den man auch als Diskurs der herrschenden Elite bezeichnen könnte, sich darum (bemüht), die (...) neokonservative politische Praxis, die letztlich die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigt, zu legitimieren und im Bewusstsein der Bevölkerung als einzig vernünftige zu verankern" (Jäger, 1994, S. 30). Dem "Spezialdiskurs als dem Diskurs der herrschenden Elite" geht es darum, in den Interdiskurs einzudringen und diesen zwecks Organisierung von Zustimmung zur herrschenden Politik zu instrumentalisieren. Hierzu geeignet erscheinende Denkweisen sollen mittels Beeinflussung gesellschaftlicher Sprachformen etabliert werden. Die Vorstellungen der Herrschenden sollen den Menschen gerade dann als richtig und gut erscheinen und als das, was sie selbst wollen, wenn es sich in Wahrheit um Angriffe auf ihre Lebensmöglichkeiten handelt, bei deren Zerstörung sie auch noch selbst mithelfen sollen.

Ein bekanntes Beispiel für derartige Versuche ist die sog. "Ruck-Rede" des damaligen Bundespräsidenten Herzog vom April 1997, deren Rhetorik die Absicht einer Formierung der Subjekte auf allen psychologischen Ebenen verrät: Nach Herzogs Darstellung ist die gesellschaftliche Krise primär eine psychologische: "Was ist los mit unserem Land? Im Klartext: Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, *eine unglaubliche mentale Depression* - das sind die Stichworte der Krise. Sie bilden einen allgegenwärtigen Dreiklang, aber einen Dreiklang in Moll" (Herzog, 1997, S. 14, Hervorhebung T.G., für eine ausführliche Analyse der Rede siehe Huhnke, 1998). Nicht etwa Arbeitslosigkeit, Umweltvergiftung oder militärische Hochrüstung erscheinen hier als Problem, sondern "wir selbst", die wir zu unflexibel, zu langsam, von einer "unglaublichen mentalen Depression" erfasst sind. Wir denken falsch, sind zu pessimistisch, Motivationslagen und Beziehungsformen lassen zu wünschen übrig und nach erfolgter Feststellung dieser "Defizite" werden die Eigenschaften verkündet, die wir statt dessen aufweisen sollen: "Mut", "Risikobereitschaft", "Leistungsfähigkeit", "Flexibilität".

Auftritte wie dieser sind Teil einer langen Abfolge von Diskursen, die einen inneren Zusammenhang aufweisen. Ein gesellschaftliches Klima der Feindseligkeit gegen Schwächere, das während der achtziger Jahre mittels ständiger Diffamierung der Arbeitslosen geschaffen wurde, bietet die Grundlage für einen groß angelegten Angriff auf Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Den Auftakt bildet die teils hysterisch geführte "*Asyldebatte*", die den "Missbrauch" des Grundrechts auf Schutz vor Verfolgung durch "Scheinasylanten" beklagt, die in ganzen "Fluten" das Land stürmen, um "uns auszuplündern". Die nachfolgende "*Standortdebatte*" greift dieses Bedrohungsszenario auf, wobei die pausenlose Beschwörung der "Zwänge der Globalisierung" nicht mehr "die Ausländer" als Gefahr erscheinen lässt, sondern "uns alle", die wir "über unsere Verhältnisse gelebt haben" und die nun "den Gürtel enger schnallen müssen", um die "Wettbewerbsfähigkeit" des bedrohten "Standortes" zu sichern. Diese Kampagne liefert ihrerseits die Basis für die "*Spardebatte*", mit der uns klar gemacht werden soll, dass unsere "Vollkaskomentalität" aufgrund "leerer Kassen nicht mehr finanzierbar" sei. Im Zusammenwirken mit der "*Sozialmissbrauchsdebatte*", die Opfer in Schuldige verkehrt, entsteht der neoliberale Diskurs als Teil des politischen Projekts zur Durchsetzung uneingeschränkter Kapitalautonomie, der nun auf seine psychologisch relevanten Anteile hin untersucht werden soll.

Legale Schutzgelderpressung: Standort gegen Standort

Der Standort ist überall. Es gibt ihn als Wirtschafts-, Finanz-, Forschungs-, Bildungs-, Kultur-, Medien- und Gesundheitsstandort und jeder davon konkurriert gegen jeden anderen: "Der Gedanke ist bestechend einfach: Das Kapital strebt in Regionen, in denen die Verwertungsbedingungen am günstigsten sind. Um es hier zu halten - und damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen - muss man daher die Kapitalverwertungsbedingungen fördern" (Podszuweit, 1996, S. 188).

Weil niedrige Löhne und fehlende Schutzbestimmungen als "Standortvorteile" gelten, wird mit dem "Standortwettbewerb" zugleich ein Rennen um die asozialsten Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgerufen. Um diesen zu Akzeptanz zu verhelfen, entwirft der neoliberale Diskurs das Bedrohungsszenario eines als unausweichlich gesetzten *Globalisierungsschicksals*. Darin hätten es die europäischen "Standorte" besonders schwer, denn sie würden gleichermaßen von asiatischen "Verzichtsgesellschaften" wie amerikanischer "Marktvernunft" bedroht. Die Debatte suggeriert den Bewohnern der "nationalen Wettbewerbsstaaten", sie befänden sich in weltweiter Konkurrenz gegen die Menschen anderer Länder und nicht etwa in einem Verdrängungskampf der Einzelkapitale zu ihren Lasten. Zwei Voraussetzungen sind erforderlich, um die diskursive Funktionalität der Standortrhetorik herzustellen: Die Erpressbarkeit der Menschen infolge hoher Arbeitslosigkeit und die Erpressungsfähigkeit des Kapitals infolge hoher Mobilität: "Die neoliberale Begriffstriade Globalisierung (als Weltschicksal), Standortkonkurrenz (als nationales Schicksal) und Wettbewerbsfähigkeit (als nationale Aufgabe) verwandelt den rational begreifbaren und politisch gestaltbaren Prozess der Internationalisierung in eine Bedrohung, der man nur durch Anpassung und Verzicht auf egalitäre und emanzipative gesellschaftliche Reformansprüche, durch gesellschaftlichen Rückschritt auf breiter Front entgegen können" (Huffschmid u.a., 1997, S. 2).

Die Propagierung eines "Standortnationalismus" (Butterwegge, 1998b) stellt den verunsicherten Subjekten die Rettung aus der bedrohlichen Lage für den Fall in Aussicht, dass sie sich mit allen Kräften für den Erfolg "ihrer" Unternehmen auf dem Weltmarkt einsetzen. Der "globalen Bedrohung" stünden "nationale Chancen" gegenüber. So forderte Bundeskanzler Schröder während seiner Kandidatur die Bevölkerung auf, sich zu entscheiden, ob sie "im Prozess der Globalisierung Hammer oder Amboss sein" wolle (Schröder, 1997, S. 208). Mit seiner anschließenden Karriere zum Kriegskanzler hat er inzwischen auch in der Praxis deutlich gemacht, welche Rolle er bevorzugt.

Eine "Diagnose" der Standortbedingungen stellt dann fest, dass die Rettung des Standorts in seiner gegenwärtigen Verfassung keinesfalls möglich sei. Ihr immer gleiches Ergebnis lautet: Löhne zu hoch, Lohnnebenkosten zu hoch, Unternehmenssteuern zu hoch, Spitzensteuersatz zu hoch, zu viel Kündigungsschutz und überhaupt zu viele soziale Schutzgesetze, die "den Arbeitsmarkt strangulieren". Der "Diagnose" folgt die Verordnung der "Therapie": Um zum Globalisierungshammer zu werden, müssten Standort und daselbst lebende Menschen einer Radikalkur unterzogen werden. Es beginnt das Drehen der diskursiven Gebetsmühle "Löhne kürzen, Steuern runter, Gewinne rauf - dann bekommt ihr neue Arbeitsplätze". "Lohnzurückhaltung" wird zum Lieblingswort der Standortretter: "Um die Arbeitslosigkeit zu halbieren, brauchen wir sechs Jahre lang 'moderate Lohnpolitik'", meint der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, und "Arbeitslose müssen gesetzlich das Recht erhalten, sich mit Einsteigertarifen wieder in den Arbeitsmarkt einzuklinken" (ND, 9.1.1998, S. 4). Bei 4,5 Millionen Arbeitslosen sei es - wie Arbeitgeberpräsident Hundt sekundiert - nötig, die Lohnsteigerungen "deutlich unter der Produktivitätssteigerung und zeitweise sogar unter der Preissteigerungsrate" zu halten" (ND, 22. 1. 1998, S. 4). So oder ähnlich lauten die immer gleichen Forderungen der Kapitaleseite nach noch billigerer Arbeit. Wenn dann eine Besserung der Lage - aus den früher dargelegten Gründen - nicht eintritt, liegt angeblich kein Versagen des neoliberalen "Konzepts" vor, sondern dessen unzureichende Durchsetzung. Der Kahlschlag bei Löhnen und Sozialleistungen auf der einen und die Erhöhung der "Profitanreize" auf der anderen Seite seien immer noch zu gering ausgefallen. Die "Schnitte ins Fleisch gehen nicht tief genug" wird von Unternehmern und Wirtschaftsinstituten offen artikuliert. "Die Botschaft ist unmissverständlich: Nehmt weitere soziale Polarisierung freiwillig in Kauf, sonst wird es allen noch viel schlechter gehen" (Bischoff, 1998, S. 9).

Die Begriffe "*Diagnose*" und "*Therapie*" werden hier keineswegs zufällig oder am falschen Ort verwendet.

Der gesamte neoliberale Diskurs ist durchzogen von pseudomedizinischen und pseudopsychologischen Begriffen. Zu bereits gebräuchlichen Ausdrücken wie dem *"Gesundshrumpfen von Betrieben"* kommen neue hinzu wie *"Versorgungsmentalität"* oder *"mentale Depression"*. Ziel ist die Pathologisierung der am "Standort" lebenden Menschen. Mit Fieberkurven wird die *"Krankheit der Arbeitslosigkeit"* dargestellt und erklärt, die Betroffenen hingen *"am Tropf"* des Staates oder der Sozialversicherung. Mit der Behauptung, "Investoren" würden Deutschland *"wie die Pest"* meiden, wird der Eindruck schwerster Bedrohung zu wecken versucht, und die Unumgänglichkeit einer "medizinischen" Behandlung suggeriert. Im nächsten Schritt erfolgt dann die Verklärung der allgegenwärtigen Konkurrenz zum *"gesunden Wettkampf"* nach der Devise "gesund ist, was hart macht". Darum sind neben den pseudomedizinischen auch Metaphern aus dem Sportbereich beliebt. Die Menschen müssten *"fitgemacht"* werden für die Weltmarktkonkurrenz - und *"schlank"*. Der "Fitness"-Begriff verweist auf den sozialdarwinistischen Charakter der Debatte ("survival of the fittest"). Deutschland müsse ein *"Fitnessprogramm"* absolvieren, um weiter in der *"ersten Liga"* oder in der *"Weltklasse"* spielen zu können, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit drohten dagegen den Standort *"in die Kreisklasse zu stürzen"* (weitergehende Darstellungen zur Sportmetaphorik finden sich bei Adolphs u.a., 1998, Haug, 1996). Die Kostümierung der ständig angedrohten Kapitalflucht mit Sportvokabeln wie *"Abstieg"* vermischt zwei verschiedene Botschaften: Einerseits wird die *"gesunde Härte"* des durchtrainierten Athleten gepriesen, dem *"der Sieg"* als Lohn für Anstrengung und Verzicht winke, andererseits werden *Betriebsschließungen, Massenentlassungen und die Zerstörung der Lebensperspektiven von Millionen Menschen zum fröhlichen Gesellschaftsspiel verniedlicht. Der normale Prozess der gesellschaftlichen Lebenshaltung, der friedlich und kooperativ organisiert werden könnte, wird sprachlich zum positiv gesetzten Wirtschaftskrieg brutalisiert, seine reale Pervertierung zum Klassenkampf von oben jedoch zugleich entwirklicht und verharmlost.*

Faktisch wird damit gedroht, die Ansiedlung von Betrieben erfolge künftig nur noch dort, wo alle Gewinne unversteuert in das globale Kasino der Finanzspekulation wandern dürfen und Abgaben nur noch auf Löhne und Gehälter erhoben werden. Der Kern des neoliberalen Diskurses ist damit simple *Schutzgelderpressung*: "Ihr seid zu teuer, zu unflexibel, arbeitet zu langsam und seid zu oft krank. Wenn ihr nicht billiger, fleißiger und folgsamer werdet, schließen wir euren Betrieb und produzieren anderswo. Opfert eure ganze Kraft der Firma und verzichtet auf Einkommen, Urlaub und Sozialleistungen, dann lassen wir euch (vielleicht) eure Arbeitsplätze." Der kürzlich abgelöste Bundesbankobere Tietmeyer formuliert das so: "Es geht heute darum, günstige Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum und das Vertrauen der Investoren zu schaffen. Deshalb müssen die öffentlichen Haushalte unter Kontrolle gehalten werden" (Bourdieu, 1998b, S. 53). Unter Kontrolle, genau. Die Öffentlichkeit und ihre Haushalte müssen unter der Kontrolle des Kapitals gehalten werden, um "günstige Voraussetzungen zu schaffen" für riesige private Gewinne und die unumschränkte Autonomie ihrer Nutznießer mit allen zerstörerischen Konsequenzen. Was in einer "zweckfreien Wirtschaft" unter "dauerhaftem Wachstum" zu verstehen ist, stellt sich heraus, wenn das "Vertrauen der Investoren" zum alleinigen Kriterium aller Entscheidungen geworden ist: Der Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages Schoser wies Forderungen nach Investitionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zurück. Arbeitsplätze seien "kein Wert an sich". Vielmehr müssten sich "Investitionen rechnen" (ND, 20.11.1998, S. 9). Die im neoliberalen Diskurs erzeugte Verwirrung zeigt sich dann auf typische Weise im weitgehenden Fehlen der gegenteiligen, eigentlich naheliegenden Forderung, dass nämlich *Gewinne* "kein Wert an sich", sondern zu gesellschaftlich sinnvollen Investitionen zu verwendende Mittel sein sollten.

Nach dem Muster der Schutzgelderpressung geht es auch gegen andere Hindernisse freier Kapitalverwertung. Die Parole lautet: Schutzbestimmungen sind Standortnachteile. Kündigungsschutz z.B. verhindere die Neueinstellung von Arbeitern, weil diese dann nicht willkürlich entlassen werden können. Da die offene Propagierung des "Heuerns und Feuerns" Widerstand provozieren würde, definiert man das Schutzprinzip um: Arbeiter seien nicht vor Unternehmerwillkür zu schützen, sondern bedienten sich ihrerseits des Kündigungsschutzes als Instrument gegen die Arbeitslosen. In neuerer Zeit verschärfen sich derartigen Attacken. Auch der einst unantastbar scheinende *"Rechtsstaat"* ist davor nicht sicher. So bezeichnete der BDI-Vorsitzende Henkel Anfang 1998 Rechtsbrüche von Unternehmern als "vorbildlich" und verlangte die "Anpassung der Gesetze" an diese Praxis. Auch *Demokratie* gilt Henkel als Standortnachteil. Man sollte sich "mit der Frage befassen, ob ein Land mit unserer föderalen Struktur (...) überhaupt eine Chance hat, sich so schnell zu verändern wie andere (...)" Ich bin überzeugt, dass es bald an der Zeit ist, auch bei uns die

Systemdebatte auf höchster und vor allem kompetentester Stelle anzustoßen" (Sander, 1998, S. 8). Der CDU-Vorsitzende Schäuble sagt es einfacher: "Weniger Demokratie wagen", sei die Devise (Schneider, 1997, S. 2), womit die immer weitergehende Zersetzung demokratischer Strukturen und die Etablierung einer Diktatur der Banken und Konzerne offen zum Programm erhoben wird.

Das Szenario des bedrohten Standorts befördert auch den neoliberalen *Ökonomismus*. Alles, auch Bildung, "innere Sicherheit" oder Gesundheit werden nur noch im Lichte ihrer vermeintlichen "Standorttauglichkeit" betrachtet. *Universitäten* sollen keine umfassenden Erkenntnisprozesse mehr organisieren, sondern - heruntergebracht zum bloßen Innovationssystem der Industrie - die Lieferung verwertungsgerecht aufbereiteten "*Humankapitals*" besorgen. In den als "profit-center" gegeneinander konkurrierenden Krankenhäusern verkaufen als "Unternehmer" tätige Ärzte ihren früheren Patienten, die dann Kunden heißen, die in Warenform erhältlich Gesundheit. Aus *innerstädtischem Raum*, einst auch Lebensraum, werden alle "störenden Elemente" (Obdachlose, Punks, fremdländisch aussehende Menschen) vertrieben, weil sie mit ihrem "Anblick" den zahlungskräftigen "Wirtschaftsbürgern" die Konsumlaune verderben. Letzteres zeigt: Die Standortlogik ist keineswegs auf die Dimension des Globalen fixiert. Sie funktioniert auch per "Regression zu immer engeren Raumeinheiten: Vom 'Standort Deutschland' zum 'Standort Niedersachsen' und weiter zum 'Standort Delmenhorst'" (Scherer, 1996, S. 58). Und daselbst noch zum 'Standort Fußgängerzone', könnte man hinzufügen.

Fragt man nach dem Wahrheitsgehalt der diagnostizierten Katastrophensituation am "Standort D", stellt man schnell erhebliche Widersprüche zur tatsächlichen wirtschaftlichen Lage fest. Deutschland ist nach wie vor Exportweltmeister, Banken und Konzerne machen riesige Gewinne und sind in den letzten 20 Jahren steuerlich immer wieder entlastet worden, die Lohnquote ist stetig gesunken, ebenso die Lohnstückkosten (Statistisches Material zu diesem Bereich findet sich z.B. bei Quaißer, 1998). Es wird deutlich: Lohnverzicht und Sozialabbau schaffen keine Arbeitsplätze und sollen dies auch gar nicht tun, womit sich die Frage nach den wirklichen Funktionen der Debatte stellt. Hierzu sei daran erinnert, dass es sich bei der Rede vom Standort um eine diskursive Übersetzung neoliberaler Wirtschaftstheorie handelt, die ihrerseits auf bestimmte kapitalismustypische Denkformen rekurriert, wobei als unausweichlich präsentiert wird, was in Wahrheit Programm der Akteure ist:

Erstens transportiert die Standortdebatte die neoliberale *Marktgläubigkeit* als "Sachzwang" ins öffentliche Bewusstsein. Die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Marktgesetze erscheint nicht als Resultat interessengeleiteten politischen Handelns, sondern als unausweichliches Wirken anonymen Mächte. Alles, was im Namen von Standort und Globalisierung geschieht, steht außerhalb der Kritik, da lediglich das ohnehin Unvermeidliche exekutiert wird.

Zweitens perpetuieren Standortparole und "Fitness"-Rhetorik den neoliberalen *Sozialdarwinismus*: Nur wer sich den Marktgesetzen bedingungslos unterwirft, überlebt. Da das Marktgeschehen als Verdrängungswettbewerb organisiert ist, wird das Recht des Stärkeren fragloses Prinzip.

Drittens wird die *Konkurrenz der Einzelkapitale* "nach unten" durchgereicht: Nicht Konzerne konkurrieren um Absatzmärkte, "wir" konkurrieren gegen "die anderen", die Konkurrenz der Kapitale erscheint als Konkurrenz der Individuen.

Viertens treibt der Standortdiskurs alle Formen *bürgerlich-ideologischer Identifizierung* auf die Spitze: Die Interessen des am "eigenen" Standort operierenden Kapitals erscheinen als Allgemeininteressen, zu ihrer Durchsetzung sind alle Mittel legitim. Mit der Eliminierung aller gedanklichen Alternativen entsteht die Fetischisierung des Standorts als Zuspitzung des Kapitalfetischs: Alle Produktivkraft der Menschen erscheint als Produktivkraft des am Standort tätigen Kapitals.

Fünftens wird die Forderung nach unbeschränkter privater Bereicherung mit dem *Risikobegriff* vernebelt. "Investoren" müssten mit prinzipiell grenzenlosen Gewinnen für ihre Kapitaleinlagen "entschädigt" werden. Dass Arbeiter und Angestellte viel höhere Risiken tragen wenn sie bei Betriebsschließungen vor dem Nichts stehen, bleibt ausgeblendet.

Sechstens vollendet sich mit der Parole Standort gegen Standort die *Okkupation der politischen Macht durch das Kapital*: "Das Kapital hat die ökonomische Macht und verfügt damit über unser aller Lebensbedingungen. Indem eine Minorität von Kapitaleignern Standortentscheidungen fällt, kann sie die Verarmung ganzer Regionen herbeiführen, massenhaft Arbeitslosigkeit hervorrufen und die Staatsfinanzen ruinieren. Über diese ökonomische Macht kann das Kapital mit der allgegenwärtigen Drohung der

Abwanderung den politischen Bereich zu kapitalfreundlichem Wohlverhalten erpressen. Diese Erpressung geht so weit, dass sie selbst das politische Wahlverhalten breiter Bevölkerungskreise bestimmt. Kurz: Mit Hilfe seiner ökonomischen Macht erpresst sich das Kapital auch die politische Macht" (Podszuweit, 1996, S. 189).

Siebtens wird nach erfolgter Etablierung dieser Denkform gar nicht mehr gefragt, warum Löhne niedrig sein "müssen", obwohl die Konzerne Riesengewinne machen und in jeder Selbstdarstellung der deutschen Wirtschaft vom "auf Hochtouren laufenden Exportmotor" die Rede ist. Resultat ist die *Tabuisierung des Profits*.

Achtens wird nahegelegt, dass bei der "Standortsicherung" alle "in einem Boot" sitzen. "Interne" Konflikte wie Lohnforderungen oder gar Streiks nutzen "nur der Standortkonkurrenz" und schaden "uns". So findet auch die neoliberale Forderung nach Schwächung der Gewerkschaften in der Standortparole ihre diskursive Übersetzung und die Kapitaleseite kommt der Erfüllung ihres liebsten Traumes näher: Der *Abschaffung des Streikrechts*. In Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit wurden bereits "Betriebsvereinbarungen" durchgesetzt, in denen Gewerkschaften auf jeden Konflikt verzichten (Uske, 1995, S. 24 f.). Forderungen der Lohnabhängigen nach höheren Einkommen und damit in Verbindung stehende politische Konzepte werden zur angeblichen Erpressung verdreht. So kommentierte Barbier in der FAZ den Rücktritt Lafontaines als Finanzminister mit der Behauptung, es sei "falsch gewesen, das Paradigma der Nachfragesteuerung bis hinein in die *Anstiftung zur Lohnerpressung* zu dehnen" (FAZ, 13.3.1999, Hervorhebung T.G.).

Die Standortdebatte zeigt, wie ideologische Denkangebote über den Bedingungs-Bedeutungs-Begründungs Zusammenhang zu Gedanken der Subjekte werden. Auf der Bedingungsgrundlage der Erpressbarkeit durch Massenarbeitslosigkeit werden diskursive Bedeutungsstrukturen verbreitet, die die Übernahme des Verwertungsstandpunkts des Kapitals als funktional nahelegen. Das allein wäre nichts Neues. Im Gegensatz zu früheren Vereinnahmungsbestrebungen geht es nun aber aus der Kapitalperspektive darum, die Zustimmung ohne Gegenleistung zu bekommen, nicht als Klassenkompromiss mit materiellen Zugeständnissen, sondern als Massenloyalität gegenüber Verhältnissen, die perspektivisch außer Arbeitslosigkeit und sozialer Verwahrlosung nichts mehr zu bieten haben. Damit deutet sich bereits auf der Ebene gesellschaftlicher Denkformen eine Antwort auf die in der Einleitung gestellte Frage nach den Ursachen der *"selbstentfremdenden Identifizierung"* an: "Alle wirtschaftlichen Indikatoren: die Volumina der weltweiten Spekulation, die Aktienmärkte etc. indizieren, dass unglaublich viel freies Kapital da ist. Die Standort-Rhetorik erlaubt es (...) ein Mangel-, Armuts-, und Bankrottszenario aufrechtzuerhalten. Kein Mensch fragt, warum nicht die reich vorhandenen Überschüsse besteuert werden, sondern Renten und Arbeitslosengeld. Nur mit Hilfe der Standort-Rhetorik kann man den Armen verkaufen, dass es ihnen besser gehen wird, wenn sie den Reichen etwas abgeben. Oder eben mit Gewalt" (Knobloch, 1996, S. 2). So gesehen besteht das Ziel der Debatte auch in der *Etablierung einer paradoxen Denkfigur*, die die Menschen glauben machen soll, *es ginge ihnen besser, wenn es ihnen schlechter geht* und damit auf die Untergrabung der Handlungsfähigkeit. Diese soll ausschließlich der untertägigen Mithilfe bei der Unternehmenstätigkeit dienen, während Alternativen nicht einmal mehr gedacht werden können. Die Menschen sollen "freiwillig" mitmachen bei allem, was angeordnet wird und glauben, sie seien selbst dafür. Die fremde Macht neoliberaler Diskursivität zielt auf eine Modifizierung *restriktiver Handlungsfähigkeit* in ihrem Sinne, auf einen stärkeren Zugriff auf die Subjekte, denen dieser Zugriff zugleich verborgen bleiben soll.

Hat man mit der Diskursmethode keinen Erfolg, greift man zu anderen Mitteln: Während diese Zeilen geschrieben werden, geht bundesdeutsche, britische und amerikanische Standortsicherung bereits über Leichen und bombt sich im bislang nicht hinreichend "geöffneten" Jugoslawien mit der Zerstörung der Binnenökonomie exportfördernde Bedingungen herbei. Eine bittere Bestätigung finden Prognosen, die voraussahen, dass der neoliberale Wirtschaftskrieg nur die Vorstufe des militärischen ist: "Wer das solidarische Prinzip 'Klasse gegen Klasse' durch die Losung 'Standort gegen Standort' ersetzt, der beraubt nicht nur die Arbeitnehmer ihrer Widerstandskraft, der ebnet auch den Weg zur letzten aller 'Globalisierungen': zum Weltkrieg" (Scherer, 1996, S. 59.). Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die Ankündigung weiterer "Selbstmandatierungen" lassen die Rückkehr des Faustrechts in eine zum Gebiet "amerikanischer Sicherheitsinteressen" erklärten Welt wahrscheinlich werden, in der sich die imperialistischen Hauptländer den Weg zu Rohstoffen und deregulierten Arbeits- und Absatzmärkten freibomben. Auch in dieser Hinsicht erfolgt die Umsetzung neoliberaler Vorstellungen, nach denen Krieg als

"legitimes Mittel des Wettbewerbs" gilt.

Nachfolgend ist nun zu diskutieren, wie der Standort gegen unser aller "Vollkaskomentalität" und die "Überflutung" durch bestimmte "Schädlingsgruppen" geschützt wird. Nur angedeutet werden kann die Verbindung zum Rechtsextremismus: "Standort Deutschland" dient als Brückenbegriff zwischen der legalistischen und der extremen Rechten und fungiert als harmlos wirkendes Synonym der faschistisch diskreditierten "Volksgemeinschaft". Diese erlebt auch in anderen Verklausulierungen ihre Wiederauferstehung, wie beispielsweise in Schäubles "nationaler Schutz- und Schicksalsgemeinschaft". Dabei muss eine solche nicht einmal regierungsoffiziell verkündet sein, um Tod und Verderben über andere Völker zu bringen. Zur Wahrung deutscher Weltmarktinteressen mittels militärischer Aggression sind inzwischen auch "rot-grüne" Menschenrechtsaktivisten in der Lage.

Die semantische Enteignung: Denkverwirrung durch organisierte Sprachverwirrung

Eine *Gegenaufklärung*, die sich nur in theoretischen Schriften abspielt, würde ihr Ziel - die Veränderung von Bewusstseinslagen - verfehlen. Der neoliberale Angriff auf Demokratie, Gemeinwohl und Emanzipation wird daher ebenfalls in Diskursinhalte übersetzt, womit die Untergrabung politischer Handlungsfähigkeit ihre Zuspitzung und weitere Psychologisierung erfährt: Die Diagnose des "bedrohten Standorts" erkennt nicht nur auf ökonomische Mängel - die "Gefahr" geht von den Menschen aus. Und wie bei den Standortbedingungen folgt der "Diagnose" auch hier die "Therapie"empfehlung, diesmal unter der Parole "Wettbewerbsfähigkeit fängt im Kopf an". Um den Standort zu retten, müssen die "mentale Depression" überwunden und das "falsche Denken" verändert werden.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei die gezielte Beeinflussung gesellschaftlicher Sprachformen. Den neoliberalen Diskurs kennzeichnet eine *durchgängige Euphemisierung der Begriffswelt*, wobei vor allem das bisherige Vokabular kritischer Analysen und oppositioneller Bewegungen aufgegriffen und ihr Sinn ins Gegenteil verkehrt wird. Die Sprachverwirrung soll die Denkverwirrung nach sich ziehen. Das Ziel ist die *semantische Enteignung oppositioneller Diskurse*.

Typisches Beispiel ist der *Reformbegriff*, der früher Vorhaben kennzeichnete, die auf mehr soziale Gerechtigkeit, bessere Versorgungslagen oder größere Bildungsmöglichkeiten abzielten, und der nun zum Synonym für Sozialabbau verkehrt und auf die Funktion einer bloßen Worthülse heruntergebracht wird, die zur Bemäntelung beliebiger Inhalte dient, sofern es sich dabei um Kürzung, Streichung und "Deregulierung" handelt, aber niemals mehr um Verfügungserweiterung oder Demokratisierung. Auch wird im Bedrohungsszenario der Standortdebatte die Rede vom "*Reformstau*" zur Mobilisierung von Ängsten eingesetzt, welche die Zustimmung zu Politikprojekten gewährleisten sollen, die den Interessen der Bevölkerung entgegenstehen. Insbesondere wird damit Arbeitnehmern seit Jahren eingehämmert, dass ihre *Arbeit noch billiger* werden muss, sofern sie diese behalten wollen.

Umgedeutet wird auch der Begriff "*Besitzstand*": Nicht die Quandts, Albrechts oder Engelholms sollen von ihren jeweils 20 Milliarden Mark Privatvermögen etwas abgeben, sondern Arbeiter, Angestellte und Rentner sollen aus ihren kleinen Einkommen alle öffentlichen Ausgaben bezahlen: "'Wir sind zu teuer', sagt der Kanzler, aber das Wir schließt nur die ein, die als Angestellte und Arbeiter ihr Einkommen beziehen. Und ein Wort macht Karriere: der Besitzstand. Sachsens Ministerpräsident und CDU-Vordenker Biedenkopf hat sogar ein 'ganzes Gebirge von Besitzständen' ausgemacht, das es zu 'sprengen' gelte. Gemeint sind Lohnfortzahlung bei Krankheit, Kindergeld, Kündigungsschutz, Arbeitslosengeld, staatliche Arbeitsbeschaffung, die Fünf-Tage-Woche, 30 Tage Jahresurlaub und vieles mehr, das bislang das soziale an der deutschen Marktwirtschaft ausmacht" (Martin/Schumann, 1996, S. 213). "Besitzstand" ist plötzlich alles, was ein Minimum an materieller Absicherung in Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit gewährleisten sollte. "Besitzstände" müssen weg, damit es dem "Standort" besser geht. Gewerkschaften und andere soziale Organisationen werden als "*Besitzstandswahrer*" diffamiert, die mit ihren "*rückwärtsgewandten Egalitätsforderungen*", den Standort bedrohen, sozial Engagierte, Gewerkschafter und die Linke insgesamt sehen sich mit der ungewohnten Etikettierung als "*Ewiggestrige*" konfrontiert.

Auf die Diskreditierung der "Besitzstände" folgt die der Lohnforderungen, die zum "*Egoismus der*

Arbeitsplatzbesitzer" verdreht werden, während *Lohnverzicht* als "Solidarität" mit den Arbeitslosen gilt. Etabliert werden soll eine Denkweise, die auf Drohungen der Kapitaleseite reflexartig mit "freiwilligem" Verzicht auf eigene Lebensansprüche reagiert. Anstelle politischer Konfliktfähigkeit soll "*Marktvernunft*" treten, d.h. die fraglose Hinnahme aller Ergebnisse kapitalistischen Wirtschaftens, einschließlich Arbeitslosigkeit und massenhafter sozialer Notlagen.

Zur Erstückung aller Zweifel werden verschiedene Spezialdiskurse geführt, wie der vom "*Ende der Arbeitsgesellschaft*". Danach "verschwinden" Millionen von Arbeitsplätzen im Zuge von "Entwicklungen" (wie Computerisierung u.ä.), die sich mit der Unvermeidlichkeit von Naturkatastrophen zu ereignen scheinen. Die Restarbeit muss dann "gerecht verteilt" werden: "Wenn 'alle' ein bisschen verzichten, wäre für jeden genug da", lautet die *Verzichtsforderung der Maßlosen an die Bedürftigen*. Dabei geht es weder um Gerechtigkeit noch um Hilfe für Arbeitslose, sondern allein um die Bemäntelung der profitablen Zerstörung menschlicher Lebensmöglichkeiten. Nebenbei wird Akzeptanz geschaffen für die immer weitergehende Einschränkung von Lohnersatzleistungen ("*Arbeitslose ins Ehrenamt*"), die immer weitergehende Zerstörung von Arbeitsmarktpolitik ("*gegen Naturkatastrophen hilft keine Nachfrageorientierung*"), die immer weitergehende Schwächung der Gewerkschaften. Auch die Behauptung, der Staat könne "*nur Rahmenbedingungen schaffen*", in welchem sich dann die "Marktkräfte zum allgemeinen Wohl entfalten", gehört in diese Kategorie diskursiver Versuche, die Auslieferung der Menschen an das neoliberale Marktchaos akzeptabel zu machen. Dann taucht auf einmal der vormals dämonisierte *Plan* auf, als "*Sozialplan*" nämlich, der suggeriert, wohlmeinende Helfer stünden den Opfern von wiederum als Naturkatastrophen zu verstehenden Ereignissen bei. Tatsächlich sind "*Sozialpläne*" *vorsätzlich herbeigeführte Katastrophen*: Die massenhafte Entlassung von Menschen ins soziale Nichts.

Die politische Handlungsfähigkeit soll auch mit der diskursiven Übersetzung der neoliberalen "*Zweckfreiheit*" in eine "*offene Marktwirtschaft*" mit "*freiem Wettbewerb*" herabgesetzt werden. Dort darf es dann keine konkreten Zielsetzungen (wie Arbeitsbeschaffung u.ä.) mehr geben, "offene", also unbegrenzte "Marktchancen" von Banken und Konzernen werden dafür umso nachdrücklicher garantiert. "Offene Marktwirtschaft" ist die *Verniedlichungsformel für Kapitalismus pur*, an dessen Etablierung im gesellschaftlichen Bewusstsein noch weitere Hilfseuphemismen beteiligt sind: Im Zuge einer "*Entbürokratisierung*" sollen "*Verkrustungen aufgebrochen*" und die "*Regelungsdichte*" verringert werden. Gemeint ist neoliberale "Deregulierung", die den Verwertungsprozeß von den lästigen Fesseln der Sozialpflicht und störender Arbeitsschutzgesetze befreien soll. Von einer verringerten Bevormundung der Menschen kann indessen keine Rede sein, wie gerade die jüngst bis ins Unerträgliche forcierte Schikanierung der Arbeitslosen mit Meldepflichten und ihre Bespitzelung mit Sozialdetektiven zeigt. Zugleich fordert die neoliberale Rhetorik "*mehr Vertragsfreiheit*", was nichts anderes bedeutet, als legalisierte Hungerlöhne und Wuchermieten.

Ungeachtet dessen wird ständig betont, man betreibe "*Stabilitätspolitik*". Das klingt beruhigend, suggeriert Sicherheit und "Zukunft". Tatsächlich wird mit der Doktrin der *Geldwertstabilität*, um die es hier allein geht, soziale Sicherheit zerstört, individuelle Zukunftsplanung zunichte gemacht und die Stabilität geregelter Lebensverhältnisse dem Chaos der Marktmechanismen geopfert. Zur Euphemisierung der konkreten Folgen für die betroffenen Menschen kommen dann weitere Phantasiebegriffe zum Einsatz, von der "*Patchwork-Identität*" für den Zwang, x-mal im Leben den Beruf zu wechseln, um leben zu können, bis zum "*lebenslangen Lernen*" für die Forderung, sich allen Veränderungen der Kapitalverwertungsbedürfnisse nach fähigkeitsaktualisiertem "Humankapital" bereitwillig zu unterwerfen.

Auch die Rede von der "*Zeitsouveränität der Arbeitnehmer*" meint nicht deren Selbstbestimmung, sondern Arbeitsverhältnisse auf Abruf, in denen die Menschen nach Bedarf der Firma stunden- oder tageweise arbeiten "dürfen" um ansonsten unbezahlt zu Hause zu sitzen. Vor allem aber erfolgt in diesem Kontext die Tabuisierung der Frage, warum die gewaltigen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte ihren Niederschlag nicht in verkürzten Arbeitszeiten, sondern in Massenarbeitslosigkeit finden. Ist der *Zusammenhang von Produktivität und Arbeitszeit* aus dem Bewusstsein gedrängt, werden in Betrieben mit geringem Organisationsgrad oder jüngst auch unter Bruch von Tarifverträgen die Arbeitszeiten "*flexibilisiert*", d.h. *ohne Lohnausgleich verlängert* und auf die Nachtstunden und das Wochenende ausgedehnt. Ergebnis ist die Angst der Beschäftigten vor Lohnverlusten und die Diskreditierung von Arbeitszeitverkürzung, die angeblich nur ohne Lohnausgleich möglich sind.

Die *Tabuisierung* aller Begriffe, die geeignet sind, die kapitalistische Realität analytisch zu durchdringen und zu kritisieren, ist neben der *Euphemisierung* eine weitere Strategie zur Veränderung von Sprach- und Denkformen. Dies betrifft zunächst den Begriff der *Krise*. In Europa werden 18 Millionen Arbeitslose gezählt, aber im Diskurs ist von Krise keine Spur, bestenfalls von "Konjunktur-" oder "Wachstumsschwäche". Hobsbawm verweist auf die lange Geschichte dieser Tabuisierung aufgrund der historischen Konnotation des Begriffs mit "Weltwirtschaftskrise" (der von 1929), deren mögliche Wiederholung durch Begriffsvermeidung gebannt werden soll: "Allein schon vom Gebrauch dieser Worte befürchtet man, er könne bewirken, was sie bedeuten" (Hobsbawm, 1995, S. 503). Mit der Vermeidung des Begriffs wird die Krise selbst verewigt und legitimiert. Krise ist identisch mit "Normalität" und fraglos hinzunehmen.

Noch schärferen Tabuisierungen unterliegen eindeutige analytische Begriffe wie *Ausbeutung* oder *Imperialismus*. Viviane Forrester schildert typische Reaktionen, die erfolgen, wenn jemand das Tabu umgeht: "Wie viele andere Ausdrücke geraten jedoch in Vergessenheit: 'Profit' natürlich, aber zum Beispiel auch 'Proletariat', 'Kapitalismus' und 'Ausbeutung'- oder auch die 'Klassen', die inzwischen unempfänglich für jegliche Art von 'Kampf' geworden sind! Solch archaische Ausdrücke zu gebrauchen grenzt an Heldenmut. Wer übernimmt schon gerne freiwillig die Rolle des desinformierten Einfaltspinsels, des Tölpels, der mit Daten und Fakten aus der Steinzeit argumentiert? Wer ruft gerne Stirnrünzeln hervor - und zwar nicht empörtes, sondern erstaunt-ungläubiges, vermischt mit sanftem Mitleid. 'Sie wollen doch nicht etwa sagen... Sie sind doch wohl nicht... Wissen sie eigentlich, dass die Mauer gefallen ist? Haben sie die Sowjetunion wirklich geschätzt? Stalin? Und die Freiheit, der freie Markt... Ist das nichts?' Und angesichts dieses armen Zurückgebliebenen, dieses fast schon Mitleid erweckenden Vertreters schlechten Geschmacks lächelt man ein entwaffnendes Lächeln" (Forrester, 1997, S. 27).

Während die semantisch Enteigneten das Siegerlächeln ihrer Enteigner lächeln, sich als gereifte Realisten wähnen und Reklameparolen als "Lebensweisheit" kolportieren ("Wir haben verstanden"), wendet sich die in Wahrheit immer weniger verstandene Realität zunehmend gegen sie selbst: "Die Verhältnisse schreien jedoch nach diesen Wörtern, die auf den Index gesetzt wurden, während ihr Inhalt, der nie ausgedrückt, nie wirklich zur Kenntnis genommen wird, weiter existiert" (ebd.).

Die Produktion sozialer Inkompetenz verläuft nicht allein auf dem Weg der euphemistischen Uminszenierung von Konnotationenfeldern und das Projekt der geistigen Vereinnahmung der Bevölkerung gegen sich selbst beinhaltet mehr als die interessengeleitete Besetzung von Begriffen. Es bemächtigt sich der Mittel praktischer Politik, um die intellektuelle Dequalifizierung der Menschen voranzutreiben. Durchgeführt werden drastische Veränderungen im Bildungswesen, die den Forderungen "der Wirtschaft" nach "flexiblen Individuen" entgegenkommen. Die Hochschulen werden unter Parolen wie "*Lernen auf Abruf statt Lernen auf Vorrat*" zu einer "*wirtschaftsnahen Forschungslandschaft*" umgebaut, worin nur noch "*Wissensmodule*" vermittelt werden sollen, deren Inhalte allein nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit konzipiert sind. Im Ergebnis kommt es zu einer *Herabsetzung des wissenschaftlichen Qualifikationsniveaus* zugunsten einer "Orientierung auf lebenslange Weiterbildung" (Bultmann 1998, S. 4). Der dabei entstehende Bedarf an Zusatzqualifizierung wird von einem privatwirtschaftlich organisierten "Markt" gedeckt, womit unter fadenscheinigen Losungen wie "Verkürzung von Studienzeiten" Bildung wieder zum Privileg der Reichen gemacht wird. Zugleich kommt damit das klassisch-ideologische Prinzip zur Anwendung, zuerst mittels eines niedrigen Bildungsniveaus Desinformation und intellektuelle Leerstellen zu erzeugen, um diese anschließend mit Plausibilitäten und interessengeleiteten Deutungen zu füllen: "Der Siegeszug des neuen Ökonomismus vertraut auf eine in Wirtschaftsdingen nur vage bewanderte Öffentlichkeit" (Lüde, 1997, S. 1). Im Ergebnis erscheint es dann fast logisch, dass Studiengebühren wirklich dazu angetan seien, "den Status der Studierenden zu verbessern" o.ä. Frigga Haug analysiert bildungspolitische Ambitionen der "Reformer" und stellt gefährliche Tendenzen fest: "Die Koppelung an die Wirtschaft reduziert, vereinseitigt, verkümmert menschliche Fähigkeiten, verfehlt Menschheitsentwicklung - ich erinnere an die Ausbildung von Fähigkeiten und Tätigkeiten in Kunst, Musik, Literatur, Bewegung, Denken, Philosophie, Gestaltung von Gesellschaft etc., die allesamt wirtschaftlich überflüssig sind" (Haug, 1996, S. 689).

Tatsächlich verbirgt sich hinter bildungspolitischen Debatten ein herrschaftstechnisches Grundproblem antagonistischer Gesellschaften: Aus herrschender Sicht werden Menschen benötigt, die hinlänglich kompetent sind, um die Produktion in Gang zu halten (auf dem jeweiligen Stand der Entwicklung), aber zugleich auch inkompetent genug, um die bestehenden Verhältnisse nicht in Frage zu stellen. Jugendliche

werden gewarnt: "Im Beruf braucht ihr die klassische Bildung wahrscheinlich nicht (...) das Nachdenken über das 'Warum' und 'Wieso', wird (...) zur Karrierebremse" (Schüller, 1997, S. 184). Auch der neoliberale Dequalifizierungsdiskurs knüpft an kapitalismustypische, fetischisierte Denkformen und Mystifizierungen an und versucht, diese auf erweiterter Stufenleiter zu instrumentalisieren. Am Ende geht es um die Herstellung eines systemkonformen *Einheitsdenkens*, das sich auch mit einer als schlecht erkannten Wirklichkeit abfindet, ansonsten aber die Charakteristika *deutenden Denkens* in zugespitzter Form in sich aufhebt.

Die Spardebatte: Schlankwerden und Fitmachen

Wer jegliche Form von Sozialstaatlichkeit zerschlagen will, ohne damit eine Gefährdung der Massenloyalität herbeizuführen, muss neben der Formierung von Denkstrukturen auch die Überwindung emotionaler Barrieren organisieren, die einer massiven Verunsicherung der Lebensverhältnisse entgegenstehen, sind doch soziale *Sicherheitssysteme* Institutionen zur Gewährleistung der vorsorgenden Absicherung individueller Existenz, die für die menschliche Emotionalität von großer Wichtigkeit ist. Im neoliberalen Diskurs wird dazu eine "Spardebatte" losgetreten, die pausenlos die Katastrophe "leerer Kassen" beschwört und an das Standortbedrohungsszenario anknüpft. Beide Diskurse sind den Komplementär-ideologien zuzurechnen, die bestehende Problemlagen nicht verleugnen, sondern als unvermeidlich darzustellen versuchen.

Im Kern geht es um die Behauptung, der *Sozialstaat* sei zur Standortbedrohung geworden und *"nicht mehr finanzierbar"*. Er habe sich zu einem *"Versorgungsstaat"* entwickelt, den "wir" uns nicht mehr leisten könnten. *"Nächstenliebe"* sei *"verstaatlicht"* worden und habe sich zum *"sozialen Wildwuchs"* entwickelt, der nun auf ein standorttaugliches Maß zurückgeschnitten werden müsse. Typische Forderungen wie *"Mut statt Angst"*, *"Eigeninitiative statt Anspruchshaltung"* oder *"Leistung statt Sozialgejammer"* zielen auf ein Ersetzen der sozialstaatlichen *'Grammatik der Sorge'* durch eine *'Grammatik der Härte'* (Fach, 1997), um die Etablierung einer *"kampfbetonten Überlebensmentalität"* (Seppmann, 1995, S. 138), die den Menschen "Selbstverantwortung" predigt, nachdem sie ihnen zuvor die Mittel dazu genommen hat.

In der Spardebatte findet die *neoliberale Sprachneuregelung* ihre Fortsetzung: Der Sozialstaat soll angeblich nicht abgeschafft, sondern bloß "umgebaut" werden. Suggestiert wird eine geplante Verbesserung (nach Art der Erhöhung der Wohnqualität beim Umbau eines Hauses), tatsächlich aber bedeutet der *"Umbau des Sozialstaats"* nichts als die Rotstiftpolitik der Streichung sozialer Leistungen.

Im Zuge der Verkehrung des Begriffs *"Besitzstand"* (s.o.) folgt die Behauptung, *"alle"* müssten *"den Gürtel enger schnallen"*, womit jedoch nur die Gürtel von Arbeitern, Angestellten, Arbeitslosen und Rentnern gemeint sind, nicht aber diejenigen der Eliten, die sich Bezüge genehmigen, welche sie von allen materiellen Sorgen befreien, während sie zugleich von den Menschen mit den geringsten Einkommen Verzicht und Risiko verlangen. Doch auch dafür gibt es "Erklärungen". Der Kettensägenfabrikant und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Hans Peter Stihl, dessen Privatvermögen auf 600 Millionen Mark geschätzt wird, weiß eine: "Für die Eliten, die wir brauchen, muss es nach wie vor einen materiellen Anreiz geben" (Beck/Meine, 1997, S. 9). Solche Übersetzungen der Theorie vom "Signalapparat der großen Ordnung", wonach allein das leuchtende Beispiel grenzenloser privater Bereicherung und ihrer protzigen Zurschaustellung das Überleben der menschlichen Zivilisation gewährleistet, liefern die Legitimation für krasseste Formen sozialer Polarisierung, deren Nutznießer kein Gewissen plagt. Sie füllen nicht etwa ihre privaten Taschen mit Geld, das an allen gesellschaftlichen Ecken und Enden fehlt. Sie beuten niemanden aus, betrügen niemanden und hinterziehen keine Steuern. Mit welchen Methoden sie auch immer in den Besitz all ihrer Millionen gelangt sind, als Bewahrer der Kultur sind sie grundsätzlich im Recht. Otto-Wolf von Amerongen, Ex-Präsident des DIHT mit einem geschätzten Vermögen von immerhin 200 Millionen Mark, erklärt das ganz schlicht: "Es gibt nur eines, das noch falscher wäre, als die kleinen Leute stärker zu belasten. Wenn man für alles und jedes die Besserverdienenden zusätzlich zahlen ließe" (ebd., S. 17). Bleibt festzuhalten: Wenn im neoliberalen Diskurs von "uns allen" die Rede ist, sind damit immer verschiedene Bevölkerungsgruppen in ganz unterschiedlicher Weise gemeint. Deutlich wird dies auch an der euphemistischen Revision der *"Solidarität"* als einstigem Inbegriff des Zusammenschlusses der Schwachen, der zum falschen Wir der neoliberal gepredigten Verzichtsmoral verkommt. Statt gemeinsam für ihre Rechte auf Arbeit und Einkommen zu kämpfen, sollen Arbeiter und Angestellte "solidarisch" mit den Arbeitslosen

sein und auf Lohn und Schutzbestimmungen verzichten. Worum es dabei wirklich geht, zeigt der Umstand, dass die im Zuge solcher Forderungen versprochenen Arbeitsplätze nie eingerichtet werden: Die Armen sollen sich "solidarisch" mit den Reichen erweisen und für deren noch weitere Bereicherung auf alle Lebensansprüche verzichten.

Wie bei der Standortdebatte erkennt die "Diagnose" auch hier nicht nur auf strukturelle, sondern vor allem auf *individuelle Defizite*. Standortgefährdende psychische Dispositionen sind zuvorderst "*Anspruchshaltung*" und "*Vollkaskomentalität*", die zeigen, dass "wir über unsere Verhältnisse gelebt" haben. Auch Herzogs "Ruck-Rede" bescheinigt uns emotionale Fehlhaltungen: "Wir" sind nicht nur "unflexibel" usw., sondern von einer "deutschen Krankheit" namens Angst befallen. Anstatt "in klaren Sätzen zu sagen was Sache ist, gefallen wir uns in Angstszenerien" und müssen folglich mit dem Schlimmsten rechnen, denn "eine von Ängsten erfüllte Gesellschaft wird unfähig zu Reformen und damit zur Gestaltung der Zukunft" (Herzog, 1997, S. 15). Die Methode besteht hier darin, "uns" die Ängste, die als Reaktion auf die pausenlos von herrschender Seite beschworenen Bedrohungsszenarien durchaus angemessen sind, auch noch zum Vorwurf zu machen. "Wir" sind die Ursache des Problems und haben deshalb das Büßergewand völliger Anspruchslosigkeit überzuziehen und mit Leistung plus Lohnzurückhaltung um Vergebung für "unsere" Sünden zu betteln.

Frappierende Beispiele dieser Argumentationslogik liefert eine demokratie- und sozialstaatsfeindliche Kampfschrift mit dem Titel "Wir Zukunftsdiebe". Die Autorin Heidi Schüller, eine ehemalige olympische Leichtathletin, gehörte 1994 zum Schattenkabinett des damaligen Kanzlerkandidaten Scharping. Sie betreibt in ihrem Buch eine teils inquisitorisch wirkende Fahndung nach "Dieben jugendlicher Zukunft", zu denen zuvorderst eine wachsende Gruppe "von *Anspruchsnehmern*" zählt, "denen ein anachronistisch gewordenenes Sozialsystem ein Füllhorn von Leistungen grundgesetzlich zugesichert hat" (Schüller, 1997, S. 10, Hervorhebung T.G.). Danach kommen "*die Alten*": Es "wehklagen Seniorenverbände wegen lächerlicher Kurbeschränkungen oder wegen ein paar Mark Zuzahlung für oft überflüssige Medikamente" (S. 16). Dann will es scheinen, als sei *die Jugend selbst schuld*, denn "für etwaige 'Pflichten' reicht die Phantasie nicht aus (...) ihr Narzissmus, ihre Egozentrik, ihre Konsumorientiertheit, ihre Fixierung aufs Geld als Maßstab - fast - aller Dinge sind manchmal nur skurril, meistens ärgerlich" (S. 21). Doch halt: *Wir Konsumenten* "haben es ihnen vorgelebt" (ebd.) und mit unserem schlechten Vorbild die Jugend verdorben.

Dann gibt es sie doch, die *bösen Jugendlichen*, die nicht nur an ihrer eigenen Misere *selbst schuld* sind, sondern auch die "Chancen" der braven Kinder aus gutem Haus zerstören, indem sie sich mit einer *mafiosen Clique überflüssiger Sozialarbeiter* zusammenrotten, die mit ihrer asozialen Erwerbsneigung den Staat ausbeuten: "Wie viele Stellen im Sozialdienst stünden ad hoc zur Disposition, wenn man der Verweigerungsjugend mehr (...) Eigenverantwortung abverlangen würde? Auch hier wäre Ressourcenverknappung (...) der hilfreichere Weg. Fernab von den Idealisierungen wabernder Sozialpolitik muss sich auch hier der Aufwand bald am Effekt messen lassen. Es ist wirklich nicht einzusehen, dass gerissene 'Abweichler' und Schwererziehbare mitsamt ihren Betreuern in einzelnen Luxusprojekten kostenträchtig 'geparkt' werden (...) während gleichzeitig Schulen und Hochschulen verkommen und leistungswilligen, engagierten Kindern die Ausstattungsbasis beschnitten wird" (S. 24 f.). Sozialarbeit ist überflüssig. Sie dient "vorrangig der Legitimation und Beschäftigungssicherheit der erwachsenen (Selbst-) Helfer" (S. 25).

Schulen sind überhaupt der Zukunftsfähigkeit unserer "Kids" abträglich und haben deshalb als "Spielwiesen für weltenferne Pädagogenexperimente endgültig ausgedient" (S. 75). Ob aber das Realitätsprinzip noch rechtzeitig durchgesetzt werden kann, ist fraglich, denn "zu viele unserer *überalterten Schulpädagogen* haben (...) die neuen Chancen und Aufgaben noch gar nicht begriffen", im Gegensatz zu Heidi Schüller und "ganz vereinzelt" Genies unter den jungen Lehrern, die "wie Kronjuwelen von Klasse zu Klasse weitergereicht" werden (S. 76, Hervorhebung T.G.). Dass "*die Lehrer*" *an allem schuld* sind, wissen Eltern ja schon lange, aber wenn jetzt auch noch *Überalterung* hinzukommt, ist das wahrhaft skandalös und alle kindlichen Zukunftschancen sind endgültig beim Teufel. So ist der von den "Kronjuwelen" ausgehende Hoffnungsschimmer auch nur ein ganz kleiner, denn zusätzlich zu ihrer "Weltenferne" hängt der Schule noch der Mühlstein einer "verquasteten Bildungspolitik der siebziger Jahre" am Hals (S. 99). Zwischenzeitlich vernimmt man einen bekannten Unterton: Die "*Achtundsechziger*" *sind schuld*.

Noch schlimmere Zukunftsfeinde finden sich in den Reihen der *Gewerkschaften*. Diese sind *schuld am*

Niedergang des Standorts weil "betriebsblinde Proteste die notwendigen Reformen verhindern" (S. 45). Scheinbar ohne Sinn verfolgen sie lediglich Selbstzwecke: "Als Demonstration ehemaliger Machtfülle versammeln die großen (...) Gewerkschaften noch einmal alle Mühseligen und Beladenen unter ihren Fittichen. In der Hoffnung auf die Wiedergeburt der untergegangenen Solidarität rufen sie zum Kampf. Oft gegen besseres Wissen. Manches wirkt wie ein präfinales Zucken, die große Konvulsion vor dem Kollaps" (S. 44).

Dass Bildung, die der Sozialdemokratin Schüller vorgeblich so viel gilt, zu den von den "Mühseligen und Beladenen" der Arbeiterbewegung erkämpften Rechten zählt, ist ihr kein Wort der Erwähnung wert. Der später deutlich werdende Grund kann vorweg genommen werden: Bildung soll zum Privileg "Besserverdienender" werden. Der massiv zunehmende Konkurrenz- und Selektionsdruck in Schul- und Berufsausbildung verringert auch die Karrierechancen von Kindern meritokratischer Eliten. Weil dies Schüller u.a. - wie alle zerstörerischen Entwicklungen des Neoliberalismus - als "unabänderlich" gesetzt gilt, wird organisierte Vertretung allgemeiner Interessen, die auf öffentlicher Bildung für alle besteht, pauschal diffamiert. Wenn der Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe für weniger Menschen gelten soll, dann zuerst "für uns", lautet die banale Idee hinter den Phrasen vom "Engagement für die Zukunft der Kids".

Dass Interessenvertretung in Wahrheit schädlich und Emanzipation sinnlos ist, müssen besonders *Frauen* erfahren. Nicht nur allgemeine Standortdefizite wie die "unerträglich hohen Lohnnebenkosten" vereiteln ihre Karrierechancen, auch die Erblast vormals erkämpfter Frauenrechte zerstört jede Zukunftsaussicht: "Zwar waren all die Frauen- und Müttervergünstigungen ein revolutionärer Fortschritt, zumindest auf dem Papier (...) Fakt ist aber, dass sich vieles davon bei Neueinstellungen nun gegen sie richtet. Wo Mutterschaften ins Haus stehen, reagieren Arbeitgeber ganz zugeknöpft - übrigens auch weibliche (...) Da werden dann doch lieber Männer eingestellt, Mitarbeiter ohne Gebärfrisiko" (S. 85). Man merke: *Die Frauenbewegung ist schuld*.

Neben derart elaborierten Analysen finden sich bei Schüller auch Hinweise auf Menschengruppen, deren Kollektivschuld am Unglück der deutschen Jugend hinreichend bekannt ist: "Im Konkurrenzkampf um die schwindstüchtigen Arbeitsplätze werden die Jungen von wesentlich 'billigeren' Arbeitsnomaden aus aller Herren Länder verdrängt" (S. 10). Ob "billiger" in Anführung steht, weil der Autorin auch die Löhne arbeitender Armer noch als zu hoch gelten, kann hier nicht geklärt werden, wohl aber das zwischenzeitliche Urteil über die "arbeitsnomadisierenden" Fremden: *Die Ausländer sind schuld*.

Dann ist Schluss mit "Randgruppen". Schuldige gibt es auch in der "Mitte der Gesellschaft": "Beamtentum und öffentlicher Dienst spüren den Druck der globalen Konkurrenz ja überhaupt nicht und dümpeln in weltfremden Arbeitsidyllen. Ihre Lobbyisten sind mächtig, ihr politischer Einfluss beängstigend" (S. 118). *Angestellte des öffentlichen Dienstes sind schuld, Beamte sind schuld, politisch handelnde Personen sind schuld. Generell sind nur Individuen schuld*, das ökonomische System ist fraglos gut und würde einwandfrei funktionieren, wären nur die Menschen nicht so unfähig und dumm. So oder ähnlich lautet Schüllers Credo personalisierenden Denkens. Und dann noch dieses verbrecherische Lobbyistentum bei Arbeitern, Angestellten und Beamten. Ein Glück, dass der "globale Konkurrenzdruck" bald auch deren "Idyllen" hinwegfegen wird.

Schließlich: "Auch die Bürger selbst, *wir alle* haben dieses System überfordert (...) durch beliebiges Ausschöpfen sozialstaatlicher Leistungen, (...) durch cleveren Beschiss" (S. 48, Hervorhebung T.G.). In Schüllers Phantasiewelt existieren weder reale Not, die Menschen vom Lohnersatz abhängig macht (während sie zugleich pausenlos Existenzängste schürt), noch damit verbundene Demütigung, Gängelung, Bespitzelung durch Sozialdetektive u.ä. Aus den jedermann zugänglichen Selbstbedienungskassen der Sozialämter kann scheinbar "beliebig geschöpft" werden. Am Ende fragt man sich angesichts derartiger Beschuldigungsorgien, *ob es überhaupt Lebensansprüche geben könnte, die nicht den Vorwurf schuldhaften Verhaltens auf sich ziehen würden*.

Als "zu teuer" gilt der neoliberalen Welterklärung nicht nur jede Form der Sozialstaatlichkeit, auch Demokratie wird unter dem Mantel der Sparparole bekämpft. Dabei handelt es sich um eine schwierige Aufgabe, weil "Demokratie" bislang ein hochbesetzter und wichtiger Begriff bei der Herstellung von Systemloyalität und der gleichzeitigen Abwehr des als "totalitär" diffamierten Sozialismus war. Um nun das lange als Krönung der Zivilisation Gepriesene in den Dreck zu treten, bedarf es schon hoher propagandistischer Künste, die allerdings auf einen mit Hilfe der Standortdebatte bereiteten Boden der Angst

treffen. Die erste Stufe bildet die nun seit einem Vierteljahrhundert manifeste Krise, die von ihren Nutznießern kurzerhand als "*Demokratieversagen*" ausgegeben wird. "Besser, die Banken machen die Politik, als Leute, die keine Ahnung von Marktwirtschaft haben" (Verlagsanzeige), lautet das Fazit "wissenschaftlicher Studien", in denen unverhohlen die Errichtung einer Diktatur des Finanzkapitals gefordert wird. Die Rede vom "Demokratieversagen" meint nicht konkrete Maßnahmen, sondern will politisches Handeln generell diskreditieren.

Auch Schüllers vorgebliche Besorgnis um die Zukunft der Jugendlichen, die "schon verloren haben, bevor sie an den Start gegangen sind" (Schüller, 1997, S. 9), stehen in diesem Kontext, denn "die Demokratie einer vergreisenden Nation sitzt in der Falle" (S. 7). Bemäntelte Hayek seinen Demokratiehass noch mit der Behauptung, Demokratie sei auf "die Unterstützung der Schlechten" angewiesen und deshalb unfähig und "totalitär", so heißen die "Schlechten" in Schüllers stammtischgeeigneter Übersetzung "*Rentner*". Gleich eingangs wird "die Überfrachtung der unter 40-jährigen (...) mit überbordenden Altlasten für die kommode Versorgung der Vorgängergenerationen" beklagt (S. 8) und die Frage aufgeworfen, was "verantwortliche Eltern" tun müssen, "um die ahnungslosen Wohlstandskinder aus ihren paradiesischen Sozialstaatsträumen wachzurütteln" (S. 9). Der beschworene Ruin steht uns vor allem deshalb bevor, weil "schon viel zu lange und viel zu üppig in die Wohlbefindlichkeit der alten Wählermehrheiten" investiert wurde, "statt in die Zukunftssicherung für die junge erwerbstätige Generation" (S. 41). Um sich die Stimmen der "Alten und Hinterbliebenen" zu sichern, sabotiert "die Politik" die "dringenden Reformen" und es kommt zur Katastrophe, dass "aus wahltaktischem Kalkül der Seniorenpark errichtet (wird) und nicht das kostenlose Internet-Café für die Kids" (S. 43). Statt endlich den "Reformstau" zu beseitigen, ist Demokratie "ständig auf der Suche nach gratismutigen Gesetzen" (S. 50) und verschwendet damit "unendlich viel Zeit, bis sie aktiv wird. Viel zu viel Zeit!" (S. 7). Denn: "Selbst jetzt, wo uns der Kittel brennt, wo das deutsche Wohlstandshaus in Flammen steht, polieren sich unsere Feuerwehrmänner (...) noch immer eitel die Goldknöpfe ihrer Uniformen und stehen sich gegenseitig aus ideologischen Nickeligkeiten auf dem Wasserschlauch" (S. 16). Schüller fordert keine Expertendiktatur nach dem Vorbild Hayeks, diese Schlussfolgerung überlässt sie der Phantasie ihrer Leser, denen dies in vielen Fällen - nach so vielen "Beweisen", dass "die Politik" wirklich unfähig ist - kaum schwer fallen wird. Kurzschlüssig personalisierendes Denken macht deutlich, dass Demokratie nichts taugt. Außerdem braucht das "brennende deutsche Wohlstandshaus" endlich die große Feuerwehrkoalition, deren Einheitsvernunft den zukunftsvernichtenden Flächenbrand der "Anspruchsinflation" austritt. Opposition dagegen muss als unterlassenes Löschen verschwinden. War diese "ideologische Nickeligkeit" bis jetzt nur inhalts-, grund- und sinnlos, so wird sie heute unseren "Kids" zum Verhängnis wenn sie von rentengierigen Leistungsverweigerern instrumentalisiert wird: "Eigentlich sitzen wir schon heute in der *Demokratiefalle*. Die politische Macht liegt aktuell schon bei denen, die (...) Wohltaten bereits beziehen oder in absehbarer Zeit erhalten wollen" (S. 157, Hervorhebung T.G.).

Die Altendiffamierung versucht nicht nur, Jung gegen Alt auszuspielen, sondern demokratiefeindliche Polemik mit Verwertungslogik zu kombinieren, worin die Menschen allein unter dem Kriterium ihrer ökonomischen Brauchbarkeit gesehen und die ihnen zustehenden Rechte ausschließlich danach bemessen werden. Deutlich wird dies an Schüllers Forderung nach allgemeiner Arbeitspflicht, die sie erhebt damit "alle ihren Beitrag leisten (...) jeder, bis auf Hilflöse, *Schwerst*ranke, Kinder und Greise sowie Mütter in der Erziehungsphase" (S. 22, Hervorhebung T.G.). *Schwer*ranke *gelten der Autorin*, die der Klappentext ihres Buches als ehemalige Ärztin ausweist, die "freiwillig aus dem medizinischen Betrieb ausgeschieden" ist, *offenbar als arbeitsfähig*. Darum geht es ihr: "Den Älteren gezielt den Zugang zu anderen Erwerbsquellen öffnen. Beispielsweise zu sozialer Arbeit und zu Dienstleistungen aller Art (...) als Ergänzung eines reduzierten Alterseinkommens (...) in unmittelbarer Umgebung ihres Wohnortes" (S. 142 f.). Darum geht es: Die Arbeitskraft der Menschen zu vernutzen bis Tod oder *Schwerst*krankheit eintreten. Den Jungen soll gegeben werden, weil "wir" sie brauchen, die Alten haben ihre Schuldigkeit getan und sind bloße Kostenfaktoren, die in Anspruchslosigkeit ihres Ablebens zu harren haben. Die Frage, warum ein reiches Land nicht in der Lage sein sollte, den Lebensansprüchen älterer Menschen zu genügen *und* Berufsperspektiven für Jugendliche zu ermöglichen, kommt gar nicht erst in den Blick oder wird mit Totschlagargumenten ("Globalisierung-Standort-Sparzwang") eliminiert.

An "Auswegen" aus der herbeigeredeteten "Demokratiefalle" wird an anderer Stelle bereits gearbeitet wenn unter der Parole "old man, no vote", offen gefordert wird, "älteren Menschen das Wahlrecht zu entziehen"

(Butterwegge, 1998a, S. 90 f.). Und selbst noch weitergehende Stimmen sind bereits zu vernehmen: "Ab einem bestimmten Alter schießen wir die Alten auf den Mond, auf dass wir hier unten nicht mehr gestört werden, im Supermarkt, im Straßenverkehr, dass Wohnungen frei werden und es den Senioren letztlich besser geht. Das Vermögen bleibt natürlich auf der Erde" (Fernsehmoderator in TV-Berlin, zit. n. ND, 5.1.1999, S. 2).

Mit den geschilderten Ausfällen gegen alte Menschen deutet sich als weitere Technik des neoliberalen Sprachrevisionismus das genaue Gegenteil verniedlichender Euphemismen an: Die gezielte *Sprachbrutalisierung*. Das Projekt "Denkverwirrung durch Sprachverwirrung" arbeitet mit einer Doppelstrategie: Es wird zugleich verharmlost *und* verschärft, verleugnet *und* eingeräumt. Zuerst wird jede böse Absicht bestritten, dann die begriffliche Keule umso brutaler eingesetzt. Mit dem einen wird versucht, den Schein des Guten aufrechtzuerhalten, mit dem anderen, die Menschen an die Brutalisierung der Verhältnisse zu gewöhnen.

Herausragend ist die Verknüpfung von Sozialstaatskritik mit der *Schlankheits- und Fitnessrhetorik*. Der Staat wird mit Verfettung und Verweichlichung, mit Langsamkeit und Lähmung konnotiert. Um den Standort zu retten, muss ein "Fitnessprogramm" zur Abhärtung absolviert werden. Wie solche Parolen auf eine *emotionale Vergleichsgültigung* der Menschen abzielen, haben Ursula Kreft und Hans Uske herausgearbeitet: "Für die Gesellschaft, angesprochen als verfetteter und degenerierter Körper, wird nun ein Fitness-Programm entworfen, das vor mentaler und physischer Verweichlichung schützen soll. Maßnahmen, die Sozialleistungen reduzieren, sind daher heilsame Medizin, ein »Vitaminstoß für Deutschland«, der Körper und Geist gesünder macht. Dass dabei Menschen in Not und Elend gestoßen werden, ist unvermeidlich. Wenn es gilt, eine ganze Gesellschaft vor dem Verfall zu bewahren, dann scheint es konsequent, das Gemeinwohl zu stärken, indem man einzelne opfert, die doch nur unnütze Esser sind, zu schwach und zu krank, nur hinderlich im Wettbewerb. Die Brutalität dieses modernen Sozialdarwinismus will gelernt sein; den Anblick bettelnder Kinder und erfrierender Penner auszuhalten, muss man lernen. Vereinzelte Vitaminstöße sind da offenbar nicht ausreichend. Die Risikomentalität ist erst dann installiert, wenn uns alle Praktiken, die unter der Chiffre 'Sozialstaat' laufen, verdächtig erscheinen, wie gefährliche Krankheitskeime, die den Gesellschaftskörper schädigen - und daher mit aller Härte zu bekämpfen sind (Kreft/Uske, 1998, S. 136, Binnenzitat FAZ vom 31.1.1996)

Um das "Fett" der Sozialstaatlichkeit zu bekämpfen, müssen Betriebe, der Staat und die Emotionalität der Menschen "verschlannt" werden. Letztere soll - nach ihrer Befreiung von moralischem Ballast - auf eine verwertungspraktisch kanalisierbare Begeisterungsfähigkeit für nationale Interessen und betriebliche "Visionen" abmagern. "*Verschlanung*" ist der Euphemismus zur Bemäntelung von Massenentlassung, Rationalisierung, und Arbeitsintensivierung. "Schlank", das klingt sportlich, modern und gesund. Dass es die Menschen selbst sind, die als "überflüssiges Fett" aus ihrer Existenz gedrängt werden, gerät aus dem Blick: "Dieser Ausdruck, dessen Eleganz jeder zu schätzen weiß, bedeutet, das störende Fett zu beseitigen, in diesem Fall Männer und Frauen, die arbeiten. Oh, nein, es geht nicht darum, die Menschen selbst zu beseitigen. Aus ihrem Fett Seife, aus ihrer Haut Lampenschirme zu fertigen - das wäre von schlechtem Geschmack, es wäre nicht mehr Mode, entspräche nicht der Zeit; man beseitigt nur ihre Arbeit" (Forrester, 1997, S. 128).

In Publikationen von Vorreitern der "schlanken Produktion" finden sich allerdings ganz andere Töne. So ließ ein Vertreter des an der Entwicklung derartiger Konzepte zuvorderst beteiligten Toyota-Konzerns, bereits Ende der 70er Jahre verlauten: "Die Achtung der Menschenwürde, wie Toyota sie versteht, bedeutet wertlose, parasitäre Menschen, die besser nicht da wären, aus der Belegschaft auszumerzen, und in allen Menschen (...) das Zugehörigkeitsgefühl zu wecken. Um Parasitismus und überflüssige Verrichtung auszurotten, ist eine durchgehende Standardisierung notwendig (...). Wenn nämlich die Arbeit selbst eintönig und einfach ist, wird es leicht, die Existenz parasitärer und überflüssiger Menschen (sich selbst eingeschlossen) festzustellen. Auf diese Weise hat Toyota eine Atmosphäre geschaffen, die die Teilnahme der ganzen Belegschaft an der Ausmerzung parasitärer Elemente ermöglicht und mit der Achtung der Menschenwürde das Streben nach Rationalisierung verbindet" (Shimizu, 1979, S. 329 f.).

Wieweit ist es von hier bis zum offenen oder wie auch immer verschleierte Faschismus? Wären "Euthanasie", Altentötung und überhaupt die Beseitigung aller nicht profitabel verwertbaren Menschen nicht die konsequente Fortsetzung der hier auch noch mit dem Deckmantel der "Menschenwürde" versehenen "Ausrottung parasitärer und überflüssiger Menschen"? Ist der Zynismus einer Rhetorik, die Menschen zu

Ungeziefer erklärt, noch steigerbar? Heute, im Frühjahr 1999, schließen sich Fragen nach den psychologischen Gehalten aktueller Kriegspropaganda an. Kann man den vielgescholtenen *"Kollateralschaden"* vielleicht noch als Zynismus fassen, der von der Realität des Tötens abstrahiert, sie verleugnet und verharmlost, wobei mit dem "Schaden" auch hier wieder die ökonomistische Komponente hinzu kommt, so sucht man vergebens nach Worten für die Kriegssprache der Schröders, Fischers, Scharpings, die von *"humanitärer Maßnahme"* reden, wenn unter ihrer politischen Verantwortung wehrlose, in Kellern schutzsuchende Menschen mit computergesteuerten Raketen zu blutigem Brei zerquetscht werden. Gibt es einen psychologischen Begriff für das entsetzliche Grinsen im Gesicht der Nato-Sprecher, das sie demonstrativ aufsetzen, wenn sie "bedauern", dass ihre sonst immer so "intelligenten Bomben" wieder einmal "versehentlich" einen Bus, einen Zug oder ein Wohnhaus getroffen und von den darin befindlichen Menschen nichts als verkohlte Fleischklumpen übriggelassen haben, oder Haarbüschel, die später an den Mauern umliegender Ruinen gefunden wurden? Dieses unerträgliche Grinsen, mit dem sie den von ihren Mordwaffen Zerfetzten "ein Tut-uns-leid ins Grab nachrufen" (Reents, 1999). Kann man so etwas noch Zynismus nennen? Oder Hohn? Wäre ein solches Grinsen "höhnisch", was wäre dann von nun an das, was wir bisher unter diesem Wort verstanden haben, wie etwa die Schadenfreude Sportbegeisterter über das verlorene Spiel eines ungeliebten Vereins? Ich meine, Horkheimers These "wer nicht vom Kapitalismus reden will, soll auch vom Faschismus schweigen" trifft auch hier mit ihrer Erkenntnis, dass Faschismus und Krieg als Extrem reproduzieren, was im Kapitalismus schon als "normal" angelegt ist. Eine Produktionsweise, die schon im "Normalbetrieb" Menschen nicht als Subjekte anerkennt und sie zur bloßen Dispositionsmasse, zu bei entsprechender Aktienlage auszurottenden "Parasiten" degradiert, kann diese Verdinglichung nur noch zum Exterminismus (Thompson, 1981) hinter der beliebig grinsenden Fratze des Gutmenschentums steigern. Und ihre sich zuspitzenden Widersprüche verlangen nach Steigerungen.

Mit dem durchgängigen *Zynismus* neoliberaler Rhetorik ist ein weiteres psychologierelevantes Feld diskursiver Strategien zur Veränderung gesellschaftlicher Bedeutungen angesprochen. Deren krasse Formen, die Menschen zu "Sozialschmarotzern", "Bodensatz" und "Wohlstandsmüll" erklären, werden später im Zusammenhang mit der "Sozialmissbrauchsdebatte" diskutiert. Hier sollen einige komplexere Zynismen zur Sprache kommen, mit denen die Vergleichgültigung der Menschen gegenüber der Not anderer betrieben wird, wie die Parole: *"Wer Sozialhilfe bezieht, ist nicht arm"*, die ihren chauvinistischen Charakter besonders dann offenbart, wenn sie von Personen ausgegeben werden, denen wöchentlich Bezüge zufließen, die dem Jahreseinkommen von Sozialhilfeempfängern entsprechen oder noch darüber liegen. Neben Mittelschichtlern, denen das Feindbild der "Undankbaren" angeboten und die Selbstsicht des eigenen Bevorrechtetseins vermittelt wird, sind besonders die Angehörigen der unteren Lohngruppen und Menschen in prekären Lebenslagen Adressaten der Botschaft, denen zum einen vorgegaukelt wird, wie schön doch das "Leben ohne Arbeit" sei, schließlich führe es noch nicht einmal zum Armsein und denen außerdem signalisiert wird, dass sich "jeder" als Resultat "normaler Vorgänge" dort wiederfinden könne und dieser Zustand der Existenzbedrohung (die als solche zugleich geleugnet wird) fraglos hinzunehmen sei. Die Frage, was es bedeutet, von den erbärmlich niedrigen Sozialhilfesätzen leben zu müssen, taucht nicht auf. Das Zynische der Parole liegt darin, dass Sozialhilfeleistungen selbst im offiziellen Verständnis lediglich das absolute Existenzminimum abdecken. Wer bestreitet, dass es sich dabei um Armut handelt, verortet diese also noch darunter und behauptet, dass selbst derart unmenschliche Daseinsbedingungen keinen prinzipiell inakzeptablen Zustand bedeuten, sondern lediglich aufgrund "guten Willens" (noch) vermieden werden. Vor allem aber stellt sich die Frage, was denn unter "Armut" zu verstehen ist, wenn nicht Lebensbedingungen auf Sozialhilfeniveau. Wer solches behauptet, verwechselt offenbar Armut mit Verhungern.

Andere Zynismen arbeiten an der Zerstörung menschlichen Mitgefühls, indem sie sich selbst als geheucheltes Mitleid drapieren und die Betroffenen dadurch verhöhnen. Der vor Jahresfrist abgelöste Minister für Arbeit und Soziales Blüm, seinerzeit Bezieher eines Monatseinkommens von ca. 30.000 Mark (vgl. Beck/Meine, 1997, S. 54), versichert denjenigen, die nicht einmal mehr ein Dach über dem Kopf haben, es sei "wahrhaft keine Schande, auch mal unter Brücken zu übernachten" (Näser, 1997, S. 3) und erklärt an anderer Stelle, es sei "heute im Zeichen des Job-Wechsels keine Schande, eine Arbeit anzunehmen, die nur so niedrig bezahlt wird wie das Arbeitslosengeld" (ebd., S. 4), womit er sich mit Scharpings einstiger Schattenministerin einig weiß: "Vor die Wahl gestellt, arbeitslos zu sein oder eine Startchance - auch zu *reduzierten Konditionen und befristet* - wahrzunehmen, würde ich jungen Leuten immer zu letzterem raten.

(...) Der Weg in die Sozialhilfe wird zunehmend zur Sackgasse - ohne Wendemöglichkeit. Ihn sollten jungen Menschen *um jeden Preis meiden*. Sie brauchen die Nähe zur Arbeitswelt und keine *sozialromantische Scheinwelt* - aus der sie später nur noch *im Sturzflug und schwer lädiert* in die Realität zurückfallen" (Schüller, 1997, S. 154, Hervorhebung T.G.). Was soll uns hier eigentlich ins Bewusstsein geträufelt werden? Am Beginn des 21. Jahrhunderts sollen sich junge Menschen in einem der reichsten Länder der Welt für Pfennigbeträge, ja "*kurzfristig auch umsonst*" (S. 115) an ständig wechselnden Arbeitsstellen verdingen, je nach aktuellem Verwertungsbedarf und dies auch noch als "Chance" verstehen. Die Inanspruchnahme einer staatlichen Nothilfe wird dagegen als "sozialromantische Scheinwelt" diffamiert, versehen mit der Drohung, "schwer lädiert" zu werden. Was das bedeutet, erfahren wir freilich nicht, die Rede dient allein dem Transport von Angst, die Schutzgelderpresser zur Verrichtung ihres Geschäfts benötigen.

Blüms "keine Schande"-Rhetorik geht noch einen Schritt weiter. Die ins soziale Nichts der Obdachlosigkeit gestoßenen Menschen sollen ihren Status als eine Art Abenteuerurlaub begrüßen ("auch *mal* unter Brücken übernachten") und der Skandal der Wohnungslosigkeit inmitten des protzig zur Schau gestellten Reichtums einer Minderheit soll als gesellschaftliche Normalität akzeptabel gemacht werden.

Die gewünschte Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend anderer etabliert sich schleichend. Die schrittweise Einführung der neoliberalen Neusprache ist ein Weg dorthin. Zuerst kaum merklich, aber mit beständiger gradueller Veränderung sickern die Denkgifte ins Bewusstsein. "Eure Armut kotzt mich an", verkünden zuweilen Aufkleber an Autos der gehobenen Preisklasse und zeigen damit des Besitzers "Mut zur sozialen Differenzierung" (Welzk, 1998, S. 17). Und in Nordamerika, wo man bekanntlich besonders fortschrittlich ist, "haben die Leute die Nase voll von dem dauernden Gejammer über die zunehmende Armut. Die Steuerzahler der Mittelschicht finden ohnehin, dass die Ausgaben für die Armen viel zu hoch sind" (Halimi, 1995, S. 11). *Das Zynische der neoliberalen Spardebatte liegt darin, dass diejenigen, die selbst lebenslänglich abgesichert sind, denjenigen die in ständiger Zukunftsangst leben, mit der perfiden Parole der "Vollkaskotalität" das zutiefst menschliche Bedürfnis nach Sicherheit und Verlässlichkeit auch noch zum Vorwurf machen und gerade von Menschen in den unsichersten Lebenslagen "Mut zum Risiko" fordern.*

Die hierzu in Umlauf gebrachten Zynismen sind Ausdruck einer herrschaftsideologischen Denkfigur mit der Kernlogik "die Opfer sind schuld", nach der Arbeitslosigkeit und Armut nicht aus der Spezifik der kapitalistischen Ökonomie resultieren, sondern aus "falschem Verhalten" und "falschem Bewusstsein" der Arbeitslosen. Aus zu geringer Bereitschaft, für Trinkgelder zu arbeiten oder ständig wegen irgendeiner auswärtigen Hilfsarbeit den Wohnort zu wechseln. All diese Menschen werden keineswegs als von gravierenden Systemmängeln Betroffene gesehen, sondern gelten selbst als mangelhaft, da sie "es trotz aller Chancen und aus eigener Schuld nicht schaffen" und denen man daher zynisch erklärt: "Wer verliert, denkt falsch" (ND, 15.7.1997, S. 1).

Dass der Zynismus der Herrschenden bis zum Äußersten geht, zeigen auch Ereignisse, wie die Reaktionen wirtschaftsliberaler Medien, als nach der Eisenbahnkatastrophe von Eschede im Juni 1998 Personalpolitik und Arbeitsbedingungen der Bahn AG in die Kritik gerieten und die dortige "Verschlankung" mit den Unfallursachen in Verbindung gebracht wurde. Das "Handelsblatt" warb um Verständnis dafür, dass "die mobile Gesellschaft ihren Blutzoll fordert" und die "Neue Züricher Zeitung" wies jede Kritik an der Privatisierung öffentlicher Verkehrsbetriebe mit der Forderung zurück, wir benötigten statt dessen das "Sprach- und Formenarsenal einer Liturgie des Todes, um die Katastrophen zu bemeistern" (Kurz, 1998a, S. 9).

Einen scheinbaren Gegenpol zum neoliberalen Sprachzynismus bildet die Begriffswelt der organisationspsychologischen "Paradigmenwechsler". Während mit Personalabbau und Arbeitsintensivierung versucht wird, immer mehr Leistung aus den Menschen herauszupressen, betreiben sie die Verhimmelung und Verkitschung arbeitsbezogener Sprachformen. Und auch diese Begriffsbesetzungen zielen auf die Formierung psychischer Funktionen ab. Für die Ebene des *Denkens* wird der Begriff der *Kreativität* instrumentalisiert und behauptet, man wolle den Stumpfsinn der Fließbandarbeit beseitigen. Ein System "kontinuierlicher Verbesserung" wird eingeführt, bei dem die Beschäftigten ihre Kenntnisse in den Produktionsprozess einbringen sollen. Analysiert man die Ergebnisse dieser Entwicklung, findet man Arbeitsintensivierung und Personalabbau. Die "Verbesserungsvorschläge" der Menschen werden in Rationalisierungsmaßnahmen verkehrt, die ihre eigenen Arbeitsplätze überflüssig machen (Gerlach, 1996, S. 27 - 30). Für den Bereich der *Gefühle* werden ganze Managementstrategien der *emotionenorientierten*

Personalführung" entwickelt, die unter Schlagwörtern wie "Vision", "Ganzheitlichkeit" oder "Sinnstiftung" den Menschen suggerieren sollen, sie verausgabten ihre Arbeitskraft in "Betriebsfamilien" und nicht in Konzernen zur privaten Profitmaximierung. Bei der Herstellung erwünschter *Beziehungsformen* spielt der besonders verlogene Begriff der *Wertschätzung* eine große Rolle, der wie kein zweiter aus dem Umstand hervorgeht, dass unter kapitalistischen Bedingungen alle Lebensäußerungen zur Ware werden: So, wie es auf dem Markt eine Ware taxiert und *schätzt*, wieviel sie *wert* sein könnte, betrachtet das von der Warenform präformierte Bewusstsein im instrumentellen Verkehr betrieblicher Abläufe den Bewerber, Mitarbeiter oder Kollegen, der dabei gleich doppelt verdinglicht wird. Zuerst wird *geschätzt* und dann *gewertet*. *Geschätzt* auf seinen *Wert* hin, den man sich unter Ausnutzung seiner Kräfte nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung von ihm zu machen verspricht. Die organisationspsychologische Rede von der "Wertschätzung" instrumentalisiert die Bedürfnisse der Menschen nach Anerkennung, Zuwendung, Gemeinsamkeit usw. und subsumiert sie gerade unter die Kategorie, die ihnen am wenigsten entspricht: Die Rechenhaftigkeit des kapitalistischen Ökonomismus, der die Menschen "*schätzt*", solange sie genug *Mehrwert* produzieren, zugleich aber ständig bestrebt ist, sie "überflüssig" zu machen und aus ihren Erwerbsmöglichkeiten zu vertreiben.

Die Formierung der Subjekte im Betrieb erfolgt allerdings keineswegs nur über die Umbesetzung von Begriffen. Hier im Produktionsbereich geht es ganz real um Menschendressur im Wortsinn, die allerdings "Training" heißt. Im Zusammenhang mit Emotionen ist der Komplex des *Gefühlsmanagements* zu nennen. Ein Ausläufer der Standortdebatte setzt hier mit der Rede von der "*Servicewüste Deutschland*" oder der "*kundenfeindlichen Gesellschaft*" an. Um den Standort zu retten, müsse eine "*Kultur des Dienens*" (Herzog) entwickelt und der "*Faktor Freundlichkeit*" entdeckt werden. Organisationspsychologen wittern einträgliche Morgenluft: Im "Personaltraining" werden erste *Lächelkurse* angeboten.

Wie kann eine "Spardebatte" überhaupt funktionieren? Mutet die Behauptung, Renten und Sozialstaat seien "nicht mehr finanzierbar" nicht absurd an, in einem derart reichen Land? Ist die BRD heute etwa ärmer als 1949, als das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz verankert wurde? Nach dem bisher Gesagten offenbar nicht. Was ist mit dem Umstand, dass im Gegensatz zu den unaufhörlichen Sparparolen Millionen und Milliarden *problemlos und augenblicklich* zur Verfügung stehen, wann immer dies von herrschender Seite gefordert, wann immer das Militär nach neuer Tötungsmaschinerie, die (privaten) Atomkonzerne nach (öffentlich zu finanzierender) "Entsorgung" und allgemein die notleidende Industrie nach Subventionen verlangen? Der Diskurs gerät in Widerspruch zu sich selbst, was seine Protagonisten aber keineswegs am unaufhörlichen Verkünden ihrer Forderung hindert, an die Stelle angeblicher "*Rundumversorgung*" der *Sozialversicherten* müsse "*mehr Selbstbeteiligung*" treten, womit suggeriert wird, Sozialleistungen enthielten auch "*Fremdbeteiligungen*" während sie *in Wahrheit ausschließlich durch "Selbstbeteiligung"* der Versicherten entstehen. Auf erweiterter Stufenleiter wird hier die fetischisierte Denkform reproduziert, worin der Lohn als "Bezahlung der Arbeit selbst" mystifiziert ist. "Arbeitgeberanteile" bzw. "Lohnnebenkosten" erscheinen dann als tatsächliche Leistung der Kapitaleseite statt als Rückgabe eines Teils des von Arbeitern und Angestellten produzierten Werts, oft mit der Folge arbeitsbedingter Krankheit oder Invalidität, die mit Hilfen aus Sozialfonds gelindert werden sollen.

Ähnlich irreführend wirkt die propagierte "*Eigenverantwortung*", die den sozialen Kahlschlag mit der Aura der Bürokratiekritik überzieht und einen Zuwachs an Selbstbestimmung suggeriert. Der besteht dann (für die "Besserverdienenden") darin, beim Abschluss einer privaten Rentenversicherung zwischen mehreren Versicherungskonzernen "wählen" zu können. Woher Millionen Menschen, die am oder unter dem Existenzminimum leben, die Mittel zur "eigenverantwortlichen Vorsorge" nehmen sollen, bleibt ungeklärt. Wer hintergrundtheoretisch absolute Armut zur begrüßenswerten Volkspädagogik stilisiert, hat an derartigen Klärungen auch kein Interesse. Eher verrät die begriffliche Nähe zu "*Eigensinn*" und "*Eigentum*" die gegen jede Form von *Gemeinwohl* gerichtete Absicht der Diskussion.

So gesehen ist die *Spardebatte die emotionenorientierte Fortsetzung der Standortdebatte*. Sie soll den "notwendigen Mentalitätswechsel" durch Zerstörung des emotionalen Widerstands gegen die Ausplünderung der unteren Schichten vorantreiben und bewirken, dass die Menschen sich "freiwillig" ihrer sozialen Sicherungssysteme berauben lassen. Der Zynismus, die emotionale Kälte, die verordnete Gleichgültigkeit sollen die Gewöhnung an skandalöse Verhältnisse transportieren. "Wenn ihr eine 'sichere' Zukunft wollt, müsst ihr Existenzangst und 'Risiken' in Kauf nehmen", lautet das neoliberale Paradox. Im nächsten Schritt werden die Opfer zu Projektionsfiguren. Vergleichgültigte Emotionalität stellt das psychische Bindeglied

zwischen neoliberalen Einheitsdenken und entfremdeter Handlungsfähigkeit dar. Einmal etabliert, kann sie zur Herstellung ausgrenzender Beziehungsformen instrumentalisiert werden, dazu, die Menschen in zugleich herrschaftssichernder Weise immer weiter gegeneinander aufzuhetzen. So wie das Standortbedrohungsszenario die Voraussetzung für den Angriff der Spardebatte auf Renten, Bildung und Gesundheit schafft, stellt diese ihrerseits die Voraussetzung für die Propagierung massenhafter Ausgrenzung von Menschen in der Sozialmissbrauchsdebatte dar, die nun als nächstes untersucht wird.

Die Sozialmissbrauchsdebatte: Die Armen als Schuldige am Elend der Reichen

Die neoliberalen Denkgifte, die als strategisch aufeinander bezogene Einzeldiskurse der Asyl-, Standort- und Spardebatte zur interessengeleiteten Veränderung von Denkformen und Befindlichkeiten ("Mentalitäten") eingesetzt werden, sprechen die psychischen Funktionsebenen in unterschiedlicher Weise an. Mit dem *Angstszenario der Standortdebatte* wird versucht, die Handlungsfähigkeit der Menschen im Sinne veränderter Verwertungsbedingungen zu funktionalisieren. Eine breit angelegte *Gegenaufklärung und die Umdeutung gesellschaftlicher Sprachformen* soll allgemeine Desorientierung bewirken, und eine *per Spardebatte verkündete 'Grammatik der Härte'* die emotionale Vergleichgültigung der Menschen befördern. Dem ging in den 80er Jahren die systematische Diffamierung benachteiligter Menschengruppen, insbesondere der Arbeitslosen voraus. Die gesellschaftliche Spaltung in Menschen höheren und minderen Rechts wurde diskursiv überhöht, Feindbilder wurden erzeugt und Bevölkerungsgruppen, die in Wahrheit zu den Verlierern des Systems gehören, gegeneinander in Stellung gebracht, womit zugleich von Ursachen wie Verursachern der Krise wirkungsvoll abgelenkt wurde. Solche Kampagnen zählen zu den Verschleierungsideologien, die mit ausdrucksideologischen Elementen, d.h. der emotionalen Mobilisierung gegen bestimmte Personengruppen ergänzt werden.

Der neoliberale Diskurs der 90er Jahre greift diese Strategie im Zuge einer "*Sozialmissbrauchsdebatte*" auf und behauptet, es gäbe eine massenhafte Inanspruchnahme sozialer Leistungen durch nicht bezugsberechtigte Personen, was aufgrund der "leeren Kassen" der öffentlichen Haushalte nicht mehr "hingenommen" werden könne und dem repressiv mit Leistungskürzungen, scharfen Kontrollen und sozialem Ausschluss zu begegnen sei. Die Bewegungsform der "Lösungen", die von der Missbrauchsdebatte angestrebt werden, ist die *Ausgrenzung*. Der gesellschaftliche Prozess soll in allen Bereichen nach den Prinzipien des "Wettbewerbs" organisiert werden, wer sich nicht marktgerecht zu verkaufen versteht, hat keinen Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Produkt. Die Missbrauchsdebatte verleiht dem Gesamtprozess diskursiver Subjektformierung erst ihre eigentliche Praxisrelevanz, indem sie die Wirkung der Standort- und Spardebatten auf die Ebene der *zwischenmenschlichen Beziehungen* transportiert. Dort müssen sich formierte Denkweisen und Befindlichkeiten manifestieren, um die gewünschten Ergebnisse hervorzurufen. Soziale Ausgrenzung ist außerdem praktisch gewordener Ökonomismus, der alles mit dem Maßstab einzelbetrieblicher Rationalität misst und Menschen auf Kosten-Nutzen-Faktoren reduziert: Ausgrenzung ist das Prinzip der "schlanken Organisation", des "schlanken Betriebs" und des "schlanken Staates", womit so viele Menschen wie nur irgend möglich aus ihren Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten verdrängt werden sollen.

Auch die Mißbrauchsdebatte bedient sich *zynischer Diffamierungen*, wobei vor allem die Rede von den "*Sozialschmarotzern*" als Kampfbegriff fungiert. Als solche gelten Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, chronisch Kranke und Rentner, aber auch "Scheinstudenten" und Alleinerziehende, die vorgeblich ein arbeitsfreies Leben auf Kosten der Allgemeinheit führen wollen und dabei den Staatshaushalt ruinieren. Der Zynismus hat die Beschuldigung der Opfer zum Ziel, wie im Kanzlerwort (Kohl) vom "*kollektiven Freizeitpark*", das den Zwangsurlaub der Arbeitslosen zum wonnigen Sonntagsvergnügen verdreht und ihnen zusätzlich zu Existenzangst und Selbstwertverlust auch noch Scham und Schuldgefühle aufnötigt. Noch schlimmer ist die Rede von der "*Rentnerschwemme*", die alte Menschen beschuldigt, mit ihren Lebensansprüchen die "Chancen" der Jugend zu zerstören. Der Zynismus des zum Unwort des Jahres 1996 gewählten Begriffs war sogar der FAZ einen kritischen Kommentar wert (29.1.1997). Vertreter von Großbanken sorgen sich dagegen auf ihre Weise um die Zukunft. Der Vorstandssprecher der HypoVereinsbank Schmidt forderte, dass künftig nur noch Bürger mit mindestens zwei Kindern die volle Rente erhalten sollten: "Wer nicht genug Humankapital bildet, der muss eben Sachkapital bilden", lautete die

Begründung (ND, 6.7.1998, S. 4). Während den Neoliberalen eine vernünftige Planung volkswirtschaftlicher Prozesse als "totalitär" und "Weg in die Knechtschaft" gilt, träumen sie offenbar selbst von einer kapitalistischen "Planwirtschaft", deren zentrale Kommission den Menschen Leistungsnormen für alle Lebensbereiche vorgeben soll, einschließlich ihrer eigenen Reproduktion.

"Rentnerschwemme" gehört mit einigen weiteren Unwörtern zu einer Gruppe von Zynismen, die drei Hauptaspekte aufweisen: Die ökonomistische Reduktion der Menschen nach dem alleinigen Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit, die Ablenkung von den eigentlichen Zerstörern menschlicher Lebensperspektiven und das herrschaftssichernde Aufeinanderhetzen verschiedener Menschengruppen. Gesellschaftliche Erscheinungen werden begrifflich als Naturereignisse dargestellt, wie zuvor schon bei "Schülerbergen" oder "Asylantenfluten". Der Zweck solcher Konnotationen ist die Heraufbeschwörung einer riesigen und unabwendbar erscheinenden Gefahr, die den Einsatz aller Mittel rechtfertigt. Auch kommt den "Rettern" nach Abwehr einer Bedrohung umso mehr Verehrung zu, je grauenhafter das Schicksal gewesen wäre, dass "uns" ohne ihren heldenhaften Einsatz ereilt hätte. Steigerungen sind auch hier möglich: Zwei Jahre nach der "Rentnerschwemme" wurde das *"sozialverträgliche Frühableben"* kreiert, um dem Altenhass - diesmal unter dem Vorwand der Patientenfreundlichkeit - das Wort zu reden.

Dazwischen lag ein besonders offenes Bekenntnis zum Wohlstandschauvinismus: Nestlé-Boß Maucher verkündete seine Lesart neoliberaler Wirtschaftsethik, indem er Arbeitslose, Alte und Kranke als *"Wohlstandsmüll"* deklarierte, wobei er gütig betonte, "dass wir genug Geld haben, diejenigen zu unterstützen, die wirklich alt, krank oder arbeitslos sind" und es "in Kauf nehmen müssen, dass wir einen Teil der Bevölkerung durchfüttern, der wirklich nicht mehr fähig ist, zu arbeiten" (Stern Nr. 47 vom 14.11.1996, S. 172). Auch hierbei handelt es sich um eine diskursive Übersetzung einschlägiger Äußerungen Hayeks: "Es gibt natürlich keinen Grund, warum eine Gesellschaft, die so reich ist, wie die moderne, nicht außerhalb des Marktes für diejenigen, die am Markt unter einen gewissen Stand fallen, ein Minimum an Sicherheit vorsehen sollte" (Hayek, 1969, S. 121, zit. n. Schui, 1996, S. 111). Wie dargestellt, schließt sich die Parole "Almosen statt Sozialstaat" an, die bei Maucher aber nicht einfach reproduziert, sondern gefährlich zugespitzt wird: Wer Menschen zu "Müll" erniedrigt, macht nicht nur deutlich, dass die Unterstützung der "Überflüssigen" vom eigenen Wohlwollen abhängig ist und jederzeit eingestellt werden kann. Es geht nicht nur um die Androhung unterlassener Hilfeleistung. Das Vorhandensein von Müll fordert nicht Passivität und Duldung, sondern verlangt Ärmelaufkrepeln und Fegen. Müll muss weg. Die Behauptung, in Person der Arbeitslosen, Kranken und Alten werde "Müll" von "uns" durchgefüttert, bedeutet: "Wir" können auch anders. "Wir" können "denen" nicht nur die Unterstützung entziehen, wir können sie auch wie Müll beseitigen. Dass diese Schlussfolgerung unausgesprochen bleibt, gehört zum Kalkül. Der Brandstifter überlässt sie seinem Publikum, das für selbstgedacht und selbstgewollt hält, was ihm täglich souffliert wird.

Nachdem sich Konzernlenker Maucher dergestalt erklärt hatte, wollte der damalige christdemokratische Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Seite nicht zurückstehen und teilte US-amerikanischen Wirtschaftsvertretern mit, in "seinem" Bundesland gäbe es einen *"gesellschaftlichen Bodensatz* von etwa 20 Prozent an reformunwilligen und schwachen Menschen" (ND, 14.2.1998, S. 1). Die Kriterien für die Feinderklärung werden erweitert. Zielt Mauchers "Wohlstandsmüll" mit der Messlatte ökonomischer Verwertbarkeit auf die Dehumanisierung derjenigen, die als "Humankapital" keine Maximalprofite versprechen, addiert Seite mit "Reformunwilligkeit" die Frage der Systemloyalität hinzu. Als "Bodensatz" gilt danach, wer der herrschenden Norm in irgendeiner Weise nicht entspricht, besonders aber, wer Kritik am Bestehenden äußert und sogenannten "Reformen" ablehnend gegenübersteht. "Bodensatz" ist damit zugleich die vulgäre Form der harmloser klingenden Rede von den *"Investitionshemmnissen"*. Der Umstand, dass Seite als damaliger Vertreter einer Region mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, die "händeringend nach Investoren sucht", seine "Bodensatz"-Rede ausgerechnet vor Industrievertretern hielt, erscheint auf den ersten Blick "kontraproduktiv" (ironische Kommentare bezeichneten Seite selbst als "Investitionshemmnis"). Tatsächlich aber sind mit "Investitionshemmnissen" nicht nur soziale Schutzgesetze und Demokratie gemeint, sondern auch die vom Verwertungsstandpunkt des Kapitals aus "überflüssigen" Menschen, vor allem dann, wenn sie sich mit ihrer Ausgrenzung nicht abfinden wollen und ihren Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess und Produkt einfordern. Solches Engagement zu diskreditieren, ist das Ziel der christlich-demokratischen Botschaft vom "Bodensatz": "Jagt die Kritiker davon und unterwerft euch den 'Investoren', dann wird euch deren segensreiches Wohlwollen zuteil", lautet die erpresserische Forderung.

Im gleichen Sinn kommen noch weitere Zynismen zum Einsatz: So sind auch "Belegschaftsaltposten" Menschen, die das Kapital eigentlich nicht mehr braucht, sie sich aber doch noch als "Rationalisierungsreserve" hält, bis sie den Verwertungsprozess soweit stören, dass sie als "Investitionshemmnisse abgewickelt", also entlassen werden, um dann in der "Warteschleife" (das bedeutet Arbeitslosigkeit) als "Unterprivilegierte" (der Ausdruck ist allerdings nicht neu) das Leben von Menschen zweiter oder dritter Klasse zu führen. Ähnliches meint die entsetzliche Rede von der "Entschlackung der Verwaltung", die - als falsche Bürokratiekritik getarnt - Menschen zu Abfall erklärt.

Die Kernparole der Mißbrauchsdebatte, die Rede von den "Sozialschmarotzern" setzt die *pseudomedizinische Sprache der "Standortdiagnostik"* fort, die die Lebensansprüche der Menschen pathologisiert, und hebt sie auf eine neue Stufe. Der einst "gesunde Volkskörper" ist *nicht irgendwie "krank"*, sondern von *konkreten "Parasiten"* befallen. Differenzierende Analysen werden überflüssig, es hilft nur die Radikalkur: Das Ungeziefer muss weg, damit der Körper wieder genesen kann. Das Katastrophengemälde einer Invasion von "Schmarotzern" dramatisiert das Bedrohungsszenario der Standortdebatte: Die Gefahr, wird suggeriert, geht nicht nur von "Sachzwängen" (wie "Globalisierung") und "individuellen Fehlorientierungen" (wie "Versorgungsmentalität") sondern von organisierten Banden aus. Zeitungen und "Nachrichtenmagazine" werden nicht müde, "aufzudecken", mit welcher hinterhältigen Methoden durchs Land reisende "Sozialkriminelle mit Obdachlosenausweis" bei den Ämtern "unter verschiedenen Namen doppelt und dreifach abkassieren" und publizieren serienweise Berichte, wonach organisierte Faulenzer eine Art Sport daraus machen, die Allgemeinheit auszunutzen. "Sie sind viele, sie sind überall, sie sind gefährlich", lautet die Botschaft. "Wir" sind umzingelt und von raubgierigen Schädlingen befallen. Die von den Parasiten verursachte Krankheit wird zur Seuche. Seuchen erfordern besondere Maßnahmen, zu ihrer Bekämpfung sind alle Mittel erlaubt, in Zeiten der Seuche gilt der Ausnahmezustand. Die "Mißbrauchsdebatte" funktionalisiert den Skandal der Massenarbeitslosigkeit auch noch zum Vorwand für zunehmende Repression und sukzessive Entrechtung der Betroffenen im Rahmen eines unerklärten Notstands.

Besonders wirksam wird diese Rhetorik, wenn sie mit anderen, bereits im öffentlichen Bewusstsein etablierten Feindbildern kombiniert wird, wenn es sich bei den "Schmarotzern" nicht um Einheimische handelt, sondern um Flüchtlinge, die meist "Wirtschaftsasyllanten" heißen. Die Bedrohung durch die Seuche der organisierten Parasiten wird zur Heimsuchung durch äußere Feinde. Der neoliberale Diskurs trifft hier mit der Problematik des *Rassismus* zusammen, die seit geraumer Zeit auch zu den Forschungsschwerpunkten der Kritischen Psychologie zählt. Deren Einsichten folgend lässt sich feststellen, dass gängige Erklärungen des Problems "Rassismus" in Wissenschaft und Alltag typische Verkürzungen aufweisen. Entweder werden rassistische Gesellschaftsstrukturen ausgemacht, die in die individuelle Sphäre "durchschlagen", oder rassistisches Denken und Handeln wird als individualpathologische Erscheinung dargestellt, die aus "natürlichen" oder "sozialisationsbedingten" Defiziten einzelner "Rassisten" resultiert. Die Rassismusforschung der Kritischen Psychologie untersucht die in diesen Verkürzungen enthaltene Leerstelle zwischen dem Rassismus in den politisch-institutionellen Verhältnissen und rassistisch geprägten Lebensäußerungen der Subjekte. Dabei zeigt sich einmal mehr, dass die Menschen diskursive Denkangebote in ihrer individuellen Lebenspraxis dann reproduzieren, wenn ihnen das ideologisch Nahegelegte als Lösung subjektiver Lebensproblematiken erscheint. So versprechen z.B. "Ausländer raus"-Parolen ihren Adressaten eine Entlastung von Existenzängsten, indem sie suggerieren, "ohne Ausländer" gäbe es genug Arbeitsplätze und Wohnungen. Wenn solche Ängste innerhalb einer subjektiven Lebensproblematik infolge bereits eingetretener oder befürchteter Arbeitslosigkeit großen Raum einnehmen, kann die angebotene "Lösung" u.U. als funktional erscheinen.

Kern des Problems ist das Wirken eines *institutionellen Rassismus* oder *Staatsrassismus*, verstanden als "staatliche Technologie der Machterhaltung durch Ausgrenzung von Menschen minderen Wertes und minderen Rechts" (Aumann u.a., 1998, S. 175). Die Menschen sollen dazu bewogen werden, sich gegenseitig als vermeintliche Bedrohung in Schach zu halten und dabei ihre eigene Subalternität übersehen: "Die machterhaltende Funktion solcher Grenzziehungen liegt (...) darin, dass damit Abwertung, Unterdrückung und Verfolgung als Aktivität von Untergruppen der Bevölkerung gegen andere Untergruppen 'lateralisiert' ist, auf diese Weise die 'herrschende' Abwertung, Verfolgung und Unterdrückung aus dem Blick gerät, das allgemeine Bewusstsein davon verdunkelt und so durch Zersplitterung der Kräfte der Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse geschwächt wird" (Holzkamp, 1995a, S. 24, Hervorhebung entfernt).

Institutioneller Rassismus bedient sich spezieller *Mehrheits-Minderheits-Diskurse*, deren zentrale Strategie die Propagierung eines *Herr-im-Hause-Standpunkts* darstellt, worin das Bevorrechtetsein der Mehrheit gegenüber der Minderheit (z.B. der Einheimischen gegenüber den Fremden) als selbstverständlich gesetzt ist. Die Anspruchsberechtigung der Minderheitsangehörigen auf Duldung, Arbeit, Wohnung usw. ergibt sich dann aus der Frage, ob sie für die Belange der Mehrheit von Nutzen sind oder nicht (vgl. Osterkamp, 1996, S. 42, 154, 159 u. 169).

Hinzu kommt, dass sich - gesamtgesellschaftlich gesehen - verschiedene Mehrheits-Minderheits-Diskurse überlagern (Erwerbstätige gegen Arbeitslose, Beitragszahler gegen Rentner, "leistungsfähige" Schwaben gegen "strukturschwache" Bremer etc.). Die subjektive Funktionalität dieser Denkfigur für Menschen, die zwar vor Ort zur Mehrheit der Einheimischen, zugleich aber zu den Benachteiligten, Armen, Arbeitslosen usw. gehören, ergibt sich aus dem Versprechen des Bevorrechtigtseins: "Du bist es, der uns wichtig ist, auf den es uns ankommt, und Du hast selbstverständlich das Recht, deine Interessen auf Kosten der (wertloseren) Minderheits-Angehörigen durchzusetzen" (Holzkamp, 1995a, S. 25). Für ihre Protagonisten hat diese Botschaft allerdings die Funktion, den Adressaten zu signalisieren, dass ihr Angebot nur unter einer Bedingung gilt, nämlich "nur, wenn Du dich tatsächlich der Vergünstigung als würdig erweist, dich anständig, unauffällig, loyal benimmst, d.h. die herrschenden Verhältnisse nicht infrage stellst" (ebd.). Das Prinzip der Ausgrenzungsdrohung funktioniert vor allem deshalb, weil eine große Zahl von Menschen, die in einer Hinsicht zur Mehrheit der Bevorrechteten zählt (z.B. als Deutsche), zugleich befürchten muss, in anderer Hinsicht zu Angehörigen einer benachteiligten Minderheit zu werden (z.B. als Arbeitslose). Am Ende läuft die staatsrassistische Idealvorstellung darauf hinaus, verunsicherte Individuen gegeneinander in Stellung zu bringen, die sich gegenseitig die Existenzberechtigung streitig machen und der organisierten Interessenausübung herrschender Instanzen kritik- und hilflos gegenüberstehen.

Sofern diese Strategie Erfolg hat, sind die subjektiven Voraussetzungen gegeben, um die massenhafte Ausgrenzung von Menschen zur Normalität zu machen. Die Abschaffung des Asylrechts zu Beginn der 90er Jahre fungierte als Generalprobe, dann wurde die Feinderklärung auf Bevölkerungsgruppen im Inneren ausgedehnt: "Die nächste Ausgrenzungsbewegung richtet sich nun gegen die wirtschaftlich schwachen Gruppen der Gesellschaft. Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Behinderte, alleinerziehende Mütter und Jugendliche ohne Ausbildung erfahren zunehmend, dass die Noch-Gewinner ihnen die Solidarität aufkündigen. Selbst vom Abstieg bedroht, verwandeln sich friedliche Mittelschicht-Bürger in Wohlstands-Rassisten, die für die Verlierer im globalen Konkurrenzkampf nicht mehr zahlen wollen (...) Die Vorsorge für Alter, Krankheit und Jobverlust müsse wieder dem einzelnen überlassen werden, predigen sie denen, die kein Geld mehr für die Vorsorge haben" (Schneider, 1997, S. 1).

Und es ist absehen, wer in der nächsten Ausgrenzungsrunde aufeinandergehetzt werden wird: "*Reiche Arme*" werden gegen "*arme Arme*" ausgespielt, wie beim dargestellten Angriff auf Kündigungsschutzbestimmungen, wo sich die "Arbeitsplatzbesitzer" mit den Arbeitslosen "solidarisch" erweisen und auf Kündigungsschutz verzichten sollen, während Beschäftigte, die auf Einhaltung der Bestimmungen bestehen, zu "Egoisten" erklärt werden. Im Missbrauchsdiskurs sind sie es, die Arbeitslose ausgrenzen, und nicht die Rationalisierer und Verschlanker, die an den Massenentlassungen verdienen. Einmal mehr stehen die Opfer in der Kritik während Börsenspekulanten und Rentiers nach neoliberaler Neusprachregelung als "*Leistungsträger*" gelten, deren "Risiko" sich "wieder lohnen müsse", damit neue Arbeitsplätze "entstehen". Wenn diese dann entgegen allen Beteuerungen nicht eingerichtet werden, zeigt sich indessen, dass "Leistungsträger" in Wahrheit meist *Leistungsverweigerer* und *Leistungshinterzieher* sind, die sich nicht nur von anderen produzierte Werte aneignen, sondern diese noch nicht einmal zu investieren bereit sind und sie statt dessen zu privaten Spekulationsgeschäften missbrauchen. Die Diskrepanz zwischen gewollter Arbeitslosigkeit und ihrer vorgeblichen "Bekämpfung" verlangt nach einer propagandistischen Klammer, wofür sich die Beschuldigung und Herabwürdigung der Arbeitslosen bestens eignet. Würde man diese als vollwertige Gesellschaftsmitglieder anerkennen, müsste man ihnen auch einen Anspruch auf Arbeit und Einkommen einräumen. Weil gerade das aber vermieden werden soll, wäre ihre Anerkennung gleichbedeutend mit dem Eingeständnis des Versagens herrschender Politik, oder gar dem der Gewolltheit des bestehenden Zustand. Um solche indirekten Offenbarungen zu vermeiden, werden die Arbeitslosen als defizitäre Individuen diffamiert, die ihre Situation selbst zu verantworten haben. Den (noch) Arbeitenden, die sich solche Ressentiments verordnen lassen, kommt nicht in den Blick, dass sich die

Herrschaftsstrategie, der sie aufsitzen, gegen sie selbst richtet: Parallel zur "Mißbrauchsdebatte" fordern Wirtschaftsverbände ständig "Lohnabstandsgebote", "Wiedereingliederungshilfen" oder "Kombilöhne", die auf die Einführung von Niedriglohnsektoren abzielen, die dann ihrerseits dazu dienen sollen, die Tariflöhne "anzupassen", nach unten, versteht sich. Die Diffamierung der Arbeitslosen als "Sozialschmarotzer" ist zugleich ihre Instrumentalisierung als Lohndrücker.

Zu den Euphemismen der Mißbrauchsdebatte gehört weiterhin der Begriff "*Anreiz*", den es auf differenzierte Weise neu zu verstehen gilt. Bedeutet Anreiz für Investoren das Versprechen der Subventionierung ihrer Vorhaben, so ist mit Anreizen für Arbeitslose die Drohung mit Geldentzug gemeint, eine Maßnahme, mit der ihnen verdeutlicht wird, was es mit der vielbeschworenen "*Eigenverantwortung*" auf sich hat: Dass sie mehr kontrolliert werden, höhere Kosten tragen müssen und weniger Leistungen erhalten. Für Unternehmer bedeutet "*Eigenverantwortung*" dagegen, dass ihnen lästige Kontrollen erspart werden, was die Einhaltung von Arbeitsschutzgesetzen angeht oder die Bemessung der Schadstoffmengen, die ihre Anlagen an die Umwelt abgeben dürfen.

Weiterhin dient die Mißbrauchsdebatte der praktischen *Negation von Gesellschaftlichkeit*, mit der die Menschen noch weiter in Vereinzelung und Isolation getrieben werden sollen. "*So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht - es gibt nur Individuen*", lautete die Kampfansage der neoliberalen Vorkämpferin Thatcher, die damit Hayeks Losung der Verfolgung individueller Ziele als alleinigem Zweck der Wirtschaft ebenso als Parole ausgibt, wie die Forderung nach Zerstörung jeglicher Sozialstaatlichkeit. Die neoliberale Vorstellung von "*Zivilisation*" kennt nur vereinzelte Einzelne, jeder in Konkurrenz zu jedem und die Familie, die als "*Not- und Schicksalsgemeinschaft*" ideell aufgewertet wird, um systembedingte Lasten noch stärker auf die Betroffenen abzuwälzen.

Auch gilt es, die *kampfbetonte Überlebensmentalität* auf die Ebene des alltäglichen Handelns zu transportieren, verklausuliert als "*Fähigkeit zur Selbstbehauptung*". "Psychologische Berater" versprechen verschiedenen Zielgruppen, den Weg dorthin zu weisen. Dass die "*Selbstbehauptung*" des einen immer den *Ausschluss* eines anderen bedeutet, wird hier gar nicht erst reflektiert. Der lebenslange Konkurrenzkampf gilt nicht einmal mehr als bedauerlich, sondern als normal und wünschenswert. Dabei verfängt die Rede von der "*Selbstbehauptung*" offenbar zuerst bei Personen aus der oberen Mittelschicht: "Es handelt sich um (...) Menschen, die sich (...) als aufstiegs- und erfolgsorientiert präsentieren (...) Sie bringen unmissverständlich ihre Bereitschaft zum Ausdruck, um den erreichten sozialen Status zu kämpfen und für die angestrebte Karriere alle Mittel einzusetzen. Begleitet und 'fundiert' wird diese Einstellung sowohl durch reaktionär-irrationale Weltbildelemente als auch durch Artikulation einer Art 'Wohlstands-Chauvinismus', der durch Zynismus und soziale Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Distanz zum Mitmenschen und zwischenmenschliche Beziehungslosigkeit werden zum erstrebenswerten Zustand verklärt, egoistisches Verhalten zur Voraussetzung individueller Selbstentfaltung hypostasiert" (Seppmann, 1995, S. 138).

Und auch Heidi Schüller rät in einem "Brief an meine Kinder": "Akzeptiert die Ungleichheit und richtet Euch auf den Konkurrenzkampf ein. Eure 'Fights' finden im richtigen Leben statt und nicht auf Video" (1997, S. 183). Als liebende Mutter zeigt sie dann aber doch Skrupel und empfiehlt: "Für Euer seelisches Überleben in diesen durchrationalisierten Arbeitswelten braucht Ihr aber auch Kompensation. Die Beschäftigung (...) mit Musik und Schöngeistigem wird deshalb an Bedeutung gewinnen für die verrohte Seele" (ebd., S. 185).

Ebenfalls bemerkenswert sind im Zusammenhang gegenwärtiger *Entsolidarisierungsprozesse* die Wandlungen frauenbewegter Aktivistinnen, die vormals Patriarchat und Kapitalismus beseitigen wollten und heute "für mehr Frauen in Führungspositionen kämpfen", während ansonsten alles so bleiben soll, wie es ist. Nicht Solidarität bewegt sie heute, sondern blanker Karrierismus, wie deutlich wird an Seminaren für Aufsteigerinnen, in denen offen bekannt wird, dass Frauen, die um Höheres gegeneinander konkurrieren, nur nach dem "*Ende der Freundinnenkultur*" Erfolg haben könnten, weil deren Praktizierung bislang Durchsetzungsvermögen und "*Selbstbehauptung*" verhindere (ND, 19.4.1999, S. 7). Man fragt sich spontan, was nach diesem Ende kommen soll, offenbar der *Anfang einer Feindinnenkultur*.

Die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren als gesellschaftlichem Leitmotiv, kommt auch in der neoliberalen Hauptvokabel "*Deregulierung*" zum Ausdruck, die gleichermaßen für die Beseitigung von Tarifverträgen, Ladenschlusszeiten, oder Naturschutzverordnungen steht, Regeln, die eingeführt wurden, um Mensch und Natur vor Übergriffen destruktiver Instanzen zu schützen und die Lebensmöglichkeiten der Schwächeren zumindest aufzubessern. Gesellschaftliche Regulierung bedeutet somit auch Selbsterziehung

und Selbstaufklärung der Menschen als Teil der zivilisatorischen Entwicklung. Die als "Deregulierung" verklausulierte Anarchie von oben untergräbt diesen Prozess und verherrlicht die Überlegenheit der Brutalen und Rücksichtslosen. Das sieht auch Heidi Schüller: Es "greifen die Gesetze der freien Wildbahn und der Monetik. Ob wir das wahrhaben wollen oder nicht" (Schüller, 1997, S. 184). Dass sie eben noch die "Wohlstandsjugend" wegen ihrer "Fixierung aufs Geld" zur Standortkatastrophe erklärte (s.o.), ist sofort vergessen wenn sich nur der ersehnten Entfesselung der "Marktkräfte" das Wort reden lässt.

In diesem Zusammenhang unterläuft den Neoliberalen regelmäßig ein eklatanter Widerspruch (der sie freilich kaum stören dürfte): Mit im- oder explizitem Bezug auf Hayeks "Evolutionstheorie" wird die Menschheitsentwicklung einerseits als "Zivilisierung" im Sinne von Naturunterdrückung gepriesen, bei der Verherrlichung des Gegenwartskapitalismus aber gerade der Verweis auf die vorgebliche Wolfsnatur des Menschen zur Legitimationsideologie gemacht, obwohl nur eins von beiden stimmen kann: Entweder sind die Menschen mittlerweile als Ergebnis der "großen Ordnung" zivilisiert, dann könnten die "abstrakten Regeln" auch ohne Krieg befolgt werden. Oder primitive Instinkte sind wirksam wie am ersten Tag, dann hätte die "Katalaxie" des Neoliberalismus katastrophal versagt. Beispielhaft sei auf einen polemischen Kommentar der FAZ gegen den französischen Soziologen Bourdieu verwiesen, der zuvor die neoliberale Finanzpolitik als allein auf Geldwertstabilität orientierte "Idee Tietmeyer" kritisiert hatte. Der Kommentator wirbt um Verständnis dafür, dass die "Regierungen der Nationalstaaten und die Notenbanken durch die Standortkonkurrenz der globalisierten Wirtschaft faktisch gezwungen werden, sich dem ökonomischen Urteil der internationalen Kapitalmärkte zu stellen (...). Das sollte ein methodologisch geschulter Soziologe wie Bourdieu eigentlich wissen: In einer nicht deterministischen, philosophisch offenen Welt macht die Unterdrückung des Wettbewerbs die Weltgesellschaft arm, und zwar nicht nur im Sinne des Verlustes der Freiheit, sondern auch handfest ökonomisch. Die neue Auflehnung gegen die Zwänge der Globalisierung ist die alte Abneigung gegen den Wettbewerb. Es *gehört offenbar zu den Vertracktheiten der Evolution, dass die menschliche Spezies sich dem Wettbewerb verdankt, aber kein Organ für seine spontane Wertschätzung entwickelt hat*" (Barbier, 1997, S. 17, Hervorhebung T.G.). Der wie auch immer geschulte Kolumnist ist sich keineswegs zu schade, einem kruden Sozialdarwinismus das Wort zu reden und zu behaupten, seine "philosophisch offene" Welt könne *erst in Zukunft* "handfest ökonomisch" verarmen. Dann nämlich, wenn der vergötterte Wettbewerb "unterdrückt" würde. Als wäre der Umstand, dass die globalisierte Konkurrenzwirtschaft auch am Ausgang des 20. Jahrhunderts nicht einmal die ausreichende Ernährung der "Weltgesellschaft" sicherstellen kann, ein Ausdruck von Reichtum. Doch vielleicht sind ja einem Hans D. Barbier die Millionen Hungertoten der Beweis, dass er tatsächlich in einer "nicht deterministischen Welt" lebt, worin eben jeder "seines Glückes Schmied" ist.

Wer trotz ihrer Diskreditierung auf der Gesellschaftlichkeit menschlicher Existenz beharrt und die Teilhabe aller am sozialen Reichtum fordert, wird mit dem neoliberalen Kampfbegriff des "*Sozialneids*" konfrontiert, der sich besonders gegen Personen richtet, welche die Einkommen der Reichen und Superreichen thematisieren, die ihrerseits ständig verkünden, "wir alle" müssten "den Gürtel enger schnallen", während sie sich selbst schamlos die Taschen füllen. "Sozialneid" ist die Abwehrfigur der "wasserpredigenden Weintrinker" (Beck/Meine, 1998, S. 10), die sich bei ihrem Gelage ertappt sehen. Da die rücksichtslose Bereicherung der ökonomisch Stärkeren zugleich die Armut der Schwachen produziert, reicht Hayeks "einfach nötige Ungleichheit" als Legitimationsgrundlage nicht aus und man versucht sie mit dem Feindbildes des "Neiders" abzusichern. Ähnlich der Losung "Leistung" müsse sich "wieder lohnen", die nur diejenigen zu "belohnen" gedenkt, die ihren Reichtum aus der Arbeit anderer ziehen, verrät der "Sozialneid" seine Zugehörigkeit zum Arsenal einer offensiver werdenden Klassensprache von oben, mit deren Hilfe der gesellschaftliche Reichtum immer weiter nach dort umverteilt werden soll. Dabei geht es nicht "nur" um die Diskreditierung sozialer Gerechtigkeit, die als "sinnlos" verschwinden soll, sondern um den Versuch, die äußerst gefährliche Vorstellung zu etablieren, es gäbe *keinen Anspruch auf Teilhabe am Gemeinwohl*.

Eine Vorahnung der hier heraufziehenden Brutalisierung vermittelt die Forderung, Sozialleistungen nur an "*wirklich Bedürftige*" auszus zahlen. Als deren Kriterium führte der damalige Gesundheitsminister Seehofer 1997 den Begriff der "*Wäschewechselhäufigkeit*" ins sprachliche Repertoire der "geistig-moralischen Wende" ein. Seehofer, damals Empfänger monatlicher Bezüge von mindestens 25 000 Mark, wollte damit regeln, wieviele Unterhosen Sozialhilfeempfänger (monatliche Bezüge: 525 Mark) besitzen dürfen, um als "wirklich bedürftig" zu gelten. Neben den Betroffenen selbst, denen einmal mehr die demütigende Forderung nach

völliger Anspruchslosigkeit überbracht wird, sind hier alle von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg Bedrohten angesprochen, also weite Teile der Bevölkerung bis in die Mittelschichten hinein. Ihnen wird mit solchen Botschaften die Möglichkeit gegeben, die eigene Angst vor drohender Armut und Ausgrenzung projektiv abzuwehren. Die diskursive Rede vom "Sozialneid" gehört damit zu den Herrschaftstechniken, die mit dem Schüren von *Angst und Schuldgefühlen* versuchen, normale Lebensbedürfnisse der Menschen mit der Aura des Anstößigen zu versehen, während zugleich die Medien der "Besserverdienenden" über deren "neuen Spaß am Luxus" berichten (Focus, 26.5.1997). Es geht auch hier nicht "nur" um die Abwehr tagespolitischer Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, sondern um die Formierung von Subjekten, die nicht die Gier gesellschaftlicher Eliten nach grenzenloser Bereicherung (und ein System, das diese ermöglicht) als Gefahr erkennen, sondern ihre eigenen Lebensregungen für illegitim und bedrohlich halten sollen - bis hin zur Unterwäsche.

Weiterhin besteht ein Zusammenhang zwischen der Parole von der "wirklichen Bedürftigkeit" und gleichzeitig erhobenen Forderungen nach *Zwangmaßnahmen* gegen angebliche "Schmarotzer". Nach dem Willen von Regierung und Wirtschaftsverbänden sollen Arbeitslose gezwungen werden, sich pausenlos mit der Suche nach Arbeit zu beschäftigen. So forderte der neue Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Zimmermann noch vor Antritt seines Postens die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und erklärte: "Arbeitslose müssen viel stärker als bisher unter Druck gesetzt werden, sich eine Arbeit zu suchen. Wir brauchen eine Kombination aus Zwang und Förderung" (ND, 15.4.1999, S. 7). In Wahrheit werden Zwangsmaßnahmen gegenüber Arbeitslosen bereits seit langem praktiziert. Die Zahlung von Unterstützung wird vom Nachweis unzähliger Bewerbungen abhängig gemacht (auch wenn überhaupt keine Aussicht auf Erfolg besteht) oder der Teilnahme an "Trainingskursen". Eine besondere Bedeutung hat hier der Begriff der *"Zumutbarkeit"*, mit dem die systematische Zerstörung von Schutzbestimmungen verklausuliert wird. Mehrstündige Anfahrtswege zur Arbeit gelten mittlerweile als "zumutbar". Auch müssen, nachdem jeglicher Qualifikationsschutz beseitigt wurde, alle Arten von Arbeit angenommen werden, um den Unterstützungsanspruch nicht zu verlieren. Ständige Forderungen nach einem "Lohnabstandsgebot" zeigen, dass es vor allem um die Ausweitung von Billigtarifen geht. "Zumutbar" heißt im Klartext: Die betreffende Arbeit ist so schlecht bezahlt, dass niemand sie annehmen würde, der nicht durch Entzug des Existenzminimums ("Anreiz") dazu gezwungen wird. Und auch die nächste Stufe der Entrechtung wird bereits praktiziert. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden zu *"gemeinnütziger Arbeit"* herangezogen, was real nichts anderes als Zwangsarbeit bedeutet. Die Funktion der Mißbrauchsdebatte als einer massenpsychologischen Legitimierung derartiger Machenschaften auf dem Weg des Schürens von Ressentiments wird hier besonders deutlich.

Ihr ideologischer Charakter geht allerdings auch aus der *Fragwürdigkeit ihrer Behauptungen* in Quantität wie Qualität hervor. Da ist zunächst die Behauptung, beim Missbrauch von Sozialleistungen handele es sich um ein Massenphänomen. Tatsächlich befinden sich unter den 2,5 Millionen auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen knapp eine Million Kinder und Jugendliche. Das verschärft zwar den Skandal, doch gehören Kinder nicht zur arbeitsfähigen Bevölkerung und scheiden als "Schmarotzer" ebenso aus, wie eine Viertelmillion alter Menschen, die wegen zu geringer Renten auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind, und eine nicht unerhebliche Anzahl Behinderter. Leistungsempfänger, die nach Abzug dieser Personengruppen als arbeitsfähig übrigbleiben, konkurrieren dann mit allen anderen Arbeitssuchenden um eine kleine Zahl offener Stellen.

Andererseits ist mit einer riesigen Zahl an Menschen zu rechnen, die zwar einen gesetzlichen Anspruch auf Sozialleistungen hätten, diesen aber aus Unkenntnis, Scham, oder anderen Gründen nicht geltend machen. Kann eine "Mißbrauchsdebatte" vor diesem Hintergrund rational sein? Von den Gesamtkosten der Sozialhilfe wird mehr als die Hälfte für die materielle und personelle Unterstützung pflegebedürftiger Menschen aufgewendet, steht also außerhalb der Disposition. Die verbleibenden 15 Milliarden Mark machen dann ganze 0,5 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus. Kann die Verwendung eines halben Prozents der gesamtwirtschaftlichen Leistung zur Minimalversorgung der ärmsten Bevölkerungsteile ein reiches Land an den Rand des Abgrunds bringen?

Weiterhin ist eine qualitative Hinterfragung der Mißbrauchsdebatte sinnvoll, handelt es sich bei ihren Behauptungen um "Motivzuschreibungen an Personen, die man überhaupt nicht kennt; die Arbeitslosen werden dann als Akteure dargestellt, denen es egal ist, ob sie Arbeit haben oder nicht, ob sie Achtung ihrer

Umwelt genießen, oder ob sie öffentlich verteufelt werden, und denen es völlig gleichgültig ist, woher ihr Einkommen rührt - so lange nur die Kasse stimmt" (Zilian/Moser, 1989, S. 34). Schon angesichts der vielfältigen Probleme arbeitsloser Menschen, der Sinnlosigkeit, die sie empfinden, oder all der Versuche, ihre Arbeitslosigkeit zu verleugnen wird deutlich, dass ihre Verurteilung als "faul" usw. mit der Wahrheit meist wenig zu tun hat. Selbst bei mitunter zu vernehmenden "Bekanntnissen zum Missbrauch" handelt es sich oft genug um Rationalisierungen, mit denen die Betroffenen das Eingeständnis ihres "Versagens" zu vermeiden suchen, auch wenn sie sich dabei dem Vorwurf des "Schmarotzens" aussetzen.

Die Vorstellung, den Menschen sei die Herkunft ihres Einkommens gleichgültig, passt dann auch viel besser auf andere gesellschaftliche Typen: Den Rentier, den Aktionär, den Finanzspekulanten, für den es keine Rolle spielt, ob seine Dividende aus der Produktion von Lebensmitteln, Werkzeugen oder Waffen resultiert. Man erkennt die *Projektion als psychologisches Prinzip der Mißbrauchsdebatte: Die Eigenschaften, die den Arbeitslosen und anderen zu Schädlingen erklärten "Randgruppen" zugeschoben werden, entstammen dem ökonomistischen Welt- und Menschenbild der neoliberalen Wirtschaftstheorie selbst*. Die darin verherrlichte Asozialität der zum einzigen Wirtschaftszweck erklärten grenzenlosen privaten Bereicherung wird von ihren Protagonisten gelöst und auf andere übertragen. Das eigene Handeln wird von Widersprüchen entlastet. Wer in Person der "Sozialschmarotzer" äußere Feinde hat, kann gleichzeitig arbeitsfreier Rentier *und* "verantwortlicher Bürger" sein. Das Böse ist außerhalb der eigenen Selbstsicht und wird dort bekämpft, die eigene Praxis bleibt sakrosankt, wie asozial sie in Wahrheit auch sei: "Die Entrüstung der Rechtschaffenen wird so zur moralischen Panik, die wie der Hexenwahn in der verschütteten Einsicht in die eigene Sündhaftigkeit wurzelt. Der Sündenbock erweist sich dem Stamm gefällig, indem er sich selbst als Vertreter einer Geisteshaltung präsentiert, die sich mit größerer Wahrscheinlichkeit bei anderen findet, dort aber nicht eingestanden wird. So (...) wird dem kleinen Sozialschmarotzer der öffentlichen Meinung vorenthalten, was sich Großkorruptionisten immer schon herausgenommen haben - dass ihre Devianz als Produkt jener unternehmerischen Intelligenz interpretiert wird, die angeblich auch die offizielle Wirtschaft in Schwung hält. So wird auch noch die Typisierung abweichenden Verhaltens als 'white-collar'-Kriminalität zum schichtspezifischen Privileg, das mit Zähnen und Klauen verteidigt werden muss" (ebd., S. 54).

So gesehen dienen projektive Missbrauchsparolen auch dem Verschleiern der Frage, wer eigentlich wen ausnutzt, bestiehlt und missbraucht. Auf einen stets wiederkehrenden Propagandatricks, verweist Zinn (1998): Alljährlich veröffentlichen "Steuerzahlerbünde" u.ä. Organisationen mit breiter Medienunterstützung "Berechnungen", aus denen hervorgehen soll, wieviele Tage und Wochen des Jahres der "Durchschnittsbürger" allein für Steuern und Abgaben gearbeitet hat. Anschließend "entlarvt" man den Staat als "Steuerstaat" und fordert Steuersenkungen und damit unausgesprochen die weitere Kürzung sozialer Leistungen. Wie lange aber die Bevölkerung im gleichen Zeitraum für die Alimentierung von Rentiers und Aktionären gearbeitet hat, wird dagegen nie veröffentlicht.

Die Mißbrauchsdebatte kombiniert ferner das Klischee des "Schmarotzers" mit Denkfiguren, die die Menschen in den unmittelbarkeitsverhafteten Formen *deutenden Denkens* festhalten sollen. So finden sich in Forderungen nach Senkung und Befristung von Sozialleistungen, nach Zwangsarbeit usw. regelmäßig Hinweise wie: "Jeder Steuerzahler" kenne "mindestens einen Fall, in dem das soziale Netz schamlos ausgenutzt" würde (ND, 18.8.1997, S.4). Sicher, viele kennen einen und nach dem Muster dieses einen Falles soll die gesamte Welterklärung erfolgen.

Wie alle Hauptströme des neoliberalen Diskurses knüpft auch die Mißbrauchsdebatte an den *"stummen Zwang der Verhältnisse"* als ihrer realen Basis für die interessengeleitete Zurichtung der Menschen an und verstärkt deren Wirkung. Der ohnehin schon verschärfte Verdrängungswettbewerb, der die Menschen gegeneinander positioniert, wird noch propagandistisch überhöht, um ein gesellschaftliches Klima der Ausgrenzung zu erzeugen. Auch wenn die allgegenwärtige Verdrängungskonkurrenz nicht immer zur Artikulierung autoritärer oder chauvinistischer Positionen führt, prägt sie dennoch die gesamte Lebenssituation der von Zukunfts- und Perspektivlosigkeit Betroffenen. Das bisherige Ausbleiben massiveren Widerstands gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rechtsentwicklung könnte hierin eine wesentliche Ursache haben. *Wer - und sei es unbewusst - diejenigen, die sich in der gleichen Situation befinden, als Konkurrenten erlebt, die die eigenen Lebensmöglichkeiten bedrohen, kann sich nur schwer mit ihnen solidarisieren*. Die Konkurrenzhaftigkeit zwischenmenschlicher Beziehungen begründet so die Wurzel der sozialen Ausgrenzung: Gemäß der Verwertungslogik, die den jeweils anderen nur unter dem Aspekt

seines Nutzens für die eigenen Interessen betrachtet, erfolgen seine Instrumentalisierung oder sein Ausschluss. Der andere wird als Subjekt nicht oder nur in geringem Maße anerkannt, wird abgewertet, verdinglicht und als austauschbar gesehen, die Beziehungen sind nach dem Muster Sieger vs. Besiegter strukturiert, des anderen Niederlage schafft den eigenen Gewinn, sein Schaden den eigenen Vorteil, sein Leid das eigene Wohlbefinden. *Die neoliberal geförderte Ausgrenzung bedeutet die Zuspitzung der Instrumentalbeziehung als kapitalismustypischer Verkehrsform.*

Der Instrumentalisierung geht die Einteilung der Menschen in Bevorrechtete und Benachteiligte voraus, die es herrschenden Instanzen erlaubt, die Minderberechtigten solange an bestimmten Orten oder in bestimmten Funktionen zu belassen, wie sie dort für die eigenen Interessen nützlich sind. Sie dienen zugleich als stille Feindbildreserve für Krisenzeiten. Die Mißbrauchsdebatte repräsentiert so gesehen prototypisch das Grundrezept politisch-psychologischer Herrschaftstechnik: 1. Man löse eine Krise aus oder halte eine bereits bestehende aufrecht. 2. Man schüre massive Ängste vor weiterem ökonomischen Niedergang. 3. Man achte darauf, die Hintergründe der Krise und damit in Verbindung stehende Interessenlagen verborgen zu halten. 4. Man biete Projektionsfiguren an, auf die die Menschen ihre Angst vor noch weiterer Verarmung, Arbeitslosigkeit und Ausschluss übertragen können, womit von den tatsächlichen Verursachern zugleich wirksam abgelenkt wird.

Die 'TINA'-Strategie: Denkverbote gegen 'Egalisierungspleens'

Die nun abgeschlossene Darstellung der neoliberalen Hauptdiskurse hat gezeigt, mit welchen Methoden die Formierung einzelner psychologischer Funktionen betrieben wird: Angstszenerien zur Verunsicherung, die Umdeutung ganzer Sprachfelder zur Desorientierung, emotionale Vergleichgültigung und Entsolidarisierung. Die Funktionsaspekte der Handlungsfähigkeit sollen in Richtung ihrer restriktiven Variante gedrängt werden, was notwendig impliziert, dass verallgemeinerte Handlungs- und Erkenntnismöglichkeiten *nicht* zum Tragen kommen sollen. Die subjektive Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit ist immer durch die Existenz der "zweiten Möglichkeit" der Verfügungserweiterung bedroht und muss daher durch deren Negation abgesichert werden, was aus herrschender Sicht umso dringender geboten ist, je mehr sich mit zunehmender Durchsetzung neoliberaler Politik die realen Widersprüche in den Lebensverhältnissen verschärfen. So kann rational kaum begründet werden, warum immer neuen Sparorgien im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich scheinbar unbegrenzte Mittel für Kriege u.ä. gegenüberstehen. Darüber hinaus legen die neben aller verheerender Fehlentwicklung immer auch sichtbaren Erfolge menschlicher Intelligenz den Schluss nahe, dass ökonomische Probleme kein "unabwendbares Menschheitsschicksal", sondern prinzipiell lösbare Schwierigkeiten sind, deren mögliche Überwindung lediglich an konkreten Interessen und Machtverhältnissen scheitert.

Zur Bekämpfung solcher Einsichten wurde die diskursive Strategie "There is no alternative" (TINA) entwickelt, mit der alles, was im herrschenden Interesse geschehen soll, zum einzig möglichen und einzig vernünftigen Weg erklärt wird. Der neoliberale Diskurs "präsentiert als Tatsachenfeststellung, was in Wirklichkeit Programm der Akteure ist, die sich dieses Musters bedienen" (Knobloch, 1996, S. 1). Die Anwendungsmöglichkeiten erscheinen unbegrenzt: Will man einen Angriffskrieg führen, erklärt man, es gäbe - wegen der "Menschenrechte" - "keine Alternative". Werden mit immer neuen "Sparpaketen" die Armen noch ärmer gemacht, nennt man das "Konsolidierungskurs" und verkündet, es gäbe "keine Alternative". Müssen zwecks gewinnträchtiger Zerstörung von Naturschutzgebieten gültige Gesetze ausgehebelt werden, existiert zur Industrieansiedlung an gerade diesem Ort ebenfalls "keine Alternative".

Mitunter wird die "TINA"-These auch in paradoxen Varianten vorgetragen, wenn zugleich Alternativen und Alternativlosigkeit gepredigt werden, so in der Erklärung des heutigen Kanzlers Schröder (zu Zeiten seiner Kandidatur), es gäbe keinen Unterschied zwischen konservativer und sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, doch sei die sozialdemokratische "besser". Noch skurriler erschien die ständige wahlkämpferische Rede vom "Politikwechsel" bei gleichzeitiger Beteuerung hundertprozentiger "Kontinuität", wobei schon formallogisch nur eins von beiden praktikabel ist: "Wechsel" *oder* "Kontinuität" oder aber die Fortsetzung derselben Politik mit anderem Personal: "Der Neoliberalismus, als Ideologie gestartet, stellt sich jetzt als quasi Naturnotwendigkeit dar, die unabhängig von Regierungswechseln existiert" (Götz, 1997, S.99). Im Juni 1999 wurden mit einem "Schröder-Blair-Papier" auch die letzten Zweifel daran beseitigt, dass die

europäische Sozialdemokratie nun auch programmatisch "in der Realität (des Neoliberalismus) angekommen" ist (junge Welt, 14.6.1999, S. 10 - 11).

Besonders lebendig fallen einschlägige Formulierungen einmal mehr bei der Ex-Olympionikin Schüller aus. Sie beteuert die "Unvermeidlichkeit eisernen Sparens im Sozialbereich" befürchtet aber, dass "betriebsblinde Proteste, die notwendigen Reformen verhindern" (Schüller, 1997, S. 45), weshalb die "Befreiung aus der Demokratiefalle" so ungemein dringend sei. Um ihren Lesern den Ernst der Lage klar zu machen, betont sie, dass es zur Beseitigung "wabernder Sozialpolitik" (S. 24) "keine Alternative gibt", da "hilft kein Generationenvertragsgesülze und keine Gewerkschaftsprosa mehr, auch kein Sozialstaatsgesäusel" (S. 53) und hebt zur Charakterisierung der "betriebsblinden Proteste" hervor: "Viele Abstrusitäten unseres Sozialsystems sind den meisten Protestlern überhaupt nicht geläufig. Sie laufen den plakativen Parolen hinterher und sind sich noch nicht einmal bewusst, dass nur einschneidende Korrekturen ihre persönliche Situation auf Dauer verbessern können" (ebd.). Die in solchen Thesen offen formulierte Entfremdungsprogramm, die verlangt, die Menschen sollten bei der Zerstörung *ihrer* sozialen Errungenschaften auch noch selbst mithelfen, wurde schon diskutiert. Hinzu kommt, dass die Autorin an ihrer Urteilsfähigkeit in der Frage, was den "Protestlern bewusst ist" oder nicht, selbst erhebliche Zweifel nährt, wenn sie rät: "Es wäre schon ganz hilfreich und würde dem Protest überhaupt erst einen Sinn und einen Adressaten geben, wenn erkennbar wäre, gegen wen oder was und wofür im einzelnen demonstriert wird" (S. 47).

Die Autorin will hier allen, die sich für soziale Belange einsetzen, einfach die Kompetenz absprechen und zu "Nörglern" und "Miesmachern" abstempeln, die "nicht wissen, was sie tun". Das Lächerlichmachen von Opposition soll jeglichem politischem Engagement den Anstrich des Absurden geben und diese Sicht im öffentlichen Bewusstsein zu einer anti-emanzipatorischen und demokratiefeindlichen Denkfigur generalisieren. Die Formierung hemdsärmeliger Biedermänner, die auf den bloßen Anblick eines Demonstrationszuges mit Kopfschütteln und Abwinken reagieren, die "wissen", dass der herrschende Zustand "richtig" und Kritik "Quatsch" ist, stellt das Ziel der Übung dar. "Interessenvertretung ist kindisch und dumm", lautet die Botschaft und: "Laien wissen sowie nicht, was gut für sie selbst ist". Eine Ausnahme bildet die ehemalige Leichtathletin Schüller, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen vom Bildungswesen bis zum Rentenrecht sogar weiß, was gut für andere ist: "Wir brauchen die Jungen überall dort, wo es brummt (...) und nicht in den simulierten Lebenswelten eines auf Pump finanzierten 'zweiten' Arbeitsmarktes. Sie gehören in die (...) Produktion von Zukunftsbranchen, und sei es als Lehrlinge oder Praktikanten, und sei es *kurzfristig auch umsonst!*" (S. 114 f., Hervorhebung hier und im Folgenden T.G.).

Man merke: Realismus brauchen die "Kids" und den bekommen sie "nicht in *illusionären Scheinwelten mit verträumten Sozialpädagogen*, sondern in Konfrontation mit der *Realität* - inklusive *längerer Betriebspraktika* in Firmen vor Ort" (S. 74). Jetzt wird die "Alternativlosigkeit" konkret: Als "Realität" gilt allein das für "die Zukunftsbranchen" Nützliche, wie *längere Betriebspraktika* (und seien sie "*kurzfristig*" *auch umsonst*). Alles Nichtprofitable ist "Scheinwelt". Gegen daraus entspringende Träumereien müssen Kinder frühzeitig immunisiert werden, z.B. durch mehr Leistungsorientierung in der Vorschulerziehung: "Was spricht heute noch ernsthaft dagegen, Kinder *schon im Kindergartenalter polyglott* aufwachsen zu lassen? Arbeitslose Fremdsprachenlehrer gibt es zuhauf" (ebd.). Dass Kinder in immer geringerem Maße Subjekte ihrer Entwicklung sein können und immer mehr als unfertiges "Humankapital" gelten, das bereits im Kleinkindalter auf seine Verwertbarkeit hin dressiert wird, ist hier nicht Problem, sondern Programm. Seine Besonderheit besteht in der Kombination mit dem Lächerlichmachen allen Denkens, dass nicht dem Paradigma der härtesten Härte folgt und der zusätzlichen Unterlegung mit affirmierter Asozialität: "Warum werden sie mit unserer 'Eideidei'-Pädagogik so hoffnungslos unterfordert - mit Halbwissen aus Soziologie, Medizin und Psychologie, *mit Heile-Welt-Phantasmen und Egalisierungsspleens*" (S. 75).

Hart, aber alternativlos, das "Fitmachen" der Kleinen für den Kampf ums Dasein. Sich für die Schaffung von Verhältnissen einzusetzen, die allen Menschen ein einigermaßen gutes Leben ermöglichen könnten, für die Überwindung einer primitiven und unwürdigen Verdrängungskonkurrenz kann nur naiven Sozialromantikern einfallen, die ihren Nachwuchs mit solchen "Spleens" verderben wollen. Wer seinem Kind Gutes will sieht ein, dass es keine Alternative zur frühzeitigen Abrichtung zum Egomannen gibt, der sich gegen all die weltfremden Weichlinge "zu behaupten" versteht. Und so gibt Schüller als besorgte Mutter und Frau von Welt, die die Zeichen der Zeit erkannt hat, ihren eigenen Sprösslingen: "Last Euch nicht

überfrachten mit altbackenem Nonsens ideologischer Fossilien. Eure Zukunft verlangt Realitätsnähe und Pragmatismus. Jeder, der Euch etwas anderes erzählt, macht Euch lebensuntüchtig (...). Und bitte nicht den Traum des Wohlstands für alle (...), der existiert nur in den Köpfen von Phantasten, und Ihr zahlt die Zeche (S. 182 u. 184). Man sieht: Über "etwas anderes" darf gar nicht erst nachgedacht werden.

Zur Vermeidung von Missverständnissen: Die vorstehende Kritik an Schüllers Forderung nach "polyglotten Kids" ist nicht als Ablehnung von Sprachunterricht im allgemeinen zu verstehen, den ich prinzipiell für sinnvoll und wünschenswert halte. Es ist jedoch zu befürchten, dass es hier nicht um eine wohlmeinende *Förderung für alle* geht, sondern um bildungsspezifische "Reformvorstellungen" neoliberaler Provenienz, die nichts anderes im Sinn haben, als mehr Konkurrenz, mehr Selektion, mehr Privatschulen, mehr Elitenförderung und mehr Ausrichtung von Bildung auf ihre bloße Verwertbarkeit. Ansonsten hat Sprachkundigkeit viele Vorteile. So dürften diesbezüglich Interessierte gegen bestimmte Peinlichkeiten gefeit sein, wie sie sich im Text der ihrerseits ständig kindliche Höchstleistungen fordernden Bildungsbürgerin Schüller finden, die der Jugend unterstellt, sie spräche "breitgezogene(n) Slang, gemischt mit MTV-Englisch, in der Syntax von Türkisch oder *Jugoslawisch*, garniert mit Blödelvokabular" (S. 29). Zwar wurde die jugoslawische Föderation in den 90er Jahren zielstrebig zerstört, bis hin zum Angriffskrieg der Nato, doch davon, dass auf linguistischem Gebiet eine gegenteilige Entwicklung stattgefunden hätte und an die Stelle von *Serbokroatisch*, *Slowenisch* oder *Mazedonisch* eine einheitliche Neuschöpfung namens "*Jugoslawisch*" getreten wäre, war bislang nichts zu vernehmen.

Weiterhin stehen Fremdsprachen im engen Zusammenhang mit Geographie und Geschichte, was Personen mit entsprechenden Kenntnissen davor bewahren könnte, am Ende des 20. Jahrhunderts über "*Pufferstaaten in Osteuropa*" zu sinnieren (S. 53 u. 105). Letzteres irritiert nicht nur, weil die Verdinglichung von Polen, Tschechen, Ukrainern oder wer hier sonst als "Puffer" gelten soll, den sonst gern rhetorisch instrumentalisierten "Fall der Mauer" überlebt hat und man nicht recht sieht, gegen wen die betreffenden Länder als "puffernde" Manövriermasse erhalten sollen. Der Ausdruck ist auch deshalb deplatziert, weil die Autorin an anderer Stelle in der mit "Pufferstaat" konnotierten "Bedrohung" offenbar keine Gefahr sieht, wenn sie ihren "Kids" die Flucht vor den "Egalisierungsspleens unseres verquasteten Bildungswesens" in kosmopolitisch-elitäre Privatschulen empfiehlt, obwohl dort Kontakte mit den ansonsten abzupuffernden Ostfeinden zu erwarten sind. Sogar Mitschüler, die Milieus von höchster krimineller Energie entstammen, sind der wohltuenden Wirkung eines solchen Aufenthalts keineswegs abträglich: "In den Elite-Universitäten und Internaten der USA, Englands und der Schweiz treffen sich schon heute Bostoner oder *Hamburger Politiker- und Professorkids* mit dem Nachwuchs der neuen *Geldelite aus Moskau oder Prag*, aber auch dem *Dachdeckersohn aus Wanne-Eickel*, *Söhne israelischer Immobilienhaie* mit den Töchtern *sizilianischer oder ungarischer Mafiosi*, der *luxemburgische Bankierssohn* mit den *Aufsteigern aus dem Leningrader Ikonenhandel* oder der *Geldwäscherszene Südamerikas*" (S. 106). So liegt zwar der Osten trotz angeblichen Fortbestands diverser "Pufferstaaten" mittlerweile im Westen, doch solange man brave Dachdecker und Professoren im ehrenwerten Deutschland, "Geldwäscher und Mafiosi" dagegen im verruchten Süden und die mit Immobilien spekulierenden Nachkommen der "Geldjuden" in Israel verorten kann, bleibt das bewährte Koordinatensystem rassistischer Ressentimentverschreibung noch einigermaßen brauchbar.

Schließlich bergen Schüllers Darlegungen noch einen "tieferen Sinn": Die *Einsicht in die Alternativlosigkeit bringt die Alternative hervor*, die unsere "vergreisende Nation" vor dem Untergang retten soll. Doch bevor diese offenbart wird, verdeutlicht die Autorin noch einmal, worum es ihr geht: "Wer heute noch nicht begriffen hat, dass Umverteilung allein nicht reicht, sondern ganz konkreter Verzicht von Privilegien und Sozialleistungen, je nach Belastbarkeit gefordert werden muss, lebt außerhalb der Realität - der ist nicht nur nicht regierungsfähig, sondern noch *nicht einmal oppositionsfähig*. Es geht nicht mehr nur um Kostenreduzierung und Renditeüberlegungen, sondern *auch um einen Mentalitätswandel*. Es geht um die Rückkehr einer pathologisierten Jammergeellschaft zu einer zukunftsorientierten, leistungsbereiten und leistungsbelohnenden Gesellschaft. Das wird ein Herkulesakt für unsere vergreisende Demokratie" (S. 125). Offener als die Sozialdemokratin Schüller könnte man neoliberales Einheitsdenken und Demokratiezerstörung kaum mehr fordern. Treffender könnten aber auch die Grundthesen der vorliegenden Arbeit kaum zusammengefasst werden, mit dem Unterschied, dass alles hier Angeprangerte bei Schüller affirmiert wird. Zunächst fällt die Verwendung des Begriffs "Umverteilung" auf, den der neoliberale Diskurs normalerweise diskreditiert, um gegen Verteidiger sozialstaatlicher Positionen zu polemisieren. Letzteren

geht es aber um eine Umverteilung von oben nach unten, die nach neoliberaler Auffassung keine wirtschaftliche Dynamik bewirke, weil diese nur durch höhere Unternehmerrgewinne entstehen könne. Auf dieser Linie will Schüller hier offenbar argumentieren, doch gerät ihr dieser Versuch zur Selbstentlarvung: Wenn Umverteilung ebenso wie "Kostenreduzierung" und "Renditeüberlegungen" nicht "reicht", sondern durch "konkreten Verzicht" ergänzt werden muss, kann es sich bei "Umverteilung" nur um eine Umverteilung von unten nach oben handeln. Die Verzichtsforderung wird zum Schein relativiert ("je nach Belastbarkeit"), was in Wahrheit blanker Zynismus ist. Als ob Menschen, die von 500 Mark im Monat leben, "belastbar" wären. Dann wird ein recht eigenartiges Demokratieverständnis offenbart: Wer nicht mit allem einverstanden ist, hat aus der Politik zu verschwinden. Auch die Opposition hat alles "Alternativlose" abzunicken. Schließlich erfolgt auch hier die offene Forderung nach einer verwertungsgerechten Formierung der Subjekte per "Mentalitätswandel".

Dann endlich ist es soweit. Das Wundermittel gegen Deutschlands Untergang wird präsentiert: Es sind die "Youngster (...), auf die wir setzen müssen. Eine andere Chance haben wir kurzfristig nicht" (S. 141). Denn die "Youngster", meint Heidi Schüller, "agieren einfach. Manchmal ohne recht zu wissen, was sie tun. Und siehe da, oft genug geht es sogar gut, und sie zaubern neue Produkte und Branchen aus dem Hut, (...) häufig Nonsensprodukte, aber (...) mit hoher Wertschöpfung. Und ihre gleichaltrigen Kollegen aus der Werbebranche designen mit freakigen Kampagnen einen neuen - künstlichen - Bedarf. So crazy läuft das. Egal: Alles ist besser als Stagnation und lähmende Jaulerei" (ebd.). Man erkennt sofort: Formulierungstechnisch ist sie "echt hip", die junggebliebene Ex-Sprinterin und beweist auch auf diesem Gebiet der "breiten Slang mit MTV-Englisch und 'jugoslawischer' Syntax" radebrechenden Wohlstandsjugend ihre Überlegenheit.

Weiter sehen ihre "Alternativen" so aus: "Die größte Wertschöpfung lässt sich heute mit Produkten erzielen, die mit geringem Arbeits- und Materialaufwand und mit viel Phantasiebeimischung am Markt platziert werden: Mit der Vision von Zeitgewinn, mit Luxus-Körperkult-Produkten und Emotionalia, wie (...) Gesundheits- und Hygieneprodukten, die eine paradiesische Existenz bis ins biblische Alter versprechen, kurz: mit allem, was defizitäre Gefühle wie Sicherheit, Schutz, Phantasie, Schönheit und Geborgenheit bedient. Knallharte Geschäfte mit weichen Gefühlen - das ist die Erfolgsmasche der Jahrtausendwende. Irgendwie irrational, aber erfolgreich, dieser moderne "ökonomische Romantizismus" (S. 161). Diente "staatlich finanzierte Phantasiebeschäftigung" zuerst nur der "Arbeitslosenkosmetik" (S. 9), wird "Phantasiebeimischung" nun zum Standortretter. Hergestellt werden soll nicht einmal mehr eine Ware, sondern nur noch die Illusion einer Ware: "Visionen", "Versprechen", "Kultprodukte". Typischerweise kommen Leute wie Schüller nie auf die Idee, dass sich eine Volkswirtschaft auch mit der Herstellung vernünftiger Dinge befassen könnte, wie der Entwicklung umweltverträglicher Produktions- und Verkehrstechniken u.ä. Typischerweise kommen als Träger des "neuen Bedarfs" nur Personen in Betracht, die offenbar schon nicht mehr wissen, was sie mit all ihrem Geld anfangen sollen. Typischerweise geht es bei den unumwundenen als "Nonsens" eingestandenen Produkten nicht um Gebrauchswerte, sondern um "die höchste Wertschöpfung". Auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit und notwendige, aber unerledigte, weil nicht mit "höchster Wertschöpfung" verbundene Arbeit, auf der anderen Seite immer reichere Reiche, die - nachdem sie schon alles andere besitzen - nach "Emotionalia" dürsten.

Interessant auch, dass eine Fast-Gesundheitsministerin der sozialdemokratischen Partei eine vernünftige Reorganisation der Wirtschaft, die ja möglich wäre, zugunsten der Herstellung von "Nonsensprodukten" zu opfern bereit ist, von denen sich Millionäre eine "paradiesische Existenz bis ins biblische Alter" erträumen, während bei der medizinischen Versorgung der Armen und Ärmsten die "Reduzierung auf das Unerlässliche" angestrebt wird. Es ergibt sich der Verdacht, die Nonsensprodukte der Schüller'schen "Problemlösung" könnten eher psychologisch zu erklären sein - als phantasierte Selbstbedienung *ihrer* "defizitären Gefühle" (s.o.). Wer gegen die Ärmsten und Schwächsten noch mehr Härte fordert, Kleinkinder auf "polyglotte" Höchstleistung drillen und Schwerkranke mit Arbeitszwang belegen will (s.o.), braucht wahrscheinlich solche Kompensationen, die wiederum nur als Identifikation mit den Reichen und Mächtigen erfolgen können. Deutlich wird, dass es überhaupt nicht um Problemlösung geht. Schüller nennt ihre eigenen Vorschläge treffend "Nonsens" und "irgendwie irrational", genau wie sie an anderer Stelle vernünftige Methoden der Arbeitsbeschaffung als "Nonsens-Beschäftigungsprogramme" oder "simulierte Scheinwelten" diffamiert (S. 114 f.). Es geht nicht um Auswege, sondern darum, das Denken der Menschen an die vorgebliche

Ausweglosigkeit zu fesseln.

Im nächsten Schritt werden normative Vorstellungen davon verbreitet, wie die Menschen nach dem "dringend notwendigen Mentalitätswandel" sein sollen. Dazu werden Vorbilder präsentiert, die zeigen sollen, dass die Situation zwar "ausweglos" ist, aber dennoch "Spaß machen" kann, wenn man selbst nur unbegrenzt anpassungsfähig ist. Eine kleine Elite jugendlicher "Durchstarter" und "Überflieger" - leuchtendes Vorbild für die dumpf-träge Masse - hat das bereits erkannt: "Noch aber leben die wenigen wirklich kreativen jungen Menschen wie Schmetterlinge an der Leine. Ihr kompromissloser Optimismus ist ansteckend, wenn auch gelegentlich realitätsfremd. Und dennoch, sie agieren mit Verve, sie lassen sich von den programmierten Problemen (...) nicht die Laune verderben. Was schert sie ein unfinanzierbarer Sozialstaat, leere Rentenkassen und die Währungskriterien von Maastricht? *Sie gehen nicht auf die Straße, nicht in die Parteien und schon gar nicht in die Gewerkschaften*" (S. 142).

Endlich ist sie am Ziel. So sollen sie sein, die Retter der Zukunft: Uninformiert, unpolitisch, gleichgültig gegenüber allen ohnehin "programmierten" Problemen, aber "hochmotiviert" beim "designen freakiger Werbekampagnen", um uns statt vernünftiger Produkte "Emotionalia" anzudrehen. Widerstand gegen Krieg, soziale Ausgrenzung, Neonazismus? Wozu das denn?! Demokratie? Über Bord damit! Gewerkschaften? Schnee von gestern! Ist die rettende Schmetterlingskreativität erst einmal von der Leine, sind derart rückwärtsgewandte Orientierungen obsolet. Das "Verve" der "kompromisslosen Optimisten" (wenngleich etwas "realitätsfremd") verträgt sich nicht mit miesepetrigem Problematisieren. "Ansteckende" Affirmationslust ist gefragt.

Das Genie der "Durchstarter" wird erst richtig deutlich, wenn man die von Schüller präsentierten Gegenbilder hinzuzieht: "Von den braven Angestellten und Beamten geht die Reaktivierung einer Erfolgsgesellschaft sicher nicht aus. Auch nicht von den vielen Dienstleistern im Sozialbereich oder den Politologen und Sozialkundlern diverser Discount-Universitäten" (S. 141f.). Im Vordergrund: Hass schüren gegen Menschen im Staatsdienst, Hass gegen Menschen in Sozialberufen, Hass gegen Intellektuelle. Die eigentliche Absicht: Gesicherte Arbeitsverhältnisse zerstören (Angestellte und Beamte), das Sozialwesen zerstören (damit Armutsrentner für Trinkgelder die Sozialarbeit machen, s.o.), die Gesellschaftswissenschaften zerstören und die Menschen verdummen, weil niemand den Betrug bemerken soll. Wichtiger als "Discount - Universitäten" sind für eine "Erfolgsgesellschaft" die "Spinner und Tüftler" (S. 142) und ihre "Nonsensprodukte". Auf dass alles auch weiterhin so "crazy" und "irgendwie irrational" läuft (s.o.).

Wie in allen Aspekten des neoliberalen Diskurses leistet der stumme Zwang der Verhältnisse auch der "TINA"-Strategie nützliche Vorarbeit, indem er die Menschen in Angst und Opportunismus treibt: "Nein, es gibt keine staatliche Zensur, sondern nur die des Geldes und die massenhaft befristeten Arbeitsverhältnisse drängen zur Selbstzensur, zum Schnitt mit der Schere im eigenen Kopf, um sich dem Zeitgeist anzupassen und den Job nicht zu verlieren" (Niemann, 1998, S. 12). Auch wurde die Verkündung allgemeiner Alternativlosigkeit sorgfältig vorbereitet mit einem gigantische Bedrohungsszenario, mit per Nonsensvorschlägen gezielt gestifteter Verwirrung, mit der Instrumentalisierung rassistischer und anti-emanzipatorischer Ressentiments, womit sich Angst und Abwehr wecken lässt, bis die Demagogie verfängt und die Plumpheit, die der Zerstörung von Demokratie und Mitmenschlichkeit das Wort redet, kaum mehr bemerkt wird. Die von der neoliberalen Theorie geforderte Entdemokratisierung erfolgt schleichend, Hayeks Expertokratie wird nicht administrativ eingeführt, das Parlament nicht einfach abgeschafft. Die Gesellschaft wird statt dessen diskurspsychologisch entpolitisiert, bis in den Institutionen nur noch Karrieristen zu finden sind, die den Interessen herrschender Eliten nach unbegrenzter Kapitalautonomie Geltung verschaffen. Alle anderen sind "nicht einmal mehr oppositionsfähig".

Auch Viviane Forrester beschreibt die "TINA"-Strategie als gesellschaftliche Denkfigur, mit der den Menschen einzureden versucht wird, Arbeitslosigkeit und Armut seien eine "Fügung des Schicksals" (Forrester, 1997, S. 16). Etabliert werden sollen Resignation, Ratlosigkeit und die Hinnahme alles Bestehenden mit "einem allseits akzeptierten Gefühl von etwas Unvermeidlichem" (S. 45). Zum Versuch herrschender Politik, uns "zu überzeugen, dass es zu ihr keine Alternative gibt", kommt "ihre Fähigkeit, erst dann erkennbar zu werden, wenn die Prozesse, die sich ihrer Machtübernahme noch hätten entgegenstellen können, inaktiv geworden sind und nicht mehr greifen - und die Fähigkeit, diese Prozesse auch noch anzuprangern" (S. 55). "Auf diese Weise erleben wir wahre Meisterwerke der Überzeugungskunst, die uns

glauben machen, dass eine Politik, die das soziale Chaos, die Verelendung der großen Mehrheit herbeiführt oder gar beschleunigt, nicht nur die einzig mögliche, sondern auch die einzig erstrebenswerte sei" (S. 74). Die Propagierung von Alternativlosigkeit lässt Kritik verstummen und verewigt die Krise: "Wenn keine Lösung in Aussicht ist, verschwindet auch das Problem, denn ein solches Problem sehen zu wollen, wäre irrational. Und es kommentieren und beurteilen zu wollen, erst recht" (S. 76). Und so werden katastrophale Entwicklungen kaum als das, was sie sind, wahrgenommen. Oder sie werden erkannt, können aber nicht kritisiert werden: Schritte zur Etablierung einer Wirtschaftsdiktatur oder zu einem neuen großen Krieg treffen selbst dann auf wenig Widerstand, wenn bereits "kleine" Kriege zur Vorbereitung und Erprobung geführt werden. Solche Entwicklungen wirken "weder kriminell noch gefährlich. Sie erfolgen mit Zustimmung ganz reizender Menschen, die gute Manieren und hochherzige Gefühle haben, die (...) bestimmte Verhältnisse für durchaus bedauerlich, aber leider, leider unvermeidlich halten. Sie wissen noch nicht, dass die Historie sich genau hier ereignet. Hier laufen geschichtliche Entwicklungen ab, die sie (...) nicht wahrnehmen, die sie später aber als 'unsäglich' bezeichnen werden" (S. 201).

Der hier angesprochene *Fatalismus* dominiert auch die Reden von *Renegaten*, die einst den modisch-"linken" Aufstand probten und sich heute mit Schlagwörtern wie "Paradigmenwechsel" oder "Professionalität" als willfähige Berater von Industrie und Ministerialbürokratie produzieren und zugleich alle, die sich weiterhin für demokratische Bestrebungen einsetzen - Sozialisten, Gewerkschafter, Kriegsgegner - als "Ewiggestrige" belächeln. Ihr *Zynismus* resultiert aus der Unmöglichkeit, Ansprüche wie "Humanität", "Moral" oder "Zivilgesellschaftlichkeit" mittels Unterstützung des neoliberalen Projekts zu verwirklichen: "Es ist (...) ein Unding (...), die globalen Marktkräfte freizusetzen, zu 'deregulieren', und gleichzeitig Gesellschaftlichkeit durch einen Gesellschaftsvertrag erreichen zu wollen. Realismus und Attraktivität des neoliberalen Denkens bestehen gerade darin, dass diese Zustandsbeschreibung ohne 'wenn' und 'aber', möglicherweise mit einem leichten Bedauern über die Unvollkommenheit der Welt, akzeptiert wird" (Altwater/Mahnkopf, 1997, S. 60).

Mitmenschlichkeit hat keinen Platz im globalen Projekt des Neoliberalismus, Karrieren sind jedoch fast nur als dessen Unterstützung möglich. Das "Unding", der Riss zwischen moralischem Anspruch und eigener Praxis wird mit Zynismus oder affektierten Betroffenheitsposen übermalt und diejenigen, die weiterhin an oppositionellen Forderungen festhalten und sich weigern, selbst ins Renegatentum einzutreten, werden zu Zielfiguren projektiven Spotts, denen signalisiert wird, sie gehörten zu den Fossilien einer ausgestorbenen Spezies. Die Falschheit der Renegaten in der akademische Psychologie und ihre Verstrickungen in die Institution, durch die sie einst "marschieren" wollten, hat Vinnai (1993) scharfsinnig beschrieben: "Die bürokratisch erzeugte Gleichgültigkeit begünstigt ein Bedürfnis nach falscher Nähe, das die Menschlichkeitsdarsteller am Rande der akademischen Psychologie für sich zu nutzen suchen. Die anonyme Lernfabrik und die geheime Sehnsucht nach dem Familienmief gehören zusammen. Menschliches Getue von Psychologen, das vor Humanität trieft und die verwaltungsmäßig organisierte Zerstörung von menschlichen Möglichkeiten gehören zusammen. Menschliche Anteilnahme muss inszeniert werden, wo ihr die soziale Basis entzogen wurde" (S. 142). Das "richtige Leben" wäre nur als Opposition gegen "das falsche" zu haben (vgl. Adorno, 1951, S. 42). Opposition aber wird von der "TINA"-Strategie lächerlich zu machen, ihre Vertreter zu isolieren versucht. Es soll der Eindruck erweckt werden, jeder, der gegen den Hauptstrom des neoliberalen Einheitsdenkens argumentiert, stünde alleine da. Wer dagegen "mitmacht" beim "Weiter so", kann sich auf der Seite der Erfolgreichen und Vernünftigen wähen ("wir haben verstanden"), auch wenn es dort in Wahrheit kaum etwas gibt, als "die Brötchen beim Bäcker und die affirmativen Konzepte der allgegenwärtigen und sich gegenseitig versichernden Positivität, die alles nur notdürftig verschleiern und nichts mehr richtig, d.h. auch und gerade negativ erfassen" (Zurek, 1998, S. 7).

Den ideologischen Hintergrund dieser "neuen Naivität" bildet die über die "TINA"-Parole vermittelte neoliberale Doktrin, nach der sich die Menschen den "Sachzwängen" der glorifizierten "Marktgesetze" und ihrem je konkreten Ergebnis unterwerfen müssten: "Der Kapitalismus ist von vornherein entschuldigt, wenn er keinen allgemeinen Wohlstand realisiert, denn das, was die Evolution hervorgebracht hat, besitzt keine reale Alternative (...). Daher ist auch jeder politische Entwurf, der bei Verfehlen des Wohlstandszieles diesen Wohlstand realisieren möchte, nicht zulässig" (Schui, 1996, S. 116). Wenn die "TINA"-Parole verfängt, gelangt der neoliberale Diskurs zur Mentalitätsveränderung an sein Ziel. Entfremdete Handlungsfähigkeit wird zur hegemonialen Praxis, die herrschenden Gedanken werden als "einzig mögliche" zu den Gedanken

des Individuums. Die in Wahrheit immer bestehenden Alternativen der Parteinahme für die Stärkung allgemeiner Interessen werden mit Denkverboten belegt, die den realen Konflikt ins Innere der Subjekte transportieren. Denkverbote sind zugleich Emanzipationsverbote, die die Menschen an abhängige Positionen fesseln. Das Denkgift der "Alternativlosigkeit" soll suggerieren, es sei am besten, "freiwillig" innerhalb solcher Verbotszonen zu bleiben.

Der allseits verfügbare Mensch als normatives Ideal

Die neoliberale Forderung nach dem "Mentalitätswechsel" ist gleichbedeutend mit der Propagierung von Eigenschaften, die die Menschen nach herrschender Vorstellung aufweisen sollen. Im Diskurs werden *psychologische Imperative* formuliert, die zur Übernahme bzw. Vermeidung bestimmter Denkweisen, Gefühle und Beziehungsformen auffordern. Dabei sind die Aufrufe an "die Nation", die Neujahrsansprachen und "Ruck-Reden" zwar so gehalten, als sollten "wir alle" entsprechende Veränderungen durchmachen und "Mut statt Angst" entwickeln oder "risikobereit statt versorgungsfixiert" werden, tatsächlich aber werden die normativen Vorstellungen in Hinblick auf verschiedene Zielgruppen differenziert und die Ausprägung gruppenspezifischer Eigenschaften gefördert. Vertreter der Eliten sollen einen "neuen Menschentypus" verkörpern: "Durchtrainierte Kletterer" und "Dschungelkämpfer" geben die von der "Managementliteratur" präsentierten Leitfiguren ab, mit denen die "Schlankheits-" und "Fitnessrhetorik" ihren Höhepunkt erreicht (für eine detaillierte Analyse siehe Kreft/Uske, 1998). Angehörige der oberen Mittelschicht heißen "Symbolanalytiker" und betätigen sich "kreativ", während sich "der Rest" vor allem in Anspruchslosigkeit und Servilität üben soll, doch nimmt auch hier der neoliberale Normativitätsdiskurs noch einmal untergruppenspezifische Differenzierungen vor:

Arbeitslosen wird in Aussicht gestellt, bald wieder über Glück und Geld zu verfügen, sofern sie nur "flexibel, mobil und bereit zur permanenten Weiterbildung" sind. Wer dieser Norm nicht entspricht ist erstens kein "echter" Arbeitsloser und zweitens selbst schuld an seiner Lage. Der einzig "echte" Arbeitslose ist der "ver zweifelte Arbeitslose, der in den dreißiger Jahren mit dem Schild herum lief: 'Ich suche Arbeit jeder Art!'" (Uske, 1995, S. 46). Der hier enthaltene Imperativ lautet: "Du hast jede Arbeit anzunehmen, egal unter welchen Bedingungen und egal zu welchem Lohn" (ebd.) Auch Kürzungen der Sozialhilfe machen die Menschen geneigter, Arbeit zu noch niedrigeren Löhnen anzunehmen. Da die Zahl der Stellen in jedem Fall nicht für alle reicht, bleiben am Ende fünf Millionen "unflexible Versager" auf der Strecke. Man sieht: *Billig und willig sollen die Menschen sein.*

Flüchtlinge, deren Anwesenheit nach erfolgter Asylrechtsänderung noch geduldet wird, sehen sich mit der Forderung nach Dankbarkeit, Unauffälligkeit und völliger Anspruchslosigkeit konfrontiert. Jede Abweichung liefert den Anlass zur Feinderklärung und zum Schüren von Ressentiments gegen "Wohlstandsasylanten", die auf "unsere Kosten" leben. Zweck ist vor allem die Disziplinierung der Krisenopfer mit deutscher Staatsangehörigkeit und letztlich aller Lohnabhängigen, denen mit Verweis auf die noch schlechter gestellten Flüchtlinge die Illusion des Bevorrechtigtseins vermittelt, zugleich aber der Entzug ihrer "Privilegien" für den Fall von Unbotmäßigkeiten auf subtile Weise angedroht wird.

Ostdeutschen, die nach "Abwicklung" der DDR-Wirtschaft als ehemalige Brüder und Schwestern die Sozialkassen belasten, wird klargemacht, dass ihre Arbeitslosigkeit eine "Erblast der SED" darstellt und außerdem ihrer eigenen "Trägheit", "Wehleidigkeit" und "sozialistischen Versorgungsmentalität" geschuldet ist. Der einzige Ausweg besteht, so die Botschaft der Sieger, in Unterwürfigkeit und Dienstbarkeit auf Westniveau.

Alte, kranke und behinderte Menschen gefährden nach den Vorstellungen der "Leistungsträger" als "Rentnerschwemme" den Generationenvertrag, verunmöglichen als "Wohlstandsmüll" die Finanzierbarkeit des Sozialstaats und konterkarieren als "Bodensatz" das segensreiche Wohllwollen potentieller Investoren. Auch von ihnen muss zwecks "Rettung des Standorts" völlige Anspruchslosigkeit gefordert werden.

Um sich einige Beispiele des neoliberalen Normativitätsdiskurses vor Augen zu führen, sei ein weiteres mal Heidi Schüllers aufschlussreiches Buch bemüht, das auch "die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft" beklagt. Allerdings nicht etwa deshalb, weil Kinder auch Menschen sind, denen eine menschenwürdige Behandlung zusteht, sondern weil suboptimale Kinderbetreuungsmöglichkeiten jüngere Eltern am ständigen Wechsel ihres Wohnortes hindert, was wiederum Gift für eine Gesellschaft ist, "in der längst bekannt ist,

dass die Zukunftsaufgaben eben nur mittels Mobilität und Flexibilität gerade der jüngeren Erwerbsgeneration bewältigt werden können" (Schüller, 1997, S. 73).

Menschen hin und herschieben zu können, ist geradezu eine Lieblingsvorstellung neoliberaler "Standortretter". So hielt der Freidemokrat Möllemann als damaliger Bildungsminister bereits im April 1988 eine bemerkenswerte Bundestagsrede, in der es hieß: "Unser Problem ist heute (...), dass eine mangelnde Mobilität, die eigentlich nicht erklärlich ist, vieles an Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation verhindert. Deswegen lassen Sie uns doch 18-, 19-, 20jährige von dieser verhängnisvollen Mentalität wegbringen, dass sie sagen - ich erlebe das doch, wenn ich frage: Warum geht ihr denn nicht nach Baden-Württemberg? -: Ja, meine Freundin... Mein Gott, da kann ich nur sagen: Auch die Mütter in Baden-Württemberg haben hübsche Töchter. Da werdet ihr euch mit 18 Jahren doch noch ein bisschen umgucken können" (zit. n. Uske, 1995, S. 50). So sollen die Menschen sein, jederzeit bereit für einen "Job" Freund oder Freundin zu verlassen, soziale Lebensbezüge aufzugeben, Wohnort und Bekanntenkreis je nach Marktlage zu wechseln. Erwünscht sind nicht Menschen, die an ihrem Lebensmittelpunkt die gesellschaftlichen und damit ihre persönlichen Verhältnisse gestalten, sondern *bindungslose Lohnvagabunden*, die ihre Zelte überall dort aufschlagen, wo ihnen kurzfristig wechselnde Verwertungsinteressen die "Chance" vorübergehender "Beschäftigung" bieten. Ganz selbstverständlich wird die Forderung erhoben, dass man "als junger Berufstätiger mit ständigen - auch internationalen - Ortswechseln rechnen muss" (Schüller, 1997, S. 73). Der Ruf nach disponiblen Individuen wird beiläufig mit dem Klang von Freiheit und Abenteuer getarnt: Der Zwang zur "auch internationalen" Arbeitsmigration erscheint als fröhliche Auslandsreise mit Verdienst und Karriere als Nebeneffekt.

Die Frage, wer ein Interesse an Verhältnissen hat, in denen Menschen nur noch Dispositionsmasse sind, wird von Schüller nicht gestellt, umso offener verkündet sie die normativen Forderungen, die von herrschender Seite hinsichtlich der Qualitäten des "Humankapitals" erhoben werden: "Jünger als Hochschulabsolventen, bescheidener in ihren Gehaltsvorstellungen, belastbarer, weniger arrogant, weniger verwissenschaftlicht, sind sie die Renner bei den Personalchefs der großen Konzerne. Für die Routine in einer Rechtsabteilung reicht die Basiskennntnis eines Rechtspflegers mit Traineeprogramm allemal" (S. 104). Offener könnten Servilität und Dequalifizierung kaum gefordert werden. Selbst für die "unteren Ränge" soll in Zukunft gelten: "Entwicklungs- und Karrierechancen bleiben nur den Hochmotivierten und Leistungsbereiten vorbehalten, der internationale Konkurrenzdruck - selbst um die 'bad jobs' wird gnadenlos (...). In einigen Branchen ist es bereits soweit (...): Im *Baugewerbe*, im *Software- und Medienbereich*, bei der *nicht standortgebundenen Produktion*, die zunehmend ausgelagert wird - *und selbst im heimischen Rotlichtmilieu*" (S. 160, Hervorhebung T.G.). Was auf den ersten Blick unglaublich erscheint, steht schwarz auf weiß im Text einer sozialdemokratischen Kandidatin für das Gesundheitsministerium: Auch das deutsche Bordell wird zum bedrohten Standort, der nur mit "hochmotiviertem" Personal zu retten ist. Was soll das? Ein Setzfehler? Eine Panne des Lektorats? Nichts von alledem. Es sind normative Menschenbilder, die hier propagiert werden: "Hochmotiviert und leistungsbereit" muss schon sein, wer nur einen "bad job" ergattern will, der nicht einmal das Überleben sichert. Dann wird auf eine Ebene verlegt, was nach Schüller auf eine Ebene gehört und damit klargestellt, wer gemeint ist: Bauarbeiter, Programmierer, Journalisten und Huren. Genau besehen jedoch alle Lohnabhängigen, denn welche "Produktion" ist im "Zeitalter der Globalisierung" noch "standortgebunden"? Wer Geld braucht, hat sich zu prostituieren, lautet die Botschaft des schlüpfrigen Nachsatzes "selbst im heimischen Rotlichtmilieu". So soll es sein, das "Humankapital": Gefügig, den Herren der Welt zu Willen, bereit *sich anzubieten*, *sich* mit Leib und Seele für ein Trinkgeld *zu verkaufen*. Zu allem bereit und sich für nichts zu schade, weil sonst das Geld nicht reicht für die notwendigen Dinge des Lebens, für horrende Mieten, horrende Gebühren im endlich privatisierten Gesundheitswesen, bereit aber auch, die "Anreize für unsere Leistungsträger" hinzunehmen, die Aufrechterhaltung der "nötigen Ungleichheit" des Neoliberalismus, die immer mehr Menschen in eine unwürdige Armutsexistenz zwingt, während meritokratische Eliten vom Schlage einer Heidi Schüller, ihre "Kids" in ausländischen Privatschulen auf das Leben in der besseren Gesellschaft vorbereiten lassen.

Ein abschließender Blick auf den Gesamtkontext des Schüller'schen Buches zeigt ein wichtiges Prinzip der Psychologie diskursiver Subjektformierung: Ein emotional hochbesetztes Thema und zugleich drängende Lebensproblematik vieler Menschen - die Zukunft der Jugend - dient als Einstieg für eine interessengeleitete, dramatische Situationsdeutung: Eine Besserung der bedrohlichen Lage steht nur in Aussicht, wenn sich die

Betroffenen den vorgeblichen "Sachzwängen" des neoliberalen Projekts bedingungslos unterwerfen und damit gerade die Kräfte stärken, die Krise und Zukunftsbedrohung zum eigenen Nutzen herbeigeführt haben, die alles zu ihrer Aufrechterhaltung tun und die sich in ausdrucksideologischen Texten wie dem von Schüller auch noch als wohlmeinende Retter präsentieren, die ja alles für die Jugend täten, wenn nur endlich alle gesellschaftlichen Bedingungen in ihrem Sinne verändert würden. Man mag mir vorhalten, die Auseinandersetzung mit diesem Buch in polemischer Form betrieben zu haben. Ich halte dies jedoch für angemessen gegenüber einer *perfiden Ideologieproduktion, die sogar die Angst der Menschen um die Lebensmöglichkeiten ihrer Kinder instrumentalisiert, um Zustimmung zu einer Politik herzustellen, die eben diese Möglichkeiten millionenfach zerstört und zerstören will*. Auch sei noch einmal darauf verwiesen, dass es sich bei Schüllers "Zukunftsdielen" nicht um einen "rechten" Text, sondern um den einer sozialdemokratischen Schattenministerin handelt, der jedoch absolut nichts "Sozialdemokratisches" enthält, sondern rein neoliberale Positionen vertritt, was deutlich macht, wie weit das *Einheitsdenken* bereits vorgedrungen ist.

Auf einzelbetrieblicher Ebene ist man bei der Durchsetzung neoliberaler Normativität noch einen Schritt weiter: "Japanische Unternehmen suchen in ihren ausländischen Niederlassungen sowohl das lokale Management wie die Arbeitnehmer danach aus, ob sie *Persönlichkeitseigenschaften* aufweisen, die eine erfolgreiche Adaption an die importierten Managementtechniken erwarten lassen: *Geringe Ichbezogenheit, hohe Frustrationstoleranz, 'ehrerbietiges', also autoritäres, devotes Verhalten gegenüber Vorgesetzten*" (Altwater/Mahnkopf, 1997, S. 340, Hervorhebung T.G.). Formierte Subjektivität ist hier schon Voraussetzung für den Antritt einer Stelle. Die passende Verklausulierung liefert die "Managementliteratur", wo unterwürfiges, aber zugleich "kreatives", ehrerbietiges, aber zugleich "selbstorganisiertes" Personal gefordert wird. *Gehorsame Befehlsempfänger sind gefragt, die sich bei der Ausführung ihrer Aufträge autonom wännen - Menschen, die wollen, was sie sollen*.

Als Summe normativer Vorstellungen steht am Ende das "Ideal" des *allseits verfügbaren Menschen*: Nach der dargestellten Grundstruktur übt der "stumme Zwang der Verhältnisse" - insbesondere der zur Lohnarbeit - einen enormen Anpassungsdruck aus. Bleibt Arbeit auch in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit das Kriterium der Existenzberechtigung, wird schon auf diesem Wege eine riesige Spannung erzeugt. Hinzu kommen die vielfältigen Methoden massenpsychologischer Beeinflussung mit "Missbrauchsdebatten" u.ä., die Angst, Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle hervorrufen und die Menschen zu Anpassung und Resignation treiben sollen. Hier setzt die *ständige Präsentation interessengeleiteter, normativer Menschenbilder* an. Die Subjekte werden aufgefordert, diesen Vorgaben zu genügen sofern sie ihre Lebensansprüche erfüllt sehen wollen, während die Krise gleichzeitig dafür sorgt, dass das präsentierte Ideal oft unerreichbar bleibt. Die tatsächlichen Ursachen des "Scheiterns" werden jedoch nach Kräften verschleiert, die Betroffenen sollen sich selbst als Schuldige und ihre Ausgrenzung als Folge eigenen "Versagens" ansehen. Die Konfrontation mit normativen Menschenbildern, denen man trotz einiger Anstrengung nicht zu entsprechen vermag, hat vielfältige psychische Folgen, ist frustrierend, demütigend, korrumpierend. Die Menschen sind einer entdifferenzierenden Betrachtung ihrer selbst ausgesetzt, die von allen Besonderheiten abstrahiert und sie allein im Licht herrschender Interessen bewertet, wobei besonders das *beständig negative Urteil*, das man über sie fällt, entmutigend wirkt: "Aus der Sicht dieser 'Eliten' sind Menschen, die an ihrem Stadtteil, an ihrer Stadt, an ihrer Region hängen, die ihr soziales Umfeld lieben und schätzen, 'tote Flussläufe, 'Sümpfe des Misserfolgs, 'Brutstätten der Passivität und der Einfallslosigkeit', 'Orte kultureller Stagnation'" (ÖTV-NRW, 1997, S. 4).

Der allseits verfügbare Mensch ist zugleich der *flexible Mensch*, dessen Entwurzelung und Reduktion zum fungiblen Objekt in sozialwissenschaftlichen und psychologischen Modetheorien gar als "Fortschritt" gepriesen wird, weil "Individualisierungsschübe" das "Basteln an Patch-Work-Identitäten" ermöglichten. Da warten ganze Welten voller "Chancen" auf die aus allen sozialen Bezügen gerissenen Subjekte, da öffnen sich die Tore der Berufsgefängnisse zum "lebenslangen Lernen" und als Lohn für "Mobilität und Umstellungsbereitschaft" winkt am Ende der Erwerb von "Kompetenz für Modernität" (Seppmann, 1997, S. 148). Nicht gemeint ist damit: "Die Welt immer reflektierter und kritischer wahrzunehmen, sondern willenlos hinter ständig wechselnden fremdbestimmten Anforderungen herzuhecheln (...), indem die hilflos gemachten Menschen nicht nur permanent zwischen Lohnarbeit und Arbeitslosigkeit pendeln, sondern auch durch den dauernden Wechsel zwischen beliebigen Qualifikationen, Tätigkeiten und Funktionen in einer

Achterbahnfahrt durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung gejagt werden" (Kurz, 1998b, S. 8).

Statt einer Anpassung der Arbeitszeit an die gewachsene Produktivität erfolgt die Flexibilisierung der Menschen. In der Sprache seiner Protagonisten trägt dieses Programm den Titel "Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge", wie vor einiger Zeit von einer "Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen" publiziert. Darin wird zunächst zu den Ursachen der Massenarbeitslosigkeit Stellung genommen, die natürlich keineswegs in der typischen Bestrebung der Kapitaleseite gesehen wird, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr Gewinn zu erwirtschaften, sondern in Defiziten der Betroffenen, die sich darin äußern, dass "große Bevölkerungsteile den (...) Verschiebungen im weltwirtschaftlichen Gefüge nur unzureichend Rechnung tragen" (Kommission für Zukunftsfragen, zit. n. Kallabis, 1998, S. 1). Beklagt wird "unzulängliche berufliche und räumliche Mobilität sowie zeitliche Flexibilität" und die zu geringe "Neigung zu einfacher und körperlich sowie zeitlich belastender Erwerbsarbeit" (ebd.). Beklagt wird weiter eine "zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen" und dass "im niedrig produktiven Bereich (...) die Löhne gemessen an den Sozialtransfers" zu gering seien (ebd.), was natürlich im Klartext heißt: Die "Sozialtransfers" sind zu hoch und müssen weg, damit die Menschen gezwungen sind, jede Schuhputzerstelle anzunehmen. Im Sommer als Erntehelfer, im Winter zum Schneeschippen, "gemeinnützige Arbeit" für Stundenlöhne zwischen zwei und drei Mark, das soll die "Perspektive" für die "Lebensunternehmer" sein. Im "niedrig produktiven Bereich", so die Kommission weiter, befänden sich riesige Potentiale, und zwar "einfache hauswirtschaftliche Dienst wie Raumpflege, Wäsche waschen, Mahlzeiten zubereiten und einkaufen, einfache soziale Dienste (...) wie häusliche Altenhilfe und einfache Kinderbetreuung, einfache Freizeitdienste, wie aushilfsweises Bedienen in der Gastwirtschaft, Gepäcktragen am Bahnhof oder Helfen am Skilift, einfache 'Lifestyle Dienste', z.B. Zugezogenen in der neuen Stadt helfen, sich zurechtzufinden" (ebd. S. 2).

Da es sich bei diesen grandiosen Vorhaben um extrem schlecht bezahlte Beschäftigungen handelt, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein, damit sich die "riesigen Beschäftigungspotentiale" erschließen lassen. Der allgemeine Lebensstandard, die Löhne und Lohnersatzzahlungen müssen weiter sinken, die Einkommen der oberen Mittelschicht dagegen steigen, damit sich deren Angehörige die Dienstboten auch halten können und die dafür vorgesehenen Arbeitslosenheere müssen dazu gebracht werden, eine "Karriere" als Kofferträger oder Billigputzfrau als akzeptabel zu betrachten. Neben der Ausübung unmittelbaren Zwangs durch Armut will die Kommission "überkommene Sicht- und Verhaltensweisen ändern". Angestrebt wird der vollflexible "Dienstleistungsmensch", der für Trinkgelder die Abtritte der Reichen putzt, der seine gesamte Lebensenergie zum Erarbeiten des Existenzminimums verausgaben muss, der aber ein solches Dasein nicht als Erniedrigung, sondern als "Unternehmertum" versteht: "Zur Weckung unternehmerischer Kräfte müssen vorrangig individuelle Sicht- und Verhaltensweisen sowie kollektive Leitbilder in den Bereichen von Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge verändert werden. Zur Zeit dominieren hier noch Vorgaben einer arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft. Sie müssen ersetzt werden durch Vorgaben einer Gesellschaft, in der der Einzelne ein höheres Maß an Eigenverantwortung auch für seine Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge übernimmt" (ebd. S. 3). Vom Proletarier über den Arbeitslosen zum Domestiken soll die normative Biographie verlaufen und in die Refeudalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse münden.

Hinter der Rede von der "*Eigenverantwortung*" steht nicht nur die geplante Zerstörung sozialer Sicherungssysteme, sondern zugleich der Versuch, den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit "in" die Subjekte zu verlegen. Die Menschen sollen denken, wie Unternehmer denken würden, sich selbst und die Welt mit den Augen des Kapitals sehen, sich von früh bis spät mit ihrer eigenen Verwertung befassen, sich allein für betriebliche Interessen "engagieren", allem anderen gegenüber gleichgültig, sozial beziehungslos sein und ihre Fremdbestimmtheit auch noch bejubeln. Sie sollen zu Veränderungen ihrer Lebenssituation in unbegrenztem Umfang bereit sein, ganz nach den Anforderungen des "Marktes", ihre wichtigste Eigenschaft, an der sich alle Lebensmöglichkeiten entscheiden, soll ihre "*Employability*" darstellen (FAZ, 2.3.1998), im Klartext: Sie sollen in jeder Hinsicht den Vorstellungen des Kapitals entsprechen. Die neoliberale Normativität ist damit zugleich eine Programmatik äußerster Entfremdung.

Verheerend auf die Urteils- und Kritikfähigkeit der öffentlichen Meinung wirkt dabei, dass neoliberale Imperative einschließlich der Forderung nach allseitiger Verfügbarkeit der Menschen nicht mehr allein von traditionellen Protagonisten, wie Industrieverbänden oder konservativen Politikkreisen erhoben werden,

sondern mittlerweile zum Repertoire sozialdemokratischer Parteien und "rot-grüner" Regierungen gehören. So betätigt sich seit geraumer Zeit der einst "spontaneistische" Straßenkämpfer und heutige Außenminister Fischer damit, das neoliberale Anliegen nach Durchsetzung unbeschränkter Kapitalautonomie und seine Kehrseite, die vollständige Verfügbarkeit der Individuen, mit Resten "alternativer" Rhetorik zu versehen und damit für immer mehr Menschen undurchschaubar zu machen. In Fischers Verdrehungen besteht der Skandal nicht mehr in einer Verwertungslogik, die sich mit aller Brutalität auch noch die letzten Lebensbereiche zu unterwerfen versucht, sondern darin, dass "die Linke" sich weigert, diesen Umstand zu affirmieren: "Wenn z.B. Flexibilität verlangt wird, d.h. *universelle Verfügbarkeit von Arbeitnehmern*, warum ist dann die Linke nicht in der Lage, Flexibilität in *mehr Selbstbestimmung* zu überführen?" (Fischer, 1997, S. 3, Hervorhebung T.G.). Die Unvereinbarkeit von "universeller Verfügbarkeit" mit ihrem geraden Gegenteil der "Selbstbestimmung", hat innerhalb einer solchen Rhetorik, der es allein darum geht, Positivität zu produzieren und alle Kritiker der Sabotage zu beschuldigen, keine Bedeutung. Die Unhaltbarkeit der eigenen Behauptungen spielt keine Rolle, umso mehr das Aneinanderreihen von Schlagwörtern, die das Vorhandensein eines geheimnisvollen Heilsplanes suggerieren. Je nebulöser der präsentiert wird, desto wirkungsvoller die Diffamierung der Gegner, je inhaltsleerer und widersprüchlicher die eigene Position, desto bigotter kann sie von ihren Nachbetern verteidigt werden.

Die Analyse des neoliberalen Diskurses ist damit fast abgeschlossen. Bevor sich der Schlussteil unter Einbeziehung empirischen Materials den formierten psychologischen Funktionen zuwendet, sollen noch *Struktur und Bewegungsform der Veränderung* gesellschaftlicher Bedeutungen und Denkweisen, die im neoliberalen Diskurs stattfinden, diskutiert werden.

Die Form-Inhalts-Transformation: Mystifizierte Denkformen als massenpsychologische Parolen

Der neoliberale Diskurs präsentiert nicht "irgendwelche" ideologischen Denkangebote, sondern instrumentalisiert gerade solche *Bewusstseinsformen*, die als kapitalismustypische Mystifizierungen auf *quasi-naturwüchsige* Weise aus dem "stummen Zwang" dieser Formation hervorgehen. Holzkamp erklärt in der 'Grundlegung', dass sich "der Klassenantagonismus primär aufgrund der (...) ökonomischen Zwänge (zum Verkauf der Arbeitskraft etc.) *im Selbstlauf* reproduziert und die Klassenherrschaft nur zusätzlich (...) abgesichert wird", beschreibt "die Formen der bürgerlichen Ideologie" als "tatsächliche Mystifikation", die sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen '*Naturformen*'(...) manifestiert" und weist darauf hin, dass die jeweiligen Lebenslagen und Positionen der Menschen, die ja den individualbiographischen Rahmen der subjektiven Erscheinungen des Psychischen bilden, "klassenspezifisch gewährt oder eingeschränkt sind und gleichzeitig die Tatsache formations- und klassenspezifischer Behinderungen personaler Entfaltung und Erfüllung durch *naturwüchsige-ideologische Praxis- und Bewusstseinsformen* als unveränderlich-allgemeine menschliche Lebensweise mystifiziert ist" (Holzkamp, 1983, S. 201 ff., Hervorhebung im Original, weitere Hervorhebungen entfernt).

Diese Aussagen können dahingehend interpretiert werden, dass kapitalismustypische Bedeutungsstrukturen und darauf bezogene psychologische Prozesse zwar gemäß den von der Kritischen Psychologie herausgearbeiteten Zusammenhängen entstehen (Bedingungs- Bedeutungs-Begründungsanalyse, individuelle Übernahme nach subjektiver Funktionalität), der *Gesamtprozess der Vermittlung von objektiven Bedingungen und Subjektivität aber als ein quasi-naturwüchsiger verläuft*. Die Menschen, die in der kapitalistischen Gesellschaftsformation leben müssen, entwickeln Denkweisen, Befindlichkeiten und Verkehrsformen, die zur politisch-ökonomischen Basis zwar in einem "begründeten" Verhältnis stehen, aber dennoch als eine Art Nebenprodukt ("im Selbstlauf") daraus hervorgehen. Der ökonomische Zwang und seine Mystifizierung genügte bisher, um psychische Verfasstheiten entstehen zu lassen, die den Bestand der Verhältnisse gewährleisteten, besonders in der sozialstaatlichen Kapitalismusvariante, die die Systemloyalität mit bescheidenem Massenwohlstand absicherte. Neoliberale Subjektformierung, die diese Besitzstandsbildung als loyalitätssicherndes Moment ablösen soll, greift nun gerade solche Bedeutungsstrukturen als Propagandainhalt auf, die zuvor als quasi-naturwüchsige Form aus den objektiven Bedingungen des Kapitalismus hervorgegangen sind, weshalb ich hier von einer *Form-Inhalts-Transformation* spreche, welche die psychologische Wirksamkeit der Diskurse mitbegründet.

Das zentrale Anliegen des neoliberalen Projekts - die Herstellung uneingeschränkter *Kapitalautonomie* -

rekurriert auf mehrere kapitalismustypische Strukturelemente und deren Mystifizierungen: Ausschluss der Masse von der Bedingungsverfügung, Kommando des Kapitals in der Produktion, "Unternehmerfreiheit" als Teil "allgemeiner Freiheit", das Kapital als politisch herrschende Macht. Nur bei massenhafter Verbreitung der auf diese Strukturen bezogenen quasi-naturhaften Denkformen und ihrer fraglosen Akzeptanz, ist es überhaupt möglich, "Standortdebatten" zum *Inhalt* gesellschaftlicher Diskurse zu machen. Dies wird noch deutlicher, wenn man Konkretisierungen der genannten Mystifikationen heranzieht, z.B. Topoi, die von früheren Forschungen als Ausdrucksformen eines "dichotomen Arbeiterbewusstseins" herausgearbeitet wurden (Popitz u.a., 1957, Zurek, 1979): "Die da oben machen, was sie wollen und wir können nichts dagegen tun", lautete das Glaubensbekenntnis der von ihrer eigenen Ohnmacht Überzeugten. Die zwar als aussichtslos beurteilte, aber immerhin thematisierte *Handlungsoption* ("etwas dagegen tun") existiert heute nicht einmal mehr als *Denkoption*. Standortkonkurrenz ist "schicksalhaft", es wird mit Lohnverzicht und Mehrarbeit reagiert.

Der *Ausschluss der Menschen von der Bedingungsverfügung* als typische Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsformation wird von deren Befürworter für gewöhnlich mit Hinweisen auf "Demokratie", "Meinungs-, Presse- und Koalitionsfreiheit" bestritten. Form-Inhalts-Transformationen haben aber gerade diesen Ausschluss zum Gegenstand. So finden seit langer Zeit in der Organisation der Industrieländer Geheimverhandlungen über ein "Multilaterales Investitionsabkommen" (MAI) statt, wovon die Öffentlichkeit erst vor zwei Jahren nach Aufdeckung durch Nicht-Regierungsorganisationen überhaupt etwas erfuhr (der geplante Vertragstext ist zusammen mit Analysen und Kommentaren nachzulesen in Glunk, 1998). Selbst die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), die in der OECD mit Beobachterstatus vertreten ist, erhielt keinen Einblick in den vorgesehenen Vertragstext. Das MAI sollte - wie nun endlich bekannt - multinationalen Konzernen umfassende Machtbefugnisse gegenüber allen Regierungen einräumen, deren Souveränität beschneiden und faktisch die bislang "nur" indirekte Diktatur des Kapitals in eine offene und "legale" verwandeln. Durch öffentlichen Druck wurden die Verhandlungen zunächst unterbrochen. Im hier diskutierten Zusammenhang ist die "Begründung" interessant, mit der das Bundeswirtschaftsministerium Organisationen wie der IAO den Einblick in das Vorhaben verwehrte. Ein dort zuständiger Dr. Zimmer erklärte: "Es ist legitim, den normalen Bürger nicht zu fragen, unter welchen Rahmenbedingungen ein Unternehmen im Ausland investieren darf" (Schmid, 1998, S. 37). Da bei "multilateralen Abkommen" das Ausland der einen zwangsläufig das Inland der anderen ist, heißt das im Klartext: Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in den unterzeichnenden Ländern entscheiden allein und "legitim" die Konzerne. Der Ausschluss der Menschen von der Bedingungsverfügung wird mit dieser Wendung vom verdeckten Strukturmerkmal zum offenen Programm herrschender Instanzen und soll den Betroffenen auch noch als "normal" erscheinen.

Mit den Form-Inhalts-Transformationen verschiebt sich die Bewertung der eigenen Lebenssituation. Früher kritisierte oder zumindest bedauerte Tatbestände, werden nun positiv besetzt. Weite Teile der Öffentlichkeit bringen dem Finanzkapital eine devote Haltung entgegen bis hin zur Forderung, die Banken sollten doch "die Politik machen". Die Verherrlichung von Geld, Börse und Aktien ist an die Stelle des früher mit Bedauern oder als Fatalismus geäußerten "*Geld regiert die Welt*" getreten. Macht- und Kapitalkonzentration werden zwar erkannt, können aber nicht kritisiert werden, "Geldwertstabilität" ist alleiniges Kriterium wirtschaftspolitischen Handelns und gilt als rundum positiv, ebenso wie "Gewinn" oder "Rendite", die von der negativen Tönung arbeitsfreier Einkommen gereinigt werden, was zugleich die Verherrlichung der Idee vom "Geld heckenden Geld", von rein tauschwertorientierten Abläufen nach dem Schema Geld-Ware-Geld gegenüber gebrauchswertorientierten nach dem Muster Ware-Geld-Ware bedeutet. Der Topos "*Geld regiert die Welt*" verwies bislang auch auf Denkformen im Zusammenhang mit der *Fetischisierung von Ware, Geld und Kapital*, worin die rückwärtige Steuerung der Produktion durch den chaotischen Markt Waren und Geld als die "eigentlichen Subjekte" erscheinen ließ. Die auf diese *Formen* aufbauenden Diskursinhalte wie "Globalisierung" erklären die anonymen Gesetze des Weltmarktes zur höchsten und sakrosankten Norm: "Die Protagonisten des Neoliberalismus sind der Überzeugung, lediglich Vollstrecker objektiver 'Gesetze' zu sein, ohne selbst über größere Entscheidungsspielräume zu verfügen" (Bischoff/Deppe/Kisker, 1998, S. 12).

Für die Diskussion um eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie - gerade hinsichtlich ihrer psychologierelevanten Aspekte - stellt sich die Frage, inwieweit typische Figuren des neoliberalen Diskurses

wie "Standort" als Ausdifferenzierung *objektiver Gedankenformen* verstanden werden könnten. "Derartige Formen (wie Ware, T.G) bilden eben die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Es sind gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen für die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten Produktionsweise" (MEW 23, S. 90). Haug verweist auf die Psychologierelevanz solcher Denkformen: "Die 'sachliche Form' ist zugleich die Bewegungsform der objektiven Verhältnisse und zugleich handlungsrelevant für die menschlichen Subjekte, als Praxisform" (1974, S. 171). So wie die Warenform aus der privaten Produktion hervorgeht und den Menschen "ihre eigene Bewegung als eine Bewegung von Sachen" erscheinen lässt, resultieren "Standort- und Weltmarktkonkurrenz" aus der Verschärfung der Konkurrenzkämpfe der Einzelkapitale um Ressourcen und Märkte und suggerieren den Lohnabhängigen allerorten, sie befänden sich in unmittelbarer Konkurrenz mit Arbeitern und Angestellten anderer Länder.

Die "Standortdebatte" kann an weitere quasi-naturhafte Mystifizierungen anknüpfen und diese instrumentalisieren, wie z.B. die Mystifizierung von *Kapitalinteressen als "allgemeine Interessen"*. Auf einmal erscheint es ganz "vernünftig", wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler ständig verkündet, Politik habe "*der Wirtschaft*" zu dienen. Die Überlegung, dass sowohl Wirtschaft wie Politik als Instrumente menschlicher Lebenshaltung *Allgemeininteressen* dienen sollten, kommt im neoliberalen Einheitsdenken nicht mehr vor.

Die psychologischen Implikationen der Diskursinhalte zielen auf die Formierung der psychologischen Zentralkategorie der Handlungsfähigkeit ab, die ebenso in Richtung auf ihren restriktiven Pol hin verändert werden soll wie ihre einzelnen psychischen Funktionen. Für die Ebene des *Denkens propagiert* die neoliberale *Gegenaufklärung* mit Hayeks Forderung nach depolitisierten Menschen, die wesentlichen Merkmale *deutenden Denkens* mit all seiner Unmittelbarkeitsfixierung, Personalisierung usw. *als wünschenswert*. Der mystifizierende Charakter deutenden Denkens scheint sich dabei zu ändern. Die Realität wird als negativ erkannt, es kann aber dennoch nicht in oppositioneller Weise gehandelt werden.

Auf der *emotionalen Ebene* versucht der neoliberale Diskurs mit seinen Bedrohungsszenarien die kapitalismustypische Erscheinungsform einer scheinbar grundlosen Angst, die den Ergebnissen deutenden Denkens, denen zufolge es einem "gut" gehen müsste, zuwiderläuft und sich als diffuse Angst verselbständigt, zu instrumentalisieren. Angst soll die ständige emotionale Hintergrundbefindlichkeit in einer als negativ bewerteten Realität sein. Ihr scheinbares Gegenteil ("Mut", "Risikobereitschaft" etc.) wird zum *Inhalt* von Forderungen nach "wettbewerbsfähigem Personal" für den jeweiligen Standort.

Noch deutlicher wird das Prinzip der Form-Inhalts-Transformation in Diskursen, die auf die Veränderung von *Beziehungsstrukturen* abzielen. Grundlage ist die mystifizierte Vorstellung des vereinzelt Einzelnen in scheinhafter Privatexistenz. Auch diese *Form* konkretisiert sich in gängigen Topoi wie jeder sei "seines Glückes Schmied". Neoliberale Theorie- und Diskursinhalte verkehren die mystifizierte Denkform in *inhaltliche* Forderungen, nach denen es "in der Wirtschaft nur individuelle Ziele" geben und Warenpreise die einzigen die Menschen verbindenden Instanzen sein sollen. Am Ende wird das Projekt der gewollten Vereinsamung noch "wissenschaftlich" abgesichert mit "Individualisierungstheorien" und Margarete Thatcher stellt "Tatsachen" fest: "So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht - nur Individuen".

Eine weitere Transformation steht in Zusammenhang mit der Konkurrenz*förmigkeit* aller Beziehungen im Kapitalismus. *Inhaltlich* werden die sozialdarwinistische "Auslese" propagiert, der "Wettbewerb" verherrlicht, und die kampfbetonte Überlebensmentalität des "Sich-Behauptens" gefordert: Es werden "alle Praktiken zur Norm, zur idealen Regel, die die tatsächlichen Regelmäßigkeiten der ökonomischen Welt ihrer ureigenen Logik überlassen, dem sogenannten Gesetz des Marktes, das heißt: Dem Recht des Stärkeren" (Bourdieu, 1998a, S. 44).

Die hehren "Chancen" die dem einzelnen versprochen werden, können immer nur *gegen* andere ergriffen werden. Die Glorifizierung des "Sich-Behauptens" bedeutet die diskursive Transformation des kapitalistischen Prinzips, wonach der Gewinn des einen immer der Verlust des anderen ist. Mit der *Mißbrauchsdebatte*, die die zwischenmenschlichen Beziehungen noch konkurrenzförmiger machen soll, wird ein weiteres Mal der *Ausschluss* der Menschen von der Verfügung über ihrer Angelegenheiten von der Ebene quasi-naturwüchsiger *Formen* auf die der propagierten *Inhalte* transportiert: Nur, wer in jeder Hinsicht den Verwertungsinteressen des Kapitals entspricht, soll am gesellschaftlichen Produkt teilhaben, alle anderen werden ausgegrenzt.

Schließlich kann die auf Denkverbote und anti-emanzipatorische Abwehrfiguren zielende "TINA"-Parole als Transformationsresultat verstanden werden. Die Basis bilden typische Erscheinungs*formen* deutenden

Denkens, die Mystifizierung bestehender Herrschaftsstrukturen zum ewigen Naturverhältnis und die Verleugnung der "zweiten Möglichkeit". Vor allem aber wird in der "TINA"-Parole das bislang subtil wirkende Prinzip der "herrschenden Gedanken als den einzig möglichen und vernünftigen" zum allgegenwärtigen Diskursinhalt.

6. Entfremdungstheoretische Implikationen III: Die fremde Macht als Welt- und Selbstbezug

Ausgangspunkt der Arbeit war die Frage nach der individuellen Reproduktion gesellschaftlicher Denkformen, die den Menschen im Diskurs des neoliberalen Kapitalismus angesichts verschlechterter Lebensverhältnisse zwecks Aufrechterhaltung der Massenloyalität nahegelegt werden. Diskursinhalte und -ziele weisen eine teils offen formulierte *Entfremdungsprogrammatik* auf, die die Menschen auffordert, sich an der Zerstörung *ihrer* sozialen und demokratischen Errungenschaften zu beteiligen. Die gesellschaftlichen Bedeutungsstrukturen treten ihnen als fremde Mächte entgegen, als Denkgifte des Neoliberalismus, die den gesamten Hauptdiskurs durchziehen. Dieser lässt sich damit auch als machtpolitisch motivierte Entfremdungsveranschaulichung interpretieren, mit der den Menschen die selbstentfremdende Identifizierung (vgl. Einleitung), die Selbstunterwerfung der Subjekte (Weber, 1998, S. 70f.) als wünschenswerte Entwicklung nahegelegt wird. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen schafft individuelle Lebensproblematiken, die den Betroffenen eine Übernahme entfremdeter Denkfiguren und Handlungsweisen als funktional erscheinen lassen.

Die Entfremdungsprogrammatik wird auch in Hayeks Forderung nach Abschaffung von Gewerkschaften und Parlamenten und dem Einsetzen einer Expertokratie als Entscheidungsinstanz deutlich, was die völlige Unterstellung der Menschen unter die Herrschaft der fremden Macht zur Folge hätte: "Der Neoliberalismus fordert uns dazu auf, unser politisches Mitspracherecht, unsere Kontrolle über Art und Umfang der Nutzung unserer wirtschaftlichen Ressourcen, kurz: Unsere (...) Verfügung über die Mittel zur Gestaltung unseres Leben nicht in Parlamenten, Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen zu bündeln, sondern an die spontanen Kräfte des Marktes abzutreten" (Blankenburg, 1997, S. 53 f.). Damit ist es gerade der über alles gehobene Marktgötze der "großen Ordnung" (deren Ergebnisse auch im Falle von Massenarbeitslosigkeit und Armut akzeptiert werden sollen), der die Unterwerfung fordert.

Das zentrale Moment diskursiv verordneter Entfremdung besteht darin, dass die Menschen dazu gebracht werden sollen, *die gegen sie selbst gerichteten Absichten herrschender ("fremder") Mächte als ihre eigenen Lebensäußerungen zu realisieren*. So soll mit der *Standortdebatte* ein gesellschaftliches Bewusstsein erzeugt werden, worin die *Konkurrenz der Einzelkapitale* den Menschen als *ihre Konkurrenz* erscheint. Das Projekt der *Gegenaufklärung* betreibt mittels großangelegter *Bedeutungsentfremdung*, die Reduktion sozialer Kompetenzen. Im Zuge semantischer Enteignung wird aus Gegenreform "Reform" und aus Entlassungen "Solidarität". Andere Formen sind schwerer zu erkennen. Stundenlöhne um fünf Mark, als "Einsteigertarife" gepriesen, um Arbeitslosen ein "*Recht auf Arbeit*" zu ermöglichen, suggerieren "Arbeitsbeschaffung", doch die mit solchen "Angeboten" verbundene Drohung des Entzugs jeglicher Unterstützung für den Fall ihrer Ablehnung verkehrt das vermeintliche "Recht" in sein Gegenteil der *Zwangsarbeit*. Die Parole "Niedriglöhne schaffen Arbeitsplätze" stellt eine Verkehrung im gleichen Sinne dar, denn in Wahrheit gilt: Je größer die Reservearmee der Arbeitslosen, desto größer ihre Erpressbarkeit. Bedeutungsentfremdung heißt hier vor allem, dass den Menschen *die Sprache der fremden Macht* oktroyiert wird, dass sie diese Sprache *als "ihre" Sprache sprechen* und die darin liegenden *Gedanken der Herrschenden als "ihre" Gedanken denken*, dass sie *in ihnen verordneter Weise* vom "Reformstau" reden und damit *die Reduktion ihrer Einkommen und die Beseitigung ihrer Rechte fordern* sollen. Zudem wirkt die Euphemisierung erwünschter mit der Tabuisierung unerwünschter Begriffe mit dem Ergebnis zusammen, dass gerade die begrifflichen Erkenntnisinstrumente, die am meisten über die Wirklichkeit aussagen, mit Verboten belegt sind, während Verdrehungen und Verfälschungen in großer Zahl in Umlauf gesetzt werden. Das diskursiv verordnete Sprechverbot in Bezug auf Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse ist zugleich eine als Denkverbot auftretende Entfremdung des Bewusstseins.

Die *Spardebatte* knüpft an diese Logik an. Mit der Beschwörung von "Sparzwängen" und immer neuen "Sparpaketen" sollen die Menschen dazu gebracht werden, noch weitergehende Einschränkungen ihrer

Lebensmöglichkeiten als "unvermeidlich" und "im eigenen Interesse" hinzunehmen, womit zugleich auf die Verschärfung einer altbekannten Entfremdungsfigur hingewirkt wird: "So wie es ist, ist es schlecht, *es soll nicht noch schlechter werden*, deshalb soll alles bleiben, wie es ist" (vgl. Zurek, 1998, S. 6). Unter dem Druck von Spardebatten wird daraus: "So wie es ist, ist es schlecht, und *es muss noch schlechter werden*, damit es nicht noch viel schlechter wird". In gewisser Hinsicht kommt damit der Entfremdungsaspekt dieser Denkform erst auf den Begriff, weil die fremde Macht nun als einschränkende Instanz wahrgenommen wird (wenngleich unscharf, begrifflich tabuisiert etc.), aber dennoch nichts dagegen unternommen werden kann und die aktive Mitwirkung an der eigenen Unterdrückung zunimmt. "Es soll nicht noch schlechter werden" war dagegen früher zwar auch nur die Hälfte der Wahrheit, weil die Verhältnisse deutend ins Positive mystifiziert wurden ("immer noch besser als..." o.ä.), bedeutete aber zugleich den widersprüchlichen Versuch, in schwieriger Lage zurechtzukommen und sich oberhalb der vollständigen Kapitulation einen Rest an Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Mit der Spardebatte erreicht der diskursive Entfremdungsprozess die emotionale Ebene. Die Menschen sollen der Verschlechterung ihrer Situation gleichgültig oder gar affirmativ gegenüberstehen. Gefühle und Bedürfnisse werden instrumentalisiert, wie im Fall der "Wertschätzung" das Bedürfnis nach Anerkennung und Kooperation oder beim organisationspsychologischen Gefühlsmanagement. Den Gipfel der emotionalen Entfremdung markiert die Kriegspropaganda. So wurde 1991 vor Beginn des Golfkrieges weltweiter Hass gegen den Irak und Zustimmung zum geplanten Krieg mittels einer heute als *Brutkastenlüge* bekannten Medieninszenierung herbeigeführt. Die der entsetzten Weltöffentlichkeit als "Augenzeugin" präsentierte Tochter eines kuwaitischen Diplomaten "berichtete" zwischen den Schüben eines "Weinkrampfes" von "irakischen Bestien", die kuwaitische Frühgeborene aus ihren Brutkästen gerissen und getötet hätten. Mittlerweile wurde nicht nur die Identität der "Zeugin", sondern auch die Namen der US-amerikanischen Werbeagenturen bekannt, die hier und später in Kroatien, Bosnien und Kosovo mit der propagandistischen Erzeugung von Hass gegen erklärte Feinde der amerikanischen Weltordnung beauftragt wurden. (Beham, 1999). Die fremde Macht der Diskurse bemächtigt sich der Gefühle, indem sie dort, wo emotionales Engagement angemessen ist, Gleichgültigkeit erzeugt und dort, wo kritische Analyse gefragt wäre, mit gefälschten Informationen Ressentiments schürt. Wenn in der Realität Obdachlose erfrieren und Kinder verhungern sollen die Menschen dies achselzuckend und mit einem kurzen Bedauern der "Schlechtigkeit der Welt" als "leider unabänderlich" hinnehmen. Wenn dagegen Massenmedien "Greuelthaten" inszenieren, soll mit emotionaler Zustimmung zum "gerechten Krieg" reagiert werden, dessen Opfer dann ihrerseits "unvermeidlich" sind und kein Mitgefühl erwarten können.

Richtig praktisch wird die Entfremdung dann im Zuge der *Mißbrauchsdebatte*, wo als Folge verordneter Ausgrenzung eine neue Stufe sozialer Entfremdungsprozesse erreicht wird, auf der die Menschen sich nicht nur zum Nutzen Dritter gegenseitig in Schach halten, sondern auch an ihrem eigenen Ausschluss aktiv mitwirken. Die "Arbeitsplatzbesitzer", die sich per Ressentimentverschreibung Hass auf "sozialschmarotzende" Arbeitslose verordnen lassen, anstatt sich mit ihnen zu solidarisieren, verwirklichen damit als wesentliches Ziel der Debatte die Einrichtung von Niedriglohnsektoren und Zwangsarbeit und finden sich am Ende selbst in den Reihen derer wieder, die sie zuvor im Zuge der erhofften Absicherung ihrer eigenen Position ausgrenzten. In ähnlicher Weise soll die Denkfigur des "Sozialneids" sicherstellen, dass die Armen es normal finden, den Reichen auch noch etwas abzugeben, während sie ihre eigenen Lebensansprüche als anstößig erachten. Zu den psychologischen Entfremdungsprozessen der Mißbrauchsdebatte zählt besonders die Projektion der Asozialität der Reichen auf die Armen. Letzteren tritt mit der Parole von den "Sozialschmarotzern" die fremde Macht, von der sie bereits real in Armut und Subalternität gehalten werden, auch noch als Schuldvorwurf entgegen, womit die vom Skandal der Massenarbeitslosigkeit profitierenden Eliten ihrerseits die Skrupel, die sich zuweilen regen mögen, projektiv abwehren. Zur Sicherheit präsentieren sich deren herrschende Interessen mit der "TINA"-Parole als "alternativlos" und versuchen, die Mitwirkung der Menschen an ihrer eigenen Entfremdung zu besiegeln.

In gewisser Hinsicht ist all dies dennoch nur Vorspiel und Mittel zum Zweck. Nachdem die entfremdeten Denkfiguren dieser Debatten etabliert sind, wird im Zuge des *Normativitätsdiskurses* den Menschen eingehämmert, wie sie sein sollen, sein müssen, um den herrschenden Interessen zu genügen, was zugleich als einzige Möglichkeit erscheint, ihre Lebensansprüche zu realisieren. Der Form nach ist dies allerdings nicht neu, sondern eher die Aktualisierung der alten Entfremdungsfigur "sich mit den Augen der Bosse

sehen" (Bloch, 1959, S. 396).

Schließlich kann die *Form-Inhalts-Transformation* als Verschärfung von Entfremdungszuständen interpretiert werden, da es sich bei den quasi-naturwüchsigen Ausgangsformen bereits um mystifizierte, fetischisierte, also entfremdete Formen handelt, die dann auch noch in Diskursinhalte verwandelt und den Menschen zur Übernahme nahegelegt werden. Die fremde Macht tritt hier z.B. als "wirtschaftsfreundliche Politik" auf, worin die zu Allgemeininteressen mystifizierten Kapitalinteressen als "alternativlose" Maxime erscheinen.

III. Aktualempirie

Die Untersuchung

Eine interessen geleitete Beeinflussung psychischer Strukturen, wie sie im vorigen Abschnitt dargestellt wurde, muss sich in individuellen, mittels geeigneter Methoden aufweisbaren Erscheinungsformen niederschlagen. Ihre Aufklärung erfordert eine Umsetzung der theoretischen Analyse in ein empirisches Verfahren, mit dem veränderte Denkformen und Befindlichkeiten an konkreten Einzelfällen untersucht werden können. Zugleich soll hier mit einem solchen Ansatz den methodischen Kriterien der Kritischen Psychologie Rechnung getragen und das Sachthema der Arbeit, die Frage nach der individuellen Reproduktion diskursiver Denkangebote mit dem subjektwissenschaftlichen Anspruch verbunden werden, Forschung *für* Betroffene zu machen, statt kontrollwissenschaftliche Aussagen *über* sie zu sammeln.

Damit tritt als erste Schwierigkeit die Frage auf, wer als "betroffene Mitforscherinnen und Mitforscher" in Betracht kommen könnte und zwar umso mehr, als im Rahmen einer solchen Arbeit dem Einzelforscher enge zeitliche und arbeitstechnische Grenzen gesetzt sind, der mögliche Aufwand alles andere als beliebig ist.

Nach vielen Vorüberlegungen und verworfenen Ideen entschied ich mich dafür, qualitative Interviews mit Personen in verschiedener "Lebenslage und Position" durchzuführen, um dadurch einerseits konkretes Anschauungsmaterial zur Ergänzung meiner theoretischen Analyse zu erhalten, andererseits den Versuch einer kommunikativen Auswertung empirischen Materials unter Einbeziehung der Gesprächspartner zu unternehmen. Ich befragte schließlich *eine Studentin, eine Arbeitslose, einen Angestellten und einen Landwirt*. Es handelte sich dabei um "Bekannte von Bekannten" (aus Gründen der Durchführbarkeit, s.o.), bei denen ich zunächst in einer telefonischen Anfrage zu klären versuchte, ob sie an einem solchen Vorhaben interessiert waren und mir unter einem bestimmten Aspekt geeignet erschienen: Es sollte sich um Mitmenschen handeln, die am politischen Geschehen nicht ganz uninteressiert, aber andererseits nicht auf eine bestimmte "Linie", Partei oder Organisation festgelegt sind. "Unpolitisch, aber nicht desinteressiert", könnte das Kriterium lauten, von dem ich hoffte, dass es mir so etwas wie ein "Psychogramm der Mitte", der "kompakten Majorität" o.ä. liefern würde. Man kann solche Begriffe problematisch finden, ich jedenfalls wollte mir keine politischen Programme erzählen lassen, wie es u.U. der Fall gewesen wäre, wenn ich z.B. die Bremer Landesverbände verschiedener Parteien ersucht hätte, mir je einen "kompetenten Gesprächspartner" für diplomträchtige Interviews zur Verfügung zu stellen. Ich wollte statt dessen eine kleine Stichprobe "normaler Leute" befragen. Es wurden also Vorgespräche geführt. Vier hilfsbereite Menschen waren einverstanden, es folgten Terminvereinbarungen und der Kauf eines Diktiergerätes.

Vor all diesen konkreten Schritten war allerdings noch eine andere Schwierigkeit zu überwinden und die Frage zu klären, wie ein solches Forschungsverfahren überhaupt zu konzipieren, durchzuführen und auszuwerten ist. Von Vertreter der Kritischen Psychologie wurden zwar umfangreiche Schriften über die *Theorie* kritisch-psychologischer Methodik erarbeitet (zu nennen sind besonders das neunte Kapitel der 'Grundlegung', Holzkamp, 1983, S. 509 - 583 sowie Markard, 1991), aber soweit mir bekannt, kein Rezeptbuch nach der Devise "man nehme", wie bei zahlreichen anderen Verfahren der Fall. Zudem scheiterte mein Versuch, an der FU Berlin Einsicht in dort vorgelegte psychologische Diplomarbeiten zu nehmen, in denen ich beispielhafte Verfahren dokumentiert zu finden gehofft hatte, an bürokratischen Hürden vor Ort. Es blieb mir also nichts anderes übrig, als nach der Lektüre der einschlägigen theoretischen Publikationen eine entsprechenden Vorgehensweise selbst zu entwerfen.

Das Ergebnis dieses Versuchs sind vier leitfadengestützte Diskussionsinterviews mit anschließender kommunikativer Auswertung, die ich im Sommer 1999 mit den genannten Personen durchführte. Die Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet und transkribiert, die Befragten erhielten den gesamten Text und ein teils umfangreiches Begleitschreiben, worin ich eine vorläufige Interpretation in Form von Nachfragen an die Gesprächspartner formulierte, mit der Bitte diese zu kommentieren, zu bestätigen oder zu verwerfen. Die Art der Rückmeldung war den Befragten freigestellt, eine von ihnen antwortete per Brief, die anderen trafen sich mit mir zu teils mehrstündigen Diskussionen. Den Interviews lag der folgende Leitfaden zugrunde:

(1) *"Wie beurteilst Du persönlich die derzeitige allgemeine Situation in Deutschland?"* Diese Einstiegsfrage war nach dem Kriterium der größtmöglichen Offenheit formuliert worden mit dem Ziel, den

Befragten einen Gesprächsbeginn zu ermöglichen, in dem ihre subjektive Sicht der Verhältnisse möglichst unzensiert geäußert werden kann. Resultat war, dass in allen Fällen gleich zu Anfang die Einschätzung der allgemeinen Lage mit der jeweiligen Lebensproblematik verknüpft wurde, was im Sinne subjektwissenschaftlichen Vorgehens ja durchaus erwünscht ist.

(2) *"Was war der Grund für den Regierungswechsel im letzten Herbst?"* Eine Hilfsfrage, die den Einstieg in die u.U. ungewohnte Situation, sich zu gesellschaftlichen Fragen äußern zu müssen, erleichtern sollte. Die Bundestagswahl vom September 1998 lag zum Zeitpunkt der Interviews noch nicht allzu lange zurück. Außerdem ist das öffentliche Interesse am politischen Prozess weitgehend auf Parlamentswahlen zentriert und diese Wahl stand nach "sechzehn Jahren Kohl" im Mittelpunkt eines besonderen Interesses, so dass der Bezug darauf hier naheliegend erschien.

(3) *"Was sind die Gründe der Massenarbeitslosigkeit?"* Diese Frage sollte zusammen mit den beiden folgenden die Diskussion auf die neoliberalen Hauptdiskurse lenken und Aufschluss darüber geben, inwieweit und mit welchen Begründungen die darin verbreiteten Denkangebote individuell reproduziert werden. Kritisch ist hier anzumerken, dass die (für mich naheliegende) Gedankenverbindung von der Arbeitslosigkeit zur "Standortdebatte" von den Befragten kaum thematisiert wurde. Dies könnte auch daran liegen, dass in meiner kleinen Stichprobe keine Personen zu finden sind, die in ihrer beruflichen Situation mit der Drohung der "Standortverlagerung" direkt konfrontiert werden, wie dies z.B. bei Automobilarbeitern eindeutig der Fall ist (Gerlach, 1996, S. 50). Außerdem stehen in den Medien derzeit andere Diskurse im Vordergrund. Umso mehr wird an den Ergebnissen deutlich, dass Arbeitslosigkeit zu den auch subjektiv am stärksten repräsentierten Problemen zählt.

(4) *"Sind, wie oft behauptet, Sozialstaat und Rentensystem nicht mehr finanzierbar?"* Diese auf die "Spardebatte" gerichtete Frage war angesichts der derzeitigen "Rentendiskussion" dann umso aktueller. Angesprochen ist hier vor allem die emotionale Ebene mit Existenz- und Zukunftsängsten u.ä.

(5) *"Was ist davon zu halten, wenn vom Missbrauch sozialer Leistungen in großem Umfang die Rede ist? Sollten Sozialhilfeempfänger zu 'gemeinnütziger Arbeit herangezogen' werden?"* Nun geht es um die "Mißbrauchsdebatte" und um die Frage, inwieweit ausgrenzende Beziehungsformen in den Äußerungen der Befragten eine Rolle spielen.

(6) *"Wie beurteilst Du den Umstand, dass all den Sparzwängen und leeren Kassen riesige Gewinne von Banken und Konzernen gegenüberstehen oder dass nach Angaben der UNO 350 Milliarden genauso viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen?"* Hier soll es explizit um den Grundkonflikt kapitalistischer Gesellschaften, dessen Beurteilung und die Art der Thematisierung durch die Interviewpartner gehen.

(7) *"Wie wird die gesellschaftliche Entwicklung voraussichtlich weitergehen?"* Die Schlussfrage fordert noch einmal auf, ein Fazit zu ziehen, vorgängig Geäußertes zuzuspitzen oder abzuschwächen, aber auch die tatsächlichen Hoffnungen und Befürchtungen zu thematisieren.

Interviews und Auswertungsergebnisse sind nachfolgend zunächst als fallbezogene Einzelstudien dokumentiert, die auch den kommunikativen Prozess der Rückfragen und Nachbesprechungen einbegreifen. Im Schlussabschnitt der Arbeit erfolgt dann die Einbeziehung typischer Äußerungen in den Argumentationszusammenhang des Sachthemas.

In den Einzelstudien wird eingangs die persönliche Lebensproblematik dargestellt, wie sie in den Texten zum Ausdruck kommt. Dann werden die Bezüge der Befragten auf die einzelnen Teile des neoliberalen Diskurses diskutiert, wobei sich meist schon andeutet, dass sich individuelle Problemlagen mit der gesellschaftlichen Krise verknüpfen.

Insgesamt gesehen zeigen die Interviews die Übernahme einer Vielzahl neoliberaler Denkangebote. Einige Probleme ergeben sich allerdings aus dem Umstand, dass eine Stichprobe diesen Umfangs nicht alle Denkformen und Befindlichkeiten erfassen kann. Zwar befinden sich die Befragten in verschiedenen Lebenslagen, doch kommen einige individuelle Orientierungen, wie sie von anderen einschlägigen Untersuchungen als typisch herausgestellt werden, in den hier vorliegenden Texten nicht vor. Insbesondere fehlen ausgesprochen wohlstandschauvinistische oder rassistische Sichtweisen, deren Untersuchung eine größere Stichprobe erfordert hätte, was mit einer Einzelforschung dieser Art nicht zu leisten ist. Auch beziehen sich die Ergebnisse erkennbar auf westdeutsche Bewusstseinslagen.

Alle Interviewtexte sind zwecks leichter Bearbeitung mit durchlaufender Zeilennummerierung versehen.

Die Zitate in den Interpretationen beziehen sich auf Interviewtranskripte mit Zeilenangabe (Z...). Da die Originale dokumentiert sind, bleiben Auslassungen und sinnwahrende Änderungen in Zitaten ohne Kennzeichnung.

Interviewtranskripte

Imke, Studentin

T.G.: Ja, es geht um die Frage nach der derzeitigen Lage in diesem Land, d.h. darum, wie Du ganz persönlich das siehst.

Ok. So konkret zu irgendwas Bestimmtem?

T.G.: Nein, einfach was Dir dazu einfällt.

Was mir dazu einfällt?

T.G.: Ja.

Dass mir die heutigen Kinder leid tun. Weil ich... weil wir ja schon keine Zukunft haben im Prinzip und wenn ich mir vorstelle, ich wäre jetzt zwei oder so... hätte ich ja viel weniger Zukunft als wir jetzt schon. Also auf alles bezogen, politisch, Natur, Umwelt...

T.G.: Auf alles?

Ja. Ich wüsste jetzt nicht, was irgendwie groß positiv wäre.

T.G.: In öffentlichen Debatten spielt ja das Problem der Arbeitslosigkeit eine entscheidende Rolle. Bist Du in der Hinsicht auch pessimistisch?

Ja. Ich glaube auch, dass die Arbeitslosigkeit noch sehr viel mehr steigen wird, also egal was sie irgendwie für Subventionen einsetzen, weil die Technik einfach ja immer mehr verfeinert wird. Bald wird's immer mehr Maschinen geben, die irgendwie die Arbeit übernehmen, also das zeichnet sich ja ab, das sieht man ja schon in den letzten zehn Jahren, dass da irgendwie alles schon... also seit ich irgendwie Zeitung lese... was sich da schon alles entwickelt hat, da wird das wahrscheinlich nicht stagnieren diese Entwicklung und wahrscheinlich auch nicht rückläufig sein, sondern sich noch weiter in dem Bereich bewegen.

T.G.: Hab ich das jetzt richtig verstanden, dass Du die technische Entwicklung als die wesentliche Ursache von Arbeitslosigkeit sehen würdest?

Nee, nicht nur, also natürlich auch, weil der Mensch ja auch einfach störanfälliger ist, mehr kostet und was weiß ich nicht alles und ich glaube es geht dahin, dass es dann irgendwann 'ne kleine Elite gibt von Leuten, die eben diese, ja, das geistige Potential haben oder die Ideen diese Sachen zu verwirklichen, die da irgendwie gewünscht werden und dann wird's halt die geben, die davon profitieren finanziell. Und der Rest muss halt irgendwie sehen, wo er bleibt. Oder höchstens halt noch irgendwelche Dienstleistungssachen ausüben, die eben keine Maschinen ersetzen können.

T.G.: Diesen sog. Rest, von dem Du eben schon gesprochen hast, den gibt's ja jetzt schon. Also relativ viele Leute, die arbeitslos sind und die auf Lohnersatzleistungen in irgendeiner Form angewiesen sind. In dem Zusammenhang wird ja jetzt oft behauptet, Sozialstaat und Rentensystem seien nicht mehr finanzierbar, man

hätte dafür kein Geld mehr. Wie würdest Du das beurteilen?

Also wenn ich mir die Haushaltslage angucke vom Bund, gebe ich ihnen voll recht, dass jetzt wirklich kein Geld mehr dafür da ist, aber es ist ja die Frage, warum ist kein Geld mehr da? Und das kommt ja... also ich denke das wird sich auch noch verschlimmern. Es wird halt immer weniger Geld da sein, weil sich ja auch die Altersstruktur völlig verändert hat, also diese Alterspyramide verschlechtert sich ja dahingehend, dass es einfach immer mehr Alte gibt und immer weniger Junge und auch einfach... ja in Deutschland auch viel zu wenig Kinder geboren werden, um das irgendwie wieder auszugleichen. Und selbst wenn genug geboren würden, wäre ja auch gar nicht genug Arbeit für sie da, damit sie irgendwie... also es wären ja... auch, wenn es mehr Kinder gäbe, wären immer mehr auf Lohnersatz angewiesen. Es ist einfach 'ne Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist, denke ich.

T.G.: Wie könnten denn, nein anders, also die Kassen sind leer, sagst Du und...

Ja, ich denke, dass die... die irgendwie dieses ganze zu verschulden haben... unsere Politiker, die werden noch ihre Renten haben, aber alle anderen nicht mehr. Darum ist es denen ja auch ziemlich egal, weil sie wissen ja genau: die die jetzt alt sind, also die haben ja noch ihre Rente und sie selber wohl auch noch, allein dadurch, dass sie genug ansparen konnten werden sie auch noch irgendwie nicht am Hungertuch nagen später, aber alle, die irgendwie... ja unter 40 sind... sag ich mal... haben ja eigentlich sowieso schon die Verliererkarte weil... kann ja auch gar nicht funktionieren, wenn man sich die Haushaltslage anguckt und die Altersverteilung und wenn man dann irgendwie... selbst wenn man schlecht in Rechnen ist wie ich kann man sich ja ausrechnen, dass das nicht mehr hinkommen kann.

T.G.: Ja, was gäbe es denn für Möglichkeiten die leeren Kassen wieder zu füllen?

Da gibt's ja eigentlich genug Möglichkeiten. Da müsste man ja vielleicht nur mal die Rüstungsausgaben ein bisschen 'runterschrauben und das dann vielleicht in die Bildung investieren weil das ja auch die Zukunft sein könnte. Aber sowie irgendein Ansatz gemacht wird irgendwo Einschränkungen vorzunehmen, dann steht ja gleich eine große Lobby von Leuten die 'nein' schreit und letztendlich wird dann sowieso bei den Schwächsten gespart, was? Da sind die Schüler, die Studenten, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, eben die Leute, die nicht an den Schalthebeln der Macht sitzen und nicht so 'ne große Lobby hinter sich haben, was ja auch kein deutsches Phänomen ist... es ist ja eigentlich überall so, 'ne?

T.G.: Also es gibt auf der einen Seite den sog. Sparzwang, Du sagst jetzt, dafür seien demographische Gründe verantwortlich, also die Altersentwicklung der Gesellschaft aber andererseits stehen dann für bestimmte Projekte wie im Militärhaushalt dann anscheinend problemlos riesige Summen zur Verfügung und...

Ja, ich denke auch, dass eigentlich jeder dafür ist, dass gespart wird, aber es will eben keiner gespart haben oder in seinem Bereich, was ja auch nachzuvollziehen ist, weil ich denke mal das ginge mir ähnlich wenn ich irgendwie in der Rüstung beschäftigt wäre, würde ich wahrscheinlich auch nicht dann meinen Arbeitsplatz verlieren wollen. Also es sind ja auch immer existenzielle Sorgen, die dahinterstehen. Zumindest bei den... also wenn man... wenn die Leute, die im Atomkraftwerk arbeiten dagegen protestieren, dass die geschlossen werden, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben, dann sind das ja existenzielle Gedanken.

T.G.: Meinst Du, die könnten einen entscheidenden Einfluss ausüben, dahingehend, dass etwas nicht geschlossen wird?

Wer jetzt, die Arbeiter?

T.G.: Ja.

Im Atomkraftwerk?

T.G.: Ja.

Keine Ahnung (lange Pause). Ich weiß es nicht, wenn ich in die Zeitung guck', bin ich immer völlig hilflos, weil ich einfach nicht weiß, wie irgendwie diese Probleme gelöst werden sollen oder wie sie gelöst werden könnten. Und wenn ich irgend 'ne Idee habe wie so 'ne einfache Idee, dass man ja bei der Rüstung sparen könnte, dann kommen ja wieder die ganzen anderen Sachen, dass dann ja auch Arbeitsplätze bei drauf gehen, was ja auch immer das Argument ist von den Leuten, die da irgendwie 'hinterstehen, insofern weiß ich da überhaupt keine Lösung. Darum möchte ich auch nicht Politiker sein. Trotz der hohen Gehälter und dem sicheren Leben hätte ich da einfach nicht genug Ideen oder ist einfach die Lage so desolat irgendwie, dass ... ich glaube aber, es geht den meisten Menschen so, dass sie einfach nicht wissen, wie das gelöst werden soll. Und wer gute Ideen hat, der macht ja auch meistens die Erfahrung, dass daraus nichts wird. Das motiviert ja nicht gerade zu neuen gedanklichen Höhenflügen.

T.G.: Da sind wir ja schon bei Problemlösungen oder vielmehr bei nicht gelösten Problemen. Hab ich Dich jetzt richtig verstanden, dass Du die Probleme zwar prinzipiell für lösbar hältst, dass es aber an der Frage nach dem "wie" scheitert?

Also ich glaube schon, dass es zu lösen wäre. Nur, ich weiß nicht wie. Ich hab' mich natürlich auch nie groß damit beschäftigt. Und wenn irgendwelche Vorschläge kommen aus irgendwelchen politischen Parteien, dann kann ich dem oft auch zustimmen und denken: ja, genauso könnte man es machen. Aber es scheitert dann eben auch an der Umsetzung und es sind einfach zu viele Interessen, die da aufeinander prallen und Kompromisse sind ja auch nicht immer irgendwie die geeignete Wahl, wie man hier Bremen ja dann auch ziemlich deutlich sehen kann.

T.G.: Also das hab ich jetzt nicht verstanden, Wie meinst Du das mit...

Mit Bremen?

T.G.: Ja.

Ja, da, also die große Koalition ist ja im Prinzip ein Kompromiss. Weil es sind ja nun eigentlich wirklich gegensätzliche... also inzwischen nicht mehr so gegensätzliche... aber eigentlich vom reinen Programm her sind sie ja schon gegensätzlich, aber der Schmusekurs hier in Bremen, wo ja auch schon vor der Wahl feststand, dass es irgendwie so weitergeht wie bisher und man deswegen ja auch eigentlich gar nicht hingehen brauchte, was ja auch ein Großteil nicht getan hat (lacht). Und die Kompromisse, die hier geschlossen werden, daran finde ich, sieht man, dass eben Kompromisse auch nicht immer das Wahre sind.

T.G.: Also in Bremen werden falsche Kompromisse gemacht?

Ja. Finde ich.

T.G.: Das würde mich jetzt mal genauer interessieren zwischen was da der Kompromiss besteht und warum er falsch ist.

Der Kompromiss besteht einfach darin, dass die SPD zum Beispiel ihr Profil eigentlich völlig verloren hat.. ziemlich... also wenn ich mir das Parteiprogramm durchlese, was die so vorhatten irgendwie... oder was sie zumindest gesagt haben, was sie denn vorhaben werden, dann fand ich das alles ganz gut oder so... jedenfalls viele Sachen fand ich gut und wenn ich mir dann angucke was jetzt nach ein paar Tagen Koalitionsverhandlungen da schon wieder... da schon draus geworden ist und wieviel eigentlich davon jetzt eigentlich nicht geschehen wird und mit der einfachen Aussage abgetan wird, dass die Grausamkeiten am

Anfang der Legislaturperiode kommen müssen und sowas, dann denke immer, das kannst du doch... warum machen sie überhaupt noch solche Programme?

T.G.: Jetzt hier auf Bremen bezogen?

Also auf Bremen bezogen finde ich 's besonders krass, aber man kann's natürlich auch... weil hier halt die große Koalition ist, deswegen ist es natürlich besonders krass.

T.G.: Mir fällt dazu ein, dass es ja noch nicht allzulange her ist, dass auch auf Bundesebene ein Regierungswechsel stattgefunden hat. Und dabei ist ja auch noch eine Regierung abgewählt worden, die ziemlich lange im Amt war...

Eindeutig zu lange.

T.G.: Und ich dachte, Du hättest jetzt mehr die Bundestagswahl im Auge gehabt...

...ja, dass natürlich noch zusätzlich, wenn ich an die Grünen da denke. Also ich stand eigentlich mal ziemlich hinter den Grünen und fand das eigentlich alles toll, was sie irgendwie an Forderungen hatten als sie noch in der Opposition waren, aber wenn ich mir jetzt angucke wie sie denn auf einmal genauso aussehen wie die, die an der Regierung sind und sich genauso verhalten und auch von ihren ganzen Forderungen nicht mal mehr im Ansatz irgendwie was umsetzen können, also die müssen auch eindeutig zu viele Kompromisse eingehen. Oder... bzw. hatten ja auch kein Problem damit, weil sie an der Macht halt sein wollten. Und ich denke, dass das aber mit jeder Partei so wäre, also ob ich nun das Parteiprogramm der PDS gut finde oder der Naturgesetzbewegung oder von sonst wem, sowie die an der Macht sind, glaube ich, ist das ganz egal was da vorher irgendwie erzählt wurde. Weil es dann eben auch an... also man kann ja, wenn man in der Opposition ist auch viele schöne Ideen haben, weil man ja genau weiß, dass man sie nicht umsetzen müsste. Also die CDU jetzt auf einmal, wo sie in der Opposition ist, hat... gibt öfter so Meldungen 'raus, wo ich denke: Mensch, das ist aber 'ne tolle Idee, warum ist ihnen das nicht früher eingefallen? Aber da hätten sie's gar nicht umsetzen können, da wär's dann daran gescheitert. Sowas kann man eben auch nur so tolle Ideen irgendwie...

T.G.: Also, Du meinst, das hört sich nur gut an, ist aber gar nicht ernst gemeint?

Ja klar. Also die CDU zum Beispiel gibt 'ne Meldung raus, dass sie dafür sind, ein Erziehungsgehalt auszusetzen von 1400, 1500 Mark, was dann die existenzielle Sicherung der Familie irgendwie bedeuten könnte...

Kurze Unterbrechung weil Imkes Freund ins Zimmer kommt um sich zu verabschieden.

...und das fällt ihnen irgendwie drei Monate ein, nachdem sie in der Opposition waren. Also es stand ja noch nicht mal in ihrem Parteiprogramm drin zur Wahl, weil sie nämlich gewusst haben, dass sie das sowieso nicht hätten umsetzen können, aber es macht sich halt gut, wenn man in der Opposition ist und schöne neue Ideen hat und das ganze Volk denkt, das ist aber 'ne tolle Partei, aber sowie sie dann an der Macht sind, ist es wieder etwas anderes.

T.G.: Also: Es wird jetzt irgendwas behauptet, was gar nicht ernst gemeint ist und es wird gesagt: wir wollen dies und das machen, aber wenn dann die Möglichkeit dazu da ist, geht es nicht, sagst Du. Woran liegt das, ich meine, sie sind doch dann die Regierung?

Ja, weil dann einfach diese ganzen... ja Probleme wie zum Beispiel die Haushaltslage dazukommen und die ganzen Lobbys, denen sie da irgendwie genügen müssen. Also ich glaube auch, dass die Grünen durchaus mit hehren Zielen irgendwie in die Regierung gegangen sind und wirklich auch geglaubt haben, sie könnten

was verändern. Und von daher jetzt merken, dass das nicht so einfach ist, weil man halt irgendwo was einspart... dann... oder wenn man irgendwas neues umsetzen will, dann schreien halt die, denen das Althergebrachte gutgetan hat und man kann es eben nicht allen recht machen.

T.G.: Also ist es dann so, dass zwar eine neue Regierung von einer Mehrheit gewählt ist, die dann auch das Programm der Regierung mehr oder weniger wollte, dass aber trotzdem eine Minderheit verhindert, dass das, was die Mehrheit will auch gemacht wird?

Ja. Irgendeinen Grund muss das ja haben, dass jetzt z.B. die Grünen völlig umschwenken und man von ihrem eigentlichen Parteiprofil ja nicht mehr viel mitkriegt irgendwie.

T.G.: Was würdest Du sagen, woran das liegt?

Tja, weiß ich auch nicht. Macht verdirbt den Charakter (lacht). Ich glaube nicht, dass die irgendwie 'ne Chance hatten gegen diese Entwicklung überhaupt gegenzusteuern. Also ich unterstell' ihnen jetzt nicht, dass sie irgendwie bewusst diese...sich der CDU jetzt auf einmal völlig annähern oder also ich glaube, sie wollten schon wirklich was verändern und ja... Gutes tun oder wie auch immer, aber es scheitert dann halt wieder an der Umsetzung.

T.G.: Könntest Du Dir denn Verhältnisse vorstellen, in denen das, was die Leute, oder sagen wir, was die Mehrheit will, dann auch gemacht wird?

Nee. Also wenn man sich die Entwicklung der Welt anguckt, hat das ja eigentlich nie irgendwo auch nur irgendwie geklappt. Also ich wüsste jedenfalls kein positives Beispiel, wo alle Menschen glücklich waren und wo es gerecht zugeht, wo alle gleich viel hatten... also das gibt's vielleicht in Büchern und irgendwelchen tollen gesellschaftlichen Theorien aber in der Realität glaub ich, hat es das noch nie irgendwo gegeben. Oder es ist mir nicht bekannt, wo das so wäre.

T.G.: Also ich habe jetzt doch den Eindruck, dass Du alles ziemlich pessimistisch siehst...

..ja.

T.G.: ...muss ich eben mal zwischendurch feststellen.

...früher habe ich das auch alles optimistischer gesehen, aber jetzt...

T.G.: Ach, früher warst Du optimistischer? Wodurch hat sich das denn verändert? Kam das allmählich oder...

...allmählich, ja. Ich meine, früher war es auch einfacher, alles optimistisch zu sehen... wenn man z.B. noch nicht für 'ne eigene Familie sorgen musste. Es ist ja auch... man hat ja... man kann sich dann auch in irgendwelche hehren Ideale flüchten und alles ganz toll... und denken: Das wird schon alles, aber wenn es dann an die eigenen existentiellen Sorgen geht, dann wird man schon pessimistischer. Oder wenn man auch sieht, dass sich über die Jahre einfach nichts... keine großartige Entwicklung abzeichnet. Dass ja selbst durch diesen so lang erwarteten Regierungswechsel keine große Veränderung kommt, dann wird man schon pessimistisch weil ich jetzt auch nicht weiß, was jetzt noch... ich hab' sonst immer gemeint, ja wenn die SPD und die Grünen an der Macht wären, dann würde es anders aussehen. Da es das jetzt aber auch nicht tut, weiß ich nicht, wo ich noch groß Optimismus hernehmen soll (lacht).

T.G.: Wodurch ist es denn Deiner Meinung nach überhaupt zu diesem Wechsel gekommen? Es ist ja letzten September überhaupt zum ersten Mal eine Regierung durch Wahlen abgewählt worden und nicht wie vorher immer durch Koalitionswechsel. Was meinst Du, welche Gründe es dafür gab?

Die Gründe?

T.G.: Ja.

Dass das Maß einfach voll war. Sechzehn Jahre Kohl-Regierung. Da hat ja wohl irgendwann jeder das Gefühl... wenn sich noch was ändern soll, dann muss auch 'ne neue Regierung her.

T.G.: Tja. Aber das ist dann nicht eingetreten, dass sich etwas zum Positiven hin än...

...findest Du was? Ich nicht.

T.G.: Nein, nein...

O.K. Sie haben das Kindergeld erhöht, das fand ich natürlich ganz gut (lacht). Aber sonst...Es ist vielleicht nicht großartig schlimmer geworden, aber dass es jetzt großartig besser geworden ist kann ich eigentlich nicht finden. Ich mein' vielleicht kommt das ja auch noch. Es ist ja noch nicht so lange. Vielleicht sollte man da einfach mehr Zeit geben. Es ist ja auch utopisch zu glauben, sechzehn Jahre könnten mal eben durch...eh...weiß ich nicht...ein Dreivierteljahr mal ebenso irgendwie ungeschehen gemacht werden und alles würde sich zum Besseren wenden. Nur: Man neigt ja leicht dazu, dass man eben alle Probleme sofort gelöst sehen will und sie haben ja im... auch nur im Prinzip vier Jahre Zeit und wenn sie es diesen Jahren nicht schaffen, dann sind sowieso in vier Jahren wieder die CDU-Leute am Drücker.

T.G.: Nein, Du hast da ja ganz recht und man kann auch konkrete Punkte benennen, in denen Änderungen zumindest propagiert wurden: Die Renten sollten nicht gekürzt werden, der Atomausstieg sollte wenigstens beginnen, der Finanzminister verkündete sogar etwas von wegen Kontrolle der Banken, musste dann auch ziemlich bald zurücktreten und jetzt vor der Wahl wurde ja mit dem sog. Schröder-Blair-Papier klargemacht, dass sich nichts ändern soll. Man konnte es aber eigentlich auch schon vorher sehen, z.B. an dem Slogan "nichts anders, aber alles besser machen" zu wollen...

Schön wär's gewesen. Also bei der SPD wundert es mich eigentlich nicht groß, weil ich schon fand, dass sie in den sechzehn Jahren Kohl sich dem immer mehr angenähert haben, aber dass die Grünen da auch so mitschwenken, dass hätte ich z.B. nicht gedacht weil die ja schon eigentlich... oder jedenfalls hatte ich immer den Eindruck, dass sie auch aus der Basis eigentlich gekommen sind und auch wirklich mehr demokratische Bewegung waren und tja...schade aber...(lacht).

T.G.: Tja, jetzt sind wir anscheinend in der Situation, dass vieles gleich bleibt, und gleich schrecklich bleibt...

...anzunehmen, ja....

T.G.: ...und bei meinen Fragen geht es ja auch dauernd um schreckliches. Zumindest wollte ich noch auf eine Sache zu sprechen kommen. Wir hatten schon ziemlich lange über leere öffentliche Kassen und über Renten und Sparzwänge und ich wollte noch mal darauf zu sprechen kommen, dass in diesem Zusammenhang immer zu hören ist, es gäbe einen massenhaften Missbrauch von Sozialleistungen. Wie würdest Du diese Behauptung beurteilen?

Ob ich dem zustimme?

T.G.: Na, ja, kommt drauf an. Ich meine, mich würde interessieren, was Du darüber denkst, wenn das verkündet wird.

Ja, vor allem verkünden es die Parteien der Besserverdienenden, ne. Also das hat ja auch die FDP auf ihren Wahlplakaten ziemlich deutlich gemacht in Bremen, dass sie eben bei den wirklich Schwachen... natürlich

denen das ganz geben wollen, aber dass eben der Missbrauch verhindert werden soll.

T.G.: Ach ja. Wie hieß es noch gleich auf dem Plakat, die Dummen vor den...?

...die Dummen... nee... "die Schwachen vor den Faulen schützen". Ich denke mir einfach, dass es sicherlich Leute gibt, die das missbrauchen, aber gut, ich glaube nicht, dass das die Regel ist. Genauso, wie es in den Führungsetagen bestimmt auch genug Leute gibt, die das missbrauchen, während es auch andere gibt, die das nicht missbrauchen. Also, das ist einfach nun mal so in der Menschheit, dass es immer ein paar gibt, die irgendwie... aber so 'ne pauschale Aussage find' ich immer ganz schön gefährlich, aber es ist ja auch klar... weil also das ist ja auch wieder so 'ne Art... ja... das sind die Schwächsten der Gesellschaft im Prinzip. Und jeder kann sich besser fühlen, der auch nur 'ne kleine Arbeit hat, weil er gehört ja nicht zu denen, die auch noch dem Staat auf der Tasche liegen...und man hat einen Sündenbock gefunden...darum geht's uns so schlecht, weil die sich nämlich dreimal pro Jahr 'ne neue Waschmaschine kaufen können auf Kosten des Staates usw. usf.

T.G.: Ja gut. Ich glaube Du hattest gerade gesagt, in den Vorstandsetagen gäbe es auch welche, die irgendwas missbrauchen.

Also überall. Ich meinte das auf die ganze Menschheit bezogen. Das ist immer und überall.

T.G.: Ja, ich wollte Dich dazu noch was Bestimmtes fragen. Und zwar hat die UNO vor ungefähr zwei Jahren die globalen Vermögensverhältnisse untersucht und herausgefunden, dass die 350 reichsten Leute der Welt soviel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen...

Ja, das wundert mich gar nicht.

T.G.: Nee? Findest Du das nicht frappierend?

Doch, aber ich dachte eigentlich, dass das irgendwie...also ich weiß nicht, was man da groß für 'ne Untersuchung machen muss, weil ich denke, dass die Verteilung hier in Deutschland auch ähnlich ist, wenn man die... was weiß ich... zweihundert Reichsten irgendwie deren Vermögen zusammenpackt, dann kommt da wahrscheinlich soviel raus, wie die Masse der Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen zur Verfügung hat. Man ist halt entweder ganz reich oder ganz arm irgendwie... so dazwischen gibt's gar nichts mehr oder... bzw. es nähert sich alles immer mehr diesen beiden Extremen an.

T.G.: Ja genau, und wenn mich jetzt an den Anfang unseres Gesprächs erinnere... Da hast Du von Deiner Zeitungslektüre berichtet, die Dich immer so ratlos macht, mit ihrer Rede von den Sparzwängen...

...aber die Börse steht immer gut da. Und dann noch die Banken, die auf Kosten der Armen noch mal extra reich werden, mit irgendwelchen Krediten und sowas. Aber mit Wirtschaft kenn' ich mich nicht so...nicht so gut aus muss ich sagen. Dann les' ich zwar immer die Überschriften, aber irgendwie die Artikel versteh' ich dann nicht mehr.

T.G.: Nein, also was meine Untersuchung angeht, da ist überhaupt kein Expertenwissen gefordert. Mich interessiert einfach Deine Meinung zu dem Umstand, dass einerseits riesige Verarmungsprozesse stattfinden und andererseits Banken und Konzern Milliardengewinne machen und davon noch nicht mal...

Ja, da profitiert ja nicht die Allgemeinheit von, sondern nur diejenigen, die irgendwie da die Aktien haben oder denen das Unternehmen gehört oder die halt irgendwie die Maschinen entwickeln, die da die Arbeitsplätze ersetzen. Also die Bevölkerung profitiert davon ja nicht.

T.G.: Ja, da sind wir eigentlich schon am Ende. Ich hätte jetzt nur noch die Frage danach, wie Du meinst,

dass die Entwicklung weitergeht, aber mit den Zukunftsperspektiven hast Du ja gleich angefangen...

Ja, wird sich alles noch verschlimmern... befürchte ich. Ich hoffe natürlich... irgendwie bewahrt man sich ja immer ein bisschen Hoffnung... hoffe ich natürlich, dass alle Menschen auf einmal zur Einsicht gelangen, dass es so nicht weiter gehen kann und dass dann eine große Umverteilung stattfindet und dass die Jugend auch wieder Chancen kriegt, aber ich glaube eigentlich nicht, dass es so kommen wird. Es wird immer mehr zur Ellenbogengesellschaft werden... dass halt jeder versucht, irgendwie noch ein Bein an den Boden zu kriegen und wer das halt nicht schafft, oder sich diesem Druck nicht aussetzen will oder kann aus irgendwelchen Gründen, wird dann eben zu dem großen Rest gehören. Also großartig positiv in die Zukunft blicken kann ich nicht.

Imkes Kind weint. Das Interview wird beendet.

Paul, Landwirt

T.G.: ...Du ganz persönlich die derzeitige Lage in diesem Land beurteilst.

Also es ist schwierig. So aus'm Stegreif isses schwierig, die Lage zu beurteilen, weil die ist auch von meiner Stimmung abhängig. Es gibt Tage, an denen man von solchen Vorfällen wie im Kosovo unheimlich berührt ist und auch unheimlich viel Furcht hat und einem bewusst wird, wie unheimlich schnell sich etwas verändern kann. Das kann auch... oder ich hab' selber die Erfahrung gemacht durch 'n Unfall, dass auch in seinem eigenen Leben etwas unheimlich schnell 'ne Sichtweise sich auch verändern kann und dass sich dadurch... also es ist 'n bisschen schwierig... grundsätzlich halt' ich die Lage... ich schätz' sie positiv ein. Das is 'ne Einstellung von mir auch zum Leben, dass man... wenn man keinen Mut hat, oder kein'... das nicht positiv sehen kann, kann man vieles auch schlecht sehen. Also man kann an allen Dingen etwas Negatives finden und sowohl auch etwas Positives und dann isses diese Auslegungssache. Es gibt dies Beispiel mit dem Glas Wasser, das halb voll ist oder jemand sagt: Es ist halb leer. Und daran mach' ich... wenn ich irgendwas gut oder schlecht finde, was für 'ne Einstellung... oder wie meine Sichtweise dazu sein soll. Grundsätzlich halt' ich die Situation für ziemlich schwierig, das liegt daran... also wenn ich das jetzt auf's Politische beziehe, dass wir auf einem unheimlichen... hohen Niveau leben... also Lebensstandard. Also ich bezieh' das jetzt mal auf Geld, auf finanzielle Sachen und auf unsere Gesellschaft. Wir leben auf einem unheimlich hohen Niveau, finde ich. Wir haben unheimlich viele... oder es geht vielen Menschen in dieser Gesellschaft relativ gut, verglichen mit anderen Gesellschaftssystemen, anderen Ländern auf dieser Erde und dieses Geld, oder dieses System basiert ja auf der Wirtschaftskraft, auf Unternehmen, auf Wachstum und um Dinge zu produzieren, die konsumiert werden können und somit wieder Arbeitsplätze geschaffen werden und da bildet sich für mich dann immer so diese Spirale in meinen Augen ab: Man versucht, immer höher, immer höher, immer höher und ich halte es halt, oder ich glaube nicht, dass es immer weiter gehen kann mit Wohlstand, dass auch irgendwann so'n Ende erreicht wird, wo man sich auch zurückbesinnen, oder wo man einfach dazu gezwungen wird, weniger Wohlstand zu haben oder dass es einem so... dieser materielle Komfort, an den wir uns gewöhnt haben, das der vielleicht nicht immer... der wird nicht so erhalten bleiben. Da gibt es ja jetzt gerade die Diskussion in der Politik mit... die Renten werden eingefroren und die Spritpreise werden erhöht, also es... die neue Regierung versucht eben, unheimlich viel Geld zu sparen und beschneidet natürlich wieder mal alle Menschen, die es nicht so dicke haben, weil das die Masse ist und man dadurch auch viel Geld einsparen kann. Und wenn man sowas sieht... also ich halte das einfach für... ich halt's für notwendig, weniger Geld auszugeben und sich zurückzubesinnen auf... dass man nicht alles haben muss, um glücklich zu sein, aber das ist auch 'n sozialer Sprengstoff, weil... Leuten, die eben auch nicht immer auf der sonnigen Seite vom Leben stehen ist das auch wichtig, sich anhand kleiner materieller Güter des Lebens zu erfreuen. Das bin nicht ich, aber das ist klar, wenn jemand acht Stunden arbeitet... eine monotone Arbeit... auch irgendwo 'n Ausgleich für diese Arbeit haben muss... Ja. Aber für mich ist die Lage... also ich bin von meiner Einstellung her positiv... also ich hab' nicht so sehr Bedenken.

T.G.: Also positiv, aber schwierig.

Aber schwierig, ja. Weil ja... für mich positiv, aber für das Leben... oder für diese Gesellschaftsstruktur und für diese Art des Systems... meinetwegen Kapitalismus oder wie man das nennen möchte... halte ich das... dass man immer bereit sein muss dazu, dass es Veränderungen gibt im Leben und dann ist die Frage: Wie kann man damit umgehen? Wie kann ich damit umgehen, dass der Sprit teurer wird? Muss ich jetzt weniger fahrn... gut. Ich leb' auf'm Land, es ist schwierig, also beschneidet man ja mich... ich müsste ja auch sauer sein. Aber andererseits sag' ich: Gut, ich... ich muss ja auch nicht viel Autofahrn und kann mir die Fahrt noch gut überlegen, das soll nicht das Problem sein. Ich halt's generell aber für sinnvoller, der Umwelt oder eben meinen Lebensraum zu schützen und ich weiß, dass ich das dadurch tue und darum kann meinetwegen der Sprit ruhig teurer werden, damit hab' ich kein Problem, aber ich sehe sehr wohl dadrin, dass das Probleme für andere Menschen gibt. Weil für die eben die Umwelt nicht wichtig ist, für die ist der Urlaub wichtiger. Ja. Und das andere, was dazu gehört: Ich glaub' das Leben war noch nie einfacher oder es war auch noch nie

einfach und man hat sich oft, man hat sich zu jeder Zeit gefragt: Wie geht's weiter? An welchem Punkt stehen wir? Das ist problematisch schon, aber wir haben... na ja gut, wir haben tausend Kriege vor der Haustür, ein bisschen wiegt man sich immer gern in Sicherheit, vielleicht muss man das, um überhaupt positiv sein zu können, leben zu können, oder sich auch ein bisschen der kleinen Dinge zu erfreuen.

T.G.: Jetzt hast Du ja gleich zweimal den Krieg angesprochen, tausend Kriege, muss ich sagen, ist ja vielleicht ein bisschen übertrieben...

Ja. Aber es gibt immer Kriege auf dieser Welt an irgendeinem Ort der Erde, ja.

T.G.: ...und Du hattest es auch gleich als erstes angesprochen. Hast Du...

Ich fand das zu Zeiten ganz bedrohlich, also es gibt ja immer diese... im Jahr 2000 oder 1999 wird die Erde untergehen und dann... Aber ganz abseits davon, dass eben so'n Krieg wie jetzt in Europa... Es waren wieder viele Großmächte, sog. Großmächte drin verstrickt und die sind nicht... da ist keine Balance zwischen den Amerikanern oder der Nato und der UdSSR, ach quatsch Russland, ich denke dass es viele Menschen gibt, die in der Politik sitzen, die nicht mehr Menschenverstand haben als ein Kind, oder... nee, Kind ist auch falsch, aber die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, handeln und auch dementsprechend Fehler machen können, die dann viele andere Menschen auszubaden haben. Also ich fand's zu 'ner Zeit bedrohlich, aber ich bin ja... ich halt mich da raus, oder ich lös' das Problem eben für mich so, dass der Krieg eben nicht hier stattfindet, ja, schwierig, wie man sich dem entzieht, oder wie man dann sagt... also ich würde keinen Krieg anfangen, sag' ich dann, aber die Frage ist natürlich, wenn man in einem Land lebt, in dem ein solcher Mensch wie Milosevic regiert, wie man dann damit umgeht, da kann ich auch nicht... das weiß ich auch nicht.

T.G.: Ja, gut, dann bleiben wir doch vielleicht erst mal bei unseren Verhältnissen, die wir vielleicht noch einigermaßen überschauen können. Hier hat es doch auch vor nicht allzu langer Zeit eine Veränderung gegeben, als im letzten Herbst ein Regierungswechsel stattgefunden hat.

Ja.

T.G.: Dabei ist ja auch noch eine Regierung abgewählt worden, die ziemlich lange im Amt war, nämlich sechzehn Jahre und mich würde jetzt mal interessieren, was Deiner Meinung nach die Gründe für diesen Wechsel waren.

Also, ich glaube einmal, dass sich viele Menschen in unserem Land sich mit der Wahl freikaufen von ihrer persönlichen Verantwortung also ich glaube es reicht für viele Menschen aus, ein Kreuz zu machen auf'm Wahlzettel. Man lässt sich 'ne Stimmung verkaufen von der Politik. Politik ist für mich... also es ist wie eine Werbeveranstaltung für den Arbeitsplatz könnte man sagen, also ein Politiker wirbt um seinen Arbeitsplatz. Und ich selber handhabe das auch gar nicht anders. Ich geh' dann diese... alle vier Jahre... oder dann wenn Wahlen sind, geh' ich zur Wahl, ich hab' meine persönliche Meinung und mach' dementsprechend immer Gebrauch von der Wahl, engagier' mich aber in meinem weiteren Leben relativ wenig politisch, also ich weiß, dass es, um Veränderungen in seiner Umwelt auch begreifen zu können und um Veränderungen in der Umwelt auch mitgestalten zu können, dass es unabdingbar ist, dass man sich beteiligt. Und das ist für mich aber nicht 'ne Politik in Bonn, das ist für mich 'ne Kommunalpolitik. In der Gemeinde fängt das für mich an, zu begreifen: Sind Kindergartenplätze notwendig... irgendwie so etwas. Also das ist für mich dann erst mal Politik zum Greifen. Die Politik in Bonn, die besteht für mich immer zu sehr aus: Man muss der Allgemeinheit 'ne Stimmung verkaufen, man muss ihnen Wohlstand verkaufen, man darf nie die Wahrheit sagen, weil die Wahrheit nicht wählbar ist, die Wahrheit ist auch nicht zu akzeptieren, weil sie... weil... weil... vielleicht braucht man 'n gewissen Bildungsstand, um da differenzieren zu können, was ist'n Versprechen, was sowieso nicht haltbar ist und was ist, wo ist...

(Telefon klingelt - kurze Unterbrechung)

... wir jetzt dabei, wieso es zu diesem Politikwechsel kam.

T.G.: Ja, genau, warum es überhaupt zu diesem Regierungswechsel kam.

Das hat was mit Deiner Frage vorher zu tun. Die Menschen waren vielleicht mit der Politik der CDU nicht mehr zufrieden, also... naja, wenn man sich jetzt die Wahlanalysen anguckt, wird man vielleicht feststellen, dass der Osten die Wahl entschieden hat, wie es vor Jahren, oder vor acht Jahren auch der Fall war und die ostdeutschen Menschen oder die in Ostdeutschland lebenden Menschen sind eher... deren Lebenssituation hat sich in diesen letzten Jahren nicht sehr verbessert, die Arbeitslosigkeit ist noch weiter sehr hoch, Industrien haben sich auch wenige angesiedelt, es sind viele Firmen weiterhin, die immer knapp am Existenzminimum liegen, die Löhne sind niedriger als hier und diese Menschen haben eben auch Kohl damals auch zum Bundeskanzler gewählt und die haben sich jetzt eben nach vielleicht acht Jahren Enttäuschung einfach gesagt: Das kann so auch nicht weitergehen. Diese Menschen haben einen Teil der Wahl entschieden. Also, das glaub ich, dass die sich einfach mal, die einfach jetzt, sagen wir, jetzt wollen wir gucken, ob die anderen auch was, die anderen Politiker auch was bringen können. Ich glaube, es war so'n bisschen Kohl-Müdigkeit. Es war so'n bisschen: Wir wollen jetzt auch mal sehen, ob die... wir wollen einfach mal was anderes probieren.

T.G.: Ja, jetzt hattest Du ja bei den Problemen, die vielleicht ausschlaggebend gewesen sein könnten, da hattest Du ja auch die Arbeitslosigkeit als erstes genannt und die ist ja in der Tat ziemlich hoch. Woran liegt dass Deiner Meinung nach, dass die so hoch ist?

Also die Arbeitslosigkeit ist so hoch, weil wir im... einen derart hohen technologischen Standard erreicht haben, indem wir einfach viele Arbeiten nicht mehr Menschen, die sind nicht mehr von der körperlichen Tätigkeit des Menschen abhängig. Ich komme aus der Landwirtschaft, da ist es ganz klar so, der Traktor, der Mähdrescher hat den Menschen abgelöst, die Handarbeit ist nahezu verschwunden und die Maschinen, die werden jetzt ständig größer und gerade in den letzten zehn Jahren seit ich das realisieren kann, was sich da für'n Fortschritt abzeichnet, der erübrigt den Menschen in dieser Arbeit und das beschränkt sich dann auf wenige Tätigkeiten, die sind organisatorischer Art, die sind dann monotoner Art, indem man nur noch Maschinen bedient oder im Büro nur noch am Computer sitzt aber im... früher gab es viele Sekretärinnen, heute... also die mit der Hand etwas abtippen mussten, per Durchschlag wurde das getippt, heute macht das ein Drucker und... also die Arbeit erleichtert sich einfach unheimlich und der Mensch fällt einfach 'raus und wir... also die Bevölkerung steigt, also ist weiterhin zunehmend oder einfach... also die Menschen werden nicht sehr viel weniger, also das demographische Verhältnis verändert sich zwar, es gibt mehr Alte als Junge, aber trotzdem sind... also es finden zu wenig Menschen wirklich Platz in so einem System, was eigentlich auf Arbeit basiert, finanzieller Art, auf Arbeitslosenversicherung, auf den Renten... und das basiert auf der Arbeit, aber die wird einfach... die fällt raus. Das ist eigentlich glaub ich das Hauptproblem, das aber nicht so richtig erkannt wird oder nur selten so beim Namen genannt wird, dass es klar ist, wenn ich eine Maschine anstelle, mir 'nen Computer kaufe, der Computerchips herstellen kann, was irgendwo in Indien, da machen das noch hundert Leute, aber da machen das hundert Leute, weil sie sehr billig sind. Hier können wir nicht hundert Leute beschäftigen für die gleiche Arbeit, weil 'n Computer einfach lukrativer ist. Und die Arbeits... also die Lohnkosten zählen immer mit zu den höchsten Kosten in einer Fabrik in einer Firma. Und das ist so das Hauptproblem. Und die Arbeitslosigkeit ist dann vielleicht so'n kleiner... ich weiß nicht, ob man das als Grund nehmen kann, oder ob's 'ne Auswirkung des Gesellschaftssystems ist. Ich glaube, dass der Anreiz zur Arbeit nicht mehr so groß ist, sondern auch oft... erstmal ist es schwierig, eine Arbeit zu finden, die einem vielleicht gefällt, also so als junger Mensch ist es unheimlich schwierig... ich denke, man wächst mit der Perspektive auf, heute, dass kein Job, den man hat, eigentlich wirklich sicher ist, sondern man muss sich eigentlich sagen: Es kann sein, dass Du nur fünf Jahre dass machst, in fünf Jahren musst Du in der Lage sein, auch psychisch, was anderes anzufangen. Das hemmt aber auch eigentlich, weil man sucht sich ja auch immer Traumberufe, also jeder junge Mensch sucht nach einem Beruf, was man immer machen will, die Realität sieht oft so aus, dass man etwas sehr lange macht, eigentlich und dann ist es vielleicht nichts, was einem

gefällt.

T.G.: Dazu fällt mir jetzt ein, dass doch gerade die Jugendarbeitslosigkeit zu den drängendsten Problemen zählt, was dann für die Betroffenen so aussieht, dass viele überhaupt nichts finden, geschweige denn....

...gar keine Arbeit, ja.

T.G.: ...etwas, das ihnen gefällt.

Ja. Es ist jedenfalls 'n unheimlich dringliches Problem, da die Arbeit weiterhin, wie gesagt, die ist wichtig für die soziale Integration, für sein soziales Leben, die ist wichtig für die eigene Rolle im Leben, für das Gefühl für sich selbst und für den Sinn den man im Leben sieht und nicht zuletzt finanzieller Hintergrund, um essen zu können und um überhaupt leben zu können. Ich hab' viel Freunde, die Mitte zwanzig sind, die sehr orientierungslos ans Leben rangehen, die sich nicht entscheiden können, was sie machen wollen... wenn Du denen die Frage gestellt hättest, wie sie sich fühlen, dann haben die zum Teil eine riesig pessimistische Sicht der Dinge. Liegt aber auch an ihrer eigenen Schwerfälligkeit, sag' ich, weil sie sich auch nicht... man hat... das ist so: Wir sind aufgewachsen in einer unheimlich wohlhabenden Welt, ich vereinfache das jetzt mal, in einer unheimlich wohlhabenden Welt, uns geht's unheimlich gut. Ich hab' von Kindesbeinen an immer alles gehabt, was ich haben wollte, ich hab... das fing bei Spielzeug, das... mit Kleidung, es ging mir nie schlecht, ich hab' nie wirklich 'n Mangel an irgendwas gelitten, dadurch hab' ich auch eine unheimlich hohe Erwartungshaltung, was mir das Leben geben muss, ich will das, ich will das. Und immer, wenn man was nicht bekommen kann, dann reagiert man oft in... es gibt dieses... Frustration, d.h. nicht erfüllte Erwartungen, dass man sagt: Oh, Gott und dass es so auch auf die Stimmung zurückwirkt und dass... so... so seh' ich das, wenn ich diese Menschen sehe, weil sie eigentlich immer erwarten, dass alles nach ihrer Nase geht. Dann hat man die ersten Erfahrungen mit dem Berufsleben gemacht und stellt fest: Oh Mann, das ist... acht Stunden arbeiten und das ist... nach 'nem Jahr macht das keinen Spaß mehr und wofür ist auch noch nicht so sichtbar, weil man mit Anfang zwanzig noch nicht für eine Familie sorgen muss. Man lebt oft noch mit wenig Geld sehr gut. Sagt sich dann aber: Da muss ich nicht arbeiten, dann kann ich auch Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen und kann damit im Moment noch wunderbar leben, das macht diese Menschen aber nicht zufriedener, weil sie natürlich über die Arbeit, sie brauchen Selbstbestätigung und das finden sie eigentlich nur durch Arbeit.

T.G.: Ja, das Problem ist jetzt aber doch, dass fünf Millionen Arbeitsplätze, oder auch noch mehr, effektiv fehlen und die von Arbeitslosigkeit betroffenen Leute einfach keine Stelle finden.

Ja, das Schlimmste, was ich daran finde, wenn man sich das selber für sich vorstellt: Man ist Mitte dreißig oder man ist Anfang vierzig und man ist also im Grunde genommen in einem Alter, wo man... wo es einem schwerer fällt, sich vielleicht auch an neue Situationen zu gewöhnen und man arbeitet eigentlich in einer Firma, wo es immer hieß: Das ist bestimmt 'n sicherer Job und plötzlich wird man entlassen. So, hier in Bremen gibt es solche Firmen wie Krupp-Atlas oder so. Elektronikfirmen, die einem immer relativ gute Jobs gegeben haben aber die plötzlich auch rationalisieren oder die Leute entlassen müssen, weil es ihnen wirtschaftlich nicht mehr so gut geht. Und wenn man mit Mitte vierzig seine Arbeit verliert, das stell ich mir als eine der schlimmsten Situationen vor, weil: Wer nimmt einem dann noch, oder wo kann man noch unterkommen, wenn es nicht gerade Hilfsarbeiterjobs sind. Das heißt also, man muss sich auch dann... wenn man vorher mit einer mittleren Qualifikation irgendwo arbeitet, wird man nicht 'n Hilfsarbeiterjob annehmen, das wird man erst nach fünf Jahr... das wird man erst machen, wenn man wirklich alles andere versucht hat. Was die Arbeitslosigkeit betrifft: Das ist mit Sicherheit eines der dringendsten Probleme, ja. Und, ja... da sag' ich auch: Politisch muss man das lösen. Aber ich denke, das löst sich nicht einfach so. Der Mensch muss lernen, umlernen, umzugehen mit mehr Freizeit und weniger Geld. Und wenn man viel Freizeit hat und viel Geld, mag das kein Problem sein. Viel Freizeit ohne Geld ist unheimlich schwierig: Wie beschäftige ich mich. Also es gibt ja immer diese Arbeitszeitmodelle, man sagt sich: Zwei Leute teilen sich einen Job, d.h. aber auch: Ich krieg' nicht mehr soviel Geld, das... nicht? Man teilt sich dann auch 'n Lohn.

Und jeder... ich meine so 'ne fiktive Zahl: Jeder verdient... 'ne Krankenschwester, die verdient sonst vielleicht netto 2400, 2500, 2600 Mark, teilt sich ihren Job mit 'ner anderen Krankenschwester und jetzt verdienen beide nur noch meinetwegen 1600 Mark, tausend Mark weniger, haben aber 'nen Beruf und haben aber weniger Geld, haben auch mehr Freizeit. Wo lässt man die, man... wir leben in einer Welt, in der man sich ja seiner Freizeit entledigt dadurch, dass man viel Fernsehen guckt, dadurch, dass man sich sehr viel ablenken lässt. Und es fällt einem schwierig, es fällt auch mir schwer in der Ruhe... die Ruhe zu genießen, das Nichtstun oder die Muße, Muße zu haben und man hat... alle Aktivitäten, die man macht... Urlaub fahren, man macht Sport, geht ins Fitness-Studio, es sind immer Sachen, die sind mit Geld verbunden, die sind immer... denke ich... also so.

T.G.: Ja, jetzt bist Du schon bei Lösungsvorschlägen, also die Leute sollen sich die Stellen teilen, dann haben sie zwar weniger Geld, aber eine Stelle, na gut. Und dann kommt, wie Du sagst, das Problem, das sie zu viel Freizeit hätten und nicht wüssten, was sie machen sollen, naja, also bevor es dazu kommt... also ich meine, wir waren ja bei dem Problem, dass es zu wenig Stellen gibt und diese Gefahr, wenn man es denn so sehen will, dass die Leute dann zu viel freie Zeit hätten, also das ist ja bestimmt nicht der Grund, warum nicht mehr Teilzeitstellen geschaffen werden, also um das sozusagen zu verhindern...

Nee, nee, das natürlich nicht

T.G.: ...also die Arbeitslosigkeit wird ja nicht deshalb so hoch gehalten, um zu verhindern, dass die Leute zu viel Freizeit haben, vor allem haben ja jetzt schon die Arbeitslosen das Problem...

... die haben noch 'n viel größeres als wie jemand der meinetwegen noch sechs Stunden am Tag arbeiten kann.

T.G.: ... also von daher muss meiner Meinung nach der Hase woanders im Pfeffer liegen, die technologische Entwick...

... wir rationalisieren den Menschen aus der Arbeitswelt, das ist weil ein Computer zuverlässiger arbeitet. Das ist für mich einer der Hauptgründe. Ja, das ist der Grund schlechthin. Ich kann das einfach nur in der Landwirtschaft so sehen. Ich spritze, ein ökologischer Bauer muss hacken. Der braucht für einen Hektar acht Arbeitskräfte für die gleiche Arbeit und der Bauer fährt einmal rüber und das ist einfach genau das Problem. Unser System basiert auf Arbeit, Konsum basiert auf Leuten mit Geld, die Geld verdienen, die müssen arbeiten, sonst funktioniert unser System auch nicht. Also ich würde nicht sagen, dass man die Arbeitslosigkeit künstlich hochhält, weil auch jeder Politiker weiß um den sozialen Sprengstoff, um die... das sind Wähler... das sind vier Millionen Wähler und die brauch' jede Partei wahrscheinlich oder diese Zustimmung und wenn man jetzt zurückguckt eben ins "Dritte Reich", das war jetzt das Beispiel, wo auch die Arbeitslosen dann letztlich auch den Umsturz herbeigeführt haben vielleicht mit oder durch das Versprechen von Arbeitsplätzen gewählt haben und viele dann da Sachen vernachlässigt haben... Menschenwürde usw.

T.G.: Ja, gut wenn Du das so auf die Landwirtschaft beziehst, da sind die... die Rationalisierungseffekte ja ziemlich anschaulich...

Aber auch in der Autofabrik, wo man früher 'n Auto von Hand zusammengeschraubt hat. Und heute schraubt das 'n Computer zusammen. Und da sind nur noch 'n paar Leute beschäftigt.

T.G.: Ja gut, die Autoindustrie, also u.a. die Autoindustrie behauptet ja immer sie hätte soviel internationale Konkurrenz und müsste daher...

Ja, das geht darum, dass man wirtschaftlich mithalten muss. Das ist dieses Problem mit den Computerchips, die in Indien hergestellt werden, meinetwegen, wo man sich noch keinen Computer kaufen brauchte oder keine technische Anlage, die die gleiche Arbeit macht, weil die Lohnkosten so niedrig sind. Und hier gibt es

Tarife, hier gibt es gesetzliche Bestimmungen, die den Arbeiter schützen und auch seine soziale Rolle quasi in Schutz nehmen und einen Mindestlohn garantieren und um das zu umgehen, rechnet sich eine Maschine eher. Also es ist jetzt die Frage: Warum wird der technische Fortschritt forciert, weil das, genau das, was mich jetzt immer eigentlich entnervt, wenn ich höre... wenn ich Zeitung lese... Innovation. Man redet immer... Erneuerung und man muss unheimlich viel Geld in Entwicklung stecken, da frag' ich mich immer: Was wollen wir denn noch entwickeln, damit wir mehr Arb..? Ja, dann hört man gleichzeitig, naja gut... die Polit... man denkt sich das so, dass mehr Entwicklung, mehr Innovation heißt, dass sich mehr kleine Firmen ansiedeln, die hochquali... aber die Arbeitsplätze werden auch immer höherqualifiziert, nicht, man sagt ja, dass... oder es müssen immer mehr studiert haben, um diese Arbeitsplätze erfüllen zu können, es wird nicht mehr der typische Arbeiter gebraucht, es wird ein graduerter Jungakademiker gesucht, der in so einer Firma Platz findet, das sind dann, ja die Entwicklung geht dann ja... das sind so kleine, das ist sowas wie die Gentechnik, Mikrobiologie oder... das sind ja schon unheimlich spezialisierte Bereiche, genauso wie im Compu... wie im Bereich der Telekommunikation und der Computerwelt. Und da setzt man alle Hoffnung drauf, dass sie das Problem der Arbeitslosigkeit also... ja... dadurch wird das vielleicht auch wenn, dann in den Griff gekriegt, dadurch wieder 'ne Neuerung also wieder durch technischen Fortschritt im Grunde. Und dann erfindet man wieder den Computer, der sich dann nachher Deinen Arbeitsplatz krallt. Also letztlich isses nicht viel anders. Es ist... es bedingt das System an sich. Der Mensch hat den Computer erfunden, er hat die Maschine erfunden, ich hab' da 'n superinteressantes Buch gelesen über Alan Turing, der hat den Computer erfunden, der hat so'n Zahlenmodell entwickelt, worauf er den Computer entwickelte. Und der hat das vorhergesehen, der hat Schach gespielt immer gegen sich selber oder mit einem Freund und dann hat der sich überlegt... da gab es keinen Schachcomputer, aber er hat sich überlegt... und dann hat der gesagt aus Gag: Irgendwann wird man gegen sich selbst Schach spie... wird man mit den Computer Schach spielen. Und der Computer wird gegen einen gewinnen.

T.G.: Ja, ich hab' das jetzt schon verstanden, wie Du das meinst mit der technischen Entwicklung. Ich wollte jetzt noch mal auf einen anderen Aspekt kommen... und zwar hattest Du den vorhin im Prinzip auch schon angesprochen, dass es nämlich immer mehr Alte und immer weniger Junge gibt und es deshalb Probleme mit den Renten gibt, wie ja auch jetzt wieder in der Diskussion. Da wird ja immer behauptet, Sozialstaat und Rentensystem seien nicht mehr finanzierbar. Und ich wollte mal wissen, was Du darüber denkst.

Um ehrlich zu sein würd ich sagen: Mir tut das nicht weh, wenn man den Rentnern die Rente kürzt, weil ich finde, auch da halte ich... isses wieder 'ne politische Motivation, sich darüber zu streiten, es müssen alle abgeben. Ich denke, den Rentnern geht es, denen geht es noch relativ gut. Ach... das ist natürlich 'n hartes Urteil, aber ich würde einfach sagen, dass man da wieder verdammt viele Wählerstimmen hat und es ist ja klar: Je mehr alte Menschen man hat, desto mehr Wahlstimmen und wenn ich denen sage: Eure Renten werden gekürzt, dann verlier' ich wieder 'ne Wahlstimme. Ich seh' unheimlich viele Senioren, die eigentlich mit Geld gar kein Problem haben und die haben wesentlich mehr Geld zur Verfügung als 'ne Familie mit drei Kindern. Und ich finde, dass unser Rentenniveau mit Sicherheit eins der höchsten auf dieser Erde ist. Wenn, dann denkt man ja auch an seine eigene Rente und die halte ich eben für sehr... da stelle ich mir 'n größeres Fragezeichen, ob man die überhaupt noch bekommt. Wenn immer weniger Kinder geboren werden oder die Arbeitsplatzsituation sich so verschlechtert, dass im Grunde gar keine jungen Leute Deine... meine Rente erwirtschaften können. Weil zugleich unser Niveau eben so verdammt hoch ist und wir das so schlecht erkennen.

T.G.: Mir fallen dazu zwei Sachen ein: Nämlich erstens, dass das "Niveau" für verschiedene Personengruppen äußerst unterschiedlich ist...

Ja.

T.G.: ...so dass es auch unter den Pensionären welche gibt, denen es tatsächlich sehr gut geht, dass aber gleichzeitig 'ne Menge alter Leute mit Minirenten jeden Pfennig dreimal rumdrehen müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen...

Ja.

T.G.: ...und das andere ist, dass parallel zu dieser Rede von den leeren Kassen immer wieder dreistellige Milliardenbeträge problemlos zur Verfügung stehen, wenn es um die Anschaffung neuer Bombenflugzeuge oder ähnlicher Dinge geht und dann versteh' ich diese Argumente von den angeblichen Sparzwängen überhaupt nicht.

Ja. Mit dem einen versucht man... sagt man sich, man schafft Arbeitsplätze, mit der Investition in so ein Flugzeug und bei der Kürzung von Renten trifft man unheimlich viele Menschen. Also dadurch lässt sich auch ein dreistelliger Millionenbetrag unheimlich schnell beschaffen. Weil der Bevölkerungsanteil das ausmacht, denk ich einmal.

T.G.: Ah ja. Also die Masse...

...die Masse bringt's. Das ist genauso... warum kürzt man bei Arbeitslosen? Vier Millionen Arbeitslose... zehn Mark sind vierzig Millionen Mark das ist einfach 'ne verdammte einfache Rechnung. Wenn ich nur 'n paar Beamten... ich weiß nicht wieviel Beamte wir haben, aber da die Pensionen mal kürzen und sagen: Die bezahlen auch in die Rentenkasse ein... da trifft man wahrscheinlich wieder zu wenig Menschen, abgesehen davon, dass Beamte sich selber ja nichts wegekürzen und das ist die andere Seite und Beamte entscheiden ja letztlich in unserem Land. Das ist genau... ich seh' das auch als Problem: Im Grunde muss die Masse für die Fehler der Großen herhalten oder für Entwicklungen, die ja nicht 'n kleiner Mann auf der Straße anzettelt. Der kleine Mann auf der Straße hat am technischen Fortschritt vielleicht gar kein Interesse, also der hat sich auch nicht ausgesucht, wieviel Fernsehprogramme er sehen will, letztlich hat man ihm die vorgesetzt. Und er hat sich auch nicht ausgesucht, wie schlecht die Filme sein sollen, sondern er konsumiert sie im Grunde bloß. Er ist im Grunde... oder wir, ich gehöre genauso dazu, wir haben immer wenig Wahl und ich halte... oder wenn ich jetzt mal auf die Politik, nicht man hat da seine vier Parteien, aus denen man auswählen kann... letztlich hat man viel mehr, aber man weiß auch nur um vier, um fünf, die letztlich auch tatsächlich mal mitreden dürfen und ein Teil der Parteien besteht schon seit so vielen Jahren, dass man sich nicht mehr daran erinnern kann... also das ist Selbstzweck für mich, diese Parteien mit einem Namen wie der christlich... christ... CDU... wie hieß das? Christlich-demokratische Union?

T.G.: Ja, genau.

Also von daher seh' ich das sowieso immer etwas kritisch.

T.G.: Ja, da steht natürlich immer auch 'n Apparat dahinter, der auch Eigeninteressen verfolgt...

Ja. Ja genau. Das ist Selbstzweck. Ja.

T.G.: ... und sich verselbständigen kann. Aber wenn Du jetzt sagst, wir können trotz Parlamenten und Demokratie so wenig entscheiden...

Ja. Man kann seine Stimme abgeben und dann wird... also am Beispiel der Grünen: Ich wähle meinetwegen 'ne Partei und hoffe auf den Atomausstieg und dann wird doch wieder 'n Kernkraftwerk gefördert in der Ukraine, ob ich das will oder nicht.

T.G.: Und hier wird nicht ausgestiegen.

Ja genau. Und hier wird nicht ausgestiegen. Das frustriert ja unheimlich. Und ich kenn' viele, die vielleicht in der Hoffnung dessen gewählt haben und völlig enttäuscht sind. Aber andererseits: Ich selbst verspreche mir von der Politik nicht soviel, als dass ich nicht auch... ich sehe die Zwänge, in denen Politiker stehen. Die sind

unheimlich vielen Interessengruppen ausgesetzt, die Einfluss drauf nehmen. Viele Politiker sind nicht von den Interessengruppen, sondern sind selbst damit verflochten. So'n Politiker ist genau so'n Mensch wie ich und ich verfolge in meinem Privatleben auch meine Interesse auch äußerst zielstrebig manchmal, ohne auch... manchmal guckt man auch nicht nach anderen Menschen. Und als Politiker hat man immer diese Pflicht wahrscheinlich, dass man im Kurzfristigen auch mal was vernachlässigt, oder eben dann die Renten kürzt, oder Arbeitslosenprogramme streicht, weil man langfristig sagt, ist eine Entwicklung in der Richtung in zwanzig Jahren für die Menschen dann besser, aber sie wissens nicht, das ist das Problem, sie glaubens auch nur, sie könnens nicht wissen und sie können auch nur genauso viel hoffen wie jemand anderes auch. Ich halte deswegen auch mehr davon, Politik zu machen in einem Umfeld, was für mich persönlich überschaubarer ist. Das ist auf 'ner Ebene, wo ich sehe... auf 'ner kommunalen Ebene. Ich geh' dann eben zu Veranstaltungen und dann ist das sehr interessant, man sieht so wo es Fördertöpfe gibt und woraus sich so kleine Veranstaltungen oder Initiativen in der Gemeinde finanzieren. Das sind Töpfe, die Politiker öffnen, oder verschlossen halten. Und die Entscheidung darüber, ob so'n Projekt laufen darf oder nicht, obliegt ganz willkürlich 'n paar Beamten. Ein paar ganz wenigen Verwaltungsleuten, die selber mit dieser Sache tatsächlich noch... im Grunde nichts zu tun haben. Die auch kein bisschen dafür Verständnis haben müssen. Oft haben sie's auch nicht, sondern die... ja, immer nur im Glauben handeln, dass können wir machen oder nicht, oft nur auf Vertrauen hinaus, das ist was Vernünftiges oder nicht. Und es liegt dann an einem selber, an der Persönlichkeit oder an dem Willen der Person, die sagt: Ich will was machen, dann hat man auch die Möglichkeit dazu und dann kann man aber wieder nur für sein Umfeld und für seinen kleinen Traum oder für... etwas machen. Und genauso tut das 'n Politiker dann auf etwas größerer Basis. Meinetwegen Kohl hat sich vorgestellt, den Euro in Europa zu installieren oder 'ne Währung. Das war so'n kleines, so'n kurzfristiges Ziel, unheimlich schwierig wahrscheinlich durchzusetzen mit 16 EU-Mitgliedstaaten usw. aber er... da hat er's geschafft und ich denke, da sind diese auch... es ist sehr viel schwieriger, weil man da viel mehr Konflikten ausge... oder man ist da auf 'ner höheren Ebene Konflikten ausgesetzt.

T.G.: Ja, wenn Du jetzt sagst: Auf der kommunalen Ebene kann man mehr Einfluss nehmen und vorher hattest Du den Atomausstieg als Beispiel...

Ja.

T.G.: ...wenn jetzt hier mal angenommen diese schöne Gegend vor 20 Jahren zum AKW - Standort geworden wäre, dann könntest Du auf der rein kommunalen Ebene da wenig machen. Auch wenn dann hier vor Ort alle... oder fast alle dagegen sind, wird das dann von höherer Stelle überregelt und...

Ja. Das wird dann von der Bundesregierung überregelt.

T.G.: ...wenn dann auch insgesamt, wie beim Atomausstieg... also nicht nur lokal oder regional die Mehrheit den Ausstieg will und eine Regierung wählt, die den verspricht, dann wird das trotzdem nicht gemacht.

Ja. Es wird trotzdem nicht gemacht, weil die ökonomischen Zwänge oder die... ja die... vielmehr die wirtschaftlichen Zwänge zu groß sind. Man lässt sich da von den Industrie... wie heißen sie, die Industrievertreter? ...die Lobbyisten, die Gruppen, die Interessengruppen, nicht, die Energieversorger... haben vielleicht tatsächlich mehr Macht in dem Fall, dass sie sowas durchsetzen, dass die Politik nicht sagt: Dreißig Jahre Restlaufzeit und dann Schluss, sondern dass es dabei tatsächlich Streit gibt, dass sie tatsächlich, dass Schröder sich nicht zutraut, das zu bestimmen, also... Aber man sieht auch: Er kann's nicht. Er ist kein... Die Politik ist 'n Mittler vielleicht zwischen den großen... den größeren wirtschaftlichen Mächten und dem kleinen Mann, um den einen nicht zu übervorteilen oder nicht zu sehr und wir leben alle letztlich von der großen Macht, die uns Arbeitsplätze gibt oder nicht.

T.G.: Ja, aber früher in der Schule wurde das System, in dem wir leben immer als Demokratie gepriesen und das heißt doch wohl, dass die Mehrheit bestimmt, was gemacht wird...

Ja, aber das ist nur 'n Name, Demokratie. Man kann's ja auch Parteiendiktatur... wie ich gesagt hab' mit den Parteien: Vier Parteien irgendwie... 60 Prozent der Wähler wählen das, was ihre Eltern gewählt haben, auch schon nicht frei... halt ich das Wort Demokratie... man hat schon 'n Mitspracherecht, aber ich würd's nicht Demokratie nennen, nicht wirklich. Ich würd's... es gibt so'n Wort... ich hab's vergessen aber das ist 'n kapitalistisches System und Kapitalismus, da herrscht nicht die Mehrheit, da herrscht das Geld, ja, und das wird einem auch bewusst, sobald man sich in eine Arbeitswelt begibt, weil vieles wichtiger wird... oder das Geld wird wichtiger als vieles, was man sonst hat, das ist leider so. So kritisch wie ich das betrachte, aber dann ist man sehr auf sich allein gestellt, vielleicht.

T.G.: Wie jetzt, auf sich allein gestellt ?

Ja, man hat dann das Ziel, dass man über die Runden kommt und richtet sich dann ja nach dem System, weil es darum geht, genug Geld zu haben und nicht von anderen abhängig zu sein oder so wenig wie möglich. Man sagt sich dann: Scheiße. Ich nehm' das in Kauf, dass die wieder 'n "Jäger 90" bauen oder sowas und seh' wo ich bleibe und versucht, ja natürlich, denn man hat die Möglichkeit, was zu tun, wie in Gorleben, wie 'n Widerstand wächst und zusammenschweißt und auch was bewegen kann und ich denke, dass kann man auch. Und ein Blick zurück in die Geschichte zeigt einem, wie wichtig das ist, wenn ich an's "Dritte Reich" denke, ja? Aber meistens passiert das eben wie in Gorleben, dass man persönlich betroffen ist... wenn die hier 'n Atomkraftwerk betre... würd' ich 'ne ganz andere... würd' ich auch 'ne ganz andere Streitkraft mitbringen oder so, aber im Moment...

T.G.: Klar, wenn Du selbst betroffen bist...

Wie in einem Kosovo - Krieg: Wenn ich mir vorstelle, ich leb' hier auf'm Bauernhof, mir geht's... ich hab'... ja... es wirkt unheimlich...oder es ist unheimlich schön, auch wenn's nicht einfach ist und viel Arbeit mit sich bringt, aber man kann sich auf was zurückziehen, was ganz viele Menschen nicht können, was die nicht sagen können: Ich hab' was Eigenes oder ich bin ja schon als Landwirt privilegiert mit dem Eigentum. Wer hat... nicht, Eigentum ist ja schon, nicht, es birgt 'ne Sicherheit, es bringt 'ne Sicherheit mit sich, die... aber Sicherheit ist 'ne Bürde... es ist auch vielleicht 'n Stück Unfreiheit bringt das mit sich. Das sieht man nicht, wenn man es nicht hat, dann möchte man es haben und sieht nicht, dass es unheimlich viele Verpflichtungen andererseits mit sich bringt.

(Telefon klingelt erneut - Unterbrechung)

T.G.: ... noch eine Frage und zwei halbe oder so. Bei der einen geht's um die sogenannte Sozialmissbrauchsdebatte in der ja behauptet wird es gäbe einen massenhaften Missbrauch sozialer Leistungen und es gibt auch so Vorschläge, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger zu "gemeinnützigen Arbeiten" heranzuziehen und zu dem ganzen Bereich würde mich jetzt noch mal Deine Meinung interessieren.

Ja. Ist zwiespältig. Auf der einen Seite find' ich, wie man Leuten sowas vorhalten kann, wenn die andere Hälfte, die das sagt, sich alles nimmt zum Leben und unsere Lebensgrundlagen immer mehr einschränkt und einengt und selbst paradiesisch lebt, weil ich glaube, dass wir gar nicht wissen, wie gut es manchen Menschen geht, wie sie ihr Geld ausgeben. Ich möcht's denen auch nicht vorschreiben, aber dann sollen sie's auch anderen nicht vorschreiben. Einmal find' ich, der Staat hat auch 'ne soziale Verantwortung für die Leute, die keine Arbeit finden oder durch dieses Netz rutschen. Ich hab' mir den Staat so nicht ausgesucht, sondern bin hineingeboren worden und insofern übernimmt er für mich von Anfang an Verantwortung seit meiner Geburt und die hat er auch ernst- und wahrzunehmen, also ich bin Mitglied dieser Gesellschaft und diese Rechte hat man sich auch über lange Zeit erkämpft, was ja ewig gedauert hat...

T.G.: Das kann man wohl sagen, ja.

...vom Mittelalter an. Da haben 90 Prozent der Bevölkerung gar nicht gedacht, sondern haben nur nach Befehlen gelebt und jetzt sind's ja wenigstens... vielleicht isses schon 'n bisschen... kommen wir an die Hälfte ran oder so und dadurch ändert sich eben auch was... mehr Mitspracherecht, es wird komplizierter, Konflikte werden nicht... es reden mehr Menschen mit und dadurch sind... also ich finde, dass man das Recht dazu... dass sich diese Leute das nicht anmaßen können über... also auch 'n Poli... jemand, der viel Geld hat und gut lebt, also leben kann, die verdienen ja meines Erachtens alle zuviel Geld... die meisten Menschen ver... die 'n Job haben verdienen auch zuviel Geld, also finde ich oder auch Leute, die in der Politik arbeiten werden unverhältnismäßig hoch bezahlt und dann find' ich können sie nicht aus dieser Position auf jemanden zeigen und sagen: Du hast... Dir kürzen wir Deine Sozialhilfe oder Du kriegst keine Sozialhilfe mehr, Du kriegst nur noch Essensmarken, also ich finde, das ist 'ne Zumutung.

T.G.: Ja, wenn Deine Position in der Frage so eindeutig ist, dann...

Ja, aber eine Sache geht doch. Ich finde aber auch, dass man... man kann auch 'ne Verantwortung für sich selber übernehmen und das kann auch jemand, der arbeitslos ist.

T.G.: Ja, in welcher Form?

Ja, dass man sich Arbeit sucht. Und dass man nicht darauf wartet, dass das Arbeitsamt einem Stellen vermittelt und ich kenne aber auch... ich kenne die Jugendlichen auch, die sind 25 und die kassieren seit drei Jahren Arbeitslosenhilfe und ich find's nicht ganz richtig... ich kenn' auch Leute dadrunter, die leben so... die kommen aus solchen finanziellen Verhältnissen, dass das... dass es nicht ganz gerecht ist, dass sie das Geld kriegen, finde ich. Ich seh' mich arbeiten und seh' dass... wir haben's nicht leicht auf diesem Hof, wir haben auch Schulden und man fragt sich immer so: Schaffen wir das jetzt mit zwei Generationen? Und meine Freundin zieht jetzt hierher, wir kriegen 'n Kind, also die Belastung ist umheimlich groß, wo man sich auch fragt, was schafft man. Ich will das jetzt nicht aus dem Grund... es ist nicht der Grund, der mich sagen lässt: Ich hab' wenig, ihr sollt auch weniger haben. Ich finde, dass dann immer... das sind dann manchmal Leute, die schimpfen auch noch auf dieses System, aber die werden schon gut behandelt, aber... nicht, die Sozialhilfe, nee, Sozialhilfe kriegen sie nicht, Arbeitslosenhilfe, die hilft ihnen schon, aber ich seh' diese Leute selten sich wirklich bemühen um 'ne Stelle und wenn ich welche sehe, die sich bemühen, dann kann man auch arbeiten gehen. Es ist natürlich blöd, Spargel zu stechen, saisonmäßig für wenig Geld. Aus meiner Sicht ist es so, dass ich immer lieber so'n Job annehmen würde und dafür weiß, ich hab mein Geld, als dass ich mich in diesen... wenn ich nichts tue, dann... man wird lethargisch, man... es fällt einem schwieriger nach zwei Jahren auch noch was für sich zu tun, das ist ganz einfach so, aber immer... in der Arbeit, entwickelt man auch Ideen, so seh' ich das und ich finde, man müsste eben... und daher seh' ich in diesen jüngeren Menschen oft diese Erwartungshaltung, die sagt: Ja, komm, ich will das und wenn ich das nicht machen kann... ich meld' mich jetzt erst mal arbeitslos, ich will 'n bisschen was erleben, dann können sie's ja machen, aber man muss es nicht immer auf die Kosten von der Allgemeinheit tun und es gibt eben wie gesagt auch diese Möglichkeit, sich Arbeit zu suchen.

T.G.: Ja, wenn Du jetzt sagst Spargelstechen. Das ist doch nur 'n paar Wochen im Jahr.

Das ist nur 'n paar Wochen. Genau. Das ist das Problem, das sind keine langfristigen Lösungen nicht für jemanden. Aber man kann ja auch... wir haben jetzt diesen M. angestellt, z.B., der hier mitarbeitet, der war auch arbeitslos vorher, also einfach nur, dass der für sich auch erst mal wieder davonkommt, dass er, nicht... und das ist wirklich so... muss an die Arbeit 'n bisschen herangeführt werden. Und der genießt hier soviel Freiheiten... jeder andere würde das nicht mitmachen, wenn jemand erst um zehn Uhr aufsteht, weil er erst um zehn aufstehen kann und von der Eigenüberwindung her das nicht schafft und ich finde, es ist schwierig... das ist seine persönliche Freiheit, aber wenn andere damit nicht klarkommen... man muss sich auch 'n bisschen anpassen in einem System. Oder man muss was dafür tun, dass sich was verändert, aber man kann nicht von anderen Menschen Veränderungen verlangen, wenn man selber nicht bereit ist, Veränderungen selber in Angriff zu nehmen. Und das ist ganz wichtig dabei. Der Staat hat 'ne Verantwortung

für uns, aber wir haben auch eine eigene und die muss man... und da gehört sehr viel zu, auch die eigene Verantwortung wahrzunehmen. Aber ich unterscheide auch immer 'n bisschen... oder wie gesagt, wenn das jemand mit vierzig passiert, in die Arbeitslosigkeit zu rutschen, das ist viel schwieriger. Aber bei einem jungen Menschen, der meinerwegen 23 Jahre alt ist und... da müsste man eigentlich... aber da ist, wie gesagt, diese Erwartungshaltung so groß. Oder man will alles oder nichts. Das ist so meine Erfahrung aus dem Umkreis, so. So'n bisschen Nullbock - Stimmung auch. Ich kann das auch verstehen, aber für mich selber... ich merk einfach, wenn ich... ich kann so nicht leben, das macht mich unzufrieden. Und ich suche dann, also dann ist man ja auch aktiv im Grunde und nicht passiv und wartet dann irgendwie, dass was passiert. Und viele helfen sich aber trotzdem auch mit Gelegenheitsjobs. Es gibt dann wieder die beim Pizza-Blitz fahr'n, die dann meistens auch noch studieren, die dann eben wieder sehen, wie sie dann wenigstens ihr Studium über die Runden kriegen.

T.G.: Ja, ist ja auch echt 'n Problem zum Teil.

Ja.

T.G.: Du hattest ja jetzt gleich damit angefangen, dass diejenigen, die von anderen Verzicht fordern, meist selbst zu den Besserverdienenden gehören und dass das denen deshalb auch nicht zusteht.

Ja.

T.G.: Ja, und das ist dann auch fast schon der letzte Punkt, auf den ich noch zu sprechen kommen wollte, und zwar dass nämlich all den "Sparzwängen" und "leeren Kassen" riesige Gewinne von Banken und Konzernen gegenüberstehen, oder dass, wie die UNO vor einiger Zeit veröffentlicht hat die 350 reichsten Personen der Welt genauso viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen...

Ja, das ist zutiefst ungerecht, wie... das ganze Leben ist ungerecht. Ich kann... das ist einfach, nicht, es bilden sich Marktstrukturen heraus haben, sich über diese... seitdem wir irgendwie lesen und schreiben können, seitdem wir zurückgucken gibt's immer Leu... also nicht, es gibt Industriezweige, die sich vor der Jahrhundertwende im letzten Jahrhundert und noch länger herausgebildet haben, Beispiel Kaffee, Tee, Tabak, also wo irgendwie Namen hinterstehen und die gibt es seit hundert Jahren und die leben, nicht, die existieren davon, dass sie uns abhängig gemacht haben.

T.G.: Die hießen früher mal "Kolonialwaren", glaub' ich.

Ja, diese Sache, ja, oder Zucker oder Salz, nicht, Autos oder Banken, ja, das ganze Finanzwesen. Immer wenn ich... wenn man viel darüber nachdenken würde, würde es... dann macht das auch unzufrieden oder es macht eigentlich sehr ärgerlich, aber man... das kann ja nicht der Sinn des Lebens sein, sich darüber zu ärgern, man kann versuchen, was zu ändern, aber... es geht ja auch nicht darum, denen das wegzunehmen, nur weil ich dann alles haben will. Das Ziel ist ja, oder der Sinn ist ja darin, dass ich selber sehe, an welchem Punkt des Lebens ich selber stehe und was mir genügt, oder womit ich zufrieden sein will in diesem Leben. Und ich stell die Behauptung auf, dass es jemandem, der so reich ist wie einer von diesen 350 Menschen, dass es dem um nichts besser geht, als jemandem, der nichts hat. Es geht dem höchstens materiell besser.

T.G.: Na ja, statistisch gesehen ist es beispielsweise so, dass die Reichen im Durchschnitt auch noch erheblich länger leben als die Armen, also das ist ja vielleicht...

Ok, aber für mich ist... länger leben hat noch nichts damit zu tun dass, es einem besser geht, weil ich kann länger leben auch als Bürde auffassen, also wenn ich Alzheimer habe, muss ich nicht länger leben. Es geht aber auch darum, wenn man in einer Gesellschaft lebt, wo man auch unter Umständen vereinsamt alt wird und man kann auch als alter Mensch vereinsamt alt werden... vielleicht ist das dann nicht so einfach, dann hat das Leben aber keine Qualität mehr und darum geht es. Ich sprech' da deswegen so oder diese Meinung hab' ich daher weil ich hab' mal ein Jahr in Afrika gelebt, in einem der ärmsten Länder der Erde, nicht, das ist

Sierra Leone, das Durchschnittseinkommen, das gehört wirklich zu den letzten Ländern der Erde, liegt unter 200 Dollar im Jahr.

T.G.: Das ist ja noch weniger als einer am Tag.

Ja. Diesen Menschen mangelt es an Essen, an Kleidung, an Arzneimitteln, an Bildung, vor allem an Bildung und ich hab' viele dieser... also Kleidung und Essen, das ist 'n Problem oder Essen vor allem, also wenn's warm ist, ist Kleidung auch noch nicht das Problem, aber Essen ist das Problem, nicht, ich muss einfach satt sein, damit ich auch leben kann, das ist ganz wichtig.

T.G.: Ja, klar.

Denen hat es an unheimlich viel gemangelt, aber die positive Ausstrahlung, die diese Menschen haben, trotz ihrer schlechten Situation, die ist um ein Vielfaches besser als die der Menschen hier, die ein Auto haben oder die zwei Autos haben, die einen Videorekorder haben, also jetzt sag' ich mal als der Bürger, als der Durchschnittsbürger, die immer nach oben gucken, was sie nicht haben und nie nach unten gucken und sehen, was sie alles haben. Wenn ich einen von diesen 350 Leuten nehme, von diesen ganz reichen Menschen, ich glaube, da mag's auch vielen unheimlich gut gehen, also das sag' ich, aber wir könnens wahrscheinlich nicht nachempfinden, weil die so viele Freiheiten genießen, die... wir könnten mit soviel Freiheit nicht mal umgehen, würd' ich sagen. Es gibt darunter aber auch Leute, die unheimlich viel Verantwortung tragen, trotz alledem, das sind nicht nur gewissenlose Menschen, die auch Arbeitsplätze schaffen... man kann mit Geld auch viel sinnvolle Dinge tun, viele von diesen Menschen unterstützen ja auch sehr viele Projekte, das tun sie einfach mit ihrem Geld, auch wenn's Steuerabschreibungen sind... es gibt Menschen, die das Geld auch wieder in Umlauf bringen und nicht nur anhäufen, also anhäufen ist übel, das geb'... das würd' ich auch so sehen. Aber noch um diese Sache mit Afrika... das Sozialgefüge, das hat... das war besser... für die war Armut, alleine alt zu werden. Das ist für die Armut, nicht. So hab' ich mal mit jemandem geredet, so hat ders definiert.

T.G.: Wie jetzt? Das hab' ich eben...

Der hat alt werden, einsam alt werden als Armut definiert.

T.G.: Ach so. Ja.

Man kann sich hier aber entscheiden ob man das im Grunde alleine will oder nicht, aber nicht, man kann in' Altersheim gehen oder man selber rüstig... so rüstig bleiben, dass man auch vielleicht gerne alleine einsam alt wird, aber viele... es ist unheimlich hart... wir leben mit 'ner Großmutter im Haus und sie sagt selber manchmal wie sie außen vorsteht vor den jungen Menschen und an Gesprächen nicht immer teilhaben kann und dann hört sie schle... also, nicht, man sieht das, diese Abgrenzung, das ist ganz schön hart. Nicht mehr gebraucht zu werden, wie 'n Arbeitsloser auch und das ist 'n alter Mensch ja häufig auch und die kann hier noch viel arbeiten, andere können das nicht mehr, die gehen... nicht, die langweilen sich vor'm Fernseher zu Tode und ich hab' auch und das ist noch 'ne interessante Sache, dass die Bildung... vielen hat's an Bildung gefehlt, aber das hat... in meinen Augen... wenn ich da Gebildete getroffen habe, hatte ich oft das Gefühl, sie waren verbildet durch diese Oktroyierung der englischen Sprache, dieser Entfremdung durch Sprache, nicht mehr in der eigenen Landessprache lernen zu können. Und das... ich hab' viele getroffen, die waren nicht zur Schule und die haben mehr Menschen... gesunden Menschenverstand... Verständnis für Sachen mitgebracht als die in der Bildung waren. Also so... was einem da häufig geschieht, dieses Verbilden und nicht mehr auseinanderhalten, was ist meins, was ich mir selbst erdacht habe, oder was ist das, was ich eigentlich immer von anderen übernehme und wieder als meins ausspucke. Und da kann ich nicht mehr sagen, dass es denen unten schlechter geht und uns besser... nur vom Geld her, ja, aber nicht von der Art, wie man im Leben steht und das ist so... dann bin ich hier wieder hergekommen, ich hab' mich da unheimlich fehl am Platze gefühlt, weil ich den Weißen als Eindringling und als Nutznießer so gesehen habe, mich auch

irgendwann, und hab' aber gemerkt... wenn man hierherkommt nach so 'nem Jahr und diesen Überfluss hier sieht und dann sich fragt, wie kann man eigentlich dann noch motzen, wenn man zum Arbeitsamt gehen kann und man kann Geld haben, also... oder dass... die Möglichkeiten, die man so sieht, ich kann dahinreisen, unglaublich viel. Dann hab' ich gesagt: Nicht so... oder sich so aufzureiben, dass es anderen so gut geht, guck ob's Dir... wo's selber hapert an Deinem... und oft ist es 'ne Sache der Einstellung oder der Erfahrung auch. Es ist natürlich klar, wenn ich die Möglichkeit hatte, so 'ne Erfahrung zu machen, da kommt man ja anders wieder, als wenn man sie nie hat, oder sieht 'n Krieg im Fernsehen, ist aber ja im Grunde nie von einem Krieg wirklich sehr berührt, weil er sich nach drei Tagen wieder gibt, weil die eigenen Probleme überhand nehmen und weil 'n neuer Krieg im Fernsehen einen abstumpft, weil die sich so oft wiederholen. Man ist nicht betroffen. Erst wenn man betroffen ist und mich hat das da betroffen gemacht, kann ich das so sagen. Und mir kann's auch wieder anders gehen, das seh' ich auch so... wenn ich... persönliches Leid oder so, dann mag ich auch wieder ganz anders denken. Oder wenn ich plötzlich... wenn hier jemand kommen würde und mir es wegnehmen würde, würd' ich auch anders reagieren oder anders reden. Ich seh' das schon so.

T.G.: Ja gut, wenn das Thema Afrika durch ist, dann könnten wir ja vielleicht zum letzten Punkt kommen, nämlich zu der Frage, wie Deiner Einschätzung nach die gesellschaftliche Entwicklung jetzt weitergehen wird.

Das ist mit einmal... wenn ich hoffe, dann ist es immer, dass der Mensch zur Vernunft kommt, dass wir erkennen, dass Zufriedenheit nicht daraus erwächst, zu gucken, was jemand anderes hat, sondern immer zu sehen, was man selber hat und machen kann und dass unheimlich viel Wille auch für sich... also in der Persönlichkeit des Menschen liegt, sein Umfeld wahrzunehmen und wie er's wahrnimmt und was man machen kann. Ja, ich halte es... ich hab' 'n bisschen Furcht, weil ich weiß, wie der Mensch sich beeinflussen lässt, politisch, dass man... wir haben jetzt 'ne neue Regierung, aber die Unzufriedenheit ist schon wieder relativ groß und ich hätte Schiss davor, dass man die nach vier Jahren abwählt, weil für Reform oder Änderung... das Leben ist dynamisch, also es bleibt nicht stehen... also kleine Veränderungen in langen Zeiträume verändern was und dass man Zeit lässt und sich besinnt und guckt, was man wirklich verbessern kann. Ich hab' aber auch den Eindruck, dass man sich schon in Richtung einer Zweiklassengesellschaft entwickelt: Leuten mit viel Geld und viel Arbeit, eigentlich zu viel Arbeit und zu viel Geld, was sie nicht ausgeben können und Leuten mit zu wenig Arbeit und zu wenig Geld und dadurch auch viele Nachteile erwachsen für die einen und viele Vorteile für die anderen und wir gehen in so' ne Richtung. Es gibt Leute, die sind sehr gut gebildet und haben sehr hohe Qualifikationen und andere, die haben vielleicht ganz schlechte Qualifikationen. Die heutige Zeit entwickelt keine eigenen Theorien, wir versuchen nur noch umzugehen mit all dem Wissen, was uns selbst erschlägt. Das wird zu viel zu verarbeiten. Ich kann nur noch zum Anwender werden. Ich hab' keine Zeit mehr um mir selber manchmal Gedanken zu machen, ich komme in so 'ne Treitmühle rein. Angst hab' ich davor nicht, aber es macht mir schon Sorgen, da fragt man sich: Wie kann man damit umgehen? Oder ich hoffe immer, dass man immer in der Politik Leute hat, die sich um all diese Verantwortung in der Politik auch bewusst sind und die das wissen, was für'n Job sie machen und nicht so ein Boris Jelzin, der unheimlich viel Willkür an den Tag kommen lässt. Oder so wie ein Bangemann jetzt dieser Tage, der sich auch seiner Verantwortung seines Jobs nicht bewusst ist und wieder nur an's Geld denkt, aber solche Menschen sind in der Politik immer falsch. Es müssen da Leute sein, die nicht viel von sich reden machen aber die unheimlich emsige Arbeiter sind, die auch, nicht, Familienpolitik oder Sozialpolitik ernst nehmen, die Umweltpolitik ernst nehmen, die auch Verteidigung... also die sowas ernst nehmen und nicht nur ihren persönlichen Vorteil in diesem unheimlich wichtigen Berufsfeld sehen, was ja vielen Menschen zugute kommen soll. Also das sind Hoffnungen, die ich habe, nicht, aber letzt... ja... ich weiß es nicht... dieses... ja... der Kapitalismus kann einem schon Angst machen und auch die Globalisierung, oder es ist schon etwas... nicht, so Mächte, die wirken, die man auch nicht durchschaut, weil man sie nicht kennt, die 350 reichsten Männer der Welt, weil solche können auch ein System zum Fallen bringen, oder die können auch Länder bankrott werden lassen, ganz einfach, wenn die wollen, nicht, wenn die Spekulieren, dann...

T.G.: Ja, das ist ja schon passiert.

Ja. Nicht, ich hoffe, dass die Menschen sich ihrer Verantwortung, die sie für's Leben haben, bewusst sind.

T.G.: Ja gut. Das ist doch 'n gutes Schlusswort, oder?

Ja. Es reicht.

Jörg, Angestellter im Gesundheitswesen

T.G.: ...wir hatten ja schon ein kurzes Vorgespräch, in dem Du Dich dankenswerter Weise dazu bereit erklärt hast, mir hier mal so einiges zu erzählen...

Ja.

T.G.: ...es geht jetzt einfach darum, dass ich gerne von Dir wissen möchte, wie Du ganz persönlich die derzeitige allgemeine Lage in diesem Land beurteilst.

Ja, die derzeitige Lage in diesem Land ist, dass die neue Bundesregierung ein bisschen chaotisch ist und dass man gar nicht viel davon merkt, dass man im Prinzip 'nen Regierungswechsel gehabt hat und dass da keine Linie drin ist und dass, ob das nun rot-grün ist oder vorher irgend 'ne konservative Regierung war, so dass das für mich jetzt nicht der Hammer ist. Also die ganzen Gesetzgebungen sind ja so 'n bisschen chaotisch, was die da abziehen. Ja, und für den Sozialstaat tut sich nichts, da wird gekürzt wie vorher auch nur noch chaotischer. Es ist alles chaotischer, ne? Also ich finde, es wäre besser gewesen, also wenn man bald, wenn die Grünen zum Beispiel in der Opposition geblieben wären, dann hätte man, dass denke ich, wäre für alle Seiten am Besten gewesen. Es ist chaotisch, keine Linie.

T.G.: Ja, jetzt hast Du ja gleich den Regierungswechsel vom letzten Herbst angesprochen. Da ist ja eine Regierung abgewählt worden, die ziemlich lange im Amt war, sechzehn Jahre glaube ich, und was würdest Du jetzt sagen, woran das lag, dass dieser Wechsel überhaupt stattgefunden hat?

Ich denke, dass also ein Großteil der Leute dafür waren, dass eben ein anderer, andere Gesichter und 'ne andere Politik gewählt wurden, wie in anderen europäischen Ländern auch, wo die Konservativen nach 'ner Zeit dann weg waren. Das ist ja immer so 'n Wechsel 'ne? Und irgendwann schlägt 's wieder um. Das denke ich. Die waren ausgepowert, Kohl und Konsorten. Und, ja wie gesagt, also jetzt werden die Leute gedacht haben, mit der Arbeitslosigkeit oder so wird's besser gehen, aber das ist ja im Moment nicht so. Da werden meinerwegen die Benzinpreise erhöht und dann kriegst Du meinerwegen noch 20 Mark Kindergeld mehr, aber dafür hast Du die Benzinpreise übers ganze Jahr erhöht gekriegt und voll viel Ökosteuern usw. da ist das Verständnis, was bei den normalen Bundesbürgern ankommt, was so sein soll, ist es nicht da. Das ist schlecht verkauft. Und vorher bei Kohl war es eben irgendwann aus, die Leute wollten neue Gesichter haben.

T.G.: Ja, wenn Du jetzt sagst neue Gesichter, also die haben ja jetzt noch nichts mit Inhalten zu tun. Meinst Du nicht, dass vielleicht auch Inhalte eine Rolle gespielt haben könnten, dass es eine gewisse Unzufriedenheit gegeben hat mit...

Also, wenn ich das vergleiche mit dem, was jetzt läuft, wohl weniger.

T.G.: Ja, aber damals?

Damals ja, aber es war Wunschdenken, dass sich da viel ändert, ne. Man hätte ja, wenn das jetzt der Atomausstieg ist, wenn man seinerzeit schon vernünftig nachgedacht hätte, dass das gegen die Wirtschaftskreise überhaupt nicht geht, dass die am... also is' ja so, is' ja jetzt auch so, also die lassen sich ja nun auch nicht verarschen 'ne? Und diese ganzen Schlagworte, die sie da... was weiß ich... ja, also Atomausstieg is' so'n Ding. Das läuft gar nicht. Geht gar nicht. Und ich finde, ja mit der Arbeitslosigkeit und so, und Gesetzgebung, ja man hat gedacht, vielleicht tut sich da jetzt was, aber es ist ja im Moment nicht besser geworden, wobei man muss denen ja noch zugestehen, dass sie erst ein paar Monate an der Regierung sind und die ganze Gesetzgebung der alten Regierung usw., was die angerichtet haben ja nun denn auch, erst noch vor sich herschieben oder die Sachen ausbaden müssen. Aber 'ne grundlegende

Politikwende seh' ich so auch nicht, also für mich ist der Unterschied im Moment also wirklich nicht besonders groß. Nur das Joschka Fischer Außenminister ist und der macht 'ne ganz gute Figur und der Rest ist Chaos und persönlich... ja... Profilierung von Leuten und da müssen die mal von runter kommen. Ich meine, guck Dir mal diesen Riester an, mit seinen Rentendingern da. Erst erzählt er nicht... oder veröffentlicht die Sachen und dann stellt sich ein paar Tage später heraus, dass es immer nur, was weiß ich Auszüge warn', die irgendwo warn'... ja und dann gibt's 'ne Kabinettsitzung und da kriegt er einen vor 'n Latz und dann ist die Sache gegessen, 'ne? Also jetzt bei der Wahl, ich denke viele Leute, also nicht die SPD-Wähler oder so, sondern die, die den Ausschlag gegeben haben, also so denken die Leute nun mal, sollten mal andere ran in die Regierung.

T.G.: Also meinst Du, es gab gar keine richtigen Gründe für den Wechsel?

Mir fällt da nicht besonders viel ein. Also ich wähl' ja seit Jahren immer die gleiche Partei, von daher war das sowieso scheißegal, aber für die Leute, für die, die den Ausschlag gegeben haben...

T.G.: Ja, so hat das die abgewählte Regierung ja auch dargestellt...

...wie dargestellt?

T.G.: Sie haben gesagt, ach, wie haben sie sich noch mal ausgedrückt... ja, jetzt fällt's mir ein, sie haben gesagt, es hätte keine Gründe gegeben, sondern es wäre nur eine allgemeine Wechselstimmung gewesen.

Ja, war ausschlaggebend für die, also die jetzt nicht nur, also das haben wir ja jetzt auch bei der Europawahl, da gibt es manche Leute, die immer SPD wählen und Leute, die immer die Grünen wählen, insofern... ich meine, man kann es ja fest machen, auch jetzt meinerwegen bei den Grünen, das ist ein fester... oder SPD auch mit ihnen, was weiß ich... 30 Prozent oder so. Aber die Leute, ja, die jetzt den Ausschlag gegeben haben, die jetzt zum Beispiel nicht mehr gewählt haben oder auf die Du Dich nicht verlassen kannst, da ging's nur darum hier jetzt mal was anderes... viel mehr war 's nicht. Und 'n großen Spielraum hat der Schröder ja nun auch nicht, was jetzt groß zu ändern im Spiel mit der Wirtschaft und mit den ganzen Lobbyisten oder so. Da kann er ja... ja man sieht's eben bei dieser Atomgeschichte... große Schnauze und dann... ja nix da.

T.G.: Ja, da hast Du ja gerade schon gesagt: Die lassen sich nicht verarschen.

Nee. Lassen die nicht.

T.G.: Aber der Punkt war doch jetzt: Es gab einen Regierungswechsel. Das hat ja auch eine Mehrheit so gewollt oder ging zumindest aus den Mehrheitsverhältnissen hervor, dann gab es eine Koalitionsvereinbarung, in der gesagt wurde: Ausstieg. Und dann wird das, was beschlossen wurde aber nicht gemacht.

Ja, aber Ausstieg auch in einem gewissen Zeitrahmen.

T.G.: Jaja, natürlich...

Ja, und jetzt kommt der Müller, wie heißt der Wirtschaftsminister? Müller?

T.G.: Ja.

Ja, und hat da mit der Atomlobby da irgendwas ausgearbeitet und hatte... ja, das kam doch vorgestern oder so... 25 Jahre, 'ne?

T.G.: Ja, ich glaube das ist heute schon wieder in Frage gestellt worden, also der Atomindustrie ist das immer noch zu wenig...

Was jetzt, diese 25 Jahre?

T.G.: Ja.

Ja, und die andern sagen, hier, innerhalb der Legislaturperiode, 'ne, die Grünen und so haben sie's auch festgeschrieben. Also, da würde ich sagen: Leute... wobei da war die Sache allerdings noch die, dass sie gesagt haben, da lassen sie sich jetzt nun wirklich nicht mehr von runterbringen, die Grünen jetzt. Sonst kannst Du die ganz vergessen, ne.

T.G.: Du hattest ja jetzt auch schon einen anderen Punkt angesprochen, nämlich die Arbeitslosigkeit, das war doch immer Thema...

Jaja, also hier war 's ja vor allem auch die Jugendarbeitslosigkeit, die sich die SPD auf die Fahnen geschrieben hatte. Ich meine, da hat 's ja wohl auch geklappt, dass da ziemlich viele jetzt irgend 'n Job haben... aber sonst, was die Arbeitslosigkeit, oder die Programme... ich meine, die sind immer abhängig von der Wirtschaft. Und wenn Du da jetzt auch 'ne große Klappe... also so auf die Sahne haust, 'ne? Also ich meine, die lassen Dich doch auch am langen Arm verhungern, 'ne? Also ob nun Kohl heißt oder Dings 'ne, also diese Arbeitslosenzahlen sind festgeschrieben, ich denke... also da wird man nun auch in unserer Gesellschaftsform hier nicht runterkommen. Das ist so. Und wird noch mehr durch Rationalisierung. Das gehört dazu, das ist... ist Fakt. Und da können die Leute noch so viel machen. Hier, jetzt diese saisonale... da sind wir mal unter vier Millionen, aber es ist eben so... das ist... ist fest. Und die Wirtschaft hier hat sich ja nun auch so konsolidiert. Ja, nee, also das läuft nicht, die werden nicht freiwillig, es sei denn das bezahlen die Steuerzahler für 'ne Zeit... dass sie irgendwas machen und dann schmeißen sie die Leute wieder raus wenn sie 's selbst bezahlen müssen. Ne, Mercedesse werden immer gekauft... jedenfalls in Deutschland. Und mit der Arbeitslosigkeit, da zeigt sich ja auch nicht viel. Es zeigt sich ja im Vergleich zu der alten Regierung eigentlich äußerst wenig, außer dass viel Chaos herrscht, dass der Schröder eigentlich nie greifbar ist. Ja und das ist... und die... ich meine wobei die Opposition, die ist ja auch äußerst schwach, also was da läuft. Da sind ja auch nur... nur Worthülsen, was da... also das ist auch keine gute Opposition, die wir im Moment haben. Aber es ist nicht besser geworden.

T.G.: Also meinst Du, dass man da im Prinzip auch nichts machen kann?

Jetzt bei der Arbeitslosigkeit?

T.G.: Ja.

Jedenfalls nicht, dass die auf hunderttausend runtergeht, 'ne? Nee. Da sind die ganzen...Nee. Ich wüsste auch nicht wie. Wer soll das denn bezahlen? Die Firmen, die wollen rationell arbeiten und schließen sich denn nun auch zu immer größeren Konsortien oder weiß ich was zusammen... Machtmonopole, 'ne? Und das ja nun nicht deshalb, um genug Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um daraus ja auch wieder... um das auszudünnen und effektiv zu machen. Und eben, um dann irgendein Monopol zu haben. Da sieht man, dass die Leute... da müsste man wirklich was gegen machen, gesetzlich... das ist wirklich 'n bisschen hart, 'ne? So wie das Streichholzmonopol früher. Wenn Du Daimler nimmst, die kaufen ja nun sich die... oder VW oder was weiß ich was, 'ne? Und dann die... die können ja im Prinzip irgendwann den Staat erpressen.

T.G.: Wie jetzt? Was könnte da gesetzlich dagegen gemacht werden?

Ich würde das verbieten, dass die großen multinationalen Unternehmen sich zu.. ja.. zu so großen Machtgruppen zusammenschließen dürfen. Also, dass Daimler, weiß ich was, im Autosektor das aufkauft,

weil er die meiste Kohle hat, ja... es ist... man spricht doch immer von der Vielfalt in der freien Marktwirtschaft. Bloß, das widerspricht sich ja nun 'ne?

T.G.: Ja, also ich hatte jetzt mit gesetzlichen Maßnahmen an die Arbeitslosigkeit gedacht, was man dagegen machen könnte. Du hattest doch gerade gesagt, dass die Konzerne soviel Macht haben und man deshalb gesetzlich....

Ja, dass die Gewinne... also, die machen ja Unmengen von Gewinnen die Leute, 'ne? Ich meine, das wird ja nicht groß erzählt, aber meinetwegen, dass das irgendwie in 'nen Topf reinkommt und dass man irgendwelche Arbeitsplätze schafft. Da muss man natürlich sehen, in was für Branchen, 'ne? Ich meine, wenn die selbst schon für sich so ausgelastet sind und Du dann gleichzeitig noch Konkurrenz schaffst, oder so. Weiß ich nicht. Die Gewinne... steuermäßig, weißt Du, steuermäßig abzocken die Leute. Aber sonst ist mit der... also dass hier wirklich massenhaft neue Arbeitsplätze geschaffen werden, das ist einfach nicht. Das ist nicht drin in der Industrie und hier im sozialen Bereich erst recht nicht, 'ne?

T.G.: Also zeitweise hatte man ja mal so Ideen mit Arbeitszeitverkürzung. Da ist jetzt aber überhaupt nichts mehr von zu hören und da....

Das liegt nicht... ich meine die Gewerkschaften möchten das vielleicht, aber es ist die Frage, ob das der Arbeitnehmer will und ob die Industrieunternehmen das wollen, da noch zusätzlich Leute einzustellen, da ist es doch besser Überstunden zu machen. Du hast Deine Leute und Du hast so wie hier... hier werden die Leute jetzt nur noch mit 'nem befristeten Vertrag eingestellt für ein Jahr. Der läuft natürlich weiter, aber Du hast eben die Möglichkeit, wie jetzt hier bei A., also wenn das hier jetzt schlecht läuft im Laden, dann hat man kein, ja, zack, für ein Jahr und dann kannst du (pfeift) die Leute rausschmeißen.

T.G.: Ja. Und die können sehen, wo sie bleiben.

Richtig. Und ich denke nicht, dass sich das mit dieser Arbeitszeitverkürzung, dass die Masse das mitmacht. Die wollen entweder... wenn sie mehr Teilzeit arbeiten, arbeiten sie Teilzeit und sonst wollen sie richtig arbeiten. Ne? Und richtig Geld haben. Und diese ganzen... ich weiß nicht, ob das so akzeptiert wird überall. Und auch nicht von den Unternehmen erst recht nicht. Ich meine, die Leute, die da die Kohle machen, die wollen die Steuer sowieso nicht in Deutschland bezahlen und weshalb das Geld verschenken an Steuern, an andere Arbeitnehmer oder so? Du hast da Deine festen Leute, die kannst du rausschmeißen. Und dann noch zusätzlich und zusätzlich? Nee. Ich denke nicht, dass sich das durchgesetzt hat. Glaub' ich nicht. Es hat sich durchgesetzt bei VW oder so, also wo die 'n starken Betriebsrat haben, wo sie jetzt diese ganz harten Modelle gemacht haben, aber ansonsten... Wenn ich hier von Arbeitszeitverkürzung bei uns, dann kommt... ja... Überstunden erhöhen, ne? Es werden ja auch keine Leute mehr groß eingestellt.

T.G.: Ja gut. Das Ergebnis ist dann Arbeitslosigkeit auf Dauer. Und weil die Leute auch Geld brauchen, sind sie auf Lohnersatz angewiesen. Und da heißt es dann auch: Es ist kein Geld da, es muss gespart...

Nee, jeder... jeder muss doch... soll doch dann selbst... das ist doch das große Schlagwort... für sich selbst verantwortlich, weg von diesem ganzen, eh, was weiß ich... Sozialstaatkrams, sondern Du bist Dein eigener Herr, ne? Und das sagen die Leute auch, die eben Karriere machen, die sich... oder die 'n guten Job haben usw. die... von denen kommen immer solche Sprüche. Ja, von denen und nicht von den... nicht von den Arbeitern oder was, jedenfalls nicht von denen, die schon damit aufgewachsen sind, dass es 'n hartes Metier ist oder so. Und das is' natürlich so auch am besten, so wie die jetzt da bei dem Rentengesetz da so Zusatzrente oder Lebensversicherung und so weiter...wird ja auch überall verkauft. Und dann auch für die... wenn Du jetzt arbeitest, musste eben so Deine Kohle zusammenhalten, dass wenn Du irgendwann mal arbeitslos wirst, dann selber über die Runden kommst. Und wenn jetzt hier die... unsere sozialdemokratische Partei... irgendwer hat doch irgendwas jetzt... Schröder mit Blair irgendwas zusammengemacht, ne? Und ich denke nicht, dass es darum geht, den Leuten mehr Arbeitslosengeld zu geben, oder so, ne? Und die Briten

sind da ja sowieso 'n bisschen straighter.

T.G.: Jaja, da ist das alles noch weiter fortgeschritten, klar...

Und heute... was ham'se heute beschlossen, werden die Renten und das Arbeitslosengeld wird bloß noch inflations... an die Inflation gekoppelt, und nicht mehr an die Lohnsteigerung. Ja, und das von 'ner SPD-Regierung. Was hat man immer gesagt, wer hat uns verraten? Das war'n die Sozialdemokraten, ne?

T.G.: Ja, aber von offizieller Seite wird ja immer alles mit Zwängen begründet. Die sagen, sie hätten kein Geld.

Nö, die könnten ja den Wehretat kürzen. Oder... was wollten sie heute... den Transrapid wollen sie ja kippen. Und die sechs Milliarden, die sie dafür eingeplant hatten, die sollen jetzt... ja... die hätte man auch für irgend... weiß ich was... wegen mir Nahverkehr... da sollte man die reinstecken. Bloß, da steckt ja noch die Industrie dahinter, die ja auch mit Kohl, mit der Kohl-Regierung da irgendwas abgetentert (?) hat. Ja, kein Geld... da muss man eben von woanders... weiß nicht... Umzug nach Bonn... äh, nach Berlin, den ganzen Berlin-Scheiß da. Da haben sie Geld genug. Ja... sollen sie sonst irgendwie den Wehretat kürzen. Und das macht man aber nicht. Oder Subventionen... irgendwelche Großbauern. Aber an dieser Zahl, da wird sich nicht viel ändern, sonst hätte es sich jetzt ja schon geändert, ne? Der Osten läuft ja auch nicht, da kannste ja auch nichts von holen.

T.G.: Ja, also das mit Wehretat kürzen finde ich persönlich ja eine gute Idee, ich denke nur, Geld für Renten und so weiter braucht man ständig. Vor allem wenn dann auch noch der sogenannte demographische Faktor ins Spiel gebracht wird und es dann heißt, es gäbe zu viele Rentner und zu wenig junge Leute...

Ja, das war aber auch absehbar. Es ist ja nicht so, dass das von heute auf morgen kommt, denn der Sozialstaat ist in Jahren aufgebaut worden und die Perspektive war ja auch so, dass die Leute eben nicht früher sterben oder so, sondern dass irgendwann die, die das mit aufgebaut haben, auch mal in den Genuss kommen wollen, Rentner zu sein und die sind 'ne ganze Menge... und die auch alle ihre Ansprüche haben, ne? Klar... und so viele Großfamilien gibt's nicht mehr... ja... es gibt eben denn Arbeitslose und auf Dauer auch keine Wirtschaftswundergeschichten. Ja... und in andern Ländern... ja... das... der Wettbewerb ist immer härter geworden, oder nee... das war früher auch schon. Aber es war ja wohl schon länger absehbar, dass es so kommt. Aber trotzdem wurde das Geld verpulvert. Ich meine... so... wenn Du den Wehretat nimmst... für die nächsten Jahre würde das Geld, was Du da eigentlich reinbutterst... könnte man dafür ja nehmen. Also Wehretat und die Subventionen und weiß ich was. Und Steuern, dass die Leute, die viel Kohle verdienen, wo man sich auch fragen muss, ob das... ist das überhaupt realistisch diese hohen Einkommen mit der Leistung, die sie bringen... das ist ja auch so bei diesen ganzen Managern, also wenn man da hinter die Fassaden guckt... was da für Pfeifen rumrennen... und die gut Geld kriegen. Und wenn ich das hier jetzt sehe, was hier wieder passiert ist, da fragst Du Dich auch weshalb die hier geschäftsführermäßig... und gut...die verdienen ja auch nicht schlecht, aber dass die eben auch Fehler begehen... existenzielle Fehler für die Einrichtung hier. Da fragt man sich... da könnte man da ja auch die besteuern oder so.

T.G.: Steuern fände ich auch prinzipiell eine sinnvolle Maßnahme, die...

Ja, ich kenn' mich da jetzt nicht so aus... ja richtig... was da in den Niederlanden oder so ist. Die haben das ja wohl geschafft, die Arbeitslosigkeit drastisch zu senken.

T.G.: Ähm, ja, die haben das mit Teilzeit gemacht.

Mit Teilzeit. Ah, ja. Ich weiß nicht, ob das sich hier durchsetzt. Dafür sind die Leute hier... ich weiß nicht, ob die das einseh'n... Nee, die seh'n das nicht ein. Was ich vorhin auch schon meinte. Das ist wie mit'm Benzinpreis. Also wenn Du den Benzinpreis senken würdest, dann hätte die SPD hier jetzt nicht die Wahlen

verloren. So was verstehen die Leute nicht, die Masse... kommt doch nix bei rüber... Ökosteuer und der ganze Scheiß... normal... die werden in ihrer Freiheit des Autofahrens beschränkt, das merken sie jedesmal wenn sie tanken und da nutzen ihnen auch 20 Mark Kindergeld nix. Das nutzt dann eher den Leuten was, die kein Auto haben und von Sozialhilfe leben oder so. Da ist 20 Mark was, aber doch nicht bei der Masse.

T.G.: Ja, wenn Du jetzt die Sozialhilfeempfänger ansprichst, denen wird ja immer gesagt, sie würden das auch noch missbrauchen...

Das ist 'ne Unverschämtheit. Also was da in Ordnung ist... wenn man denen 'ne Arbeit anbietet. Also jetzt aber nicht so arbeitsdienstmäßig, aber so, dass sie irgendwie doch 'ne Perspektive haben, wenn sie arbeiten wollen. Und Leute, die es eben nicht wollen und können, weil sie weiß ich was sind oder keine Böcke haben, da sollte man es lassen. Aber da ist man schnell mit... Ich meine, das gehört eben dazu, ich meine... man weiß nicht wie jetzt die einzelnen Leute dazu gekommen sind, dass sie denn von Sozialhilfe leben müssen, aber es ist 'n Recht... ja... und es steht ihnen zu... wie die anderen das Recht nutzen, hier Steuer zu hinterziehen oder Steuergeschenke zu kriegen, ich meine, dass ist ja eigentlich noch schlimmer hier... die kriegen dann noch weiß ich was in' Arsch gesteckt, 'ne. Und dann noch 'ne große Schnauze. Und bei den Sozialhilfeempfängern ist man denn jetzt schon hart genug, ne?

T.G.: Ja, wenn Du Forderungen nach Zwangsarbeit so ablehnend gegenüberstehst, dann brauch' ich in die Richtung ja nicht weiterfragen

Das bringt nichts. Was soll das denn? Die Leute, die arbeiten wollen, die würden auch arbeiten oder würden ein Angebot annehmen, irgendwo wieder reinzukommen, und andere, die eben zu... weiß ich... den ganzen Tag breit sind und da sowieso kein' Bock drauf haben, dann... was soll das denn? Also, das kannst du jedenfalls nicht über die Sozialhilfe oder so'n ne Art Arbeitseinsatz machen.

T.G.: Ja, das waren jetzt eigentlich schon diese inhaltlichen Sachen... nee, zwei Punkte hab' ich noch. Das ist schon öfter mal angeklungen, dass es zwar einerseits jetzt mehr Arbeitslose gibt usw., dass aber andererseits Banken und Konzerne riesige Gewinne machen und... wie jetzt die UNO meint... die 350 reichsten Leute der Welt genauso viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Wie würdest Du jetzt das Verhältnis sehen?

Ja, das ist das Spiel der Gewalten. Das war schon immer so... in der ganzen Geschichte der Menschheit und mit dem Sozialstaat oder so... so drauf wie wir hier in Deutschland sind ja nun nicht alle, ne? Und wenn Familien, die Geld haben... Du musst das anlegen... ja irgendwie aufs... ja... wenn Du da irgendwie 'n Draht für hast, dann läuft das eben immer so weiter und die Armen haben eben Pech gehabt. Und da gehts auch darum... wieso sollen die von ihrem eigenen Geld was abgeben, was sie ja selbst sich da untergejubelt haben? Da kannst du 'ne Weltrevolution machen und die ganzen Leute über die Klinge springen lassen und das Geld einsacken. Ich meine, das war schon immer so. Und die Leute hängen auch alle zusammen in ihren Kreisen. Und Afrika z.B. das interessiert doch jetzt wirklich kein' Arsch mehr, was da abgeht, die überlässt man ihren eigenen Geschichten, wo man... ja... man fördert das vielleicht noch, dass da Unruhe entsteht, so ähnlich wie in der Sowjetunion nach dem Zusammenbruch. Das ham'se clever gemacht. Erstmal lassen sie alles zusammenkrachen und geben ihnen aber nichts. Und jetzt ist die Sowjetunion weg, ist kein Machtfaktor mehr. War gut gemacht. Und ja umverteilen kann man das Geld auch nicht. So locker ist das nicht. Wie gesagt, also so dass man, dass so viele Länder oder weiß ich was das soziale oder so'n Sozialstaatssystem wie hier haben wollen, das ist eben nicht. Wenn gerade die, die das Geld verwalten oder das Geld machen erst recht nicht. Und daher wird's so bleiben, es wird ja noch härter, also so was in Afrika abgeht. Da wird ja nicht groß unterstützt. Und die Nato oder wir sind ja eher dabei, erst mal irgendwo Leute zu bombardieren, bevor man da irgendwas macht, ne? Na ja, erst hat man ja auch Tito oder weiß ich was Jugoslawien abkacken lassen. Das war ja, also was Tito geschafft hat, das war ja wohl die Kunst überhaupt, so mit diesem Vielvölkerstaat doch irgendwie friedlich so am Leben zu erhalten. Und ich denke, dass da weniger Leute gestorben sind, als bei dem, was da jetzt läuft, in den letzten zehn Jahren. Das war ja nun

auch clever vom Westen, ne? Man unterstützt die Leute einfach gar nicht mehr. Erst forciert man das Zusammenklappen und das ist's ja egal. Aber es wird so bleiben. Es wird wohl noch schlimmer werden.

T.G.: Würdest Du das für die Zukunft vermuten, das es noch schlimmer wird?

Für die armen Länder oder für die ganzen Regionen, na klar. Die meisten Länder haben ja erst mal mit sich selber genug zu tun jetzt. Die Leute, die da leben auch, ne. Nee, also das wird nicht besser. Das sind neue weltpolitische Machtverhältnisse und der Weltgendarm USA hat's jetzt gut geschafft, die Macht zu sein, die überall mit Waffengewalt alles platt macht, was sich ihr in den Weg stellt. Und... ja... in Russland isses ja nun wirklich nicht besser geworden, für die Menschen, nicht besser als es vorher war... ja... und Afrika nicht und in Asien da läuft's auch nicht so besonders. Ja... und von daher wird's auch nicht besser, weshalb sollte es denn? Die schicken dann irgendwelche Flugzeugträger irgendwohin, wenn irgendwie Unruhen oder große Machtverschiebungen da sein sollten und dann haben das die Leute erst mal satt.

T.G.: Ja gut. Ich bin dann mit meiner Liste durch. Wolltest Du noch...

Nee.

Silvia, arbeitslose Musikpädagogin

T.G.: Ja, es geht einfach um die Frage, wie Du ganz persönlich die derzeitige Lage in Deutschland beurteilst, was Du davon hältst.

Ach so... so politisch gesehen, oder?

T.G.: Ja, ganz allgemein, was Dir dazu einfällt.

Oh Gott... also ich bin Musiker. Das vorweg genommen. Und... ja... mir würden in erster Linie so Sachen einfallen, die mich persönlich betreffen, was den Arbeitsmarkt angeht, zum Beispiel. Dass es schlichtweg unmöglich ist, in Norddeutschland als ausgebildeter Musikpädagoge überhaupt eine Arbeit zu finden. Das ist miserabel und dass auch weiterhin immer der Kunst... der künstlerische Bereich in erster Linie betroffen sein wird von Sparmaßnahmen und sich weiter aber keine Gedanken darüber gemacht werden auch in den Hochschulen... ja... versucht man immer weiter Studenten anzulocken... auch hier in Bremen, in Norddeutschland... ja... obwohl auf der anderen Seite schon seit acht Jahren ungefähr an den staatlichen Musikschulen gar keiner mehr aufgenommen wird, ne? Wenn jemand verstirbt oder in Rente geht, wird die Stelle schlichtweg gestrichen. Und... ja... das ist ein Unding, ne? Und die Sparmaßnahmen gehen noch weiter... die Hochschulen haben zu wenig Geld, um auch... irgendwelche Professoren... qualifizierte Leute anzustellen... es werden eben nur Lehrbeauftragte dort angestellt... keine Professuren verteilt, so dass die Qualität... die Ausbildungsqualität auch immer mehr sinkt. Das ist schrecklich. Ja... soll ich noch mehr sagen?

T.G.: Ja. Wenn Dir noch mehr dazu einfällt, gerne!

Also, ich geh' dann wirklich in erster Linie von mir aus... von meiner jetzigen Situation, ne?

T.G.: Ja, das finde ich ganz in Ordnung so. Das Thema Arbeitslosigkeit hätte ich sonst von meiner Seite auch gleich angesprochen.

Ja... sonst... gibt's noch 'n Stichpunkt?

T.G.: Ja. Du hast ja jetzt gesagt, dass Du die Situation ziemlich negativ beurteilst...

Ja.

T.G.: ...und wenn man sich die politischen Verhältnisse betrachtet, dann kann man beispielsweise damit anfangen, dass vor relativ kurzer Zeit... im letzten Herbst... ein Regierungswechsel stattgefunden hat...

Ja.

T.G.: ...und dabei ist ja auch noch eine Regierung abgewählt wurde, die ziemlich lange im Amt war... sechzehn Jahre insgesamt...

Ja, das stimmt.

T.G.: ...ja... und das Stichwort wäre jetzt... oder die Frage wäre jetzt, was Deiner Meinung nach die Gründe dafür waren, dass dieser Wechsel stattgefunden hat.

Ja, also... ja, unter anderem dass einfach Versprechen nicht eingehalten wurden, was weiß ich, zum Beispiel Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern... die sogar bis zum absoluten Rekord angestiegen ist. Ja, man

erhofft sich dann allmählich natürlich ein... eine Verbesserung durch einen radikalen Wandel. Ja, der stattgefunden hat durch die neue Partei aber... zur Zeit irgendwie auch... von meiner Seite aus noch nicht so zu erkennen ist. Und... Ach, aber ich meine, wenn man das allgemein so betrachtet, das geht ja um die Situation in Deutschland an sich... ich hab jetzt eben diese negativen... das, was mich in erster Linie belastet da so aufgeführt... man kann andererseits... bin ich heilfroh, in Deutschland geboren worden zu sein und hier leben zu dürfen... wenn ich das vergleiche mit anderen Ländern... insgesamt, und bin ich nach wie vor auch zufrieden in Anführungsstrichen mit meiner Situation. Es ist erstaunlich... doch für mich, dass man trotzdem so gut über die Runden kommen kann, obwohl man eben keine feste Arbeit hat, ja... dass man relativ gut... doch einen Lebensstandard, den ich von vorher auch gewohnt war, halten kann, ohne mich totzuarbeiten... mich totarbeiten zu müssen.

T.G.: Was meinst Du jetzt mit "vorher"?

Ja... als Student.

T.G.: Ach so... ja.

Ich meine, insgesamt kann man, glaube ich Deutschland noch als eins der sichersten Länder so im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ansehen, was die Krankenversicherung, die Rentenversicherung und das angeht, das ist schon zu einem recht hohen Niveau gekommen. Gut, mittlerweile kann man darauf auch nicht mehr bauen. Es wird halt überall gestrichen, gespart und viel versprochen und wenig eingehalten. Aber ich glaube, wenn man den Vergleich macht... also ich habe den direkten Vergleich vielleicht zu Spanien durch meine Mutter... wenn ich diese Länder... ja... mal betrachte, bin ich froh, hier... hier zu leben.

T.G.: Was macht denn dort das noch Schlimmere aus, also wegen mir in Spanien... oder was Du jetzt sonst als Vergleich heranziehen würdest?

Ja, also ich meine einfach insgesamt... ja, das Lohnniveau eigentlich, das ist wesentlich niedriger und wenn man so ab und zu nach Spanien vereist, wird man festgestellt haben, dass es insgesamt nicht viel billiger ist als in Deutschland. Also die Löhne sind niedriger und die Lebenshaltungskosten sind doch schon fast angeglichen. Gut, wenn man in den Süden fährt, dann kommt man in ärmere Regionen und man muss bestimmt weniger für 'ne Unterkunft etc. bezahlen, aber die hygienischen Ansprüche sind nicht unbedingt auf Superniveau in manchen Gebieten, klar. Die haben halt auch kein Geld.

T.G.: Ja, also Du sagst jetzt: Hier wird es auch schon schlechter, aber es ist immer noch besser als sagen wir im Spanien...

Ja.

T.G.: ...jetzt ist ja vom... vom Verlauf her der Unterschied, dass der Süden traditionell eine ärmere Gegend war, während es... während die Verhältnisse in Deutschland bis vor einiger Zeit ja besser waren als jetzt... Also wenn man beispielsweise die Arbeitslosigkeit nimmt... die war ja schon mal sehr viel niedriger...

Ja.

T.G.: ...und ist jetzt ziemlich hoch...

Ja.

T.G.: ...und mich würde jetzt eben interessieren, warum das Deiner Meinung nach dazu gekommen ist.. was die Gründe dafür sind, dass die so hoch ist.

Ja, gut. Ich glaube, letzt... ja, der Gedanke der vielleicht auch gerade von der CDU vertreten wurde, dass man die Arbeitgeber finanziell unterstützen sollte in erster Linie, damit sie sich erweitern und dann hoffentlich eben mehr Personal benötigen oder mehr Arbeit... mehr Arbeitnehmer benötigen, um die Firmen etc. in Gang zu halten, ist teilweise nicht aufgegangen, da diese Gelder dann eher für Rationalisierungsmaßnahmen verwandt wurden, genau, und dann letzt... was dann dazu... letztendlich dazu führte, dass noch mehr Leute entlassen wurden, da es eben technisch hochwertigere Maschinen gab, die dann Arbeit übernommen haben. Ja, zu einseitige Finanzierung.

T.G.: Ja. Die Strategie "mehr Arbeitsplätze durch höhere Gewinne" ist dann gescheitert.

Ja.

T.G.: Aber würdest Du sagen, dass es tatsächlich beabsichtigt war, damit eine... eine tatsächliche Verbesserung zu erzielen?

Ja.

T.G.: Du hattest noch eine andere Sache angesprochen in dem ersten Teil... nämlich das allgegenwärtige Sparen. Es wird ja auch behauptet, Sozialstaat und Rentensystem seien nicht mehr finanzierbar. Was hältst Du denn von der Behauptung?

Ja, also ich würde sagen... das ist ein... das ist ein Schuss, der absolut nach hinten losgehen wird. Ja... ist das jetzt nur auf die Renten bezogen?

T.G.: Ja... Renten sind da schon an zentraler Stelle, aber es geht eigentlich um die Sozialsysteme allgemein. Da heißt es ja immer "wir" hätten "über unsere Verhältnisse" und könnten "uns" das nicht mehr leisten und deshalb müsse überall gespart werden.

Ja, ich kann sagen wie ich das finde.

T.G.: Ja bitte, genau das will ich ja wissen.

Ich finde, dass sie... dass sie sich das sehr einfach machen. Das sind eben die... die brauchen einfach Geld und das ist dann meiner Ansicht nach ein sehr einfacher Weg an Geld ranzukommen, indem man wirklich diese Sicherheiten der... des Volkes kürzt. Also so beurteile ich das... so bewerte ich das. Ich finde, das ist einfach eine wichtige Errungenschaft, die man nicht einfach so... einfach so rückgängig machen kann oder kürzen dürfte.

T.G.: Ja, und die Behauptung als solche, glaubst Du, dass die stimmt, dass gesagt wird, es sei alles nicht mehr finanzierbar, es gibt kein Geld mehr?

Ja, nee, ich glaub's nicht. Ich glaub einfach, dass es 'ne Art Bequemlichkeit ist. Ja, gut. Dass zu wenig Geld... dass die Städte verschuldet sind, das stimmt schon. Das nehm' ich denen ab. Aber ich habe eher... habe auch den Eindruck, dass viel durch Misswirtschaft, durch... ja, Unkoordination gerade auch in den politischen Bereichen passiert ist. Und auch durch inkompetente Politiker. Inkompetenz, genau. Ja, ich hab' das Gefühl, man bräuchte neue Ideen um letztendlich, was weiß ich, die Wirtschaft in Gang zu bringen oder einfach mehr Gelder einzunehmen oder auch Arbeit zu schaffen. Kreativität ist gefordert... insgesamt.

T.G.: Insgesamt?

Ja. Platt und allgemein formuliert. Das ist vielleicht auch mehr 'ne intuitive Äußerung, gefühlsmäßig. Das ist aus dem erfolgt, was ich eben täglich erlebe in den verschiedenen Bereichen, wo ich dann tätig bin. Wenn

man 'n bisschen dahinterguckt, woher das kommt, dass da so viele Gelder verlorengehen, dann ist es wirklich häufig Unkoordination bei der Arbeit. Es... ja, dann auch so 'ne... wie heißt das?... 'ne Kettenreaktion ist das häufig. Man versucht, schnell zu Geld zu kommen, nimmt das dann in Kauf, dass vielleicht irgend... uneingearbeitete Leute die Arbeit verrichten, die sie dann aber leider mangelhaft... zwar schnell, billig, aber doch mangelhaft ausführen, ja, was dann insgesamt so zu 'ner miserablen Arbeitsatmosphäre und dann letztlich doch zu Verlusten führt. Na, ja. Aber sehr häufig geht es eben gut... aus dem Grund macht man immer so weiter.

T.G.: Mich würde da noch mal eine Sache näher interessieren, nämlich das mit der... der Kreativität. Wenn Du sagst "mehr Kreativität". Wen meinst Du damit... wer sollte da kreativer werden?

Ja... ja letztendlich... ich müsste das da an Beispielen festhalten.

T.G.: Ja, klar, kannst du gern machen.

Also, ich meine... nehmen wir 'n Kindergarten?

T.G.: Ja.

Ja, ich... also in erster Linie natürlich derjenige, der am meisten Macht hat, das wäre dann die Leitung des Kindergartens, die müsste sich eben überlegen, was, um dort dann mehr Arbeitsplätze zu schaffen, was kann man noch anbieten, womit kann man die Kinder begeistern und letztendlich auch die Eltern, die dann natürlich diejenigen sind, die das mitfinanzieren müssten, diese neuen Stunden, Gruppen, Richtungen. Ja, gut, Bastelgruppen und sowas gibt es, aber es könnte ja dann noch 'ne Musikgruppe oder 'ne Zeichengruppe oder was weiß ich eingesetzt werden. Und das ohne Verluste für den Kindergarten... nicht unbedingt. Also man muss sich immer überlegen, was... was könnte gefragt sein, wo könnte es 'n Absatz geben? Und das könnte ich mir in allen möglichen Bereichen vorstellen.

T.G.: Ja gut, Kreativität gegen leere Kassen, jetzt habe ich das einigermaßen...

Ja... das ist jetzt halt alles auf'n künstlerischen Bereich bezogen, ne? Was ich aufgeführt hab'.

T.G.: Ja, die Überlegung ist ja schon richtig. Es wird behauptet, die Kassen seien leer, also muss man sich fragen, wie man sie wieder füllen könnte, damit nicht alles gestrichen wird... gerade im künstl....

Gut, ok. Mehr Kreativität könnte ich mir dann auch in Großkonzernen oder was weiß ich... nehmen wir (*unverständlich*.) ...Philips oder so, die Halbleiter oder alles mögliche herstellen. Die könnten durch Kreativität bzw.... also nicht nur in erster Linie überlegen, wie könnten sie noch mehr Mitarbeiter einsparen, sondern was könnten, ja also immer for... in die Forschung müssten die vielleicht noch mehr investieren, um konkurrenzfähige Produkte entwickeln zu können, die dann eben auch verlangt werden.

T.G.: Ja... aber "konkurrenzfähige Produkte" würde ja heißen, dass es schon andere gibt... andere Produkte dieser Art.

Ja, ich hab da ja halt an Fernseher und alles Mögliche... an sowas gedacht... müssten halt... ja... ich meine, das tun sie ja schon... immer wieder neue Modelle rausbringen und so.

T.G.: Ach so, Du meinst jetzt, dass es dauernd was Neues gibt, was dann verkauft...

Ja, ich meine, so läuft das ja eigentlich oder so.

(Pause zwecks Stärkung mit Tee und Keksen)

T.G.: Ja, dann kommen wir noch mal zum Nächsten... und zwar im Zusammenhang mit den leeren Kassen, die wir zuletzt hatten und dem ganzen Dilemma... ist ja auch noch oft davon die Rede, dass es einen massenhaften Missbrauch sozialer Leistungen gäbe. Und ich wollte jetzt noch mal wissen, wie Du das beurteilst.

Ja, da würde ich jetzt wieder an eine Aussage anknüpfen, die ich vorhin gemacht hab' und zwar, dass ich so im alltäglichen Leben schon fast, ja schon festgestellt habe, dass viele Gelder nicht optimal genutzt werden, weil an qualifiziertem Personal gespart wird, das heißt es herrscht sehr oft 'ne Desorganisation von Firmen, von Aktivitäten, wo dann Gelder verschleudert werden, die nicht optimal eingesetzt werden.

T.G.: Ich glaube, Du hast mich jetzt falsch... oder ich hab' mich unklar ausgedrückt und wir haben uns missverstanden.

Ja.

T.G.: Also noch mal...

Ja.

T.G.:...es wird behauptet, die Sozialleistungen wie beispielsweise Arbeitslosengeld würden massenhaft von Leuten in Anspruch genommen...

Ach so, ja.

T.G.: ...denen das gar nicht zusteht. Und das meinte ich mit sog. "Missbrauch"...

Ja. Ok.

T.G.: ...und wollte Dich nach Deiner Meinung dazu fragen.

Also, wenn ich so überlege, wie das so in meinem Freundeskreis aussieht, da muss ich dem teilweise zustimmen... es gibt schon welche, die Missbrauch betreiben, die eben Arbeitslosengeld einkassieren und dann alle möglichen Jobs nebenbei noch annehmen. Andererseits: Wenn man die Lebenssituation dieser Leute betrachtet, ist es auch nachzuvollziehen. Da gehört eben auch eine Frau zu, die eine Tochter, 'ne sechsjährige Tochter hat und letztendlich von dem Unterhalt ihres Ex-Mannes, ihres geschiedenen Mannes und... bzw. das Kindergeld, einfach nicht leben könnte. Sie hat zwar dann... ok, sie erhält sonst noch Sozialhilfe, aber es reicht vorne und hinten nicht, weil die Gelder viel zu knapp bemessen sind, gerade für Kinder. Das ist ein Unding, was die sich da ausgerechnet haben. Ja, und was bleibt ihr dann übrig? Sie arbeitet nebenbei noch schwarz, ja klar. Und, ja... also ich stimme dem zu: Es wird Missbrauch betrieben, wenn man das so formulieren möchte, aber das ist eben auch eine Folge der schlechten Hilfe, ne? Gerade für sozial schwächere Leute. Da wird halt immer mehr eingespart.

T.G.: Ja, dann hat sich die Zusatzfrage an dieser Stelle fast erledigt, denke ich. Es wird dann von herrschender Seite ja oft auch gefordert, Sozialhilfeempfänger zu sogenannter gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen...

Zu gemeinnütziger Arbeit? Also, das fände ich das Miserabelste überhaupt, weil demjenigen dann ja sogar schon fast die Möglichkeit genommen wird, jemals überhaupt wieder in seinem Beruf tätig zu werden. Ich meine, diese Zeit, die letztendlich ja eigentlich auch... ich meine, wenn man bedenkt, was ein Arbeitsloser ja doch immer hinter seinem Geld hinterherlaufen muss... die Zeit... er braucht eigentlich diese Zeit, um sich umhören zu können... um... ja... Kontakte knüpfen zu können, um letztendlich dann vielleicht wieder mal Fuß

zu fassen, ne?

T.G.: Ja klar, das...

Also das wäre keine Lösung, das wäre 'ne Verschlimmerung, letztendlich. Ich meine, der Gedanke, der dahintersteht ist, dass man denjenigen beschäftigt bevor er dann zu Hause sitzt oder ich weiß nicht, was man für Vorstellungen hat. Sinnvoller wäre es, Umschulung usw. anzubieten, zu fördern und nicht da jetzt, was ja jetzt auch schon erfolgt, auch noch einzusparen, ne? Und das man Alternativen bieten kann, und zwar sinnvolle, wo man dann möglicherweise sogar auch durch angeknüpfte Praktika oder so... Möglichkeiten hat, in Firmen zu arbeiten, wo man dann noch mal sich gut bewährt oder so... vielleicht auch noch übernommen werden kann. Also solche Beschäftigungen, das wär' sinnvoll. Ich meine, was in erster Linie heutzutage wieder zählt, das sind nicht nur erstklassige Zeugnisse, das sind einfach die Kontakte, Beziehungen.

T.G.: Du meinst, um jetzt an eine Stelle zu kommen, muss man Beziehungen haben?

Ja. Bzw... ja, Beziehungen haben oder 'ne Möglichkeit haben, die Leute schon mal persönlich kennenzulernen. Oder zeigen zu können, wie man arbeitet, weil es einfach... es gibt 'ne große Auswahl an Arbeitslosen... an Arbeits-(*unverständlich*) und ich hab' so das Gefühl und die Erfahrung gemacht, dass man am weitesten kommt eben, wenn man zeigen kann, wie gut man arbeitet, wie intensiv man dabei ist, also in meinem Bereich ist es letztendlich sogar so, dass Zeugnisse gar nicht mehr zählen, also es ist völlig egal, wie Du abgeschlossen hast. Wenn Du eins hast, isses gut und das Nächste, woran man... worum ich mich kümmern müsste, wenn ich irgendwo in eine Schule aufgenommen werden wollte ist, dass der... der Musikleiter mich vielleicht irgendwo mal spielen hört oder, ja, über einen Musiker erfährt, wie ich unterrichte. Also, dass ist für mich die Möglichkeit, an eine Schule 'ranzukommen.

T.G.: Also jetzt an sowas wie an eine private Musikschule oder...

Ja. Genau. Das haben die selbst schon bei uns an der Hochschule erzählt, dass... früher war es schlimm, wenn man vielleicht 'ne Drei in Pädagogik hatte, dann konnte man einfach 'nen Strich durchziehen. Also hatteste keine Möglichkeit mehr, irgendwann genommen zu werden, aber heutzutage ist es so, dass sie sich die Zeugnisse sowieso nicht mehr angucken. Die werden eigentlich gleich weggeschmissen oder zurückgeschickt und die interessieren sich nur noch für Leute, die sie kennen. Und dann... ja... dann laden sie sie ein und dann musst Du eben... bei dem Vorstellungsgespräch ist es nicht so, dass Du nur erzählst, sondern Du musst gleichzeitig schon vorspielen, evtl. auch unterrichten und Dich dann noch mit ihm unterhalten... ja.

T.G.: Also das wäre jetzt die allgemeine Situation der Arbeitssuche in Deinem Bereich?

Ja. Also das heißt letztendlich: Man muss sich viel mehr Gedanken machen, wie kann man jemandem vielleicht zufällig (lacht), ja, so über den Weg laufen, als wie schreibe ich eine überzeugende Bewerbung. Ok. Das kommt noch dazu. Ich meine, man darf nicht nur 'n Zettel abge... das muss schon gut sein, das ist letztendlich auch Voraussetzung, aber es ist viel wichtiger, dass man den schon irgendwo gesehen... gehört hat.

T.G.: Und wenn ich das jetzt richtig verstanden hab' dann liegt das daran, dass einfach die Zahl der Bewerber so groß ist...

...ja... und die Einsparungen so hoch sind.

T.G.: ...und das es zu wenig Stellen gibt.

Ja. Zu wenig Gelder. Zu wenig Stellen ja eigentlich nicht. Die haben ja sogar auch noch 'n Mangel teilweise an Lehrern, aber es gibt zu wenig Geld, um die Stellen zu zahlen. Es wird ja nur gestrichen. Und die Warteliste ist immens.

T.G.: Ach so. Also es gibt dann zwar Stellen... innerhalb einer Einrichtung sind zwar Stellen vorgesehen, aber sie können nicht besetzt werden, weil die Einrichtung kein Geld hat.

Genau. Weil die Gelder dann immer gestrichen werden. Wenn jemand in Rente geht oder so, dann ist die Stelle nicht frei, sondern weg. Gekürzt. Und das liegt aber auch nicht daran, dass zu wenig Schüler da sind, da die Wartelisten auch immer größer werden, d.h. es ist Bedarf da. Es gäbe Leute, die ihre Kinder dahin... oder selber Unterricht nehmen wollten, auch zahlen würden, aber diese staatlichen Musikschulen werden ja eben auch subventioniert und da diese Subventionen einge... gestrichen werden teilweise oder, ja, gibt es nicht genug Geld, um die Musiklehrer voll zu zahlen und dadurch entstehen dann jetzt häufig eben solche Honorarkraftstellen, ne? Und... die ich auch angeboten bekommen habe, wo Du dann eben nur die Stunden bezahlt bekommst, die Du definitiv gibst... letztendlich, im Vergleich zu den Festangestellten netto vielleicht teilweise mehr auf der Hand hast, aber eben weiter keine Absicherung gezahlt bekommst. Ja, aber das ist so z.Z. eben die Entwicklung: Weg von den... also in den Musikschulen... von den BAT-Stellen und nur noch Honorarkraft.

T.G.: Jetzt hab' ich eins daran noch nicht richtig verstanden, nämlich... Du hast eben gesagt, es gibt zwar Stellen, aber sie werden nicht neu besetzt, weil gespart wird, aber andererseits gibt es genug Nachfrage, genug Schüler, also Leute, die bezahlen...

Ja. Das Problem ist ja: Die bezahlen's nicht ganz. Diese staatlichen Schulen sind ja subventioniert, d.h., also die Subventionen sind eingestrichen. Aus dem Grund muss dann an Lehrern gespart werden. Ja, diese Schüler, die dort Unterricht nehmen, die bezahlen ja dann nur einen Teil.

T.G.: Ach so, die Beiträge sind festgesetzt, decken aber nur einen Teil der Kosten, der Rest wird subventioniert und die Subventionen werden gestrichen...

Ja.

T.G.: ...dann kann man die Beiträge nicht erhöhen, sondern streicht die Stellen.

Ja, genau.

T.G.: Ja, dann hab' ich das verstanden, aber nee, Moment... wie ist das jetzt... Du hast doch vorhin gesagt, man müsste kreativ sein und noch was anderes anbieten... also würde das dann überhaupt was nützen?

Nee, in dem Fall nicht, an staatlichen Musikschulen.

T.G.: Ach so, das war dann auf private Schulen bezogen.

Ja. Das wäre dann für die Freiberufler, ne? Ach... wohin das ja letztendlich alles führt, ne?

T.G.: Ja... wenn man selbst nicht in so 'nem Bereich 'drin ist, muss man sich ja erst mal vergegenwärtigen, wie das...

Ja, ja... ich meine Kreativität... Gut, man müsste sich vielleicht überlegen, wie man Gelder umleiten könnte, weil für die staatlichen Musikschulen trifft dasselbe zu wie für die normalen Musikhochschulen, dass für bestimmte Sachen eben genug Geld da ist. Die Hochschule kann sich jedes Jahr oder jeden Monat zehn Flüge leisten, aber die können... ja, eben keinen neuen Dozenten in bestimmten Bereichen einstellen. Das

ist schon merkwürdig. Und ich schätze das ähnlich ein in den staatlichen Musikschulen, dass also für Instrumente, was ja auch wichtig ist, genug Geld da ist... na ja, aber diese laufenden Kosten einfach gespart werden.

T.G.: Na gut. Jetzt haben wir da schon lange drüber geredet über die Spar... das Spardilemma im Musikbereich...und über die allorts vorhandenen Mangelzustände an Geld. Ich wollte jetzt noch mal kurz auf das Gegenteil zu sprechen kommen, auf den Umstand nämlich, dass man immer wieder lesen kann, dass große Konzerne und Banken parallel zu all diesen Sparorgien alljährlich riesige Gewinne machen... oder dass nach einer Untersuchung der UNO die 350 reichsten Personen der Welt soviel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen...

Oh! Ja, das... also das ist jetzt erschreckend! Für mich ist das jetzt aber auch ein Zeichen der... des Wirtschaftssystems insgesamt. Das eskaliert eben dahin, dass die Reicheren, die Firmen, die mehr Gelder zur Verfügung haben, in der Lage sind, auch immer mehr an sich zu reißen und dann die kleineren Betriebe sich sowieso nicht halten können und pleite machen, Konkurs. Ja, fast sowas wie 'n schwarzes Loch vielleicht.

T.G.: Schwarzes Loch?

(Lacht). Ja, also ein, ein Ball mit 'ner Riesenmasse zieht immer mehr an.

T.G.: Ach so, das ist jetzt ein Bild für die Konzerne... das schwarze Loch saugt alles in sich rein.

Ja. Zu Mercedes fällt mir jetzt noch ein... ja, ich hab' mal Stimmen verlauten hören, dass... klar... Bremen ginge es wesentlich schlechter, wenn Mercedes nicht da wär'... ich weiß auch nicht mehr.

T.G.: Ja, das ist ja genau das, was immer gesagt wird, dass die Gewinne halt so hoch sein "müssen" und wenn sie irgendwo eingeschränkt werden sollen, dann geht die Produktion eben an einen... einen anderen sogenannten Standort und der alte, wegen mir Bremen, steht dann ohne Autofabrik da...

Ja. Also, ich kann's mir nicht vorstellen, also es ist irgendwie nachzuvollziehen, derjenige, der viel hat, der möchte immer mehr haben, möchte immer weniger abgeben, aber ich bin schon der Meinung, dass nicht nur in den untersten Schichten oder so immer eingespart werden sollte, sondern gerade bei denen, die eben viel Geld verdienen, die Macht und Geld besitzen, aber das Problem ist letztendlich, dass man an die ja nicht 'rankommt so direkt, weil sie die Macht haben durch das viele Geld. Und, ja... ich finde, so funktioniert das System und da es eben so läuft wird es auch immer schlechter werden. Ich weiß nicht... es werden sich immer mehr Monopole oder so entwickeln... ja, und den kleineren eben keine Lebensexistenz mehr geben.

T.G.: Ja, da hast Du schon selbst die Überleitung zum wirklich allerletzten Punkt angesprochen, nämlich der Frage, wie es voraussichtlich weitergeht...

Ja, wenn nicht wirklich irgendwie gewaltige Gegenmaßnahmen ergriffen werden... man ein bisschen mehr Vernunft walten lässt, dann hab' ich schon das Gefühl, dass es so weitergehen wird bis es eskaliert.

T.G.: Inwiefern eskaliert? Was würde... würde das bedeuten?

Dass die Ärmeren wirklich so arm sind.

T.G.: Also noch ärmer als jetzt.

Ja. Und dass sich dann, ja, vielleicht noch stärkere Unzufriedenheit entwickelt, die dann zu ja Aggression etc. führt... die dann vielleicht auch andere Mittel ergreifen, um die Leute wachzurütteln, dass es so, nicht

weitergehen kann. (Pause)

T.G.: Ja gut, man könnte darüber natürlich noch lange...

Ja, ja...

T.G.: ...weiterreden, aber angesichts der fortgeschrittenen Zeit...

Ja.

T.G.: ...würde ich dann von meiner Seite her sagen, dass wir's erstmal dabei belassen.

Ja, gut.

Interviewauswertung

Imke

Allgemeine Charakteristik des Interviews

Die persönliche Situation der Befragten zum Zeitpunkt des Interviews ist als Doppelbelastung zu kennzeichnen, resultierend aus der Erziehung des eineinhalbjährigen Sohnes und den Abschlussprüfungen im Lehramtsstudium. Diese sind mit hohem Leistungsdruck verbunden, da aufgrund derzeitiger Sparpolitik nur Absolventinnen und Absolventen mit extrem gutem Notendurchschnitt einen Referendariatsplatz im Bremischen Bildungswesen erhalten. Die Sorge um die Zukunft ihrer Familie nimmt daher in ihrer Sicht der gesellschaftlichen Verhältnisse erheblichen Raum ein. Die persönliche Problematik soll in der Realitätsdeutung aufgehoben werden, die Interpretation der politischen Lage eine Selbstverständigung über die eigene Situation liefern. Die Argumentation zeichnet sich durch Ernsthaftigkeit und Offenheit aus. Die Befragte geht (mit einer Ausnahme) auf Interviewfragen ein und bemüht sich um eine kritische und konsistente Erklärung der aktuellen Situation, die sie als äußerst negativ und perspektivlos dargestellt, auch hinsichtlich jener Aspekte, die sie selbst betreffen. Im Verlauf des Gesprächs gerät ihre aus der subjektiven Betroffenheit herausentwickelte Deutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in eine nicht aufzulösende Krise. Sobald sie im Begriff ist, zu den Ursachen der Problemlagen vorzudringen, nimmt sie mittels einer charakteristischen Ausblendung bestimmter Realitätsaspekte ihre Einsichten wieder zurück und reduziert das kritische Potential ihrer Analyse auf eine phänomenal-kritische Sicht. Darin taucht die Konflikthaftigkeit des gesellschaftlichen Geschehens zwar in Form exemplarischer Probleme auf, kann aber nicht in die Erklärungsversuche integriert werden, weil sich die Befragte zu keiner Parteinahme entschließen kann. Es kommt zu typischen Leerstellen im Argumentationszusammenhang, die teilweise mit diskursiven Denkangeboten gefüllt werden. Weil diese keine Problemlösungen beinhalten, sondern vielmehr die Ausweglosigkeit gesellschaftlicher Dilemmata suggerieren, scheitert mit ihrer Übernahme durch die Gesprächspartnerin der Versuch, im Zuge einer Erklärung der gesellschaftlichen Situation auch Antworten auf ihre subjektive Lebensproblematik zu finden und es entstehen Hilflosigkeit und Resignation, die - wenngleich in ihrer Lebenssituation begründet - angesichts ihrer im Interview hervortretenden Reflexions- und Ausdrucksmöglichkeiten unangemessen wirken.

Der Einstieg: "Keine Zukunft für uns und die heutigen Kinder"

Von Anfang an verknüpft die Befragte die gesellschaftliche Krise mit ihrer persönlichen Lebenslage und konstatiert eine generelle Perspektivlosigkeit. Die Lage ist nicht nur zeitweilig schlecht, sondern "für immer". Die eigentliche Eröffnung "dass mir die heutigen Kinder leid tun" (Z. 18) lässt eine hohe emotionale Mobilisierung erkennen, die als Basis der weiteren Analyse fungiert. Die eigene Befindlichkeit wird mit derjenigen ihres Kindes und der heutigen Kinder allgemein verknüpft. Diese Perspektivenverschränkung

verweist auf die Bedrohung durch dieselben Gefahren, die Identität der Interessen und könnte die *prinzipielle* Möglichkeit eröffnen, Kindern nicht nur als Erziehende gegenüberzutreten, sondern auch als Verbündete im Versuch, eine Verbesserung der gemeinsamen Situation als Aspekt der allgemeinen Verhältnisse zu erreichen. Der Bezug auf die gemeinsame Zukunftslosigkeit deutet aber auch auf eine Identität von Abhängigkeiten hin. Man ist gemeinsam und ohne, dass sich etwas dagegen tun ließe, dem Wirken namenloser Mächte ausgeliefert. Das Fehlen jeglicher Handlungsperspektive lässt hier bereits vermuten, dass die Bereitschaft der Befragten, sich gedanklich auf die Negativität ihrer Situation einzulassen und mit schwerem Pessimismus in die Zukunft zu blicken, zugleich eine Abwehrfigur gegenüber möglichen Konsequenzen für das eigene Handeln darstellt, die aus einer solchen Bewertung der Realität resultieren könnten.

Arbeitslosigkeit: "Wer nicht das geistige Potential hat, das da irgendwie gewünscht wird, muss halt sehen, wo er bleibt"

Die wesentliche Ursache der Arbeitslosigkeit wird in der technologischen Entwicklung gesehen und ihre weitere Verschärfung prognostiziert. *Andere Ursachen* werden zwischen den Zeilen zwar angedeutet ("weil der Mensch mehr kostet"), scheinen aber an der Entstehung von Arbeitslosigkeit nicht aktiv beteiligt, sondern zufällige Begleiterscheinung zu sein: "Und dann wird's die geben, die davon profitieren finanziell" (Z. 43). Die Zustandsbeschreibung ist schlüssig, es fehlt lediglich der Verursacher: "Es geht dahin, dass es 'ne Elite gibt von Leuten, die das geistige Potential haben, die Sachen zu verwirklichen, *die da irgendwie gewünscht werden*" (Z. 40 ff.). Die normsetzenden Akteure bleiben als diffuse Macht im Dunkeln. Was in Zukunft geschehen soll wird "irgendwie gewünscht", doch man erfährt nicht von wem. Selbst "die Elite" ist nur ausführendes Organ einer namenlosen Macht. Auf meine Nachfrage hin erklärt die Gesprächspartnerin brieflich, bei der wünschenden Instanz handele es sich um "die Wirtschaft", womit dann transnationale Konzerne genauso gemeint sein könnten wie der Gemüsehändler an der Ecke. Auch scheint die Befugnis "der Wirtschaft", mit ihren "Wünschen" uneingeschränkt über unsere Lebensbedingungen zu entscheiden, völlig außer Frage zu stehen. Was in Wahrheit Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte ist, erscheint als unhintergehbare Faktizität. Gegenkräfte existieren nicht. Als Folge entsteht auch in emotionaler Hinsicht ein Widerspruchspol zum Engagement der Einstiegsäußerung. Das Mitgefühl mit "den heutigen Kindern" kann nicht verallgemeinert werden: "Und der Rest muss halt irgendwie sehen, wo er bleibt" (Z. 44). Da die Befragte befürchtet, zukünftig selbst zu diesem "Rest" zu zählen, kommt hierin auch ein resignativer Verzicht auf eigene Lebensansprüche zum Ausdruck. Die Möglichkeit, dass sich die "Rest-Menschen" für ihre Interessen gemeinsam einsetzen könnten, wird nicht in Erwägung gezogen und ihre massenhafte Ausgrenzung von Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten als ebenso "bedauerlich aber unvermeidlich" hingenommen wie die prognostizierte Spaltung der Gesellschaft in "Profiteure, Elite und Rest".

Spardebatte: "Für alle unter vierzig nur Verliererkarten"

In der Diskussion derzeitiger Sparpolitik, fällt wiederum das Bestreben auf, die Ursachen des Problems herauszufinden: "Aber es ist ja die Frage, warum ist kein Geld mehr da?" (Z. 53). Auch wird klargestellt, dass es sich bei den Leidtragenden um die Schwächsten handelt, um "Leute, die nicht an den Schalthebeln der Macht sitzen" (Z. 81). Die Suche nach den Ursachen verläuft dann ähnlich wie bei der Arbeitslosigkeit. Wurde dort die *Technologieentwicklung* als Ursache ausgemacht, ist es nun die "*Alterspyramide*" (Z. 55), die zu "Sparzwängen" führt. Wiederum scheint das Wissen, dass es sich bei dieser als "Rentnerschwemme" angebotenen "Erklärung" nicht um die tatsächliche Ursache handelt, am Rande durch: "Die dieses Ganze zu verschulden haben, unsere Politiker, die werden noch ihre Renten haben" (Z. 64f.). Worin das Verschulden besteht, bleibt unbeantwortet, damit auch die Frage "warum kein Geld mehr da ist" und damit die Frage nach der eigenen Zukunft. Statt dessen kann das Denkangebot "Rentnerschwemme" seinen Zweck erfüllen, Jung und Alt gegeneinander auszuspielen, wobei die Jungen die Leidtragenden sind ("sowieso schon die Verliererkarte" haben, Z. 69). Naheliegende Fragen, warum es z.B. in einem reichen Land "unmöglich" sein soll, die Alten mit ausreichendem Ruhegeld auszustatten *und* die Jungen mit Lehrstellen, oder warum trotz

"leerer Kassen" ständig "Steuerentlastungen für Besserverdienende" als "Lösung" gepriesen werden, kommen gar nicht in den Blick. Am Ende steht Resignation: "Es ist einfach 'ne Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist" (Z. 60). Eine frühere Aussage der Befragten paraphrasierend ließe sich sagen: Das ist genau die Schlussfolgerung, "die da irgendwie gewünscht wird".

Sozialmissbrauchsdebatte: "Das Böse ist immer und überall"

Die Diskussion um den "Sozialmissbrauch" zeigt, dass sich ideologische Gehalte des Diskurses auch trotz vordergründiger Dementis ins Bewusstsein schleichen können. Eine direkte Verurteilung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wird zwar abgelehnt, es wird sogar die hauptsächliche Funktion der Debatte erkannt ("Sündenböcke", Z. 335), Konsequenzen können aber nicht erfolgen. Statt dessen wird universalisierend abgewiegelt und relativiert, mit der Behauptung, in den Vorstandsetagen gäbe es auch "Sozialmissbrauch" (nicht etwa Profite) und dies sei in der ganzen Menschheit so (Z. 329, 331). Die Opfer werden mit den Tätern auf eine Stufe gestellt, der "Sozialmissbrauch" anthropologisiert. "Der Mensch ist schlecht", lautet die Logik dieser Abwehrfigur.

Gesellschaftlicher Konflikt und subjektive Lebensproblematik: "Die Umsetzung scheitert an der Umsetzung, auch wenn Kompromisse nicht das Wahre sind"

Am Ende des Gesprächsabschnitts zur Spardebatte schlägt die Befragte vor, zur Haushaltssanierung "die Rüstungsausgaben runterzuschrauben" (Z. 76f.), was gleich die neue Frage aufwirft, warum ein solcher Akt der Vernunft eigentlich unterlassen wird, obwohl er von jedermann befürwortet würde (Z. 95). Zur Erklärung wird die Vermutung herangezogen, dass bei solchen Vorschlägen "eine große Lobby von Leuten, die 'nein' schreit" aktiv werden und die Umsetzung der guten Idee verhindern würde (Z. 78). Überraschenderweise meint die Befragte mit "Lobby" jedoch Arbeiter und Angestellte und kann sich vorstellen: "Wenn ich in der Rüstung beschäftigt wäre, würde ich auch nicht meinen Arbeitsplatz verlieren wollen. Es sind ja immer existentielle Sorgen, die dahinterstehen" (Z. 93ff.). Eine ähnliche Machtfülle wird den in der Atomindustrie Tätigen zugestanden, die "dagegen protestieren, dass die geschlossen werden, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben". Meine Frage, ob es tatsächlich die Beschäftigten sind, die über Fragen von Stilllegung oder Weiterbetrieb entscheiden führt zu einem deutlichen Bruch im Gesprächsverlauf und zur völligen Ratlosigkeit der Befragten: "Keine Ahnung. Wenn ich in die Zeitung guck', bin ich völlig hilflos" (Z. 109ff.).

Das zentrale Argumentationsdilemma wird deutlich: Die verschiedenen Seiten gesellschaftlicher Konflikte gelten ihr als gleichwertig und alle Forderungen als gleichberechtigt. Es ist zu vermuten, dass "die Zeitung", von der die Rede ist, dies auch so darstellt, woraufhin dann den Leserinnen und Lesern keine Lösungen einfallen, was als persönliches Versagen und Ratlosigkeit erlebt wird: "Wer nicht selbst perfekte Vorschläge samt Realisierungsweg parat hat, darf weder Missstände kritisieren, noch Forderungen stellen", lautet die Medienbotschaft, die von einzelnen Menschen fertige Problemlösungen als Voraussetzung für ihre Beteiligung an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen verlangt, in deren Verlauf tatsächliche Lösungen überhaupt erst gefunden werden könnten. Damit geht es in Wahrheit um das Verhindern von Lösungen und um die Entwertung der Problemlösekompetenz der Menschen: "Wenn ich 'ne einfache Idee habe, dass man bei der Rüstung sparen könnte, kommen wieder die ganzen anderen Sachen, dass Arbeitsplätze drauf gehen, was immer das Argument ist von den Leuten, die da hinterstehen, insofern weiß ich keine Lösung" (Z. 114ff.).

Die Befragte scheint so verunsichert, dass sie ihren eigenen Vorschlag gleich selbst zur "einfachen Idee" herabstufte, obwohl Abrüstung eine sinnvolle und wirksame Maßnahme wäre, die sich auszudenken allerdings kein "einfacher", sondern aufgrund verbreiteter Denkverbote eher schwieriger Bewusstwerdungsprozess ist, bei dem zumindest im Ansatz konflikthaft gedacht werden muss. "Einfach", wenn nicht primitiv sind dagegen die gängigen Erpressungsversuche herrschender Kreise, die bei Abrüstungsinitiativen mit "Arbeitsplatzverlusten" drohen. Die Propaganda der Angst wirkt so gründlich, dass der "einfache" Umstand, dass sich mit den gigantischen, von der Rüstungsproduktion verschlungenen Summen ein Vielfaches an zivilen Arbeitsplätzen schaffen ließe, unbemerkt bleibt. Der Skandal des hier von

der Befragten übernommenen Denkangebots "Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie" zeigt sich aber vor allem darin, dass "die Zeitung" immer dann an das Mitgefühl der Menschen mit angeblich von Arbeitslosigkeit bedrohten Zeitgenossen appelliert, wenn Militär- oder Atomprojekte zur Disposition stehen, während sie tatsächlich erfolgende Massenentlassungen offen oder verdeckt bejubelt, weil sie die Aktienkurse in die Höhe treiben. Allerdings frappt hier auch die Leichtigkeit, mit der eine gebildete junge Frau dem Militarismus das Wort redet. Als wären "Arbeitsplätze" ein Argument für die Produktion von Bomben, als wäre es nicht allemal besser, deren Produzenten notfalls Arbeitslosengeld zu zahlen. "Was ist schon ein Krieg gegen eine systemkritische Äußerung", könnte das Grundprinzip dieser Abwehrfigur lauten. Den "Argumenten" derer, "die da hinterstehen", darf keinesfalls widersprochen werden.

Wie weit die resignative Konfliktabwehr bereits verfestigt ist, zeigt die Antwort auf meine Nachfragen, die darauf abzielten, ob wirklich die Belange der Beschäftigten Abrüstung und Atomausstieg verhindern, ob jede "Lobby, die nein schreit" bedient werden muss, und ob davon alle gleich wichtig und gleichwertig sind: "Im Laufe der Zeit, die ich die Politik verfolge habe ich immer nur feststellen müssen, dass gute Ideen *nicht umgesetzt werden* und es erscheint mir *verständlich, wenn Leute ihren Arbeitsplatz retten wollen, weil der Mensch an sich meistens zuerst denkt*. Natürlich finde ich auch, dass nicht jede Lobby bedient werden muss, aber in dieser Gesellschaft *richtet es sich* eben danach, was am meisten Geld bringt für die, die sowieso schon Geld haben und ich habe keinerlei Hoffnung, dass *sich das irgendwann ändern wird*, so gern ich auch *daran glauben würde*" (briefliche Rückmeldung der Befragten, Hervorhebung T.G.).

Wer über Schließung oder Fortbetrieb von Waffen- und Atomfabriken entscheidet, und warum den Betroffenen tatsächlich stattfindender Massenentlassungen eben *keine* Anteilnahme entgegengebracht wird, muss unklar bleiben. Ein diffuser Vorgang sorgt dafür, dass "*es sich nach denen richtet, die Geld haben*". Dennoch wird auf "Verständnis" für die angeblich um ihren Arbeitsplatz bangenden Kanonenbauer insistiert, *ohne* besagte Frage zu klären. Zudem erfolgt das "Verständnis" in vorseilendem Gehorsam, da Militarismus derzeit nicht ernsthaft in Frage gestellt wird. Faktisch kommt es zu einer "Solidarisierung" mit den Kräften, die ihren Vorschlag ("bei der Rüstung sparen") verhindern. Wie erinnerlich, handelte es sich dabei um keine abstrakte These, sondern um einen konkreten Vorschlag zur Sanierung der Staatsfinanzen *zwecks Rettung ihrer Zukunft und der ihres Kindes*, was den selbstschädigenden Charakter der Übernahme des ideologisch Verordneten deutlich macht. Die Selbstunterwerfung unter das Konfliktverbot könnte auch Ursache für das Insistieren auf vorgebliche Einflussmöglichkeiten der Rüstungsarbeiter sein. Deren "Proteste" werden im Diskurs, weil im herrschenden Interesse liegend, als "legitim" dargestellt. So gelten sie der Befragten als "erlaubt" und werden zum Träger der Hoffnung, es möge doch einen ("konsensualen") Ausweg geben - eine Hoffnung, die überall dort schmerzhaft unterdrückt werden muss, wo ihre Aufrechterhaltung einen gedanklichen Konflikt zur Voraussetzung hätte.

Es folgt die Begründung, "*der Mensch*" denke nun einmal zuerst an sich. Wir alle sind schlecht, weil "egoistisch" und damit selbst schuld an der Zerstörung unserer Zukunft. Das Scheitern sinnvoller Vorhaben resultiert nicht aus gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, sondern aus der "menschlichen Natur", weswegen an Veränderungen nicht einmal mehr "geglaubt", geschweige denn gearbeitet werden kann. Die gesamte Menschheit wird zu "Egoisten" erklärt, um bloß nicht an das Tabu des Unausprechlichen zu rühren.

Ständige Passiv-Formulierungen wie "*es ändert sich nichts*", "*es wird nicht umgesetzt*" erinnern z.T. an die kontemplative Wahrnehmung von Fernsehzuschauern, die ein unbeeinflussbares Programm verfolgen. Und doch ist die Statik falsch. Die Verhältnisse ändern sich in rasendem Tempo, wenngleich derzeit nur im Sinne derjenigen "die sowieso schon Geld haben", nach denen "es sich eben deshalb richtet" weil sie ihre Interessen brutal verfolgen, während Gegenbewegungen mangels Beteiligung zu schwach bleiben, um etwas zu erreichen. Mit Bezug auf die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft und zum europäischen Parlament im Frühjahr 1999 überrascht dann in Z. 143f. die Feststellung, dass "Kompromisse auch nicht immer die geeignete Wahl" sind (gemeint ist die große Koalition in Bremen). Konsequenz ist aber nicht die Parteinahme für oppositionelle Positionen, sondern der Verzicht auf jede Handlungsoption, selbst die Parlamentswahl erscheint sinnlos, weil "schon vor der Wahl feststand, dass es so weitergeht wie bisher und man deswegen gar nicht hingehen brauchte" (Z. 140f.).

Die Thematisierung einer familienpolitischen Aussage der CDU in Z. 193ff. (es wurde die Einführung eines hohen Erziehungsgehalts propagiert) zeigt erneut das Ineinandergreifen von persönlicher und politischer Situation, denn ein solches Gehalt könne einerseits "die existentielle Sicherung der Familie

bedeuten" (Z. 194f.), wird aber zugleich als reine Propaganda entlarvt, deren Protagonisten "gewusst haben, dass sie das sowieso nicht hätten umsetzen können" (Z. 200). Aus einer scharfsinnigen Analyse resultiert keine praktische Konsequenz. Die auf Konflikt orientierende Einsicht, "dass eben Kompromisse auch nicht immer das Wahre sind" (Z. 143) wird mit dem versöhnlicheren Topos zurückgenommen, dass man es mit Veränderungsforderungen "nicht allen recht machen" könne (Z. 232), weswegen alles beim Alten bleiben muss.

Das Wort "*Umsetzung*" wird zum Universalbegriff für gesellschaftliche Prozesse. Es wird wiederholt, dass "in den zehn Jahren, in denen ich die Politik verfolge, gute Ideen nie umgesetzt wurden" (briefliche Rückmeldung der Befragten). Kunststück: In diesem Zeitraum hatte das Land eine Regierung, die die "Umsetzung guter Ideen" um jeden Preis verhindern wollte. Die Frage, wie es vor diesen "zehn Jahren" zu solchen Umsetzungen kommen konnte, scheint ohne Bedeutung. Soziale und demokratische Errungenschaften, das Recht auf Bildung, Fortschritte im Gesundheitswesen, ja Kultur im allgemeinen scheinen entweder nicht existent oder vom Himmel gefallen zu sein. Zu Ereignissen, die außerhalb des eigenen unmittelbaren Zeithorizonts liegen, kann kein Bezug hergestellt werden. Das Denken der Befragten erscheint weitgehend enthistorisiert, sie lebt in einer ewigen Gegenwart des Immergleichen. Die "Produziertheit" der Lebensbedingungen, der Umstand, dass die gesellschaftlichen Errungenschaften Resultate menschlichen Handelns sind, oft entstanden im Konflikt mit herrschenden Kräften, muss gedanklich eliminiert werden. Nach dieser Logik scheitert am Ende die Umsetzung guter Ideen an ihrer fehlenden Umsetzung. Die Konfliktangst der Befragten führt zu fragwürdigen Einschätzungen, wie etwa die Behauptung, politische Opposition gäbe es nur zum Schein, ihre inhaltlichen Vorstellungen würden sich automatisch ins Gegenteil verkehren "sowie die an der Macht sind" (Z. 183), weil "es" dann "sowieso nicht umgesetzt würde". Die Konfliktangst führt hier dazu, dass auch allen anderen die Konfliktfähigkeit projektiv abgesprochen werden muss.

Dann wird diskutiert, warum gewählte Regierungen die gewollten Veränderungen nicht durchführen, obwohl sie die Staatsführung innehaben. Die Verwirklichung des Wählerwillens scheitert an der "Umsetzung" und die Umsetzung scheitert an den "ganzen Lobbys, denen sie da irgendwie genügen müssen" (Z. 210). Das Wort "Lobby" entwickelt sich zum zweiten Zentralbegriff der Argumentation. Die "Lobbys" erscheinen als letztinstanzliche Mächte, die über unser aller Schicksal entscheiden, obwohl Lobbyisten per Definition Agenten sind, die das Abstimmungsverhalten von Politikern zu beeinflussen versuchen. Agenten aber handeln nicht aus eigenem Antrieb, sondern im Auftrag, die Auftraggeber jedoch bleiben im Dunkeln. Die Kapitalinteressen sind tabu und können nur verdeckt thematisiert werden, als "Lobby". Mit dieser Tabuisierung bleibt zugleich die Systemseite der Problematik ausgeblendet, insbesondere alles, was mit Verteilungskämpfen zu tun hat. Die Zerstörung "unserer Zukunft" erscheint als Drama wohlwollender, aber naiver Reformpolitiker, die nach ihrer Wahl feststellen, dass ihre guten Ideen nicht von allen bejubelt werden, denn "dann schreien die, denen das Althergebrachte gutgetan hat" (Z. 214f.). Weil das "Althergebrachte" nicht hinterfragt werden darf, muss angesichts der "Schreie" dann alles so bleiben wie es ist.

Zur Erklärung gebrochener Wahlversprechen bleibt damit nur die Personalisierung: "Macht verdirbt den Charakter" (Z. 226), womit sich die Befragte in eine ausweglose Situation manövriert hat. Sie hat die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie mit ihren eigenen verknüpft weiß, als zutiefst negativ charakterisiert, dann bei der Suche nach den Ursachen eine "Herrschaft der Lobbyisten" ausgemacht und damit die Legitimierungsfunktion parlamentarischer Demokratie gedanklich außer Kraft gesetzt. Mit ihrer Lobbytheorie behauptet sie - wie verklausuliert auch immer - eine faktische Diktatur des Kapitals, der gewählte Regierungen machtlos gegenüberstehen. Eine solche Einsicht könnte nun die Forderung nach Wiederherstellung parlamentarischer Kompetenzen erwarten lassen. Statt dessen geschieht etwas völlig anderes. Die harmlose Frage nach der Beschaffenheit von Bedingungen, welche die Realisierung des Wählerwillens gewährleisten würden, wird überraschend so beantwortet: "Nee. Also wenn man sich die Entwicklung der Welt anguckt, hat das ja eigentlich nie irgendwo auch nur irgendwie geklappt. Also ich wüsste jedenfalls kein positives Beispiel, wo alle Menschen glücklich waren und wo alle gleich viel hatten... also das gibt's vielleicht in Büchern und irgendwelchen tollen gesellschaftlichen Theorien aber in der Realität hat es das noch nie gegeben" (Z. 235ff.).

Frappierend ist zunächst die Diskrepanz zwischen Antwort und Frage, in der es keineswegs um "Utopisches" geht, sondern nur um die Ermöglicungsbedingungen einer *formalen Demokratie*, die *nach*

offizieller Darstellung, kein fernes Ziel, sondern innerhalb bestehender Verhältnisse bereits verwirklicht ist und deren *politische Legitimationsgrundlage* darstellt. Die Frage enthält auch keine einschlägigen "Reizworte" wie Sozialismus und wird dennoch "missverstanden" und mit einem antikommunistischen Topos abgewehrt. Das "Missverständnis" fällt umso mehr auf, als die Gesprächspartnerin ansonsten auf Fragen genau eingeht. Es scheint fast so, als ob allein die Formulierung eines Konjunktivs ("könntest Du Dir vorstellen...?") genügt, um diese Abwehrfigur in Gang zu bringen. Hierin liegt ein *seltener Extremismus*: Der Frage nach Wiederherstellung dessen, was offiziell als normal gilt, wird ein völlig überhöhter Anspruch unterstellt ("wo alle Menschen glücklich waren"). Dabei könnte "allgemeine Glückseligkeit" gar keine politische Forderung, sondern allenfalls religiöser Wunderglaube sein.

Formallogisch liegt hier eine sophistische Argumentation vor: Eine These wird mit ihrem Gegenteil oder einem krass von ihr abweichenden Sachverhalt identifiziert und soll dadurch falsch erscheinen. Klar: "Alle Menschen glücklich" und "alle genau gleichviel" gibt es nie, aber ist deshalb jegliche Verbesserung unmöglich? Der hier zum Ausdruck gebrachte "Globalpessimismus" lässt die gesamte Zivilisation nur unter dem Gesichtspunkt des Nichterreichten erscheinen, während alle entgegenstehenden Tatsachen ausgeblendet bleiben (Fortschritte in Produktion, Wissenschaft, Technik, Medizin, aber auch der Zivilisationsprozess selbst). Auch der "Glücksextremismus" der Befragten (entweder Glück oder Elend) ist Ausdruck eines enthistorisierten Denkens, das in einer ewigen und schlechten Gegenwart gefangen ist, die keine historischen Ursachen und keinen Ausgang hat und muss damit vor allem als *zutiefst fatalistische Denkfigur* gelten. Enthistorisierung bedeutet zugleich inhaltliche Entdifferenzierung: "*Das hat noch nie irgendwo auch nur irgendwie geklappt*". Zwischen verschiedenen Gesellschaftsformationen scheint es keinerlei Unterschied zu geben, Sklavenhaltergesellschaft, Militärdiktatur, bürgerliche Gesellschaft oder Volksdemokratie - alles ist dasselbe. Damit wird der Ansatz "wenn man sich die *Entwicklung der Welt* anguckt" überhaupt nicht eingelöst. Nach Aussage der Befragten entwickelt sich nichts - es herrscht Statik.

Mit der Übernahme des fatalistischen Denkangebots bleibt die Gesprächspartnerin unter ihren intellektuellen Möglichkeiten. Die aufscheinende Wissenschaftsfeindlichkeit ("das gibt's vielleicht in Büchern und gesellschaftlichen Theorien") wirkt verordnet und fremd, gehören solche Formeln doch sonst zum Repertoire von Protagonisten des "gesunden Menschenverstandes", die damit gegen verhasste "Weltverbesserer" polemisieren und für sich selbst eine Art "Bürgerrecht auf Dummheit" fordern.

An anderer Stelle werden Problemhintergründe benannt, müssen aber sofort wieder zurückgenommen werden. So in Z. 363ff. der Zusammenhang von Armut und Reichtum: "Aber die Börse steht immer gut da. Und dann noch die Banken, die auf Kosten der Armen noch mal extra reich werden, mit irgendwelchen Krediten". Postwendend erfolgt die Revision als Diskreditierung der eigenen Urteilsfähigkeit: "Aber mit Wirtschaft kenn' ich mich nicht aus". Dabei muss man sich damit gar nicht "auskennen". Ihre Milliardengewinne geben Banken und Konzerne ebenso selbst bekannt, wie ihre immer dreisteren Weigerungen, diese wenigstens ordnungsgemäß zu versteuern.

Der Interviewabschnitt Z. 235ff. wurde im Zuge meiner Rückfragen thematisiert und ich erhielt folgende Antwort: "Zwischenstufen zwischen Glück und Elend lassen sich natürlich erreichen. Ich meinte auch nicht das persönliche Glück, was ja eher von zwischenmenschlichen Beziehungen abhängig ist, sondern eine gerechte wirtschaftliche Situation. Eine formale Demokratie soll zwar Realität sein, aber ich kann das nicht so recht finden. Demokratie ist für mich nicht, dass ich alle vier Jahre meine Stimme einer Partei gebe, die die besten Wahlversprechen macht, sondern Demokratie wäre für mich idealerweise, *dass ich am politischen Prozess beteiligt würde*. Das ist aber nicht der Fall, denn meine Person interessiert im Prinzip nur kurz vor den Wahlen bis ich den Versprechen auf den Leim gegangen, danach bin ich wieder völlig egal. Insofern glaube ich nicht, dass es hier absolut demokratisch zugeht. Zur Frage, ob ich mir Verhältnisse vorstellen kann, in denen es demokratisch zugeht, kann ich nicht viel sagen. Ich kann es mir zwar vorstellen (Wunschdenken), aber ich glaube nicht, dass *es je umgesetzt wird, bzw. umgesetzt werden könnte*, weil *die Menschen dafür nicht weit genug* sind. Die meisten interessiert es nicht und letztlich gibt es immer die Machthaber, die jedes noch so tolle System wieder kaputtmachen (Bsp. Kommunismus). *Der Mensch ist wohl zu egoistisch*" (briefliche Rückmeldung der Befragten, Hervorhebung T.G.).

Nun werde ich plötzlich aufgeklärt, dass es "hier nicht absolut demokratisch zugeht", was ich natürlich mit keiner Silbe behauptet hatte, die Ermöglichungsbedingungen demokratischer Verhältnisse waren ja gerade Gegenstand der Frage. Man sieht: War "Demokratie" bislang ein wesentliches Moment der Legitimierung

herrschender Verhältnisse, dient nun die *Negation von Demokratie* als Grundlage für eine *fatalistische Akzeptanz* derselben.

Dann wird der *Ausschluss von der Verfügung über den gesellschaftlichen Prozess* plötzlich thematisiert und *reale* statt bloß formale *Demokratie* gefordert: Sie bestünde für die Befragte darin, dass sie am Entscheidungsprozess "beteiligt würde", was allerdings ebenfalls nur "von oben" gewährt werden könnte, womit die Forderung hinfällig ist, handelt es sich bei der namenlosen Macht, an welche sie sich um "Beteiligung" bittend wendet, um dieselbe, die sie davon ausschließt. Wird das Ansinnen verweigert, hat man sich dann willig in sein Schicksal zu fügen, die Beschlüsse der allmächtigen Instanz sind unumstößlich. Am Ende wird dann jede Veränderungsmöglichkeit bestritten und das politische Geschehen vollständig personalisiert, wobei "Egoismus" als Ersatzerklärung bzw. als Abwehr der Erkenntnis des gesellschaftlichen Antagonismus fungiert: Der Widerspruch wird "in" die Menschen hineinverlegt und der Konflikt vermieden.

Bemerkenswert ist der Hinweis auf die *Zerstörung des "Kommunismus" durch die "Machthungerigen"*. In der Gewissheit, jegliche Alternative per "Egoismus" zur Unmöglichkeit erklärt zu haben, kann der Wunsch danach indirekt geäußert werden. Der Verzicht auf eine realhistorische Begründung des Scheiterns des sozialistischen Versuchs in Europa zugunsten einer falschen Ontologisierung ermöglicht immerhin dessen Wahrnehmung als *Tragik* und das Vermeiden einer Reproduktion aggressiverer Varianten antikommunistischer Denkangebote.

Dann erfolgt plötzlich doch ein Anflug von Historizität: *Die Menschen sind "nicht weit genug"*. Man erfährt zwar nicht, was "weit genug" bedeutet, *dennoch wäre hier der Ansatz für eine produktive Fortführung der Diskussion mit eben dieser Frage*. Einstweilen ist damit aber nur das nächste Dilemma eröffnet: Die Verhältnisse können sich erst ändern, wenn die Menschen "weiter" sind, um "weiterzukommen müssten aber erst die Verhältnisse geändert werden, was wegen "Egoismus" und "Machthunger" sowieso nicht geht und so bleibt alles beim Alten.

Der Realitätsabwehr dient auch die Verortung des "wahren Glücks" im Privatismus der "Beziehungen", als stünden diese außerhalb der Wirklichkeit. Das "Privatleben" ist jedoch durch Krise und Zukunftsangst vergiftet, so dass es die ihm zugeordnete Funktion des Glückslieferanten nicht erfüllen kann. Diesem Umstand kann aufgrund des Handlungsverzichts nicht entgegengewirkt werden und das Glück wirklicher Verbesserungen wird als "generell unmöglich" in Abrede gestellt.

Noch deutlicher wird die Problematik, wenn man den am Ende geäußerten *Wunsch* hinzuzieht, alle Menschen mögen "auf einmal zur Einsicht gelangen, dass es so nicht weiter gehen kann und dass dann eine große Umverteilung stattfindet und dass die Jugend auch wieder Chancen kriegt" (Z. 383). Leider lässt bereits die Art der Formulierung erkennen, dass der Wunsch nicht ernst gemeint ist. Die erhoffte Verbesserung kann nicht durch menschliches Handeln entstehen, sondern nur, wenn auf wundersame Weise "alle Menschen zur Einsicht gelangen", also überhaupt nicht. Auch ganz am Ende steht die völlige Resignation: "Ich glaube nicht, dass es so kommen wird. Es wird immer mehr zur Ellenbogengesellschaft werden. Jeder versucht irgendwie noch ein Bein an den Boden zu kriegen und wer das nicht schafft, wird zu dem großen Rest gehören" (Z. 388ff.). Und mit dem fatalistischen Bekenntnis, dass sich der "Rest" in sein Schicksal fügen soll, ist man wieder am Anfang (oder eher am Ende): "Man ist eben entweder ganz reich oder ganz arm" (Z. 356).

Insgesamt erinnert die Sichtweise der Befragten auf verblüffende Weise an ganze Passagen des früher analysierten Buch "Wir Zukunftsdiebe" (Schüller, 1997) und dies nicht nur hinsichtlich allgemein im Diskurs befindlicher Denkangebote wie "Rentnerschwemme", sondern bis in spezielle Formulierungen hinein. Selbst die originell klingende "Verliererkarte" findet sich dort (S. 9), wie auch der Umstand, dass diese "allen unter vierzig" verabreicht wird (S. 8). Man erkennt die Präzision, mit der die herrschenden Gedanken über den Diskurs ins individuelle Bewusstsein transportiert werden. Auch zeigt das Interview das zentrale Prinzip dieses Buches, den Versuch, gerade die Sorgen der Menschen um die Zukunft ihrer Kinder zu instrumentalisieren, um jede Opposition gegen eine Politik zu ersticken, die eben diese Zukunft zerstört. Die emotionale Handlungsbereitschaft des Einstiegs ("dass mir die Kinder Leid tun") kann nicht in tatsächliches Handeln, das auf eine Verbesserung der Lage zielt, umgesetzt werden, wodurch auch das emotionale Engagement zurückgenommen wird. Der Wunsch, eingreifend zu handeln, kann aufgrund verinnerlichter Verbote nicht realisiert werden und die Gefühle der Bedrohung, Zukunftsangst usw. werden in vergleichgültiger Form als Fatalismus erlebt. Es steht zu befürchten, dass dies nicht ohne belastende Folgen

für die Beziehung der Befragten zu ihrem Kind ("das keine Zukunft hat") bleiben wird, da mit ihrem Handlungsverzicht gerade die Kräfte gestärkt werden, von denen die Zukunftsbedrohung ausgeht. Diese passive Duldung der Zerstörung der eigenen Zukunft muss mit allen Mitteln legitimiert werden, daher die vehemente Ablehnung jeglicher alternativen Handlungsmöglichkeit. *Nur wenn nichts getan werden kann ("weil es nie umgesetzt wird"), braucht auch nichts getan zu werden.* Eine Überprüfung und Veränderung der resignativen Handlungsprämissen wäre wünschenswert, die massive Konfliktabwehr lässt aber vermuten, dass kurzfristig nicht mit dem Entstehen einer diesbezüglichen Entwicklungsfigur zu rechnen ist. Bleibt die Hoffnung auf spätere Veränderungsmöglichkeiten, vielleicht infolge anderer Lebensumstände (Studienabschluss, eigenes Einkommen etc.).

Dieses Ergebnis ist umso bedauerlicher, als in der Eingangssituation die Fähigkeit zur Perspektivenverschränkung und Identifizierung deutlich wird ("wenn ich mir vorstelle, ich wäre jetzt zwei, hätte ich viel weniger Zukunft als jetzt schon", Z. 19), womit eigentlich gute Voraussetzungen für ein solidarisches Handeln zur Rückeroberung der von herrschender Seite verminderten Lebensmöglichkeiten ("Zukunft") gegeben wären. Weil dies jedoch unter Umgehung jeglicher Konflikte mit herrschenden Instanzen kaum möglich sein wird, die Befragte aber die Konfliktvermeidung zum obersten, handlungsleitenden Gebot erhebt, schränkt sie diese Fähigkeit erheblich ein.

Paul

Allgemeine Charakteristik des Interviews

Der Befragte befindet sich zum Zeitpunkt des Interviews in einer persönlichen Umbruchsituation. Er ist gerade dabei, als junger Landwirt in den Betrieb seiner Eltern einzusteigen und hat in diesem Zusammenhang mit seinem Vater eine entsprechende Gesellschaft gegründet. Außerdem erwartet seine Freundin ein gemeinsames Kind und ist im Begriff, mit ihrem zweijährigen Sohn beidem Befragten einzuziehen. Das Interview lässt eine realistische, kritische und differenzierte Sicht auf gesellschaftliche, teils globale Problemlagen erkennen. Es werden komplexe Zusammenhänge in ihren verschiedenen Aspekten thematisiert, wobei ein reges Interesse an gesellschaftlichen Fragen, intensive gedankliche Arbeit an der eigenen Meinung und Mut zum Urteil deutlich werden. Inhaltlich werden konsumistische Orientierungen weiter Bevölkerungskreise, die Selbstbezogenheit herrschender Politik und der pseudodemokratische Charakter bestehender Verhältnisse kritisiert und weitere gesellschaftliche Gefährdungspotentiale angesprochen: Militärische Bedrohung, soziale Polarisierung, schleichende Rechtsentwicklung und die Unterentwicklung der Länder der südlichen Hemisphäre.

Auffallend ist die Fähigkeit des Befragten in historischen Kategorien zu denken, und die Probleme in der Entwicklung zu sehen, sowie sein Verständnis für die Probleme benachteiligter Personen, insbesondere für ältere Arbeitslose. Gängige Bestrebungen, diese mit Zwangsmaßnahmen und Leistungsentzug noch weiter zu diskriminieren, werden abgelehnt, Sozialstaatlichkeit wird dagegen als historische Errungenschaft charakterisiert. Es fällt weiterhin die Bereitschaft auf, den Zusammenhang zwischen allgemeiner Lage und eigener Lebenssituation zu thematisieren. Der Einstieg in den elterlichen Betrieb ist mit einigen Unsicherheiten hinsichtlich der persönlichen Zukunft verbunden. In Hinblick auf gesellschaftliche Problemlagen wird eine kommunalpolitische Handlungsperspektive eröffnet, der Befragte will also nicht bloß Zuschauer des Geschehens bleiben.

Angesichts der im Grundsatz kritischen Betrachtungsweise überrascht es dann etwas, dass nahezu sämtliche Aussagen, welche die Konflikthaftigkeit des gesellschaftlichen Geschehens berühren, weit weniger eindeutig ausfallen. Die Negativität der Erscheinungen wird zwar dargestellt, eine genauere Kennzeichnung von Ursachen und Verursachern, sowie eine Bewertung der widersprüchlichen Interessenlagen kommt jedoch nur am Rande zur Sprache. Damit entsteht der Eindruck einer gewissen Ratlosigkeit und Inkonsequenz, die im deutlichen Kontrast zu Entschlossenheit und Urteilsfähigkeit hinsichtlich anderer Fragen steht. Dem Befragten wurde eine vorläufige Interpretation mit zahlreichen Rückfragen vorgelegt, woraufhin eine mehrstündige Rücksprache stattfand, die zusammen mit dem Interview zu den folgenden Resultaten führte.

Der Einstieg: "Tausend Kriege vor der Haustür"

Der Befragte betont gleich im ersten Satz den subjektiven Charakter der eigenen Sichtweise. Es wird eine "positive Lebenseinstellung" beansprucht und behauptet, eine solche sei zur richtigen Erkenntnis der Welt unerlässlich. Später irritiert in diesem Kontext die Behauptung, er hätte "nicht so sehr Bedenken" (Z. 431), obwohl er dann sehr viele davon äußert. Es stellt sich heraus, dass ihm seine persönliche Situation als "positiv", die allgemeine Lage aber als "schwierig" gilt (Z. 436).

Inhaltlich werden zuerst der Nato-Krieg gegen Jugoslawien und darauf bezogene Ängste thematisiert ("ich fand das zu Zeiten ganz bedrohlich", Z. 461ff.). Später wird festgestellt, dass dieser Krieg ja nicht hier, sondern weit weg stattfand (Z. 469), um am Ende zum abstumpfenden Medienereignis zu werden (Z. 1064). Angesichts dieses Darstellungsverlaufs erscheint unklar, was eigentlich das Bedrohliche war. Die größte Militärmaschine der Welt überfiel ein kleines Land, wobei nicht einmal der Versuch eines Gegenangriffs zu befürchten war. In der Nachbesprechung ergab sich, dass das Bedrohliche vor allem aus der Vorstellung resultierte, "ein Milosevic" könnte "*hier* an die Macht kommen". Im Interview wird an späterer Stelle betont, "wir" hätten "tausend Kriege vor der Haustür" (Z. 449), worauf insistiert wird, nachdem von mir eingewendet wurde, dass ich "tausend" für übertrieben hielt. Dieses Insistieren ist ernst zu nehmen. "Vor der Haustür" des Befragten spielen sich tatsächlich Konflikte von teilweise nicht klar erkennbarer Dimension ab, daher "tausend". Verständlich wird die Kriegsmetapher nur aus dem Zusammenhang mit der zentralen Denkfigur "wir" lebten auf einem "unheimlich hohen Niveau" (Z. 411), das nicht gehalten werden könne. Es sei ein "Zurückbesinnen" aufs einfache Leben erforderlich, was aber auch "sozialen Sprengstoff" (Z. 427) bedeute. Zugleich wird die eigene Anspruchslosigkeit betont ("das bin nicht ich", Z. 429), die im Zusammenhang mit dem Umständen des Lebens und Arbeitens in der Landwirtschaft und des Einstiegs des Befragten in den elterlichen Betrieb gesehen werden muss. Kennzeichnend ist ein *dreipoliger Konflikt*, der von *anstrengender*, aber *selbstbestimmter* Arbeit innerhalb einer ökonomisch *unsicher* erscheinenden Perspektive konstituiert wird. Dem Gewinn an Selbstbestimmung und Freude am Beruf steht zum einen ein Verzicht an Einkommen und Freizeit gegenüber und zum anderen die Risiken einer landwirtschaftlichen Produktion im Schatten mächtiger, weil hochtechnisierter Konkurrenten. Innerhalb des eigenen Betriebes ist der Befragte Partner des eigenen Vaters, der seit Jahrzehnten den Hof bewirtschaftet. Vielseitiger Interessiertheit, großem Engagement und dem Wunsch nach einer allseitig positiven Entwicklung stehen sowohl eine ausgeprägte Verzichtsmoral als auch eine defensive Orientierung in Bezug auf Konflikte mit herrschenden Instanzen gegenüber.

Diese Grundkonstellation wird später innerhalb verschiedener Themen und in vielen Varianten aktualisiert. Als sinnvoller Gegenpol zur Defensivposition kann aber auch eine kommunalpolitische Handlungsperspektive eröffnet werden (Z. 786).

Arbeitslosigkeit: "Die große Macht gibt uns Arbeitsplätze oder nicht"

Als Ursache der Arbeitslosigkeit gilt dem Befragten die technologische Entwicklung, die ihrerseits als anthropologische, nicht aber als gesellschaftspolitische Problematik verstanden wird. "*Der Mensch*" habe die technische Entwicklung in Gang gesetzt, die nun automatisch zur Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung führe und womit man sich abfinden müsse (Z. 526, 643). Möglichkeiten, die erhöhte Produktivität zur Verkürzung von Arbeitszeiten zu nutzen, werden zwar gesehen, aber nicht als Chance oder Befreiung, sondern als Problem verstanden. Weil die Arbeitsplatzzerstörung als Rationalisierungsautomatismus ohne Eingriffsmöglichkeit gilt, ist Arbeitszeitverkürzung nur als Aufteilen der verbliebenen Restarbeit mit Lohnverzicht vorstellbar. In der Rücksprache konnte der Befragte diesen Punkt dahingehend relativieren, dass ein degressiver Lohnausgleich (voller Ausgleich für kleine, Teilausgleich für höhere Einkommen) prinzipiell für möglich erachtet wurde.

Dennoch bleibt das eigentliche Grundproblem unangetastet. Herrschende Interessen sollen nicht zur Sprache kommen, obwohl die Systemseite der Krise erwähnt, mehrmals sogar als "Kapitalismus" bezeichnet wird (Z. 437, 839, 1104), also eine Art Kapitalismus ohne Kapitalinteressen. Mein Einwurf, die Arbeitslosigkeit könne solchen Interessen nützen, wird bestritten (Z. 648). Auch in der Rücksprache wird betont, dass es keine für die Krise Verantwortlichen geben soll (der Befragte spricht von "Schuldigen", die er nicht benennen

will). Im Interview freilich wird genau das laufend getan: Die Konsumenten sind schuld, die Rentner sind schuld, die Arbeitslosen sind schuld, die Beamten sind schuld. Alle jeweils deshalb, weil es ihnen "unheimlich gut geht". Nur die wirklich Schuldigen dürfen nicht benannt werden. Insgesamt aber ist die Technik schuld und an der Technik ist "der Mensch" schuld. Wir alle sind schuld. Auch die befremdliche Verwendung eines falschen "Wir" zeugt von dieser Sicht: "'Wir' rationalisieren den Menschen aus der Arbeitswelt" (Z. 643), obwohl ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb überhaupt niemanden wegrationalisieren kann, "wir" leben in einer "unheimlich wohlhabenden Welt" (Z. 575), obwohl ständig die eigene Verzichtsmoral betont wird.

Nach dem bisher Gesagten verwundert es nicht, dass die neoliberale Standortparole fraglos übernommen wird (Z. 541), die suggeriert, wir befänden uns in Konkurrenz mit den Menschen anderer Länder und nicht in einem internationalen Verdrängungswettbewerb der Einzelkapitale um Verwertungsbedingungen und Märkte. Die Frage, ob das Problem systembedingt statt naturhaft sein könnte, wird sogar gestellt und gleich selbst mit der Behauptung beantwortet, der "Anreiz zur Arbeit" sei "nicht mehr so groß" (Z. 579). Wörtlich genommen könnte der Befragte sogar recht haben: Alleiniges Kriterium wirtschaftlicher Entscheidungen sind längst die arbeitsfreien Renditen der "Shareholder". Diese sind hier jedoch nicht gemeint, sondern arbeitslose Jugendliche (Z. 570), die sich nach Meinung des Befragten trotz fehlender Arbeitsplätze Arbeit suchen sollten, während älteren Arbeitslosen und ihrer Situation Verständnis entgegengebracht wird.

Hinzu kommt, dass sich der Befragte selbst in einer ökonomischen Konkurrenzsituation mit unsicherer Perspektive befindet. In der Rücksprache wird bestätigt, dass Befürchtungen bestehen, einst selbst zu den vom Markt Verdrängten zu gehören. Vielversprechend erscheinen in diesem Zusammenhang die Bemühungen um Kontakte zu anderen Produzenten in gleicher Lage, woraus vielleicht Kooperationsmöglichkeiten entstehen könnten, die dem Ausgeliefertsein an den "Wettbewerb" entgegenwirken.

Spardebatte: "Lebensstandard auf verdammt hohem Niveau"

Die Spardebatte wird ähnlich wie die Arbeitslosigkeit diskutiert. Als Ursache der Problematik gilt das "verdammt hohe Niveau des Lebensstandards" (Z. 713), vor allem der Renten, weswegen diese ruhig gekürzt werden könnten. Dabei wird die Parole, es müssten "alle abgeben" kritiklos reproduziert (Z. 703), was aber in der Logik des Befragten gerade nicht der Fall ist. Danach sollen die Armen den Reichen etwas abgeben, deren riesige Vermögen ihrerseits sakrosankt sind. Im Alter scheint es Armut und Reichtum nicht zu geben, *den* Rentnern geht es "unheimlich gut", weil alle die höchsten Renten der Welt erhalten (Z. 709), Unterschiede werden selbst auf Nachfrage nur widerstrebend eingeräumt (Z. 716). Es kommt statt dessen die Sachzwang-Argumentation zum Einsatz. Ähnlich wie beim "Rationalisierungsautomatismus" im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, ist es hier der "Zwang", bei möglichst vielen Menschen etwas einzusparen (Z. 733). Beide Denkfiguren ergänzen sich: Wenn Massenarbeitslosigkeit als unabwendbar gilt und die Begrenzung von Reichtum tabuisiert ist, kann die Ursache der Finanzmisere nur in "unseren" Lebensansprüchen liegen und "Sparen" und Verzicht werden zur einzigen Lösungsmöglichkeit. Hinzu kommt ein Widerspruch, der mit der Übernahme des Denkangebots "Demokratiefalle" formuliert wird (Z. 704): Rentner sind Wählermassen, wer ihre Bezüge kürzen will, wird nicht mehr gewählt. Eine Seite weiter liefert der "Massencharakter" der Alten dann gerade die Motivation für die Kürzung.

Sozialmissbrauchsdebatte: "Essensmarken sind eine Zumutung"

Zweierlei fällt positiv auf: Herrschenden Bestrebungen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern die Bezüge weiter zu kürzen und die Betroffenen zur Zwangsarbeit heranzuziehen wird eine Absage erteilt. Die Vorstellung, Empfänger sozialer Leistungen könnten statt Geld nur noch Essensmarken erhalten wird als Zumutung bezeichnet (Z. 900). Der Begriff ist auch deshalb besonders gut, weil herrschende Kreise im Zusammenhang mit Verschärfungen gegenüber Arbeitslosen gern von "zumutbarer Arbeit" sprechen, was bedeutet, dass man auch stundenlange Anfahrtswege in Kauf nehmen muss u.ä. Weiterhin wird erkannt, dass es sich bei sozialen Schutzrechten um Errungenschaften handelt, die historisch erkämpft wurden (Z.

886). Eher statischen Denkfiguren, die "Sachzwänge" und "Automatismen" betonen, steht die Fähigkeit zu historischen Sichtweisen gegenüber (auch Z. 973ff.).

Dennoch werden auch in diesem Zusammenhang einige Denkangebote reproduziert. Ausgehend von beispielhaften Fällen seiner persönlichen Bekanntschaft, wird den Arbeitslosen *mangelnde Eigenverantwortung* zugeschrieben (Z. 910). Dabei ist, wie früher dargestellt, bereits ein solcher Bezug auf exemplarische Fälle selbst eine im Diskurs nahegelegte Denkweise. Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird nach dem Muster des persönlichen Umfelds gedeutet, wo es für junge Arbeitslose Gelegenheitsarbeiten wie Spargelstechen oder aushilfsweises Ausfahren von Pizza gäbe (Z. 954ff.). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Befragte selbst erheblichen Belastungen wie frühem Arbeitsbeginn und langen Arbeitszeiten ausgesetzt ist, dies aber im Rahmen einer selbständigen Tätigkeit als Verwirklichung seines Berufswunsches bewusst angestrebt hat und die Situation trotz dieser belastenden Faktoren positiv bewertet. Hieraus entsteht die Tendenz, die Maßstäbe der eigenen Tätigkeit auf andere zu verallgemeinern, obwohl deren Situation eine völlig andere ist: Keine Selbständigkeit, keine Selbstbestimmung, kein eigener Betrieb, keine Lebensperspektive. Die eigene Tatkraft und vorhandene Betätigungsmöglichkeiten verführen dazu, die Schwierigkeiten anderer nach dem Topos "wer arbeiten will, der kriegt auch Arbeit" zu deuten, obwohl dies schon rein logisch nicht stimmen kann, wenn, wie z.B. im Juli 1999 den 80.000 offenen Lehrstellen 130.000 Bewerber gegenüberstehen, bleiben an Ende 50.000 Jugendliche mit oder ohne "Eigenverantwortung", in jedem Falle aber ohne Stelle zurück. Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden dürfen, um die Kapitalseite zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu verpflichten, weil es mit herrschenden Instanzen keine Konflikte geben darf, ja diese nicht einmal als Verantwortliche benannt werden dürfen, besteht der nächste Schritt dann in der Forderung, die Betroffenen müssten eben jede Art von Arbeit zu jeder Bedingung annehmen. Die Gefahr besteht hier auch darin, Entwicklungen zu unterstützen, die nicht nur für die Betroffenen problematisch sind, sondern auch den eigenen Lebensinteressen schaden. Mit der Hinnahme von Arbeitslosigkeit, der Auszehrung öffentlicher Haushalte durch Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach oben und der umgekehrten Forderung an die Verlierer, sich in den schlechten Verhältnissen einzurichten und auf alle Lebensansprüche zu verzichten, wird - gesamtwirtschaftlich gesehen - eine deflationäre Entwicklung begünstigt, also eine Abwärtsspirale aus Löhnen, Steuern und Preisen. Dies ist aber *genau die Entwicklung, die kleine und mittlere Betriebe in den vom Befragten befürchteten Niedergang zieht*. Auch wenn mit einem spargelstechenden Saisonarbeiter nicht nur dem Befragten bei der Ernte, sondern auch diesem selbst mit einer Verdienstmöglichkeit kurzfristig geholfen ist: Wird dieses Modell der prekären Beschäftigung gesamtgesellschaftlich verallgemeinert, gehören auf lange Sicht beide zu den Verlierern.

Gesellschaftlicher Konflikt und subjektive Lebensproblematik: "Rückbesinnung als Sprengstoff"

Wie im Durchgang durch die einzelnen Diskursthemen erkennbar, spielen Konfliktvermeidung und Verzichtsmoral in diesem Interview die Hauptrolle. Als Ursache der gesellschaftlichen Krise betont der Befragte immer wieder *"unser unheimlich hohes Niveau"*, was er später auf einzelne Gesellschaftsbereiche hin präzisiert. Auf Nachfrage werden zwar soziale Ungleichheiten eingeräumt (Z. 973), die Grundthese einer sehr wohlhabenden Welt aber dennoch aufrechterhalten (Z. 573) und mit einer allgemeinen Kritik konsumistischer Orientierungen verbunden (Z. 617, 673 u.a.), die hier insofern problematisch ist, als der Befragte offenbar nur die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsteile im Blick hat: "Ich glaube nicht, dass es immer weiter gehen kann mit Wohlstand, dass man gezwungen wird, weniger zu haben. Ich halt's für notwendig, sich zurückzubedenken, dass man nicht alles haben muss, um glücklich zu sein, aber das ist auch sozialer Sprengstoff, weil Leuten, die nicht auf der sonnigen Seite vom Leben stehen, ist das wichtig, sich anhand kleiner materieller Güter des Lebens zu erfreuen" (Z. 425).

Den auf der "schattigen Seite des Lebens" Stehenden werden von vornherein nur *"kleine materielle Güter"* zugestanden und auch das muss ihnen abgewöhnt werden, weil "es nicht so weitergehen kann", wobei der geforderte Verzicht nur als "sozialer Sprengstoff" relevant ist, nicht aber als Zerstörung von Lebensmöglichkeiten. Es ließe sich hier fragen, wodurch eigentlich die "sonnige Seite des Lebens" konstituiert wird, ob es den dort Stehenden "wichtig" sein könnte, sich an *großen* materiellen Gütern zu erfreuen und ob dies nicht viel eher als kritikwürdige "Unheimlichkeit" gelten müsste. Der in einer solchen

Frage steckende "Sprengstoff" scheint aber so gefährlich zu sein, dass sie gar nicht erst gestellt wird.

Dann wird die persönliche Situation in die Deutung einbezogen: "*Das bin nicht ich*, aber wenn jemand acht Stunden arbeitet, eine monotone Arbeit, muss er auch einen Ausgleich haben" (Z. 430). Die Verzichtsvorordnung gilt den Armen und dem Befragten selbst, der seinerseits mehr als acht Stunden arbeitet, dessen Arbeit aber nicht monoton ist. Seine Kritik konsumistischer Orientierungen ist eigentlich eine Kritik fremdbestimmter Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die zur Fixierung der Lebensbezüge auf den Warenkonsum führt. "Wenn die Menschen sinnvolle und selbstbestimmte Lebensmöglichkeiten hätten, wären sie auch mit weniger Besitz zufrieden", könnte die Grundidee lauten, der hinsichtlich der Erscheinungsoberfläche einer Warengesellschaft zuzustimmen ist, in der eine Vielzahl von Produkten ohne oder mit fragwürdigem Gebrauchswert hergestellt wird. Die Kritik der allgemeinen Fremdbestimmtheit kommt später auch in der Vorstellung der "Tretmühle" (Z. 1093) und der Befürchtung, zum bloßen "Anwender" zu werden, zum Ausdruck (Z. 1092).

Von einer anderen Seite her ist die Vorstellung allerdings problematisch. Mit der pauschalen Kritik am vermeintlich "hohen Niveau" wird die reale materielle Basis von Lebensqualität generell negiert. In der Rücksprache thematisiert der Befragte die derzeitigen Lebensverhältnisse als "nicht artgerecht", meidet aber die Konsequenzen. Von der Problematik der Verwendung eines Begriffs aus der Tierhaltung für menschliche Verhältnisse einmal abgesehen, ist menschliches Lebensniveau mit einer bloßen Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse eben nicht erreicht. Menschliche Bedürfnisse entwickeln sich historisch und schließen Bildung, Kultur, Kommunikation usw. ein, was aber alles nicht ohne materielle Grundlage zu haben ist. Vor allem aber kann von menschengerechten Verhältnissen nicht gesprochen werden, solange die guten Dinge des Lebens von einer Minderheit für sich beansprucht wird und eine wachsende Zahl von Menschen davon ausgeschlossen bleibt. Konsumismus als zurecht zu kritisierende, aus der Fremdbestimmtheit der Lebensverhältnisse resultierende Erscheinung muss die Konflikthaftigkeit des gesellschaftlichen Lebens in die Kritik einbeziehen, was der Befragte aber systematisch umgeht. Deshalb erfolgt hier nun eine Darstellung von Verzichtsmoral und Konfliktvermeidung im Durchgang durch einzelne Denkfiguren.

Zunächst ist "*anderen Menschen*" der *Urlaub wichtig*, die *Umwelt aber unwichtig*, während der Befragte die Notwendigkeit höherer Benzinpreise fraglos einsieht, obwohl er sich dadurch auch "beschnitten" fühlt (Z. 441). Aufschlussreich erscheint die anschließende, widersprüchliche Bemerkung: "Das Leben war *noch nie einfacher* oder es war auch *noch nie einfach* und man hat sich zu jeder Zeit gefragt: Wie geht's weiter?" (Z. 447). Das Leben "der anderen" erscheint dem Befragten als "einfacher denn je", seine eigene Situation ist jedoch schwierig, die Zukunft unsicher. Die leichtlebigen Stadtmenschen verreisen im Sommer ans Meer, während der Landwirt um den Fortbestand seines Betriebes kämpft. Weil die bestehenden Verhältnisse einschließlich ihrer existenzbedrohenden Konkurrenzhaftigkeit als unüberschreitbar gelten, werden die Erholungsbedürfnisse der anderen diskreditiert und für sich selbst eine asketische Selbstverwirklichung beansprucht.

Dann kommen alleinstehende junge Leute, denen der Anreiz zur Arbeit fehle (Z. 549), die eine zu hohe Erwartungshaltung hätten (Z. 579) und nach Auffassung des Befragten "mit wenig Geld wunderbar leben" (Z. 586), weil sie nicht für eine Familie sorgen müssten, wie es bei ihm selbst in naher Zukunft der Fall sein wird. Die Belastung durch Hof und Familie lässt das Leben der anderen "leicht" erscheinen und der Umstand, dass diese dennoch arbeitslos sind, wird ihrer "Schwerfälligkeit" (Z. 574) zugeschrieben. Später wird geraten, "dass man sich eine Arbeit sucht", obwohl es keine gibt (Z. 909). Ein Fazit wird dennoch verteidigt: Der Jugend geht's zu gut.

Auch die Arbeitslosigkeit erscheint letztlich als Problem zu hoher Löhne. Den Arbeitern stünden hierzulande "gesetzliche Mindestlöhne" zu (Z. 669), weshalb "Computerchips in Indien hergestellt werden" (Z. 665). Weil dem Kapital keine Vorschriften gemacht werden dürfen, muss der "Technik-Sachzwang" erhalten, wonach sich Rationalisierung als arbeitsplatzvernichtender Automatismus vollzieht. Die Kehrseite dieser Begründung und der ihr zugrundeliegenden Konfliktvermeidung ist dann konsequenterweise die Beschuldigung der Opfer und ihrer "unheimlich hohen Erwartungshaltung". Nicht Verwertungszusammenhang und Kapitaldominanz sind das Problem, sondern Bestimmungen zum Schutz der Menschen. Nicht die Arbeitslosigkeit ist das Problem, sondern die Arbeitslosen. Diese selbst, sofern jünger als 40, haben kein reales sondern ein Mentalitätsproblem (wie diskursiv gefordert). Fazit: Den Arbeitslosen geht's zu gut.

Dieselbe Logik bei den Renten. Diese seien die höchsten der Welt, weswegen man sie ruhig kürzen könne. Meinem doppeltem Einwand, dass den Beziehern hoher Pensionen eine verbreitete Altersarmut und den angeblich leeren Kassen problemlos zu beschaffende Milliarden fürs Militär gegenüberstehen, wird mit der Behauptung begegnet, die Produktion von Bombenflugzeugen diene der Arbeitsbeschaffung und die Rentenkürzung sei notwendig, weil bei vielen Armen mehr zu holen sei als bei wenigen Reichen. Weil ausreichende Renten für alle nur im Konflikt zu haben wären, müssen auch hier Lebensansprüche als "zu hoch" diskreditiert und die Menschen zum Problem gemacht werden: Auch den Rentnern geht's zu gut.

Dann kommen eine Lobbyistenherrschaft (Z. 1784), eine "Parteiendiktatur" (Z. 1799) und eine Herrschaft des Geldes (Z. 1805) in die Diskussion, während die Entscheidungen zugleich von Beamten getroffen werden (Z. 1698). Die orientieren sich an ihren eigenen Vorteilen und ihrer Unersättlichkeit. Man merke: Den Beamten geht's zu gut.

Die Behauptung der Geldherrschaft klingt systemkritisch, folgt aber ebenfalls der Sachzwang-Idee. *Das Geld* hat die Macht, nicht seine Besitzer, deren Interessen nicht zur Sprache kommen. Deutlich in Z. 1893: "Wir leben alle von der großen Macht, die uns Arbeitsplätze gibt oder nicht". Dabei wäre es eigentlich naheliegend zu fragen, ob nicht umgekehrt "die große Macht" von unserer Arbeit lebt.

Ihre Zuspitzung erfahren Verzichtsmoral und Konfliktvermeidung im Zusammenhang mit Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Den Reichen darf nicht "vorgeschrieben werden", was sie mit ihrem Geld machen, grenzenlose Bereicherung soll toleriert werden (Z. 880), während der Umstand, dass dieser erst durch die Armut der anderen entsteht, ausgeblendet bleibt. Viele gute Denkansätze, wie die Ablehnung von Zwangsarbeit, das Verständnis für ältere Arbeitslose u.ä. sind daher zwar erfreulich und lobenswert aber wirkungslos, weil die alleinige Verfügungsgewalt der Kapitaleseite nicht eingeschränkt werden darf.

Insgesamt konstituiert die Verzichtsmoral mit ihrer ständigen Betonung des "unheimlich" und "verdammte hohen Niveaus" auf dem "wir" vorgeblich leben und das sich in der Biographie des Befragten in der Erfahrung niederschlägt, es habe ihm "*nie an irgendwas gemangelt*" (Z. 578) einen krassen Widerspruch zu nahezu allen anderen Themen: "Wir haben tausend Kriege vor der Haustür" (Z. 449), aber offenbar dennoch keinen Mangel an Frieden, es beherrscht uns eine "Parteiendiktatur" und wir haben "unheimlich wenig Wahl" (Z. 750), aber es besteht kein Mangel an Demokratie. Zwar "fehlt es" Millionen Menschen "an allem" (Z. 1006) und wir können "gar nicht nachempfinden, wie gut es Milliardären geht" (Z. 1019), doch ist auch dies kein Ausdruck mangelnder Gerechtigkeit.

Mit der Konfliktfrage (350 Milliardäre besitzen soviel wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen) erfolgt die weitere Dramatisierung der Widersprüche. Die trotz unheimlich hohen Niveaus noch immer unzufriedenen Wohlstandsbürger werden mit zwei Gegenbildern konfrontiert. Den *glücklichen Armen*, die dem Befragten während einer Afrikareise begegnet sind, und den von mir in die Diskussion gebrachten *Milliardären*. Der afrikanischen Armutsbevölkerung wird eine positive Ausstrahlung (Z. 1013) bescheinigt, obwohl es ihnen an Nahrung, Kleidung, Arzneimitteln und Bildung fehlt. Obwohl sie weniger als einen Dollar pro Tag zum Leben haben, ginge es ihnen "nur vom Geld her" schlecht (Z. 1052), während das Sozialgefüge besser sei als bei uns (Z. 1026).

Weiterhin wird behauptet, Milliardären ginge es "nur materiell besser" als jemandem, der nichts hat (Z. 990) und den Armen ginge es "nur vom Geld her schlechter", aber nicht "von der Art, wie sie im Leben stehen". Man erkennt hier, die rückwärtige Steuerung der Argumentation durch das Konfliktverbot. Obwohl bitterste Armut geschildert wird, kann keine denkende Handlungsperspektive eröffnet werden, weil diese nur als Konflikt möglich wäre. Man kann eben nicht beides haben, die Beseitigung des Elends *und* zufriedene Milliardäre. Weil letztere sakrosankt sind, muss die Armut umgedeutet und Einkommen, Wohnen, Bildung, Gesundheit behandelt werden, als hätten sie mit der Frage, "wie man Leben steht" nichts zu tun. Tatsächlich entscheidet sich die Art, wie jemand im Leben steht, vorrangig durch seine realen Lebensmöglichkeiten, die ihrerseits in den materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse ihre Grundlage haben. In Reaktion auf meine diesbezügliche Nachfrage konnte der Befragte in der Rücksprache allerdings überzeugend darstellen, dass entsprechende Personen in Afrika trotz ihrer Armut autonom und selbstsicher wirken, weil sie in relativ hohem Maße zur Selbstversorgung in der Lage sind. Dennoch fällt die Vorstellung, es könnte einem Hungernden besser gehen als einem Milliardär, nicht gerade leicht.

Meinem Einwand, dass sich die Reichen nicht nur eines besseren, sondern im gesellschaftlichen

Durchschnitt auch erheblich längeren Lebens erfreuen, wird dann mit der Behauptung begegnet, ein längeres Leben sei wegen damit verbundener gesundheitlicher Risiken als "Bürde" aufzufassen (Z. 995ff.). Man sieht: Der Skandal muss um jeden Preis geleugnet werden. Meine Nachfrage, ob die teils jämmerlich niedrige Lebenserwartung in den armen Ländern wirklich als Ausdruck von "Glück" aufzufassen sei, nur weil es in den reichen Ländern mit hoher Lebenserwartung auch alte Menschen mit gesundheitlichen Problemen gibt, wurde dann mit immer neuen Beispielen über die Leiden des Alters kommentiert. Möglicherweise spielen hier Erfahrungen aus dem Zusammenleben mit der eigenen Großmutter eine Rolle (Z. 1038), können aber nicht allein ausschlaggebend sein, denn nicht nur ein langes Leben gilt als "Bürde", auch der Reichtum der Milliardäre scheint eine bedrückende Last zu sein, denn viele von ihnen sind mit dem Kreuz einer wiederum "unheimlichen" Verantwortung gestraft. Worin das Risiko eines Milliardärs besteht, wenn er eine seiner hundert Fabriken schließen lässt, weil sie nicht mehr genug Profit abwirft und worin das der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die dabei ihre Existenz verlieren, konnte auch in der Rücksprache nicht abschließend geklärt werden. Da der Befragte erklärtermaßen keine "Schuldigen" ausmachen will, müssen beide Seiten solcher Interessenskonflikte einstweilen als gleichwertig gelten. Diese Unentschiedenheit frappiert umso mehr, als der Gesprächspartner unter Berücksichtigung seiner Afrikaerfahrung durchaus über internationale Ausbeutungsverhältnisse samt ihrer historischen Wurzeln im Kolonialismus zu berichten weiß (Z. 973). Doch was sind schon ein paar Millionen Hungertote gegen ein unbotmäßiges Urteil gegenüber den "Verantwortungsträgern".

Deren Position soll auch im Inland nicht infrage gestellt werden, vor allem nicht von Leuten, die ein Auto oder gar einen Videorekorder besitzen (Z. 1015). Obwohl letztere mittlerweile für weniger als 200 Mark zu haben sind, verpflichtet der Besitz eines Exemplars offenbar zur völligen Kritiklosigkeit gegenüber allen bestehenden Verhältnissen. Gefordert wird statt dessen "bei sich selbst anzufangen (Z. 1060)".

Insgesamt erfolgt mit dem Konfliktverzicht die vorseilende Affirmierung vollständiger *Kapitalautonomie*. Zu deren Kehrseite gehört der Ausschluss der Menschen von der Verfügung über ihre Lebensbedingungen, was dem Befragten aber nicht als Problem gilt: Der "kleine Mann auf der Straße hat am Fortschritt kein Interesse" (Z. 746) und außerdem könnten "wir" mit der Freiheit eines Milliardärs ohnehin "nicht umgehen" (Z. 1020). Womit wollte man hier als "kleiner Mann" mit anderer Auffassung noch argumentieren, wenn selbst Fortschritte in der Medizin als obsolet und eine höhere Lebenserwartung als "Bürde" gelten?

In Z. 821ff. scheint dann der Konflikt ("*Streit*") für einen Moment auf, wird jedoch gleich wieder zugunsten eines Kompromissmodells ("Mittler") aufgegeben und in Z. 847 wird erklärt, dass man Konflikte vermeidet, um "*über die Runden zu kommen*". Dann wieder eine Wendung: Der Befragte geht davon aus, dass er sich *gegen Atomkraftwerke oder Lagerstätten radioaktiven Mülls zur Wehr setzen würde, wenn sie in seiner unmittelbaren Umgebung betrieben würden* (Z. 854). Allerdings muss man keine Spezialkenntnisse haben, um zu wissen, dass auch im Falle eines nuklearen Unfalls in Esenshamm oder Stade das Bremer Umland auf Jahrzehnte unbewohnbar, der Boden landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar und wir alle davon betroffen wären. Gorleben ist zwar überall, aber der Konflikt ist woanders.

In Z. 984 wird eingeräumt, dass eine kritische Haltung gegenüber herrschenden Skandalen zur Folge hätte, dass man "*sich ärgern*" müsste. Ähnlich wie sich im Interview mit "Jörg" dessen Resignation am Ende zur "*Weltrevolution*" verkehrt, kippt hier die Konfliktvermeidung zugunsten der Kapitaleseite mit dem Bekenntnis in ihr Gegenteil, "alle Arbeiten" sollten "genau gleich bezahlt" werden (Erklärung des Befragten in der Rücksprache). Da wären die Milliardäre zwecks Verteidigung ihrer "Freiheit" wahrscheinlich dagegen.

Insgesamt lässt sich aber feststellen - und dies wurde auch in der Rücksprache bestätigt - dass nach Einschätzung des Befragten die allgemeinen Verhältnisse dadurch zu kennzeichnen sind, *dass es uns schlecht geht, weil es uns zu gut geht*.

An mehreren Stellen wird deutlich, dass Verzichtsmoral und Konfliktvermeidung mit Belastungen in Zusammenhang stehen, die aus dem Einstieg in den landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern und der Gründung einer eigenen Familie resultieren und die u.a. in Z. 932f. auch thematisiert werden. An ähnlichen Stellen taucht auffallend häufig das Wort "unheimlich" auf, das man normalerweise verwendet, wenn man es mit etwas Bedrohlichem, Gefährlichem zugleich aber nicht klar Erkennbarem und Diffusem zu tun hat. Betrachtet man sich die betreffenden Textstellen näher, dann werden solche Momente auch sichtbar. Da sind zunächst Aussagen zu Krieg, machthungrigen Politikern und selbsterlebten Gefahren, bei denen das Bedrohungsmoment offensichtlich ist. Dann kommt eine eigentlich sehr nüchterne Analyse in Z. 860ff., worin

der Sicherheit, die aus dem Besitz eines landwirtschaftlichen Betriebs hervorgeht, die damit zugleich verbundenen Verpflichtungen gegenübergestellt und diese auch als Unfreiheit bezeichnet werden. Die in Z. 914 thematisierte Unsicherheit in der Frage, ob die Bewirtschaftung des Hofes unter den gegebenen Umständen zu schaffen sein wird, deutet sich hier schon an. Unter diesem Aspekt können dann weitere Themenbereiche gesehen werden, in denen vom "Unheimlichen" die Rede ist. So hängt die Skepsis gegenüber Weiterentwicklungen der Technologie mit der Befürchtung zusammen, sich mit einem kleineren Betrieb (Z. 1462, 1618) einer unheimlichen, also unter Umständen existentiell bedrohlichen Entwicklung gegenüberzusehen, mit immer größeren Maschinen und immer schärferem Konkurrenzdruck.

Das Niveau des Lebensstandards erscheint auch deshalb unheimlich hoch, weil die zukünftige Teilhabe daran trotz enormer Arbeitsleistung unter den gegebenen Umständen unsicher ist. Das Unheimliche an Sparpolitik und Arbeitslosigkeit besteht in der Befürchtung, eines Tages selbst zu den Eingesparten und Ausgegrenzten zu gehören.

Schließlich ist auch die Beurteilung der globalen Eigentumsverhältnisse in diesem Zusammenhang zu verstehen. Die krasse gesellschaftliche Polarisierung wird zwar in treffender Weise als äußerst ungerecht bewertet, Veränderungen soll es aber keine geben. In Z. 986 wird betont, es käme nicht darauf an, den Superreichen etwas wegzunehmen, *"nur weil ich das alles haben will"*. Nun könnte eine gerechte Weltwirtschaft ja keinesfalls dadurch hergestellt werden, dass die derzeitigen Geldeliten mit dem Ziel enteignet würden, dass sich *ein Einzelner* in den Besitz all ihrer Reichtümer bringt, sondern nur durch die Investition dieser Mittel in gesellschaftlich sinnvolle Vorhaben. Auch hier wirkt die momentane Situation des Befragten in seine Sicht der allgemeinen Verhältnisse hinein. In Zeiten der Übergabe eines Betriebs an die nachfolgende Generation ist nicht immer ganz klar, wer welche Entscheidungen trifft, wer über die verschiedenen Angelegenheiten zu bestimmen hat. Auch wirft die eigene Familiengründung Fragen auf, insbesondere dahingehend, wie die Freundin des Befragten mit ihrem zweijährigen Sohn nach ihrem Einzug und später mit dem gemeinsamen Kind mit den dortigen Strukturen und Abläufen zurechtkommen wird und umgekehrt.

Abschließend lässt sich feststellen, dass dieses Interview nicht nur das umfangreichste dieser Serie war, sondern auch ein perspektivisch vielversprechendes, was gerade in dem - trotz unterschiedlicher Auffassungen - sehr offenen und interessanten Nachgespräch deutlich wurde.

Jörg

Allgemeine Charakteristik des Interviews

Der Befragte ist seit langem in leitender Funktion in einer Behinderteneinrichtung tätig. Die dortige Situation ist - wie im öffentlichen Dienst allgemein - durch Mittelkürzungen, Personalverknappung und entsprechend hohe Arbeitsbelastung gekennzeichnet. Dieser verbreitete Umstand wird im vorliegenden Fall noch dadurch verschärft, dass es bei verantwortungsvollen Tätigkeiten im Gesundheitswesen - anders als z.B. im Produktionsbereich - nicht nur um Kosten, Gewinne, Produktqualität usw. geht, sondern um die Pflege und Gesunderhaltung von Menschen. Diese sind die Leidtragenden von "Sparmaßnahmen", die sich in Form reduzierter Betreuungszeiten etc. niederschlagen. Den Mitarbeitern wird damit zusätzlich zur Mehrbelastung durch Überstunden usw. ein innerer Konflikt aufgebürdet, resultierend aus dem Anspruch nach möglichst guter Pflege der ihnen Anvertrauten und den reduzierten Möglichkeiten, dies zu verwirklichen. Da hinsichtlich der Abläufe in den Einrichtungen keine gleichberechtigten Entscheidungsprozesse der Beteiligten, sondern Vorgaben der Betriebsleitungen erfolgen, sind die Mitarbeiter gezwungen, diesen Widerspruch in ihrer Person auszutragen und "irgendwie" mit der Situation klarzukommen.

Auch gibt es derzeit keine progressive Diskussion darüber, wie die Lage wieder zu bessern wäre, höchstens darüber, wie sich "das Schlimmste verhindern" oder sich "das Beste daraus machen" ließe. Der "allgemeine Sparzwang" schlägt sich somit in sehr umfassendem Sinn auf der persönlichen Ebene nieder und verstärkt den Eindruck von Stagnation und Stillstand. Das Ineinanderwirken von persönlich-beruflicher und allgemein-gesellschaftspolitischer Situation tritt auch im Gesprächsverlauf zutage.

Allgemein lässt das Interview eine realistische, kritische und differenzierte, wenngleich äußerst pessimistische Sicht erkennen. Es werden komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge thematisiert und

sinnvolle Lösungen für gegenwärtige Problemlagen vorgeschlagen, deren Realisierungsmöglichkeiten aber sogleich im Sinne des genannten Pessimismus als aussichtslos eingestuft werden. Dies irritiert insofern etwas, als die Konflikthaftigkeit des gesellschaftlichen Geschehens erkannt wird, woraus eigentlich die prinzipielle Möglichkeit von Veränderungen als eine Frage politischer Kräfteverhältnisse hervorgehen könnte. Das Interessante liegt hier darin, dass dem Handlungsverzicht eine rationale Analyse, und nicht etwa eine massive Konfliktabwehr wie im vorigen Fall zugrundeliegt und dass außerdem Sympathien mit Veränderungsbestrebungen geäußert werden, aber dennoch kein eingreifendes Handeln erfolgen kann.

Der Einstieg: "Chaos durch Kontinuität"

Gleich zu Beginn äußert sich der Befragte enttäuscht über den Regierungswechsel vom Herbst 1998. Die Politik der neuen Regierung sieht er als chaotisch und er bedauert, dass die grüne Partei ihren Oppositionsstatus aufgegeben hat (Z. 1136). Zu den Gründen des Wechsels befragt, vermutet er den Wunsch eines ausschlaggebenden Teils der Bevölkerung nach "neuen Gesichtern" (Z. 1144ff.), sowie der Hoffnung auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit. Der neuen Regierung werden gute Absichten zugebilligt, die sie aber nicht überzeugend umzusetzen weiß ("das ist schlecht verkauft", Z. 1152). Das politische Geschehen wird mit dem gesellschaftlichen Bewusstsein in Verbindung gebracht, Reformvorhaben finden keine Unterstützung: "Da kriegst Du 20 Mark mehr Kindergeld, aber hast die Benzinpreise übers ganze Jahr erhöht gekriegt. Da ist das Verständnis bei den normalen Bundesbürgern nicht da" (Z. 1149ff.). Die Betonung von Stagnation, Chaos und Stillstand spiegelt den Umstand, dass der Wunsch nach Veränderung an einen Regierungswechsel geknüpft wurde, obwohl typische Äußerungen zu erkennen gaben, dass alles beim Alten bleiben würde. Insbesondere die paradoxe SPD-Lösung "Wechsel durch Kontinuität" provoziert diese Zerrissenheit ("Chaos"), indem ständig ein "Politikwechsel" propagiert, den Eliten und angstkonservativen Mittelschichten zugleich aber "Kontinuität auf allen Ebenen" versprochen wurde. Anschließend thematisiert der Befragte die politischen Machtverhältnisse. Am Beispiel des Atomausstiegs wird die Möglichkeit jeglicher Veränderung bestritten und entsprechende Hoffnungen als Wunschdenken bezeichnet. Würde man die Dinge realistisch sehen, sei klar, *"dass das gegen die Wirtschaftskreise überhaupt nicht geht"* (Z. 1165ff.). Dies ist bereits die zentrale Aussage des Interviews, die sich in vielen Varianten wiederholt und auch im Nachgespräch bekräftigt wird. Die Ursache der Aporie wird darin gesehen, dass sich Macht und Herrschaft in Form von Monopolen konzentrieren und "die können irgendwann den Staat erpressen" (Z. 1274). Gegendruck wäre aus der Sicht des Befragten zwar wünschenswert, kann aber derzeit nicht realisiert werden.

Arbeitslosigkeit: "Arbeitszeitverkürzung nur mit starken Betriebsräten"

Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit wird zurecht festgestellt, dass diese nicht verringert werden könne, solange die Betriebe lieber rationalisieren und Überstunden machen, als Neueinstellungen vorzunehmen. Arbeitszeitverkürzung ist nur mit Lohnverzicht vorstellbar, und das macht "die Masse" nicht mit (Z. 1309). Möglichkeiten einer Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich oder einer degressiven Lohnentwicklung (Verzicht nur bei hohem Einkommen) werden nicht thematisiert. Der Befragte verweist auf die Situation in der Einrichtung, in der er tätig ist. Arbeitszeitverkürzung könne nur in Betrieben wie VW durchgesetzt werden, weil es dort einen starken Betriebsrat gäbe, aber nicht vor Ort (Z. 1302). Grundsätzlich wird der Kern des Problems erkannt, vernünftige Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen: Monopole sollten entflochten (Z. 1278), große Vermögen und Gewinne besteuert werden (Z. 1287). Letzteres lässt auch die Fähigkeit zur Unmittelbarkeitsüberschreitung erkennen, der Staatshaushalt wird nicht nach dem Modell eines Privathaushalts gedacht. Bemerkenswert ist auch die Wortschöpfung "ausdünnen" (bezogen auf Personal, Z. 1270), womit deutlich gemacht wird, wofür es herrschenden Kräften geht, nämlich immer mehr Menschen aus ihren Beschäftigungsverhältnissen zu drängen und mit immer "dünnere" Personaldeckungen zu produzieren, was die Verbliebenen einem entsprechend steigenden Leistungsdruck aussetzt. Das Problem der Rationalisierung wird erwähnt, aber nicht auf hilflose Weise von einer "unaufhaltsamen Technologieentwicklung geredet" wie von den anderen Befragten. Die Analyse ist insgesamt sehr scharfsinnig, doch bleiben die Forderungen hypothetisch. Subjekte einer Veränderung treten nicht ersthaft

auf den Plan. Auffallend ist die Vorstellung einer völligen Versteinerung der Verhältnisse. Die Arbeitslosigkeit wird z.B. kommentiert mit "festgeschrieben, fest, Fakt" u.ä. (Z. 1248), als handele es sich um ein Naturgesetz.

Spardebatte: "Karrieristen brauchen keinen Sozialstaat"

Auch hier werden sinnvolle Vorschläge gemacht, wie den Wehretat zu kürzen (Z. 1349ff.), auf den Bau des Transrapid oder den Regierungsumzug nach Berlin zu verzichten (ebd.). Sparplänen in Bezug auf die Renten wird eine Absage erteilt, die ideologische Denkfigur der "Rentnerschwemme" nicht übernommen. Diese Entwicklung sei absehbar gewesen und es hätte mit geeigneten Mitteln entgegengewirkt werden können (Z. 696). Auch die feinen Unterschiede des gesellschaftlichen Antagonismus, die Ausdifferenzierung der Klassen in einzelne Klassenströmungen werden im Ansatz thematisiert: Teile der Mittelschichten übernehmen sozialstaatsfeindliche Positionen, weil sie materiell unabhängig sind und sich außerhalb des gesellschaftlichen Konflikts wähnen (Z. 1325ff.).

Sozialmissbrauchsdebatte: "Zwangsarbeit ist eine Unverschämtheit"

Diskriminierung von Arbeitslosen und Forderungen, diese Menschen zu Zwangsarbeit zu nötigen, werden entschieden abgelehnt (Z. 1401). Es wird andererseits auf besonders hohe Einkommen von Führungskräften verwiesen, wobei wiederum die Verhältnisse in der "eigenen" Einrichtung als Beispiel angeführt werden (Z. 1377). Die Rede von der Eigenverantwortung wird als herrschaftsideologische Parole erkannt und die Kollaboration oberer Mittelschichten mit den Eliten analysiert (Z. 1325ff.).

Gesellschaftlicher Konflikt und subjektive Lebensproblematik: "Gegen die Wirtschaftskreise geht nur Weltrevolution oder gar nichts"

Praktisch die gesamte Diskussion ist geprägt vom globalen Widerspruch zwischen der Kritik des Befragten an von Kapitalinteressen beherrschten Verhältnissen und gleichzeitiger Resignation. Bei der Kernaussage, dass "gegen die Wirtschaft" keine Veränderungen möglich seien, handelt es sich um *die* Maxime des derzeitigen Bundeskanzlers, dessen Regierung zugleich aber kritisiert wird mit der alten antireformistischen Frage "wer hat uns verraten?" (Z. 1343). Auch die Macht, an die "wir" verraten wurden oder werden wird benannt (die Monopole, die dabei sind, so mächtig zu werden, dass sie den Staat erpressen können). Die Folgen der Erpressung (wie Arbeitslosigkeit usw.) erscheinen als unabänderlich, weil niemand etwas dagegen tut (Z. 1309 u.a.). Allen sinnvollen Lösungsvorschlägen (Wehretat kürzen, Monopole entflechten, Gewinne und Vermögen besteuern) steht immer der Umstand entgegen, dass die Masse nicht mitmacht (ebd.). Alle Erscheinungsformen werden sehr kritisch gesehen und der Konflikt erkannt, es können aber keine Handlungsperspektiven eröffnet werden, weil dennoch das Denkangebot "nicht gegen die Wirtschaft, übernommen wird. Tatsächlich wären die Lösungsvorschläge des Befragten nur gegen, d.h. im Konflikt mit "der Wirtschaft" durchzusetzen, mittels entsprechenden Drucks sozialer Bewegungen. Auch Aussagen wie "Spiel mit der Wirtschaft" (Z. 1202) oder "die lassen sich nicht verarschen" (Z. 1166) haben die Funktion, den erkannten Ernst der Lage herabzusetzen. Dabei ist es in Wahrheit eben kein Spiel, sondern ein Machtverhältnis und wird an anderen Stellen auch so genannt.

So wie auf der nationalen Ebene die Erpressungsfähigkeit der Monopole und die Passivität der Masse als die wesentlichen Hindernisse für Veränderungen ausgemacht werden, wird im internationalen Zusammenhang militärische Macht als letztinstanzliche Gewalt erkannt, die die Aufrechterhaltung des Bestehenden absichert (Z. 1435ff.). Im Nachgespräch wird das bestehende Weltsystem sogar entgegen aller Tabuisierungen des Begriffs als Imperialismus gekennzeichnet, worin hauptsächlich die USA ihre Interessen rücksichtslos durchsetzen. Dies sei auch deshalb der Fall, weil mit der Auflösung der Sowjetunion und der

Restauration des Kapitalismus in Osteuropa ein Gegengewicht verschwunden sei.

Dann wird plötzlich das scheinbare Gegenteil des resignativen Handlungsverzichts propagiert: "Da kannst du 'ne Weltrevolution machen" (Z. 1413). Das Ergebnis ist allerdings dasselbe: Wenn schon die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung zwecks Reduzierung der Arbeitslosigkeit als unmöglich gilt, wie aussichtslos ist dann erst ein Projekt "Weltrevolution"? Daneben würde es kaum etwas nützen, "die Leute über die Klinge springen zu lassen und das Geld einzusacken". Auf meine diesbezügliche Nachfrage hin wurden in der Rücksprache enorme Gewaltphantasien thematisiert, worin die USA treffenderweise als globaler Gefahrenherd identifiziert werden. Gegenmaßnahmen sind aber nur in gewaltsamer Form vorstellbar. Es wird spekuliert, ob durch ein "Versehen" oder andere diffuse Umstände Atomraketen ehemaliger Sowjetrepubliken (Kirgisien, Kasachstan) "als Gag" gegen die USA zum Einsatz kommen könnten, auch die terroristischen Aktivitäten islamischer Fundamentalisten werden auf ihren "anti-amerikanischen Charakter" hin thematisiert (persönliche Rücksprache mit dem Befragten).

Es sei hier daran erinnert, dass das Interview kurz nach dem Ende des Nato-Krieges gegen Jugoslawien geführt wurde. Die Dämonisierung dieses Landes in der Kriegspropaganda erreichte bei dem Befragten offenbar nicht die beabsichtigte Wirkung. Er weist sowohl auf die gezielte Zerstörung der jugoslawischen Föderation als auch deren einstige Leistung hin, das Zusammenleben verschiedener Völker in einem Staat realisiert zu haben (Z. 1442). Mit einer solchen Erkenntnis ist nicht leicht umzugehen. Die Einsicht in den Aggressionscharakter des Krieges und die Fähigkeit, sich das Leiden der Opfer vorzustellen (Z. 1446) rufen starke Ohnmachtsgefühle hervor. Angesichts der riesigen Zerstörungspotentiale, der Brutalität der Bombenangriffe, aber auch der entsetzlichen Kriegspropaganda ist das Entstehen von Gewaltvorstellungen nur allzu verständlich. Ich halte es nicht für angemessen, hier von einer "Identifikation mit dem Aggressor" o.ä. auszugehen, wie psychologische Analysen dies in ähnlichen Zusammenhängen gerne tun. Unterwerfung oder militärische Gegengewalt sind genau die beiden Handlungsoptionen, welche die Nato-Politik des globalen Interventionismus zur Durchsetzung US-amerikanischer und europäischer Kapitalinteressen der übrigen Welt eröffnet. Länder, die das Pech haben, sich an einem Ort zu befinden, der als für "amerikanische Sicherheitsinteressen" relevant definiert wird, müssen sich entweder bis an die Zähne bewaffnen, oder sich "westlichen Vorstellungen" unterordnen, auf eigenständige Entwicklung verzichten, sich selbst zum Rohstoff-, Arbeits- und Absatzlieferanten multinationaler Konzerne machen, ihre Volkswirtschaft "deregulieren" lassen usw. Gängige Denkweisen reproduzieren genau diese beiden Positionen, entweder die völlige Affirmation ("wir" sind die Guten, die "die Serben" als Teufel vernichten dürfen) oder die Vorstellung von Gegengewalt. Auch wenn sie verständlich ist, kann die widersprüchliche Orientierung des Befragten (vollständige Resignation auf der einen und die Illusion militärischer Gegenwehr auf der anderen Seite) keine ernsthaft vertretbare Position sein. Es sollte weiterhin versucht werden, Initiativen gegen Militarismus und Krieg zu stärken und auf einen Abbau militärischer Bedrohungspotentiale hinzuwirken.

Auch die Einschätzung derzeitiger Oppositionspolitik als "äußerst schwach" wirkt etwas irritierend (Z. 1256), stellt sich doch die Frage, was unter den gegenwärtigen Umständen "gute" oder "schlechte" Opposition bedeuten könnte. CDU und FDP finden an der "wirtschaftsfreundlichen Politik" der Regierung kaum eine Angriffsfläche, was aber vor allem gegen Letztere spricht und zeigt, dass sie die Politik ihrer Vorgänger unter minimalen Veränderungen fortsetzt, wie der Befragte selbst feststellt (Z. 1130ff. u.a.). Eine Forderung nach mehr Opposition von rechts kann also kaum gemeint sein und die PDS, die in vielen Fragen (Krieg, soziale Gerechtigkeit usw.) andere Positionen als Regierung und Rechtsopposition vertritt, kann sich mit ihrem kleinen Stimmenanteil gegen eine großen Koalition von 95 Prozent, der sie sich oft gegenüber sieht, kaum durchsetzen. Auf Nachfrage wird eingeräumt, dass mit "schlechter Opposition" CDU und FDP gemeint gewesen sei, die PDS vertrete zwar inhaltlich annehmbare Positionen, sei aber eine "Zonenpartei" und würde deshalb im Westen nicht akzeptiert (persönliche Rücksprache mit dem Befragten).

Nun kann die Schwäche der PDS im Westen nicht bestritten werden, auffällig ist hier nur wiederum der Umstand, dass dem Wunsch nach klarerer Oppositionspolitik bzw. nach effektiven Veränderungen (mehr soziale Gerechtigkeit, Besteuerung großer Gewinne und Vermögen statt immer weiterer Steuergeschenke usw.) ein resignatives Urteil gegenübersteht, das mit dem Hinweis auf die versteinerten Verhältnisse gesellschaftlicher Strukturen begründet wird und von daher auf eine rationale Analyse zurückgeht (Machtverhältnisse, Bewusstseinslagen, Mehrheiten). Die Analyse selbst kann zwar kontrovers beurteilt werden, sie ist aber im Kern auf die Realität bezogen, während im ersten Interview der Handlungsverzicht

mit "Egoismus des Menschen" u.ä. begründet wurde und die subjektive Lebensproblematik der Befragten, insbesondere das verinnerlichte Konfliktverbot, die Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse maßgeblich beeinflusste. Die sachlichen *Ergebnisse* sind dennoch ähnlich. Hier wird im Verlauf der Rücksprache mehrmals die Grundaussage des Interviews wiederholt und dabei im Wortlaut auf ihren Kern reduziert: "Da ändert sich nichts".

Meine Vermutung, dass sich die pessimistische Sicht des Befragten, die Stillstand und Stagnation betont, sich aber zugleich auf eine rationale Analyse stützt, statt auf übernommene Denkangebote und Konfliktverleugnung, zum Teil in seiner *beruflichen* Situation wurzeln könnte, wurde im Nachgespräch bestätigt. Die Einrichtung, in der er tätig ist, gilt als Vorreiterbetrieb der "Umstrukturierung" im Gesundheitswesen, bei der mit Hilfe von "Beratungsfirmen" eine Ausrichtung nach ausschließlich betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgte: Drastischer Personalabbau, Abteilungsschließungen, Rationalisierung, im Endeffekt die Fließbandisierung der Pflegetätigkeit. Es ging soweit, dass die Arbeitsleistung der Reinigungskräfte von REFA-Leuten mit der Stoppuhr ermittelt, also Taylorismus in Reinform betrieben wurde (dem Absolventen eines Psychologiestudiums an der Universität Bremen klingen in solchen Situationen sofort die organisationspsychologischen Phrasen vom "Paradigmenwechsel" im Ohr, wonach solche Praktiken angeblich längst beseitigt wurden). Als besonders deprimierend wird die Erfahrung beschrieben, dass ehemals besonders aktive Mitarbeitervertreter, die "Umstrukturierung" genutzt haben, "um die Seite zu wechseln" und durch tatkräftige Mithilfe beim Personalabbau auf der "Karriereleiter" eine Sprosse höher zu klettern. So wird der Pessimismus des Befragten am Ende noch etwas näher verständlich, gibt es doch tatsächlich kaum eine entmutigendere Erfahrung als offenen Verrat.

Silvia

Allgemeine Charakteristik des Interviews

Das Interview zeichnet sich durch eine kritische Sicht auf die diskutierten Probleme und Offenheit in der Darstellung aus, wobei insbesondere der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Krise und der persönlichen, durch längere Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Lebenssituation der Befragten thematisiert wird, was die Fähigkeit beinhaltet, sich gedanklich auch der Negativität der Lage auszusetzen. Allerdings wird die Beurteilung der krisenhaften Situation mit dem Hinweis auf andere Länder mit noch schlechteren Verhältnissen wieder relativiert.

Weiterhin wird die Fähigkeit zur Empathie mit Menschen deutlich, die ebenfalls von Arbeitslosigkeit und Sparpolitik betroffen sind. Gängigen Bestrebungen, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger mit Zwangsmaßnahmen und Leistungsentzug noch weiter zu diskriminieren, wird eine klare Absage erteilt, Sozialstaatlichkeit dagegen als historische Errungenschaft gewürdigt. Auch wird die von offizieller Seite behauptete "Alternativlosigkeit" derzeitiger Politik bezweifelt.

Diese im Grundsatz kritische Betrachtung kann jedoch nicht zu einer oppositionellen Gesamtsicht verallgemeinert werden. Die Konflikthaftigkeit des politisch-ökonomischen Geschehens, taucht nur als jeweiliges Einzelereignis, nicht aber als struktureller Zusammenhang auf. Die gesellschaftliche Wirklichkeit kann zwar in ihrer Negativität dargestellt werden, erscheint aber als schicksalhaft. Es wird erkannt, dass Probleme wie Arbeitslosigkeit in den gesellschaftlichen Verhältnisse wurzeln, die Notwendigkeit, innerhalb dieser Verhältnisse zurechtzukommen, erscheint dann aber als rein *individuelle* Angelegenheit, die jeder/jede Einzelne für sich alleine bewältigen muss, und es kann keine übergreifende Handlungsperspektive eröffnet werden, in der das Streben nach einer Verbesserung der persönlichen Lage aufgehoben werden kann.

Der Einstieg: "Studentischer Lebensstandard ohne sich totzuarbeiten"

Die Befragte betont mehrfach, bei der Beurteilung gesellschaftlicher Verhältnisse von ihrer persönlichen Situation auszugehen. Diese ist geprägt durch Langzeitarbeitslosigkeit nach einem abgeschlossenen Studium der Musikpädagogik. Sie beschreibt die Lage als "miserabel" (Z. 1481) und als "Unding" (Z. 1487) und sieht wenig Chancen, in ihren Beruf einzusteigen, da es in Norddeutschland unmöglich sei, eine Stelle

zu bekommen (Z. 1479). Dann erfolgt plötzlich eine überraschende Wende, in der sie erklärt, froh zu sein, in Deutschland zu leben, da in anderen Ländern die Lebensverhältnisse noch schlechter seien. Sie findet es erstaunlich, auch ohne feste Arbeit noch einigermaßen "über die Runden zu kommen, ohne sich totarbeiten zu müssen" (Z. 1523ff.).

Zu diesem Komplex hatte ich einige Nachfragen, in denen es darum ging, was so positiv daran ist, nach dem Abschluss eines Hochschulstudiums den Lebensstandard einer Studentin halten zu können, wo doch normalerweise das Studentenleben geradezu als Inbegriff des vorläufigen Verzichts gilt, der sich dann später auszahlen soll, und man hofft, dass es einem nach dem Studium besser geht. Auch wollte ich wissen, ob man nach einem anstrengenden Studium, in dem man gesellschaftlich nützliche Fähigkeiten erworben hat, nicht auch so etwas wie einen Anspruch darauf hat, eine angemessene Tätigkeit ausüben zu können und ob es nicht auch sinnvoll oder zumindest legitim wäre, einen solchen auch einzufordern.

In der persönlichen Rücksprache im September 1999 erklärte die Befragte dazu, dass es ihr, wie all ihren früheren Kommilitonen bei ihrem Musikstudium um die "Erfüllung eines Traumes" gegangen und dass eine spätere freiberufliche Tätigkeit von vornherein angestrebt worden sei. Auch bei allergrößter Bereitschaft, die Aussagen der Befragten ernstzunehmen, überrascht es im Lichte dieser Eröffnung doch etwas, dass sich fast das gesamte Interview um die Schwierigkeiten dreht, eine Stelle zu finden und ab Z. 1736 um Strategien, mit denen dies zu bewerkstelligen sei. Auch scheinbare Kleinigkeiten überraschen nun im Rückblick. So z.B. die Frage, was so schlimm daran ist, dass die Hochschulen trotz schlechter Beschäftigungschancen "Studenten anlocken" (Z. 1483), wenn es diesen ja doch nur um künstlerische Selbstverwirklichung als Freiberufler geht.

Auch die Maßstabsverschiebungen der Bewertung der eigenen Situation mit dem Hinweis auf das noch schlechter gestellte Ausland weisen in diese Richtung. Die Nachfrage, was es einem für die eigene Situation bringt, wenn man weiß, dass es anderswo noch schlechter ist, wurde dann auch in der Rücksprache mit "Energie tanken" beantwortet, was vielleicht als die Hoffnung interpretiert werden kann, dass hierzulande noch nicht alle sozialen Sicherungssysteme beseitigt, und man in Notfällen auch als freiberufliche Enthusiastin den Verhältnissen gegenüber nicht völlig ausgeliefert sein möge.

Arbeitslosigkeit: "Zu einseitige Arbeitsplatzvernichtung"

Bei der Diskussion über Arbeitslosigkeit im Allgemeinen besticht die nach eigener Aussage gänzlich unpolitische Befragte mit einer präzisen Darstellung der (gescheiterten) neoliberalen Kernthese "mehr Beschäftigung durch höhere Gewinne" (Z. 1577). Das Scheitern selbst wird dann allerdings als eine Art Betriebsunfall verharmlost. Subventionen seien gewissermaßen "versehentlich" zu Rationalisierungszwecken verwendet worden (etwa nach der Devise "gut gemeint, aber dumm gelaufen"). In der Rücksprache erklärte die Befragte, sie hätte über die Hintergründe wirtschaftlicher Entscheidungen bisher nicht genauer nachgedacht, es sei ihr aber im Reflexionsprozess im Zuge des Interviews und dessen Nachbearbeitung klar geworden, dass dort auch in interessengeleiteter Weise gehandelt würde, womit wohl nicht alle Beteiligten immer das Allgemeinwohl im Auge hätten.

Spardebatte: "Kreativität gegen Unkoordination"

In ähnlicher Weise konnte der Vorschlag nach "mehr Kreativität" (Z. 1624) diskutiert werden, mit dem die Befragte den "leeren Kassen" auf den Leib rücken will. Sie fordert, es sollte nicht in erster Linie überlegt werden, wie noch mehr Mitarbeiter einspart werden könnten (Z. 1669), so als sei es eine von konkreten Interessenlagen unabhängige Entscheidung, ob Konzernzentralen Massenentlassungen vornehmen oder nicht. Dabei wäre ihr Beispiel "mehr Kreativität *im Kindergarten*" bestimmt zur Schaffung einiger Stellen geeignet. Wenn dagegen in *Konzernen* "Kreativität" von den Mitarbeitern gefordert wird, geht es freilich genau darum: Den Leuten Kenntnisse aus ihrer Arbeitserfahrung zu entlocken, mit deren Hilfe dann ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Es zeigt sich bei der Diskussion solcher Themen, dass eine gewisse Neigung der Befragten, Denkangebote aus dem Diskurs zu übernehmen in erster Linie ein Informationsproblem darstellt. Wenn man sich nicht sonderlich dafür interessiert, sind ideologische Figuren eben schwer zu durchschauen. Die Befragte ist jedoch nicht persönlich auf die Übernahme solcher

Denkangebote angewiesen und kann sich auf alternative Sichtweisen gedanklich einlassen.

Mißbrauchsdebatte: "Zwangsarbeit würde Arbeitslose bei der Stellensuche behindern"

Im Zusammenhang mit der Mißbrauchsdebatte ist zunächst die differenzierte Sicht der Befragten auf die Problematik (Z. 1717ff.) und die Entschiedenheit ihrer Ablehnung von Zwangsmaßnahmen gegen Arbeitslose hervorzuheben (Z. 1734). Mit ihrer Begründung, Arbeitslose brauchten ihre Zeit für die Stellensuche (Z. 1737), landet sie dann jedoch wieder bei einem sehr individualistischen Erklärungsansatz, wonach jeder und jede Betroffene für sich allein rennen und kämpfen, sich in Praktika bewähren muss (Z. 1748), Beziehungen braucht (Z. 1750ff.) und fantastische Fähigkeiten haben muss (Z. 1773), um überhaupt jemals eine Aussicht auf irgendeine Stelle und auf ein geregeltes Einkommen zu haben. Es zeigt sich hier die Problematik der Bereitschaft, sich auf diskursive Denkangebote einzulassen, auch wenn diese nicht aus zwanghafter Konfliktabwehr o.ä. heraus entsteht, sondern aus einer gewissen Uninformiertheit. In diesem Fall entsteht daraus die Gefahr, sich den herrschenden Vorstellungen nach braven Arbeitslosen anzupassen, die sich von früh bis spät um "Jobs" bemühen und zu allem bereit sind, außer sich gemeinsam gegen den Skandal der Massenarbeitslosigkeit und den ihrer eigenen Marginalisierung und Ausgrenzung zur Wehr zu setzen, wodurch die allgemeine, wie die eigene Situation (für die meisten) natürlich immer schlechter wird.

Gesellschaftlicher Konflikt und subjektive Lebensproblematik: "Das schwarze Loch zieht immer mehr an"

Während dieser Abschnitt bei den Einzeldarstellungen der anderen Interviews großen Raum einnimmt, ist hier bereits das Wesentliche gesagt. Es besteht große Enttäuschung hinsichtlich der allgemeinen Lage, vom Regierungswechsel wurde ein "radikaler Wandel" (Z. 1522) erhofft, der dann aber zu noch größerer Enttäuschung führte. Die Metapher des "schwarzen Lochs" für die alles ansaugenden Monopole (Z. 1161) erinnert zwar an eine "kosmische" Übermacht, gegen die jeder Widerstand zwecklos ist, doch wird anschließend immerhin der Anspruch erhoben, die Reichen und Vermögenden zur Mitfinanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen und der Umstand, dass man (noch) nicht "an die rankommt" bedauert. Am Ende (Z. 1888ff.) erfolgt dann ein ähnlicher Ausblick wie bei Jörgs "Weltrevolution" und Imkes "Glücksextremismus". Hier sind es "Aggressionen", die für den Fall befürchtet werden, dass der Arbeitslosigkeit und der gesellschaftlichen Polarisierung nicht wirksam begegnet wird. Das Gemeinsame liegt darin, dass eine "ultima ratio" jeweils ganz vorschnell geäußert wird, was das Fehlen von Möglichkeiten andeutet, sich unterhalb extremer Handlungsoptionen für eine Verbesserung der Verhältnisse einzusetzen.

IV. Formierte Subjektivität im neoliberalen Kapitalismus

Im nun folgenden Schlussabschnitt sollen die Ergebnisse der psychologischen Bedeutungsanalyse aus Teil II und typische Aussagen aus dem empirischen Material den Ergebnissen früherer kritisch-psychologischer Arbeiten gegenübergestellt werden. Außerdem geht es um eine Bearbeitung der Eingangsfrage nach den Bedingungs-, Bedeutungs- und Begründungszusammenhängen, unter denen sich Menschen in immer schlechter werdenden Lebensverhältnissen einzurichten versuchen. Dabei schlägt sich bereits die Verschärfung der *Bedingungen* selbst in psychologisch bedeutsamen Erscheinungen nieder. Charakteristisch sind teils massive *Existenz- und Zukunftsängste*, *Resignation* und *Fatalismus*. Es stellt sich heraus, dass eine Vielzahl von Denkangeboten aus dem neoliberalen Diskurs individuell reproduziert werden und handlungsleitende Funktion ausüben. Als erstes Ergebnis der Arbeit wird darum eine differenzierende Ergänzung des kritisch-psychologischen Zentralbegriffs, der restriktiven Handlungsfähigkeit vorgeschlagen.

Entfremdete Handlungsfähigkeit

Als Sachthema lag der Arbeit die These zugrunde, dass die sozialstaatliche Absicherung der Massenloyalität mit Sozialleistungen und höheren Löhnen im Zuge der neoliberalen Restauration eines von allen "Beißhemmungen" befreiten Kapitalismus durch zunehmende ideologische Bearbeitung der Menschen ersetzt wird. Mit der Strategie "Bewusstseins- statt Besitzstands-bildung" erfolgt ein verstärkter diskursiver

Zugriff auf gesellschaftliche Bedeutungen und Denkformen und damit auf die Subjekte selbst, die sich im Zuge ihrer Lebenstätigkeit auf die in den Bedeutungen enthaltenen Handlungsmöglichkeiten beziehen und die auf diesem Weg der Einflussnahme auf Denkweisen und Befindlichkeiten bewogen werden sollen, an der Aufrechterhaltung von Verhältnissen mitzuwirken, in denen Eliten und obere Mittelschicht den gesellschaftlichen Reichtum und daraus resultierende Lebensmöglichkeiten zunehmend allein beanspruchen und eine wachsende Zahl von Menschen davon auszuschließen versuchen.

Die Negativität der von Arbeitslosigkeit und Verarmung geprägten Verhältnisse kann und soll nicht verborgen werden. Legitimationsideologische Denkangebote werden zunehmend durch komplementär-ideologische ergänzt, in denen die schlechte Wirklichkeit als "alternativlos" erscheint. Die vom sozialstaatlichen Kompromissmodell abgesicherte Form der restriktiven Handlungsfähigkeit hatte dagegen in vielfältigen Mystifizierungen des gesellschaftlichen Geschehens eine wesentliche Ermöglichungsgrundlage, in denen dessen Widersprüche gedanklich eliminiert oder relativiert waren.

Die Kategorie der restriktiven Handlungsfähigkeit bezieht sich genaugenommen nicht auf Personen, sondern auf Situationen, in denen Menschen handeln und damit auf ein Kontinuum von Handlungsmöglichkeiten, die nicht beliebig, aber insofern "frei" sind, als immer auch anders oder gar nicht gehandelt werden kann. Das Ergreifen von Handlungsalternativen kann in zwei grundsätzliche Richtungen erfolgen: Zur verallgemeinerten Handlungsfähigkeit hin, die auf eine Erweiterung der eigenen Möglichkeiten im Zuge einer Verbesserung der allgemeinen Verhältnisse zielt oder zu noch restriktiveren Formen.

Der neoliberale Diskurs beabsichtigt Veränderungen im letztgenannten Sinn und stellt daher eine Nahelegung *entfremdeter Handlungsfähigkeit als einer Differenzierung der restriktiven Handlungsfähigkeit* dar. Die Menschen sollen sich den herrschenden Bedingungen "freiwillig" unterstellen, obwohl die bisherigen *Begründungen* eines solchen Handelns, der Bezug auf wie auch immer begrenzte materielle Zugeständnisse, zunehmend gegenstandslos werden. Dennoch soll restriktiv gehandelt werden, nunmehr deshalb, weil die herrschende (fremde) Macht dies fordert und zugleich Alternativen verbietet.

Entfremdete Handlungsfähigkeit ist damit *wesentliches Resultat des neoliberalen Politikprojekts zur Wiederherstellung uneingeschränkter Kapitalautonomie*. Die eigene Lebensführung erscheint nur als Auslieferung an die herrschenden Verwertungsinteressen möglich, bis hin zur Unterwürfigkeit gegenüber allem, was von "der Wirtschaft gewünscht wird", selbst wenn dies "unsere Zukunft und die der Kinder" zerstören sollte. Gewählte Regierungen müssen unbedingt "den Lobbys genügen", eine "Umsetzung" des Wählerwillens ist unmöglich, weil das "gegen die Wirtschaftskreise nicht geht".

Zugleich verschärft sich die Kehrseite der Kapitalautonomie, der *Ausschluss der Menschen von der Verfügung über ihre Lebensbedingungen* und dessen fraglose Hinnahme. Wer den "Wünschen der Wirtschaft" nicht entspricht "muss eben sehen, wo er bleibt", denn "wir leben von der großen Macht, die uns Arbeit gibt oder nicht". Deren Vertreter haben ihrerseits "soviel Freiheit, dass 'wir' (wenn wir sie hätten) gar nicht damit umgehen könnten", weswegen ihnen ganz selbst zugestanden wird, über unsere Lebensbedingungen "verantwortlich" zu verfügen.

Wäre eine solche These der unumschränkten Kapitalherrschaft vor einiger Zeit noch mit Hinweisen auf Demokratie und Pluralismus zurückgewiesen worden, wird nun der in vollem Gang befindlichen *Demokratiezerstörung* eine erschreckende Gleichgültigkeit entgegengebracht. Bis vor wenigen Jahren noch Legitimationsgrundlage, ist Demokratie scheinbar wertlos, ist "nur ein Name", eine Fassade, hinter der völlig fraglos "die Lobbys", eine "Parteiendiktatur" oder "das Geld" herrschen. *Die Vorstellung, sich für die (Wieder)herstellung demokratischer Verhältnisse einzusetzen, scheint die fernliegendste Idee der Welt zu sein*. Demokratie, ja politisches Handeln allgemein wird gemäß der Diktion des neoliberalen *Ökonomismus* wahrgenommen: Parlamente sind nicht Orte demokratischer Willensbildung, sondern Arbeitsplätze für Politiker, die bei Wahlen "für sich werben". Alternative Ansätze scheitern, weil sie "schlecht verkauft werden".

Hiermit verwirklicht sich zugleich das neoliberale Ideal der "zweckfreien Ökonomie". Während Profite als sakrosankt gelten, erfolgen *selbstentfremdende Identifizierungen*, wonach *die Armen den Reichen etwas abgeben sollen*: "'Wir' leben auf einem zu hohen Niveau, man muss nicht alles haben, um glücklich zu sein", während es zugleich keineswegs darum gehen kann "Milliardären etwas wegzunehmen". Die Denkfigur "es geht 'uns' schlecht, weil es uns zu gut geht", hat die paradoxe Vorstellung zur Kehrseite, *dass es für uns besser wäre, wenn es uns schlechter ginge*. Die fraglose Verfügung des Kapitals über die gesellschaftlichen Verhältnisse ist im Denken soweit durchgesetzt, dass selbst die Arbeitslosigkeit nur im Zusammenhang mit

von der Kapitalseite organisierten Protesten gegen die Stilllegung von Atomkraftwerken und Rüstungsfabriken kritisiert werden kann. Nur die "existentiellen Sorgen" von Beschäftigten, die von höherer Stelle für opportun erklärt wurden, stoßen auf "Verständnis", während diskursiv bejubelte, weil börsenwirksame Massenentlassungen als "Sachzwang" o.ä. mystifiziert und fraglos hingenommen werden. Insgesamt werden die Menschen dahingehend beeinflusst, sich mit jedem Skandal kritiklos abfinden ("das ganze Leben ist total ungerecht, aber der Sinn kann ja nicht sein, sich zu ärgern"). Sie sollen immer unpolitischer, privatistischer und resignierter, dafür aber "eigenverantwortlich" und "kreativ" werden, *billig und willig* mit Verzichtsmoral, Servilität und völliger Konfliktunfähigkeit.

Damit ist als weitere Funktion entfremdeter Handlungsfähigkeit die Sicherstellung verwertungsgerechten "Humankapitals" angesprochen. Im Versuch der Durchsetzung des neoliberalen Ideals des *allseits verfügbaren Menschen*, erfolgt die Indienstnahme der Individuen für den Verwertungsprozeß und finden die *normativen Menschenbilder* des neoliberalen Diskurses ihre Verwirklichung: Arbeitslose beschäftigen sich pausenlos mit der Arbeitssuche, unbezahlte Praktika werden als "Chance" begriffen, prekär Beschäftigte machen sich Sorgen darüber, wie die "Kreativität in den Unternehmen" verbessert werden könnte.

Entfremdete Handlungsfähigkeit bedeutet weiter die *Entwirklichung* der Lebensrealität, die als unbeeinflussbar wahrgenommen wird, bedeutet die *Enthistorisierung* des gesellschaftlichen und individuellen Bewusstseins, bedeutet die *Entöffentlichung* des Lebens, das nur noch als Privatismus gedacht werden kann.

Mit der Übernahme komplementär-ideologischer Denkangebote, in denen negative gesellschaftliche Erscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit und Armut nicht verleugnet, sondern als "unvermeidlich" oder gar als wünschenswert dargestellt werden, tritt ein Moment auf, worin sich entfremdete Handlungsfähigkeit von der restriktiven unterscheidet. Diese ist in der 'Grundlegung' so konzipiert, dass aus dem Verzicht, die eigenen Interessen im Konflikt mit denen der Herrschenden zu vertreten, die charakteristische Selbstfeindschaft entsteht. Man wird sich selbst zum Feind, indem man im Zuge restriktiver Handlungsfähigkeit gerade die Kräfte stärkt, von denen die Einschränkung der eigenen Lebensmöglichkeiten ausgeht, womit man sich selbst schadet. Da man dies - gemäß dem "einzigsten materialen Apriori der Kritischen Psychologie" nicht bewusst tun kann, müssen alle Anzeichen, die auf die eigene Beteiligung an der eigenen Unterdrückung hindeuten, verdrängt werden. Auf der kognitiven Ebene entsteht *deutendes Denken*, als kognitiver Aspekt der restriktiven Handlungsfähigkeit. Darin werden nicht nur die eigene Beteiligung an der Aufrechterhaltung schlechter Verhältnisse ausgeblendet, sondern die Negativität selbst wird deutend eliminiert.

In den Interviews wie in anderem Material zeigt sich nun etwas anderes: Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird als krisenhaft und bedrohlich wahrgenommen, die Zukunft teilweise äußerst pessimistisch beurteilt. *Entfremdete Handlungsfähigkeit entsteht, indem die restriktive Handlungsoption beibehalten wird, obwohl die Negativität der Verhältnisse, auf die sich das Handeln bezieht, prinzipiell erkannt wird.*

Erinnert man sich, dass deutendes Denken zu den quasi-naturwüchsigen Formen zählte, mit denen die kapitalistischen Verhältnisse mystifiziert werden, wird deutlich, dass neoliberale Diskursinhalte an die Stelle typischer Figuren deutenden Denkens treten. Lautete dessen Maxime bislang "es ist zwar ungerecht, aber immer noch besser als ... , deshalb muss es so bleiben", wird nun behauptet: "Es ist zwar alles ganz schrecklich, aber wir können und dürfen nichts dagegen tun". Die aus dem selbstschädigenden Charakter derartiger Orientierungen hervorgehende Selbstfeindschaft wird natürlich auch weiterhin aus dem Bewusstsein gedrängt, typische Abwehrformen werden sogar verschärft. Insbesondere erfolgt eine emotionale Vergleichültigung gegenüber der schlechten Wirklichkeit ("wer verliert, hat Pech gehabt").

Geht man von einer solchen Zuspitzung restriktiver Handlungsfähigkeit aus, müssen sich auch deren Funktionsaspekte auf der kognitiven und emotionalen Ebene sowie die zwischenmenschlichen Beziehungen in typischer Weise verändern. Tatsächlich kommt es unter dem Einfluss des neoliberalen Diskurses zur Zuspitzung der restriktiven Ausprägungsform der jeweiligen Funktion zu noch fremdbestimmteren Varianten. Deren Analyse ist für eine Psychologie der Entfremdung wichtig, da entfremdete Subjektivität nicht anders auftreten kann, als in Form entfremdeter psychischer Funktionen der Menschen, als entfremdetes Handeln, Denken, Fühlen sowie als entfremdete Beziehungsstruktur.

Es ist an dieser Stelle noch darauf hinzuweisen, dass unter dem Titel "Entfremdete Handlungsfähigkeit" auch ein Aufsatz von W.F. Haug erschienen ist, der die Selbstmobilisierung der Subjekte für herrschende

Interessen analysiert: "Eine Intimsphäre zeichnet sich ab, in der die davon Angesprochenen unermüdlich an sich arbeiten, um zu erfolgreichen Subjekten ihrer Entfremdung zu werden und so über ihre Konkurrenten zu triumphieren." (1991, S. 42).

Neoliberales Einheitsdenken

Wurden in der kognitiven Ausformung der restriktiven Handlungsfähigkeit die negativen Seiten gesellschaftlicher Verhältnisse weggedeutet oder relativiert, können diese nun wahrgenommen werden, ohne dass sich am restriktiven Charakter typischer Handlungsweisen etwas ändert. Dies liegt im Kalkül des neoliberalen Diskurses. Mit fortwährender Krise und ihrer weiteren Verschärfung wird der Erfolg von Versuchen, mit legitimationsideologischen Strategien Zustimmung zur herrschenden Politik herzustellen unwahrscheinlicher. Gerade darum wird ja immer wieder die "Alternativlosigkeit" des jeweiligen Vorhabens betont. Die ständige Verschlechterung der Lebensmöglichkeiten wird eingeräumt, die Menschen sollen sich dennoch damit abfinden. Wie krass die Widersprüche auch seien, die herrschenden Verhältnisse sollen als die "einzig vernünftigen" und die "einzig möglichen" erscheinen. Die verstärkte Wahrnehmung negativer Realitätsaspekte bewirkt keine Veränderung von Denkstrukturen in Richtung auf das dem Deuten gegenübergestellte Begreifen, was ja prinzipiell möglich wäre. Realwidersprüche und vor allem der gesellschaftliche Konflikt bleiben weiterhin ausgeblendet. Die Wirklichkeit wird schlechter und man kann nichts dagegen tun. Das Ungeheuerliche wird gesehen, aber die Ungeheuer werden verleugnet. Mit der Durchsetzung dieser Strategie ist die Basis geschaffen für die Etablierung *neoliberalen Einheitsdenkens*.

Der Begriff entstammt oppositionellen französischen Diskursen ("pensée unique") und meint dort ein Denken, das dem totalitären Anspruch des Marktes entspricht, die Diktatur der Finanzmärkte verherrlicht und deren Kehrseite -zunehmende Massenarbeitslosigkeit und Verarmung - rechtfertigt. "Einheitsdenken" darf freilich nicht allzu wörtlich verstanden werden, Denkalternativen bestehen weiterhin und wer auf die Ökonomie bezogene Angebote des Einheitsdenkens übernimmt, kann dennoch in anderen Lebensbereichen elaborierte und vor allem individuelle Sichtweisen entwickeln oder beibehalten. Dennoch soll mit dem Begriff auf eine von herrschender Seite gewollte und teils auch gelungene Entdifferenzierung hingewiesen werden. Ein Blick auf die Basis dieser Denkform in den *Bedingungen* zeigt die zunehmende Internationalisierung der Ökonomie, die eine nie gekannte *Vereinheitlichung der sozialen Welt* bewirkt ("es ist ja auch kein deutsches Phänomen, es ist ja eigentlich überall so"). Weltweit gleiche Fabriken, gleiche Waren und gleiche Diskurse befördern das Einheitsdenken als vereinheitlichtes Denken.

Einheitsdenken ist verordnetes und entfremdetes Denken als kognitiver Funktionsaspekt entfremdeter Handlungsfähigkeit. Fetischisierte Formen werden auf die Spitze getrieben. So tritt z.B. die Technologie als ausschließlich fremde und feindliche Macht auf, die Arbeitsplätze wegrationalisiert. Dass Technologie auch vergegenständlichte Arbeit ist, wird nur in diesem Kontext gesehen ("dann erfindet man einen Computer, der sich den Arbeitsplatz des Erfinders krallt"). Ein Anspruch, als verallgemeinerte Produzenten über Technologie und Produktion zu verfügen, kann nicht formuliert werden.

Das Einheitsdenken ist für verschiedene gesellschaftliche Gruppen funktional. Es bedient sowohl den *Zynismus* der "Besserverdienenden" wie den *Fatalismus* derer, "die sowieso schon die Verliererkarte haben". Den einen liefert es die Legitimation für rücksichtsloses Konkurrenzverhalten, den anderen die Bestätigung ihres Handlungs- und Konfliktverzichts. Im Einheitsdenken ist die normative Kraft des Faktischen verschärft ("die Arbeitslosenzahlen sind festgeschrieben"). Die im Sinne herrschender Interessen formierten Verhältnisse präsentieren sich als naturgegeben, das diskursiv formierte Denken "weiß" um ihre Unabänderlichkeit ("es ist einfach 'ne Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist").

Die Bezüge auf *gesellschaftliche Bedeutungen* verweisen auf das neoliberale Projekt der Gegenauflärung mit seiner Diskreditierung von Vernunft und der "freiwilligen" Unterwerfung unter die "große Ordnung" mit dem Ziel der *Erzeugung sozialer Inkompetenz* ("wenn ich in die Zeitung gucke, bin ich immer völlig hilflos"). Frappierend ist die Leichtigkeit, mit der dies möglich ist. So genügt offenbar die diskursive Rede von "demographischen Veränderungen", um zu überzeugen "dass das mit der Rente nicht mehr hinkommen kann". Und nicht die anschaulichsten Widersprüche, wie die (mitunter sogar selbst erkannten) astronomischen Summen der Militärausgaben sind dazu in der Lage, die Wirksamkeit der Sparparolen zu

erschüttern. Sofern diesen doch mit Skepsis begegnet werden kann, wie in zwei Interviews der Fall, sind dennoch keine oppositionellen Handlungsmöglichkeiten verfügbar.

Wichtiger Bestandteil neoliberalen Einheitsdenkens ist weiterhin die Reproduktion *euphemisierter Sprachformen* und die Vermeidung tabuisierter Begriffe. Die systematische Zerstörung sozialer Sicherungssysteme wird auch von denen als *"Reform"* gesehen, die von ihnen abhängig sind ("jeder ist dafür, dass gespart wird") und die ihre Enteignung selbst fordern ("alle müssen abgeben"). Zur diskursiv verordneten Entfremdungsfigur der Anspruchslosigkeit zählen auch Formen die sich als "Konsumkritik" o.ä. darstellen, insbesondere wenn Verzichtsmoral lediglich von den Armen gefordert wird ("die Menschen müssen lernen mit weniger Geld zu leben" aber "den Reichen darf nichts vorgeschrieben" und schon gar nichts genommen werden). Massenarbeitslosigkeit wird bereitwillig zum *"Ende der Arbeitsgesellschaft"* mystifiziert ("wir" rationalisieren den Menschen aus der Arbeitswelt). *Diskursiv tabuisierte Begriffe* werden tatsächlich weitgehend gemieden. Dazu zählen nicht nur die jeweils scharfen Formen - wie *Klassenkampf* oder *Profit* - sondern auch deren Vorstufen - wie *"Konflikt"*, *"Machtverhältnis"*, *"Kapital"*, *"Gewinn"*, *"Interessen"* usw. (eine Ausnahme bildet möglicherweise der Begriff *"Kapitalismus"*, der - nachdem er lange Zeit verschämt zur "Marktwirtschaft" verniedlicht wurde - nun offenbar akzeptabel gemacht werden soll).

Als verschärfte Form der typischen Denkfigur restriktiver Handlungsfähigkeit wurde herausgestellt: *So wie es ist, ist es schlecht und es muss noch schlechter werden damit es nicht noch viel schlechter wird.* Dem ist die Variante hinzuzufügen: *... und es darf auch nicht besser werden, jedenfalls nicht durch eigenes Handeln, sondern nur als ein von oben gewährter Gnadentakt* ("ich hoffe, dass eine große Umverteilung stattfinden wird, aber ich glaube nicht, dass es geschehen wird").

Auch die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung wird im neoliberalen Einheitsdenken fatalistisch hingenommen ("man ist eben entweder ganz reich oder ganz arm"). Der *Zusammenhang von Armut und Reichtum* darf freilich nicht thematisiert werden, geschieht dies dennoch, erfolgt mitunter regelrechtes Erschrecken ("die Banken werden auf Kosten der Armen noch mal extra reich, *aber mit Wirtschaft kenn' ich mich nicht aus*").

Weitere "vereinheitlichende" Denkangebote der fremden diskursiven Macht und Beispiele ihrer individuellen Reproduktion: *Die Opfer sind schuld* ("Arbeitslose haben zu hohe Ansprüche"), *wer Sozialhilfe bezieht, ist nicht arm* ("junge Leute können mit wenig Geld sehr gut leben"), *in Deutschland wird auf hohem Niveau gejammert* ("und dann noch motzen, wenn man zum Amt gehen kann und Geld bekommt"), *den Gürtel enger schnallen* ("es kann nicht so weitergehen mit Wohlstand"), *wer verliert, denkt falsch* ("das liegt auch an ihrer eigenen Schwerfälligkeit, das ist 'ne Frage der Einstellung"), *Arbeit jeder Art annehmen* ("saisonmäßig für wenig Geld Spargelstechen"), *froh sein, dass man überhaupt Arbeit hat* ("in anderen Ländern ist das Lohnniveau noch niedriger"), *alles steht demjenigen offen, der sich für nichts zu schade ist* ("ich verfolge meine Ziele auch äußerst zielstrebig"), *Ungleichheit ist nötig* ("Milliardäre tragen viel Verantwortung, sie schaffen Arbeitsplätze auch wenn's nur Steuerabschreibungen sind"). Sofern neoliberales Einheitsdenken durchgesetzt werden kann, ist weitgehend sichergestellt, dass das Handeln der Menschen im Interesse der "fremden Macht" und damit ihre Positionierung gegen sich selbst erfolgt.

Emotionale Vergleichgültigung und Resignation

Als weiteren Funktionsaspekt restriktiver Handlungsfähigkeit hatte die Kritische Psychologie die Verinnerlichung der Gefühle als kapitalismustypische Erscheinungsform der Emotionalität herausgearbeitet. Darin ist die handlungsleitende Funktion der Gefühle weitgehend suspendiert, weil der restriktive Handlungsrahmen nicht überschritten werden darf. Der Zusammenhang von negativer Befindlichkeit und gesellschaftlicher Situation kann nicht hergestellt werden, weil dies die widerspruchsbeseitigenden Ergebnisse deutenden Denkens, denen zufolge es einem ja "gut" gehen müsste, in Frage stellen würde. Damit wiederum wäre die Verdrängung der Selbstfeindschaft und die Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit gefährdet. Mit der Verschärfung der restriktiven zur entfremdeten Handlungsfähigkeit tritt auch hier eine veränderte Situation ein. Die gesellschaftliche und individuelle Lage wird als negativ erkannt, als solche emotional bewertet und dennoch wird weiterhin im restriktiven Sinne gehandelt. Die negative emotionale Wertung kommt als schwere Verunsicherung zum Ausdruck. Sie schlägt sich in Widersprüchen nieder ("die Lage ist ganz bedrohlich weil wir tausend Kriege vor der Haustür haben, aber ich hab' nicht so

sehr Bedenken"), wird als Zukunftsangst erlebt ("wenn man Familie hat, sind es ja immer die existentiellen Sorgen") und tritt vor allem als tiefgreifende Vergleichgültigung der Menschen auf, die sich subjektiv als *Resignation* zeigt ("alle unter 40 haben sowieso schon die Verliererkarte"). Die subjektive Funktionalität vergleichgültigter Gefühlslagen besteht darin, in Verhältnissen leben zu können, deren negative Seiten zwar nicht mehr geleugnet, deren "Alternativlosigkeit" aber dennoch nicht infrage gestellt werden kann. Obwohl die Gegenwart schlecht ist und die Zukunft finster erscheint, bleibt das Arrangement mit der Macht unangetastet.

Dieser Umstand, dass trotz der Einsicht in die Negativität der Verhältnisse nicht gehandelt werden kann, hat zur Konsequenz, dass die Emotionen selbst - obwohl sie zunächst der Situation angemessen sind - zugleich zurückgenommen und unengagiert wirken. So können teils enorme emotionale Mobilisierungen ("mir tun die Kinder leid weil wir ja schon keine Zukunft haben - auf alles bezogen, politisch, Natur, Umwelt") nicht handlungsleitend werden, weil dem schon auf der Ebene des Denkens ein Konfliktverbot entgegensteht. Dadurch erscheint die riesige Sorge um die Zukunft zugleich ambivalent. Es zeigt sich die Intensität, mit der die fremde Macht der neoliberalen Verhältnisse und Diskurse auch intimste Bereiche des Lebens formiert und noch die Beziehungen zwischen Mutter und Kind mit verordnetem Fatalismus vergiftet. Emotionale Vergleichgültigung wird damit zu einer besonders krassen Erscheinungsform der Entfremdung, indem gerade die Gefühle, die eine besondere zwischenmenschliche Verbundenheit begründen sollten, in ambivalente Mischungen aus Zuneigung, Abhängigkeit und Schuld verkehrt werden - weit über das Maß hinaus, das vielleicht auch unter besseren Bedingungen nicht immer vermieden werden könnte.

Mit Blick auf die weiter oben durchgeführten Diskursanalysen fällt die Parallele zum Grundanliegen der Schüller'schen "Zukunftsdiabe" auf, wonach "die Jugend schon verloren (die 'Verliererkarte') hat, bevor sie an den Start gegangen ist" und sich mehrheitlich damit abfinden soll. Die Resignation ist in interessen geleiteter Weise verordnet. Die neoliberalen Wunschträume, wie sie in Schüllers Buch prototypisch propagiert werden, treten tatsächlich als entfremdete Denkfiguren und Befindlichkeiten auf: Das Ausspielen der Alten gegen die Jungen, der Schuldvorwurf an die "Lobbys", die alle gleichwertig sind und alles blockieren, die scheinbare Aporie und vor allem der resignative Verzicht auf jede Gegenwehr. Die Energie der Menschen soll im Kampf um das rein individuell zu bewerkstellende Überleben aufgebraucht werden, wobei Millionen an den Rand gedrängt werden und sich dennoch loyal verhalten sollen. Dieser Prozess ist bereits soweit fortgeschritten, das man sich teils gar nichts anderes mehr vorstellen kann ("jeder versucht halt irgendwie noch ein Bein an den Boden zu kriegen und wer das nicht schafft, wird dann eben zu dem großen Rest gehören").

Neben der Resignation gibt es noch eine andere Erscheinungsform vergleichgültigter Emotionalität, die sich vor allem durch ein hohes Maß an Aggressivität auszeichnet. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Not anderer verbindet sich nicht mit resignativem Verzicht auf eigene Ansprüche, sondern mit der aggressiven Durchsetzung eigener Interessen. Einschlägige Untersuchungen kennzeichnen diese Formen als *Wohlstandschauvinismus*. Im empirischen Material dieser Untersuchung findet sich davon kaum etwas, da die Stichprobe klein ist und sich zudem auf Menschen aus der sog. Mitte beschränkt, während wohlstandschauvinistische Positionen als typisch für Personen mit dezidiert rechten Orientierungen gelten. Diese konnten hier nicht berücksichtigt werden, so dass auf die entsprechende Literatur verwiesen werden muss.

Held u.a. beschreiben Wohlstandschauvinismus als eine typische Haltung junger "Modernisierungsgewinner", meist männlicher Personen mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau und guten Berufsaussichten. Es ist die Orientierung der Aufsteiger, die sich selbst als künftige Führungskräfte sehen. Von zentraler Bedeutung ist die Identifizierung mit dem Leistungsprinzip, mit dem Glauben, dass "alles demjenigen offen steht, der sich für nichts zu schade ist". Nach dem Muster des individuellen Aufstiegs durch Leistung werden auch das gesellschaftliche, ja globale Verhältnis von Armut und Reichtum gesehen: "Die, die schließlich 'oben' sind, sind in aller Regel deshalb 'oben', weil sie etwas geleistet haben. Mit anderen Worten, sie haben es verdient, 'oben' zu sein. Die anderen haben es durch eigenes Verschulden nicht 'geschafft'" (1992, S. 20). Innerhalb des vorliegenden Argumentationszusammenhangs kann Wohlstandschauvinismus leicht in die Resultate neoliberaler Ideologieproduktion eingeordnet werden. Er geht zurück auf Hayeks Ideal der Durchsetzung des Überlegenen unter Verdrängung aller schwächeren Konkurrenten und wird begleitet vom typischen Zynismus, wie er in Abschnitt II dargestellt wurde. *Wie der*

Fatalismus als typische Denkfigur verordneter Resignation gelten kann, verkörpern wohlstandschauvinistische Haltungen die individuelle Reproduktion des diskursiv nachgelegten Zynismus.

Auf der Diskursebene findet sich die chauvinistische Orientierung in allen sozialstaatsfeindlichen Positionen der Spar- und Missbrauchsdebatten, die als Verkörperung der Denkfiguren "wer verliert hat eben Pech gehabt" oder gar "die Opfer sind schuld" geführt werden. Im vorliegenden empirischen Material wird zwar die aggressive Form, werden Diskriminierung von Arbeitslosen und Zwangsarbeit abgelehnt - ein Klima der härtesten Härte möchte man nicht haben - die entsprechenden Entwicklungen können aber nur als Katastrophe erlebt und nicht als Konflikt begriffen werden. Etwas dagegen zu tun, ist gänzlich unvorstellbar, womit man faktisch doch bei resignativer Zustimmung landet. Verbale Ablehnung und praktische Unparteilichkeit halten die Zerstörung des Sozialen nicht auf. Obwohl man die gegenwärtige Entwicklung beängstigend findet, schwimmt man dennoch mit dem Strom der verordneten Passivität. Es ist zu befürchten, dass der Handlungsverzicht weitere Abwehrformen entstehen lässt, die immer mehr Anpassungs- und Duldungsprozesse ermöglichen. Hiermit ist die Verbindung von vergleichgültiger Emotionalität zu spezifischen Beziehungsformen angedeutet, die unter dem Einfluss der diskursiven Mentalitätsveränderung auftreten. Die resignative Ausprägung der Vergleichgültigung führt über die Zwischenstufe der Entpolitisierung zu noch weiterer Isolation und Vereinzelung, ihre aggressive Form gibt die Basis für die massenhafte Ausgrenzung von Menschen ab.

Ausgrenzung als Normalität

Als wesentliches Entstehungsmoment kapitalismustypischer Beziehungsformen war deren Konkurrenzhaftigkeit genannt worden, der jedoch auch gegenteilige Orientierungen gegenüberstanden, die nun zunehmend zerstört werden. Massenarbeitslosigkeit bewirkt Entsolidarisierungsprozesse großen Umfangs und zwingt den Menschen Existenz- und Zukunftsängste auf. Besonders diejenigen, die überhaupt noch nicht in die Berufstätigkeit hineingelangt sind, finden sich in einem ständigen Wettrennen wieder ("was in erster Linie heutzutage wieder zählt, das sind die Beziehungen, denn es gibt 'ne große Auswahl an Arbeitslosen"). Die Unsicherheit der eigenen Lebenssituation und die Fixierung auf die ständige Arbeitssuche setzen die Kritikfähigkeit herab. Trotz schlechter Lage und katastrophaler Perspektiven kann lediglich Phänomenkritik geäußert werden, die sich zudem um die Befürchtung zentriert, beruflich zu scheitern. Konkurrenzförmige Beziehungen werden dagegen als fraglose Faktizität bis in alle Zukunft projiziert ("es wird immer mehr zur Ellenbogengesellschaft werden").

Vielfach kommt es zu der Erfahrung, dass *Riesenanstrengungen unternommen werden müssen, nur um überhaupt eine Chance zu haben*, ohne dabei zu wissen, ob sich jahrelange Ausbildungen samt damit verbundener Verzichtleistungen überhaupt je lohnen werden. Der Zwang, immer wieder, oft über Jahre als Bittsteller übermächtigen Instanzen gegenüberzutreten, von deren "Ja" oder "Nein" die eigene Zukunft mit allen Lebensansprüchen abhängt, der Zwang, auf sich allein gestellt und in Gegnerschaft zu allen anderen unbedingt Erfolg haben zu müssen, verhindert solidarische Zusammenschlüsse. Die eigene Existenz und alle Beziehungen können nur als privatistische Beziehungen vereinzelter Einzelner gedacht werden, die Gesellschaftlichkeit des Individuums ist negiert.

Anti-gesellschaftliche Menschenbilder dienen der legitimierenden Absicherung von Resignation und Handlungsverzicht ("die Welt ist schlecht, weil der Mensch egoistisch ist"; "wer viel hat will immer mehr haben"). Treffen solche Denkangebote auf verunsicherte Menschen in prekärer Lebenslage oder Arbeitslosigkeit, entstehen ausweglose Situationen der Isolierung, in denen - subjektiv gesehen - die Alternative des Zusammenschlusses tatsächlich nicht existiert. Ergebnis sind - aus der Kapitalperspektive - "disziplinierte Arbeitslose", die sich scheinbar in ihr Schicksal fügen, während es sich in Wahrheit bei der "Disziplin" der Betroffenen oft um Schuldgefühle handelt, um die "Pathologie des Selbstvorwurfs" (Lichtman, 1990, S. 343). Es darf nicht im verallgemeinerten Sinne gehandelt werden, der Konflikt darf nicht benannt werden, Kapitalinteressen dürfen nicht beim Namen genannt werden, es bleibt nur die eigene Schuld als mögliche Ursache. Aus "des Glückes Schmied" wird ein Schmied des Versagens. Die Menschen müssen den tabuisierten Konflikt als subjektive Verkapselung des realen Widerspruchs in sich selbst austragen, heimgesucht von ständigen Selbstzweifeln, mit angegriffenem Selbstwertgefühl und immer neuen

Rationalisierungen der immer weiter reduzierten Lebensansprüche ("ich bin froh, dass ich als arbeitslose Akademikerin den Lebensstandard einer Studentin halten kann, ohne mich totzuarbeiten"; "ich bin heilfroh, als Arbeitslose in Deutschland leben zu dürfen, weil es anderswo noch schlechter ist"). Am Ende steht die Hoffnungslosigkeit der eigenen Ausgrenzung. Der jahrelange Verbleib in prekären Lebenslagen ohne sichere Perspektive verfestigt Abhängigkeiten (um Arbeit betteln, ständig fremde Hilfe benötigen) und befördert Entfremdungsprozesse, die vom Zwang zur Selbstkorrumpierung noch verstärkt werden (sich anbieten, sich mit den Augen der Bosse sehen, Falschheit und Affektiertheit kultivieren müssen).

Die Beziehungen zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden werden vergiftet von Misstrauen ("wer arbeitslos ist, denkt falsch; die, die richtig denken fahren beim Pizza-Blitz oder stechen Spargel"). Der auf alle Lebensbereiche übertragene *Ökonomismus* kolonisiert auch die Beziehungen. Menschen werden per Rationalisierung ganz selbstverständlich aus ihrer Existenz gedrängt ("weil der Mensch mehr kostet und störanfälliger ist").

Auf internationale Verhältnisse bezogen spitzen sich ausgrenzende Orientierungen zum Ethnozentrismus zu, dessen aggressive Variante nach dem Muster wohlstandschauvinistischer Denkformen funktionieren. Der Zusammenhang zwischen dem Reichtum der einen und der Armut der anderen wird ausgeblendet. Auch wenn aggressive Positionen vermieden werden, muss die eigene Unterstützung herrschender Politik, die die internationale Ausbeutung betreibt, verdrängt werden, um sich von der Mitverantwortung für die Situation der Betroffenen zu entlasten. Unbewusst gemachte Schuldgefühle provozieren die Verklärung auch bitterster Armut zur "Naturnähe", "Selbstversorgung" o.ä. Es entstehen ausgrenzende Denkfiguren, obwohl offene Ausgrenzung kritisiert wird.

Das Blickverbot auf die Berge des Reichtums einer Minderheit, das mit der diskursiven Rede vom "*Sozialneid*" verordnet wird, ist weitgehend verinnerlicht. Die Verzichtsmoral geht soweit, dass von "Menschen, die einen Videorekorder besitzen" ob dieses mindestens 200 Mark teuren Luxusgeräts völlige Anspruchslosigkeit in allen anderen Bereichen gefordert wird, während zugleich der tatsächliche Luxus von Milliarden sakrosankt ist ("es geht nicht darum, denen das wegzunehmen, weil ich das alles haben will"). Die Beraubten "solidarisieren" sich mit den Räubern gegen sich selbst und ihresgleichen.

Die *ausgrenzende Beziehungsform ist die Zuspitzung der Instrumentalbeziehung*. Trotz gegenteiliger Beteuerungen wird die Ausgrenzung aller Nicht-verwertbaren, wenn nicht aktiv betrieben, so doch akzeptiert. Die Vorstellung massenhafter Ausgrenzung von Menschen ist unangenehm und doch alltägliche staatsrassistische und personalverschlanke Praxis. Das Asylrecht ist praktisch abgeschafft, Verfolgte werden rigoros abgeschoben, oft in Folter und Tod. Vollständige Kapitalautonomie ist fast wiederhergestellt, die Konzerne nutzen sie, um alle Betriebsteile, die den "Anlegern" keine Spitzenrenditen beschere, zu eliminieren und die dort Beschäftigten aus ihren Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu vertreiben. Ein Bleiberecht für Flüchtlinge wird von großen Koalitionen der "Realpolitik" nicht freiwillig eingeräumt werden (sie sind ja so froh, dass sie es gleich nach ihrem Sieg in der Systemkonkurrenz endlich abschaffen konnten) und ein Recht auf Ausbildung, Arbeit und Einkommen gibt es nicht "im Konsens mit der Wirtschaft". Das Eintreten für menschliche Verhältnisse wäre nur im Konflikt mit herrschenden Instanzen zu haben und gerade dies gilt es formierter Subjektivität um jeden Preis zu umgehen.

Angstkonservatismus

Angesichts der nicht mehr zu verbergenden, bedrückenden Realitäten des neoliberalen Kapitalismus entsteht neben Existenz- und Zukunftsängsten auch der Wunsch nach Veränderung ("dass die Menschen zur Vernunft kommen und eine große Umverteilung einsetzt"). Es kann jedoch mehrheitlich kaum etwas getan werden, um entsprechende Ansätze zu unterstützen weil Veränderung Konflikte zur Voraussetzung hätte und deren Vermeidung die oberste handlungsleitende Prämisse darstellt.

Zukunftsängste, Veränderungswünsche und gleichzeitige Konflikt- und Handlungsverbote bilden die Angelpunkte eines angstkonservativen Massenbewusstseins als dem "dynamischen" Aspekt entfremdeter Handlungsfähigkeit und Ursache von Resignation und emotionaler Vergleichgültigung.

Angstkonservatismus kann entstehen, obwohl die materielle Absicherung restriktiver Handlungsfähigkeit in Form eines bescheidenen Massenwohlstands zunehmend beseitigt und dies in der Wahrnehmung der Betroffenen nicht einmal deutend eliminiert, sondern prinzipiell erkannt wird. Auch Demokratie scheint als

Legitimationsgrundlage diskreditiert ("gibt es nur in Theorien"), ohne dass deswegen die Verhältnisse in Frage gestellt würden. Die TINA-Parole verfängt, obwohl man sich weder auf "Demokratie" noch auf ein sozialstaatliches Kompromissmodell beziehen kann. Der neoliberale Diskurs gelangt damit ans Ziel. Selbst wenn sein asozialer Charakter erkannt und Veränderungen befürwortet werden, erfolgt kein widerständiges Denken, sondern die resignative Schlussfolgerung, "dass 'das' ja noch nie irgendwo auch nur irgendwie geklappt hat".

Legt man auch diesen Denk- und Handlungsweisen das "einzig materiale Apriori der Kritischen Psychologie" zugrunde, dass niemand bewusst seinen Interessen zuwider handeln kann, erklärt sich der befremdliche Fatalismus. Man sieht die Bedrohung, kann aber nichts dagegen tun, "muss" sich eben anpassen und "rationalisiert" dies als Einsicht in die vermeintliche Schicksalhaftigkeit der Verhältnisse ("es ist einfach 'ne Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist"). Im Ergebnis bleiben die Ausgangsprobleme unangetastet oder werden gar befestigt. Selbstfeindschaft und Schuldgefühle werden vom neoliberalen Diskurs mit seiner ständigen Diffamierung der Opfer noch verstärkt. Die Beteiligung an der Besiegelung der eigenen Zukunftslosigkeit muss noch stärker abgewehrt werden und es entsteht eine fatalistische Systemkonformität, auch wenn die Verhältnisse scheinbar "kritisch" dargestellt werden. Die "selbstentfremdende Identifizierung mit herrschenden Interessen" (vgl. Einleitung) ist damit Teil nahegelegter Konfliktabwehr: Man vermeidet oder reduziert Angst, Scham- und Schuldgefühle, die aus dem selbstschädigenden Arrangement mit der Macht resultieren, indem man gegenteilige Lebensansprüche verleugnet, lächerlich macht, oder für sinnlos erklärt. Auch zur eigenen Unterwerfung gibt es dann scheinbar "keine Alternative" und die bestehenden Verhältnisse werden als unüberschreitbar mystifiziert ("weil der Mensch nicht weit genug ist; immer zuerst an sich denkt").

Eine weitere Verschärfung der Situation erfolgt durch die Vorgabe normativer Menschenbilder bei gleichzeitiger Sicherstellung des Umstands, dass das präsentierte Ideal von Vielen nicht erreicht werden kann. Arbeit gilt als Norm und Existenzbedingung, die Wahrnehmung demokratischer Rechte dagegen als überflüssig, sinnlos, als Sache von bezahlten Profis oder von Spinnern. Massenarbeitslosigkeit sorgt dafür, dass Millionen Menschen dem normativen Ideal nicht entsprechen können und die Diskreditierung politischen Handelns stellt sicher, dass sich die Betroffenen selbst als Schuldige sehen und hunderte von Bewerbungen schreiben, Trainingskurse absolvieren und überhaupt alles zu unternehmen bereit sind, außer sich in Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften oder oppositionellen Parteien zu organisieren, die bei entsprechender Stärke allein in der Lage wären, die Situation tatsächlich zu verändern. Angstkonservatismus entspricht damit der normativen Vorstellung der neoliberalen Ideologie, wonach die Menschen - von "Leistungsträgern" und "Symbolanalytikern" abgesehen - ein Leben in Demut gegenüber der "großen Ordnung" und den Anweisungen herrschender Instanzen führen sollen.

Angstkonservative Orientierungen sind für verschiedene Lebenslagen funktional. Arbeitslose, Arme und Menschen, die in der Gefahr stehen, zu solchen zu werden können damit die Angst vor Ausgrenzung, die Selbstfeindschaft und das Wissen um die Mitwirkung an der eigenen Unterdrückung verdrängen und die Hoffnung aufrechterhalten, dass ein einigermaßen gutes Leben mit Anpassung doch noch zu erreichen sei, während Angehörige der Eliten, "Besserverdienende" usw. unter leichtem Bedauern über die "Unvollkommenheit der Welt" das Wissen um ihre aktive Mitwirkung an der Unterdrückung anderer und daraus evtl. resultierende Schuldgefühle verleugnen können.

Sprachlich zeigt sich das Konfliktverbot neben den typischen Begriffstabuisierungen darin, dass über Herrschaftsausübung nur abstrakt und im Passiv gesprochen werden kann ("es' geht nach dem, was Geld bringt für die, die Geld haben"; "wir müssen machen, was da *gewünscht wird*"). Interessen erscheinen als "Sachzwang", wie bei Schüllers "Gesetzen der Monetik, ob wir das wollen oder nicht" (s.o.). Während die tatsächliche Macht nicht benannt werden kann, werden im Zuge der Übernahme diskursiver Denkangebote - die z.B. behaupten, die "Rentnerlobby" sei schuld an der Jugendarbeitslosigkeit - die Ohnmächtigen zu herrschenden Kräften stilisiert. Frappierendes Beispiel war die Überzeugung, eine Reduzierung der Militärausgaben oder ein Ausstieg aus der Atomenergieproduktion würde aus Rücksicht auf die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten unterbleiben und nicht etwa aufgrund der Profitinteressen der Konzerne, die diese infolge ihrer ökonomischen Macht auch politisch durchzusetzen vermögen. Die Formierung angstkonservativer Subjekte verläuft subtil. Als Zuspitzung deutendes Denken, das sich selbst nicht als gesellschaftliche Denkform erkennt, weiß sich auch neoliberales Einheitsdenken nicht als ein

ideologisch formiertes.

Der Blick auf das Extrem, auf die Leiden von Menschen, die Opfer unmittelbarer Repression wurden, zeigen das psychologische Prinzip, nach dem - in abgeschwächter Form - auch "normale" Herrschaftsausübung erfolgt. Diese "dringt gewaltsam in die psychische Welt ein, etabliert sich als verinnerlichtes System von Kontrollen, Hierarchien und Überwachungen, als Struktur des Subjekts. Dies ist vielleicht die (...) verschleiertste Form der Macht. Sie prägt sich dem Inneren ein und wird in ihm verborgen. Sie wird zur tyrannischen Instanz, die lautlos wirkt" (Amigorena/Vignar, 1979, S. 610)

Das mittels offener Unterdrückung, dem stummen Zwang der Verhältnisse oder der diskursiven Bearbeitung aufgenötigte entfremdete Handeln korrumpiert die Menschen und sorgt zugleich dafür, dass seine Herkunft unkenntlich bleibt: "Die Übernahme der herrschenden Ideologie der liberalen Gesellschaft (verschleiert) die Machtstrukturen. Die tyrannische Instanz (...) sanktioniert das freie Denken und Handeln, und die Interessen, die sie verteidigt, sind weder die des Patienten noch der Gemeinschaft, sondern die der herrschenden Klasse" (ebd. S. 612).

Die tyrannische Instanz des neoliberalen Kapitalismus ist die allgegenwärtige stumme Androhung des ökonomischen Untergangs und sozialen Ausschlusses. Sie wird nicht von bewaffneten Straßenposten aufrechterhalten, sondern von der normativen Kraft des Faktischen und seiner diskursiven Überhöhung, die noch die eigene Unterwerfung unter die herrschenden Interessen als selbstgewählt und selbstgewollt erscheinen lassen. Die Schutzgelderpresser können auf diese Weise im Hintergrund bleiben und sich den Anschein der Korrektheit geben. Vor allem aber können sie sich als Retter und Beschützer präsentieren und weiteren Tribut fordern, mit der Begründung, es werde alles gut, wenn ihnen nur erst die ganze Welt zu Willen sei.

In der Formierung einer angstkonservativen Massenverfasstheit, dem Implantieren einer tyrannischen Instanz, die die Menschen dazu bringt, ihre eigenen Lebensansprüche für anstößig zu halten, und letztlich bei der Zerstörung ihrer Zukunft mitzuhelfen, bewahrheitet sich ein weiteres Mal Horkheimers Satz "wer nicht vom Kapitalismus reden will, soll auch vom Faschismus schweigen." Nein, es gibt derzeit keine Konzentrationslager in Deutschland, es gibt nur eine erdrückende Massenarbeitslosigkeit, die in Millionen Menschen die Angst wachhält, morgen selbst zu den Ruinierten zu gehören und ihnen nahelegt, nur keinen Schritt vom Vorgegebenen abzuweichen, bloß in möglichst jeder Hinsicht den Vorstellungen derer zu entsprechen, von deren Wohlwollen die eigene Zukunft abzuhängen scheint. Und es gibt die wohldosierte Bekanntgabe herrschender Zukunftspläne, die verkünden, dies sei erst der Anfang, man wolle im Interesse der Renditen eine Arbeitslosenquote von 80 Prozent, oder in den Worten des Daimler-Chrysler Vorsitzenden: "Die Schwachen müssen sich verändern oder sterben." Und: "Es gibt keinen Weg, uns aufzuhalten."

Überleben erscheint vielfach nur als Unterwerfung möglich und das Peinliche und Unerträglichkeit der Unterwerfung wird mit Fatalismus zugedeckt, mit extremistischen Denkfiguren, in denen suggeriert ist, unterhalb absoluter Gleichheit ("wo alle Menschen glücklich sind und alle gleich viel haben") sei alles gleich schlecht und es "lohne sich nicht", für Verbesserungen einzutreten. Weiterhin mit Alles-oder-Nichts-Thesen ("unterhalb einer 'Weltrevolution' gibt es keine Veränderungsmöglichkeiten"). Schließlich mit teils extremen Formen der Verzichtsmoral ("als Musiker macht mir Arbeitslosigkeit nichts aus"; "Milliardären geht es gegenüber bettelarmen Menschen nur materiell besser, aber nicht von der Art, wie sie im Leben stehen").

Den Gipfel fatalistischer Realitätsabwehr markieren Behauptungen, nach denen eine bevorstehende Weltzerstörung als unausweichlich gilt. In dieser extremistischen Denkform wird paradoxerweise die Notwendigkeit jeder Veränderung zuerst bestritten, mit dem typischen Hinweis, man solle doch besser "bei sich selbst anfangen" o.ä. Wer dann auf reale Gefährdungen und die Notwendigkeit eingreifenden Handelns insistiert, sieht sich plötzlich mit der These konfrontiert, der Untergang sei infolge einer "zerstörerischen menschlichen Natur", "Egoismus" o.ä. sowieso nicht aufzuhalten. Man erkennt, worauf es hinter vorgeschobenen Begründungen ankommt: Es kann und darf nicht in einer Weise gehandelt werden, die Etablierte und Etabliertes infrage stellt. Angstkonservative Abwehrfiguren verkörpern damit eine neue Stufe entfremdeten Denkens. Auf dem einen Pol steht der traditionelle "sozialdemokratische Automatismus an sich, als Aberglaube an eine Welt, die von selber gut wird" (Bloch, 1959, S. 168). Ist dieser dann aufgrund bedrückender gesellschaftlicher Realitäten nicht mehr zu halten, kippt die Weltsicht in die globale Resignation. "Was ist schon ein Weltuntergang gegen die Anstößigkeit oppositionellen Handelns", lautet die Maxime einer angstkonservativen "Mitte", die sich eher einem entsetzlichen Fatalismus hingibt, als einen

widerständigen Gedanken zu wagen.

Bleibt die Hoffnung, dass die Befangenheit in der verordneten Resignation nicht ewig dauern wird. Selbst in den repressivsten Verhältnissen finden sich Menschen, die zum Widerstand in der Lage sind: "Der Rebell ist derjenige, der das Spiel der Macht aufdeckt. Es besteht darin, dass die Mächtigen durch List herrschen. Die Kategorien Unterwerfung-Beschützung dienen dabei als Köder. Wenn man sich auflehnt, entdeckt man den Unterwerfungsköder" (Amigorena/Vignar, 1979, S. 616). Einstweilen gewährleisten die Denkgifte der neoliberalen Ideologie noch das Funktionieren dieser Macht-List. In Anbetracht sich radikal verschärfender Widersprüche ist die Entwicklung von Gegenmitteln wichtiger denn je.

Literaturverzeichnis

- Adolphs, S./Hörbe, W./Karakayali, S. (1998): Globalisierung als Schule der Nation. In: Kellersohn, H./Buntenbach, A./Kretschmer, D. (Hg.): Ruck - wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg, S. 98 - 119
- Adorno, Th. W. (1951): Minima Moralia. Frankfurt am Main
- Altwater, E. (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution. Prokla, Heft 44, S. 5 - 23
- Altwater, E. (1997): Pyramiden aus Papier. Neues Deutschland vom 1.11.1997, S. 1
- Altwater, E./Mahnkopf, B. (1996): "Da hilft nur noch Entschleunigung". TAZ vom 4.9.1996, S. 18 - 19
- Altwater, E./Mahnkopf, B. (1997): Grenzen der Globalisierung. Münster
- Amigorena, H./Vignar, M. (1979): Zwischen Außen und Innen: Die tyrannische Instanz. Psyche, Heft 33, S. 610 - 619
- Aumann, G./Wagner, P./Wiesner, C. (1998): Rassismus als Selbstentmächtigung. In: Fried, B./Kaindl, C./Markard, M./Wolf, G. (Hg.): Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Berlin/Hamburg, S. 173 - 181
- Baller, R. (1995): Restriktive und verallgemeinerte Handlungsfähigkeit. Berlin
- Barbier, H. D. (1997): Bourdieu und die Idee Tietmeyer. FAZ vom 5.11.1997, S. 17
- Basaglia, F./Basaglia-Ongaro, F. (1980): Befriedungsverbrechen. In: Basaglia, F./Basaglia-Ongaro, F. (Hg.): Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt am Main
- Bauman, Z. (1996): Glokalisierung oder: Was für die einen Globalisierung ist für die anderen Lokalisierung. Das Argument 217, S. 653 - 664
- Beck, D./Meine, H. (1997): Wasserprediger und Weintrinker. Wie Reichtum vertuscht und Armut verdrängt wird. Göttingen
- Beham, M. (1999): Krieg der Worte und Bilder. Neues Deutschland vom 17.4.1999, S. 1
- Bischoff, J. (1998): Schnitte ins Fleisch gehen nicht tief genug. Neues Deutschland vom 5.1.1998, S. 9
- Bischoff, J./Deppe, F./Kisker, K.P. (1998): Neoliberalismus - ein Schimpfwort? In: Bischoff, J./Deppe, F./Kisker, K.P. (Hg.): Das Ende des Neoliberalismus. Wie die Republik verändert wurde. Hamburg, S. 7 - 14
- Blankenburg, S. (1997): Der Neoliberalismus als theoretisches Konzept und Wegbereiter des modernen Rechtsextremismus: Freier Markt und Meinungsführerschaft. In: Schui, H./Ptak, R./Blankenburg, S./Bachmann, G./Kotzur, D.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München, S. 53 - 111
- Bloch, E. (1959): Das Prinzip Hoffnung, Bd. 1. Frankfurt am Main
- Bourdieu, P. (1996): Warnung vor dem Modell Tietmeyer. Die Zeit 1.11.1996, S. 2
- Bourdieu, P. (1998a): Der Mythos "Globalisierung" und der europäische Sozialstaat. In: Bourdieu, P.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, S. 39 - 52
- Bourdieu, P. (1998b): Das Modell Tietmeyer. In: Bourdieu, P.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, S. 53 - 59
- Brombacher, E. (1998): Arbeit von Kommunisten orientiert sich stets an den brennendsten Gegenwartsfragen. Marxistische Blätter, 2 - 98, S. 62 - 69
- Brückner, P. (1968): Die Transformation des demokratischen Bewusstseins. In: Agnoli, J./Brückner, P.: Die Transformation der Demokratie. Frankfurt am Main, S. 89 - 191

- Bultmann, T. (1998): Lernen auf Abruf. Die Quintessenz neoliberaler Hochschulpolitik. junge Welt vom 22.4.1998, Uni-spezial, S. 4 - 5
- Butterwegge, C. (1998a): Wohlfahrtsstaat am Ende? Stationen einer ideologischen Neuvermessung des Sozialen. In: Butterwegge, C./Hickel, R./Ptak, R.: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Berlin, S. 61 - 97
- Butterwegge, C. (1998b): Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus - die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten. In: Butterwegge, C./Hickel, R./Ptak, R.: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Berlin, S. 121 - 159
- Chomsky, N. (1997): Die Tyrannei der Konzerne. Neues Deutschland vom 21.8.1997, S. 8
- Eaton, R.J. (1999): "Die Schwachen müssen sterben." junge Welt, 8.7.1999, S. 10 - 11
- Fach, W. (1997): Die Sehnen der Macht. Zur Physiognomie des "schlanken Staates". Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 222 - 231
- Fachverbandstagung Psychologie (1968): Thesen zur gesellschaftlichen Funktion der Psychologie. In: Kritische Psychologie. Bochum, S. 126 - 131
- Fischer, J. (1997): Ein Begriff von Solidarität unter den Bedingungen der Globalisierung. <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/pol/8039/1.html>
- Forrester, V. (1997): Der Terror der Ökonomie. Wien
- Fried, B. (1998): Der globalisierte Kapitalismus als individuelle Lebenswelt (Einleitung). In: Fried, B./Kaindl, C./Markard, M./Wolf, G. (Hg.): Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Berlin/Hamburg, S. 44 - 45
- Galeano, E. (1997): Ich weigere mich, eine Ware zu sein. Neues Deutschland vom 18.7.1997, S.14
- George, S. (1996): Eine kurze Geschichte des Einheitsdenkens. Le Monde diplomatique vom 16.8.1996, S. 10 - 11
- Gerlach, T. (1996): Krise des Neofordismus. Manuskript
- Giersch, H. (1995): Der Lohn der Arbeit schafft. Wirtschaftswoche Nr. 46, S. 35 - 36
- Glunk, F. (Hg.) (1998): Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. Die Veränderung der Welt durch das Multilaterale Abkommen über Investitionen. München
- Götz, R. (1997): Globalisierung, Nationalstaat, Europäische Union. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 30, S. 97 - 100
- Halimi, S. (1995): Die "Think-Tanks" der amerikanischen Rechten. Le Monde diplomatique vom 12.5.1995, S. 10 - 11
- Haug, F. (1996): Das neoliberale Projekt, der männliche Arbeitsbegriff und die fällige Erneuerung des Geschlechtervertrags. Das Argument 217, S. 683 - 696
- Haug, W. F. (1971): Notizen über einen aktuellen Gebrauch der Begriffe "Wissenschaft" und "Ideologie". Das Argument 66, S. 439 - 460
- Haug, W. F. (1974): Vorlesungen zur Einführung ins "Kapital". Köln
- Haug, W. F. (1991): Entfremdete Handlungsfähigkeit. In: Brüsemeister, T. (Hg.): Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Leo Kofler zum 80. Geburtstag. Berlin
- Hayek, F. (1948): Wahrer und falscher Individualismus. In: ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1
- Hayek, F. (1969): Grundsätze einer liberalen Wirtschaftsordnung. In: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F.A. von Hayek. Tübingen
- Hayek, F. (1974): Der Weg zur Knechtschaft. München
- Hayek, F. (1978): New Studies of Philosophy, Politics and the History of Ideas. London
- Hayek, F. (1981a): "Ungleichheit ist nötig", Interview. Wirtschaftswoche, Nr. 11, S. 36 - 40
- Hayek, F. (1981b): Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 3, Landsberg am Lech
- Held, J./Horn, H./Leiprecht, R./Marvakis, A. (1992): "Du musst so handeln, dass Du Gewinn machst...". Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer. Duisburg
- Herzog, R. (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Berliner Rede vom 26. April 1997. In: Bissinger, M. (Hg.): Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs "Berliner Rede" und 33 Antworten. Hamburg, S. 13 - 37
- Hirsch, J. (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus.

Berlin

- Hobsbawm, E. (1995): Das Zeitalter der Extreme. München/Wien
- Holz, H. H. (1997): Neoliberalismus - Falschmünzerei im Begriff. In: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 9: Aspekte der Ökonomie, S. 77 - 98
- Holz, K. (1972): Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten. Frankfurt am Main
- Holz, K. (1973): Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt am Main
- Holz, K. (1983): Grundlegung der Psychologie. Frankfurt am Main/New York
- Holz, K. (1986): Handeln. In: Rexilius, G./Grubitzsch, S. (Hg.): Psychologie. Theorien - Methoden - Praxisfelder. Reinbek, S. 381 - 402
- Holz, K. (1992): Geschichte und Theorie der Kritischen Psychologie. In: Benetka, G./Brandl, G./Fürnkranz, W./Lobnig, H./Nowak, C.: Gegenteile. Gemeinsamkeiten und Differenzen einer kritischen Psychologie. München/Wien, S. 60 - 71
- Holz, K. (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt am Main/New York
- Holz, K. (1995a): Rassismus und das Unbewusste in psychoanalytischem und kritisch-psychologischem Verständnis. Forum Kritische Psychologie, Heft 35, S. 4 - 41
- Holz, K. (1995b): Kolonisierung von Kindheit. Psychologische und psychoanalytische Erklärungen. Forum Kritische Psychologie, Heft 35, S. 109 - 131
- Horkheimer, M./Adorno, Th. W. (1944/1993): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main
- Huffschmid, J. u.a. (1997): Konferenzklärung. <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/ungleichheit-erklärung.html>
- Huhnke, B. (1998): Der Meister des Tabubruchs. Roman Herzogs unverkrampfter Umgang mit deutscher Vergangenheit und Gegenwart. In: Kellersohn, H./Buntenbach, A./Kretschmer, D. (Hg.): Ruck - wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg, S. 13 - 51
- Jäger, M. (1994): Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte. Duisburg
- Jäger, M./Jäger, S. (1999): Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens. Berlin
- Kagarlitzki, B. (1997): Links kommt auch in Russland wieder in Mode. Neues Deutschland vom 8.8.1997, S. 14
- Kallabis, H. (1998): Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsfürsorge. <http://www.jungewelt.de/aktuel/020.htm>
- Kellersohn, H. (1998): Vorwort. In: Kellersohn, H./Buntenbach, A./Kretschmer, D. (Hg.): Ruck - wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg, S. 7 - 12
- Knobloch, C. (1996): Standort-Rhetorik. <http://www.bdwi.org/bibliothek/knobloch.htm>
- Koch, M. (1994): Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft. Münster
- Kotzur, D. (1997): Der Kronberger Kreis. Think-Tank der Politikberatung und Parteien. In: Schui, H./Ptak, R./Blankenburg, S./Bachmann, G./Kotzur, D.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München, S. 239 - 270
- Kreft, U./Uske, H. (1998): Schlanke Produktion - schlanker Staat - schlanke Menschen. In: Kellersohn, H./Buntenbach, A./Kretschmer, D. (Hg.): Ruck - wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg, S. 120 - 149
- Kremer, U. (1996): Klassen im Umbau. Überlegungen zur politischen Aktualität von Klassentheorie und Klassenpolitik. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 26, S. 60 - 75
- Kurz, R. (1998a): Absurde Rationalität des ICE. Neues Deutschland vom 12.6.1998
- Kurz, R. (1998b): Der flexible Mensch. Neues Deutschland vom 30.10.1998
- Leontjew, A. N. (1976): Probleme der Entwicklung des Psychischen. Kronberg/Taunus
- Leiprecht, R. (1991): "...da baut sich ja ein Hass in uns auf..." Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen. Berlin
- Lichtman, R. (1990): Die Produktion des Unbewussten. Die Integration der Psychoanalyse in die marxistische Theorie. Berlin/Hamburg
- Lüde, R. v. (1997): Standort Deutschland - Industriesoziologische Aspekte der Standortdebatte. <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/Fsr/kvv97/soz/766.html>
- Markard, M. (1987): Probleme und Konzepte subjektwissenschaftlicher Aktualempirie. Forum Kritische

Psychologie, Heft 20, S. 37 - 48

- Markard, M. (1991): Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Berlin/Hamburg
- Markard, M. (1996): Kritische Psychologie. Thesenpapier zum Vortrag an der Universität Bremen
- Markard, M. (1998): Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. In: Fried, B./Kaindl, C./Markard, M./Wolf, G. (Hg.): Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Berlin/Hamburg, S. 29 - 41
- Martin, H. P./Schumann, H. (1997): Die Globalisierungsfalle. Reinbek
- Marx, K. (1844/1968): Ökonomisch-philosophische Manuskripte. MEW Bd. 40. Berlin (DDR), S. 465 - 588
- Marx, K. (1858/1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (DDR)
- Marx, K. (1859/1972): Kritik der politischen Ökonomie. MEW Bd. 13. Berlin (DDR), S. 3 - 160
- Marx, K. (1867/1970): Das Kapital, Bd. 1. MEW Bd. 23. Berlin (DDR)
- Marx, K./Engels, F. (1845/1973): Die deutsche Ideologie. MEW Bd. 3. Berlin (DDR), S. 9 - 520
- Marx, K./Engels, F. (1848/1972): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4. Berlin (DDR), S. 459 - 493
- Näser, W. (1997): Nachträge und Dokumentation zum Sparpaket und zum Sozialabbau in der Bundesrepublik. <http://staff-www.uni.marburg.de/naeser/pr04b.htm>
- Negt, O. (1997): Neuzugänge zum Marx'schen Denken. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 30, S. 38 - 46
- Niemann, H. (1998): Glatzköpfe und Nadelstreifen. Neues Deutschland vom 27.1.1998, S. 12
- N.N. (1998): Neues Deutschland (30.5.1998, S. 12) schrieb das Zitat fälschlicherweise der Autorin Wohmann zu. Die tatsächliche Herkunft konnte nicht ermittelt werden.
- ÖTV-Nordrhein-Westfalen I (1997): Globalisierung und Gewerkschaften. <http://www.oetv-nw1.de/info/global/augen.htm>
- Osterkamp, U. [Holzkamp-Osterkamp] (1976): Motivationsforschung 2. Frankfurt am Main/New York
- Osterkamp, U. (1986): Motivation. In: Rexilius, G./Grubitzsch, S. (Hg.): Psychologie. Theorien - Methoden - Praxisfelder. Reinbek, S. 362 - 380
- Osterkamp, U. (1996): Rassismus als Selbstentmächtigung. Berlin/Hamburg
- Podszuweit, H. J. (1996): Zur Logik der Standortpolitik. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 25, S. 188 - 189
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Frankfurt am Main
- Popitz, H., u.a. (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen
- Quaiser, G. (1997): Kritik der "Standort"-Ideologie. <http://staff-www.uni-marburg.de/-rillinger/bdweb/texte/quaiser.htm>
- Reents, J. (1999): Protest den Bombenwerfern. Neues Deutschland vom 30.4.1999, S. 1
- Rubinstein, S. L. (1968): Grundlagen der allgemeinen Psychologie. Berlin (DDR)
- Sander U. (1998): Die Gefahr von rechts wächst. Marxistische Blätter, 2 - 98, S. 4 - 8
- Scherer, P. (1996): Standort gegen Standort. Weltwirtschaft als Weltkrieg? Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 26, S. 53 - 59
- Schmid, F. (1998): Arbeitslosigkeit und Globalisierung. Marxistische Blätter 3-98, S. 32 - 37
- Schneider, M. (1997): Globalisierung - Mythos und Wirklichkeit. <http://www.hessen.dgb.de/dgbbvv/GMH/9703.htm>
- Schröder, G. (1997): Gegen den Luxus der Langsamkeit. In: Bissinger, M. (Hrsg.): Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs "Berliner Rede" und 33 Antworten. Hamburg, S. 206 - 211
- Schüller, H. (1997): Wir Zukunftsdiebe. Berlin
- Schui, H. (1996): Neoliberalismus - Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren. In: Schui, H./Spoo, E. (Hg): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Heilbronn, S. 103 - 123
- Schui, H. (1997a): Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenaufklärung - Nachfragerestriktion: Das Hemmnis des entwickelten Kapitalismus. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 31, S. 30 - 44
- Schui, H. (1997b): Die Gegner der Rechtsextremen: Keynesianischer Reformismus, Sozialstaat und Vollbeschäftigungspolitik. In: Schui, H./Ptak, R./Blankenburg, S./Bachmann, G./Kotzur, D.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München, S. 21 - 52

- Seppmann, W. (1995): Dialektik der Entzivilisierung. Köln
- Seppmann, W. (1997): Die "Postmoderne" als Realität und Ideologie. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 31, S. 148 - 161
- Shimizu, T. (1979): Wirtschaftliche und humane Aspekte eines Systems zur Produktionssteuerung in der japanischen Automobilindustrie. In: Wunderer, R. (Hg.): Humane Personal- und Organisationsentwicklung. Berlin, S. 321 - 343
- Thesen zur Psychologie (1970). In: Kritische Psychologie. Bochum, S. 132 - 134
- Thompson, E.P. (1981): Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation. Das Argument, Heft 127, S. 326 - 351
- Uske, H. (1995): Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit. Duisburg
- Vinnai, G. (1993): Die Austreibung der Kritik aus der Wissenschaft. Psychologie im Universitätsbetrieb. Frankfurt am Main/New York
- Wagenknecht, S. (1998): Kapital, Crash, Krise... Kein Ausweg in Sicht? Bonn
- Weber, K. (1998): Antonio Gramsci und die Psychologie: Theoretische Annäherungen. Psychologie und Gesellschaftskritik, Heft 2 - 3, S. 63 - 73
- Welzk, S. (1998): Mut zum Reichtum. Zeitschrift für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 17 - 21
- Wetzel, K. (1984): Kritische Psychologie. In: Reichmann, E. (Hg.): Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik. Oberbiel
- Zilian, H.G./Moser, J. (1989): Der rationale Schmarotzer. Prokla, Heft 77, S. 33 - 54
- Zinn, K. G. (1998): Wie Reichtum Armut schafft. Köln
- Zurek, A. (1979): Das Denken der Arbeiterin. Bremen
- Zurek, A. (1990): Thesen zum Marx'schen Entfremdungsbegriff. Störfaktor, Heft 2, S. 40 - 51
- Zurek, A. (1998): Zum Stand der Entfremdungsdebatte für die Psychologie. Journal für Psychologie, Heft 1, S. 6 - 23